



HESSISCHER LANDTAG

27. 02. 2002

98. Sitzung

Wiesbaden, den 27. Februar 2002

	Seite		Seite
Ämliche Mitteilungen	6751	54. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend SPD verlässt Flughafenkonsens	
<i>Entgegengenommen</i>	6751	– Drucks. 15/3682 –	6767
Präsident Klaus Peter Möller	6751	<i>Angenommen</i>	6787
28. Antrag der Fraktion der SPD betreffend vorschulische Bildung für alle Kinder ab fünf Jahren		Michael Denzin	6767, 6778
– Drucks. 15/3641 –	6751	Frank-Peter Kaufmann	6770
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	6767	Clemens Reif	6774, 6779
Gerhard Bökel	6751	Bernd Riege	6777
Ministerpräsident Roland Koch	6753	Gerhard Bökel	6780
Priska Hinz	6756, 6762	Nicola Beer	6780
Dorothea Henzler	6759	Ministerpräsident Roland Koch	6781
Lothar Quanz	6762	Minister Dieter Posch	6785
Brigitte Kölsch	6762, 6766	Rupert von Plottnitz	6786
Ministerin Karin Wolff	6765	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6787
Präsident Klaus Peter Möller	6767	27. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Modellvorhaben „Selbstständige Schulen“	
33. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Mediationsergebnisse werden eindrucksvoll umgesetzt		– Drucks. 15/3639 –	6787
– Drucks. 15/3646 –	6767	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	6795
<i>Angenommen</i>	6787	Priska Hinz	6787
23. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Missachtung der Ergebnisse des Mediationsverfahrens zum Flughafen Frankfurt durch die Fraport AG		Hans-Jürgen Irmer	6789
– Drucks. 15/3605 –	6767	Lothar Quanz	6791, 6793
<i>Abgelehnt</i>	6787	Dorothea Henzler	6792
24. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Umsetzung des Mediationsergebnisses		Ministerin Karin Wolff	6794
– Drucks. 15/3632 –	6767	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6795
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	6787	35. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Finanzpolitik zulasten der Länder durch Bundesfinanzminister Eichel	
		– Drucks. 15/3648 –	6795
		<i>Angenommen</i>	6810
		51. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend endgültige Verabschiedung von seriöser Finanzpolitik in Hessen	
		– Drucks. 15/3677 –	6795
		<i>Abgelehnt</i>	6810

	Seite		Seite
52. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend nationaler Stabilitätspakt		Hildegard Klär	6815
– Drucks. 15/3678 –	6795	Volker Hoff	6817
<i>Abgelehnt</i>	6811	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6818
Roland von Hunnius	6795		
Prof. Dr. Bernd Hamer	6797	5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz für eine Hessische Bauordnung (HBO)	
Reinhard Kahl	6798	– Drucks. 15/3635 –	6818
Frank Lortz	6801	<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	6827
Frank-Peter Kaufmann	6804	Minister Dieter Posch	6818
Minister Karlheinz Weimar	6807	Gerold Reichenbach	6821
Präsident Klaus Peter Möller	6810	Gottfried Milde (Griesheim)	6823
		Barbara Weitzel	6825
4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Sechsten Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienstestaatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)		Michael Denzin	6826
– Drucks. 15/3634 –	6811	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6827
<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss überwiesen</i>	6818		
Minister Jochen Riebel	6811	43. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen	
Priska Hinz	6812	– Drucks. 15/3607 –	6827
Jörg-Uwe Hahn	6814	<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	6827
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6827

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Jochen Riebel
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Udo Corts
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Herbert Landau
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet
Staatssekretär Frank E. Portz
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretär Frank Gotthardt
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

(Beginn: 9.03 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, ich eröffne die 98. Sitzung des Parlaments, heiße alle willkommen und freue mich, dass uns schon so früh am Vormittag so viele zuschauen und zuhören, auch wenn sie es müssen. Ich stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist.

Erledigt sind die Punkte 1 a und 1 b, 2, 3, 6, 7, 9, 19, 20 und 21. Wir tagen heute bis 18 Uhr – ich sage einmal: mindestens –, Mittagspause zwei Stunden wegen Ausstellungseröffnung. Wir beginnen gleich mit Tagesordnungspunkt 28, dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend vorschulische Bildung für alle Kinder ab fünf Jahren, danach Thema Mediationsverfahren Flughafen Frankfurt. Dazu gibt es viele Anträge, die ich dann aufrufen werde.

Entschuldigt wird heute Nachmittag die Kultusministerin sein, die an der Kultusministerkonferenz in Berlin teilnehmen muss.

Wichtig aus meiner Sicht, denn Sie sehen die umfangreichen Zurüstungen, und dass sich alle sehr viel Mühe machen: Anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens lädt heute die Arbeitsgemeinschaft Arbeit in Hessen e. V. zu einer Präsentation der LAG Arbeit ein, die bis zum 28. Februar im Umgang des Plenarsaals gezeigt wird. Eröffnet wird die Ausstellung heute um 13 Uhr. – Das scheint es zu sein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend vorschulische Bildung für alle Kinder ab fünf Jahren – Drucks. 15/3641 –

Die Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Erste Wortmeldung: der Fraktionsvorsitzende und, wie ich annehme, schulpolitische Sprecher der SPD.

(Zurufe von der SPD)

– Das haben wir früher auch gemacht bei Herrn Kanther. Das war nicht ironisch gemeint. – Herr Bökel.

Gerhard Bökel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Jeder, der sich in diesem Land mit Politik befasst, der Politik gestalten will, muss sich in diesen Tagen und Monaten auch mit Bildungspolitik befassen.

(Beifall bei der SPD – Norbert Kartmann (CDU): Nicht nur in diesen Tagen, immer!)

Lieber Herr Kartmann, ich nehme für uns Sozialdemokraten in Anspruch, dass wir in den vielen Jahren, in denen wir dieses Land gestaltet haben,

(Norbert Kartmann (CDU): Acht Jahre lang Trabi-Motor!)

Bildungspolitik in den Mittelpunkt unserer Bemühungen gestellt haben. Darüber brauchen wir gar nicht weiter zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen fest, dass die PISA-Studie in allen Ländern dieser Republik von Süd bis Nord zu dem Ergebnis gekommen ist, dass es mit den Leistungen der deutschen

Schulen nicht so aussieht, wie wir uns das vorstellen. Deswegen müssen wir entsprechende Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der SPD – Stefan Grüttner (CDU): Das ist die Bestandsaufnahme von Rot-Grün!)

Deswegen haben wir Sozialdemokraten Vorschläge unterbreitet. Wir sind z. B. der festen Überzeugung, dass die Ganztagschule als Angebot eine zentrale Herausforderung für die Bildungspolitik in diesem Land ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir die PISA-Studie ganz ernst nehmen – wir sollten es tun; und wenn wir ehrlich sind, haben wir bestimmte Erkenntnisse auch vorher gehabt –,

(Ministerpräsident Roland Koch: Ja! – Clemens Reif (CDU): Was haben Sie denn vorher gewusst?)

dann stellen wir fest, dass die Leistungsunterschiede zwischen den starken und den schwachen Schülern in den deutschen Schulen, von Bayern bis Schleswig-Holstein, bundesweit zu groß sind.

(Beifall bei der SPD)

Zur Analyse gehört auch – und das ist schon sehr bedenklich –, dass deutlich festgestellt worden ist,

(Clemens Reif (CDU): Warum haben Sie denn das nicht gesagt, was Sie gewusst haben?)

dass Kinder aus sozial schwächeren Milieus keine Chance in diesem Bildungssystem haben. Deswegen müssen wir jetzt gemeinsam Antworten geben, wie wir diese Probleme lösen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen, ein Ansatz ist neben der Ganztagschule, dass wir früher mit Bildung für Kinder in diesem Land beginnen. Wir wollen die Kindertagesbetreuung, die es in diesem Land gibt, weiterentwickeln zu einer frühkindlichen Bildung. Das ist eine der zentralen Aufgaben, der wir uns jetzt stellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei geht es darum, dass wir die Kinder besser auf die Schule, aber auch die Schule besser auf die Kinder vorbereiten wollen und vorbereiten müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der zweite Satz war gut!)

Das Ziel ist also, dass in diese Vorschule die Kinder kommen, die fünf Jahre alt sind, damit sie dann mit sechs Jahren auch in die Grundschule eingeschult werden. Derzeit sind die Kinder fast sieben Jahre alt, und das ist zu spät. Das wollen wir mit unserem System der Vorschule ändern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei müssen wir feststellen, dass jetzt schon über 90 % der Kinder in dem Jahr vor der Grundschule in den Kindergarten gehen. Das heißt, es geht nur darum, für diese Kinder einen Qualitätssprung hinzubekommen und dem Gesetzauftrag, den es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, nämlich neben Erziehung und Betreuung auch

im vorschulischen Bereich Bildung anzubieten, gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet dann, dass auch die 5 bis 10 % der Kinder, die jetzt vor der Grundschule nicht in den Kindergarten gehen, verpflichtet werden, Kindergartenangebote anzunehmen. Genau die Kinder und deren Familien müssen erreicht werden. Das entspricht auch den Vorstellungen der FDP, und das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet, wenn wir das als Staat so begehren, dass wir die Zusatzleistungen im pädagogischen Bereich, Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern, natürlich dann auch vom Land zu übernehmen haben. Dieses Jahr Vorschule im Kindergartenbereich vor der klassischen Grundschule muss gebührenfrei sein und bedeutet damit auch eine Entlastung für die Familien in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Ministerpräsident, der sich immer freut, wie heute Morgen auch, wenn ich hier vorne zur Bildungspolitik spreche,

(Ministerpräsident Roland Koch: Jedes Mal eine Freude!)

hat nicht nur zum Thema Ganztagschule, sondern auch zum Thema Vorschule und letztlich auch zu dem, was die FDP vorgeschlagen hat, gesagt – alles bei dpa wörtlich nachzulesen –, es gehöre zu dem Katalog der Unsinnigkeiten. Wer so redet, hat beim Thema Wissensgesellschaft schlicht nichts verstanden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das wird er den Wählerinnen und Wählern, den Bürgerinnen und Bürgern wohl erklären. Vielleicht wird er auch Stellung dazu nehmen, was er zu den Vorschlägen der FDP sagt, die in diesem Land eine Kinderschule vorgeschlagen hat, was auch eine Verpflichtung bedeutet. Und er sagt: alles Unsinn. – Darüber wollen wir reden. Deswegen meinen wir, dass diese Regierung für die Vorschule einmal ein Konzept auf den Tisch legen muss.

(Zurufe der Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angenburg) und Petra Fuhrmann (SPD))

Ich bin ganz optimistisch – bei dem Thema Ganztagschule sieht man ja, wie Sie hinterherrobben –, wenn ich sehe, was in Bayern passiert. Da hat die SPD vor einigen Wochen gesagt: Wir brauchen ein Pflichtkindergartenjahr – so etwa wie das SPD-Modell. Herr Stoiber und die Regierung haben gesagt: Was für ein Unsinn.

Aber vor einigen Tagen sagte die CSU-Regierung in Bayern: Jawohl, die Vorschule müssen wir anpacken. Erziehung und Bildung sind wichtig.

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

Herr Koch, Sie spielen doch sonst so gerne den Mini-Stoiber. Folgen Sie Ihrem großen Vorbild in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Roland Koch liest in Papieren.)

Herr Koch, auch mit Blick auf die Zettel: Wir müssen einfach sehen – das sage ich kritisch für die Politik insgesamt

–, dass wir viel früher mit Bildung beginnen müssen. Wir haben doch wirklich gelernt – wir wollen die PISA-Studie ernst nehmen, ohne es zum Dogma zu machen –, dass in Vorschulen, in Kindergärten und in der Grundschule die Weichen für das weitere Leben gestellt werden. Dann muss die Konsequenz gezogen werden.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Ganz nebenbei sage ich auch selbstkritisch: Es ist sicherlich nicht ganz richtig, auch im internationalen Vergleich, dass wir den Fokus so sehr auf die gymnasiale Oberstufe legen. Das ist zwar wichtig, aber wir haben im Vergleich die Grundschule vernachlässigt. Hier müssen wir eine Trendwende herbeiführen, und wir wollen das, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Meine Damen und Herren, dass das nicht in Ihr Weltbild hineinpasst, das kann ich mir gut vorstellen. Das wird schwer in Ihren Kopf hineingehen. Wer wie Sie eine Politik macht, die früh selektiert und aufteilt, wenn Sie schon mit dem zehnten Lebensjahr entscheiden wollen, ob sich ein Kind zum Facharzt oder zum Facharbeiter eignet, der geht einen falschen Weg, und den wollen wir nicht mitmachen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Eva Ludwig (CDU))

Deshalb haben wir gesagt: Es gibt nicht nur eine Konsequenz aus PISA. Das Thema Ganztagschule haben wir schon vorher auf die Tagesordnung gebracht. Auch da sagt dieser Ministerpräsident, dass das zum Katalog der Unsinnigkeiten gehört. Das ist schon spannend.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Die Kultusministerin hat in einem autorisierten Interview in der „Frankfurter Rundschau“ gesagt: Ganztagschule kann keine Aufgabe des Landes sein.

(Ministerin Karin Wolff: Nein, das ist nicht wahr!)

– So steht es in der „Rundschau“. Dann sagen Sie, die „Rundschau“ hat Sie falsch wiedergegeben, Sie haben das Interview falsch autorisiert. – Der Ministerpräsident sagt, es ist alles Unsinn, und Herr Boddenberg sagt nach dem kleinen Parteitag der SPD: Wir sind schon dabei, Betreuungsangebote aufzubauen.

Sprache entlarvt Sie. Ganztagschule ist ein pädagogisches Angebot und keine Verwahrung von Kindern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesen Unsinnigkeiten des Ministerpräsidenten bzw. dem, was er damit bezeichnet: Er scheint schon ganz schön nervös zu sein. Ich stelle jedenfalls mit großem Vergnügen fest, Herr Koch: Immer wenn der Oppositionsführer, wie das in den Zeitungen heißt, etwas sagt, insbesondere zur Bildungspolitik, dann wird nicht nur im parlamentarischen Bereich reagiert – das ist richtig so –, sondern dann beauftragt Herr Koch seinen Sprecher, Leserbriefe zu schreiben. Nicht etwa als Ortsvereinsvorsitzender der CDU in Eschborn, sondern der Regierungssprecher dieser Regierung schreibt Leserbriefe. – Meine Damen und Herren, wie blank müssen diese Nerven liegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wahrscheinlich ist er jetzt wieder dabei, den nächsten Leserbrief zu schreiben und zu sagen: Bökel ist dafür verantwortlich, dass wir Stundenausfall hatten.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

– Herr Boddenberg, das sehen Sie so. Seien Sie froh, das Sie aufgrund besserer Finanzlage 3.000 Stellen schaffen konnten. Wir sind stolz, das wir 3.000 Lehrer in der Regierung Eichel eingestellt haben. – Jetzt wollen wir den Blick nach vorne richten. Die Menschen wollen wissen, wie wir künftig die Bildungspolitik gestalten, und darauf geben wir Antwort.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Ministerin Ruth Wagner und des Abg. Volker Hoff (CDU))

Natürlich kostet das alles Geld, und dazu müssen wir uns bekennen. Ich denke, wer jetzt in Bildung investiert, tut gut daran. Bildung kostet Geld, aber Unwissen der Kinder kostet uns die Zukunft. Deswegen sind wir zu dieser Schwerpunktsetzung bereit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Heinrich Heidel (FDP) und Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, Sie werden das, was wir in der Bildungspolitik gestaltet haben, nicht klein reden.

(Beifall der Abg. Veronika Winterstein (SPD) – Lachen bei der CDU)

Wir sind auch immer bereit, zu sagen: Auf neue Herausforderungen muss es neue Antworten geben. Darauf können Sie sich wirklich verlassen.

(Ministerin Ruth Wagner: Eben, wo waren Sie denn?)

– Liebe Ruth Wagner, wir sind hier angetreten, gemeinsam dafür zu sorgen, Chancengleichheit – –

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Entschuldigung, Herr Kollege Bökel. Seien Sie mir nicht böse, aber ich muss dazu ermahnen, wirklich etwas besser zuzuhören und etwas leiser zu sein. So geht es dann doch nicht. Ein Mikro ist schon viel wert, aber nicht alles. – Das geht jetzt nicht von der Redezeit ab. Sie haben das Wort.

(Stefan Grüttner (CDU): Wir wollten schon einen Leserbrief formulieren! – Norbert Kartmann (CDU): Wir wollten eigentlich eine Fachdebatte führen! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich unterbreche auch gerne und lasse die Fraktionsgeschäftsführer kommen. Wollen wir das machen?

(Heiterkeit)

Gerhard Bökel (SPD):

Herr Kartmann sagt, er will eine Fachdebatte führen. – Ja, das wollen wir machen. Wir wollen eine Politik im Gegensatz zur Politik der Auslese, die Sie betreiben. Wir wollen alle Kinder erreichen. Das Abitur muss nicht das alleinige Ziel von Bildung sein.

(Norbert Kartmann (CDU): Richtig!)

Aber für alle Kinder muss das Abitur erreichbar sein. Das ist der andere Ansatz.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Kartmann (CDU): Reine Worthülsen!)

Deswegen haben wir Konzepte auf den Tisch gelegt, immer in dem Bewusstsein, dass Bildungspolitik für Hessen auch Standortpolitik ist, dass Standortpolitik auch Wirtschaftspolitik ist. Deswegen haben wir keinen Antrag eingebracht, in dem wir unser Konzept vorstellten, sondern es gibt auch ein anderes Konzept, ein Konzept einer anderen Partei, die in der Regierung eingebunden ist.

Wir wollen, dass die Chance ergriffen wird, früher mit Bildung zu beginnen, auf spielerische Weise die Neugierde, die Aufnahmefähigkeit von Kindern aufzugreifen und ihr gerecht zu werden. Wir erwarten ein Konzept dieser Regierung, und dann sind wir auch bereit, darüber zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Bei den Ganztagschulen haben Sie vor zwei Jahren in diesem Landtag mit Hohn und Spott reagiert. Sie haben gesagt, das sei ein Griff in die sozialistische Klamottenkiste. – Jetzt ist es Tagesthema. Bei der Frage der vorschulischen Bildung werden wir Sie ebenso treiben. Sie werden irgendwann erkennen, dass das eine weitere große Aufgabe der Landespolitik ist. Das werden wir dann auch entsprechend hinbekommen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Stefan Grüttner (CDU): Sich selbst Mut zureden ist das!)

Es ist nicht nur die Sprachregelung des sozialdemokratischen Pressesprechers, sondern auch Kommentatoren sagen: Die Sozialdemokraten haben ganz schön etwas nach vorne gebracht. Sie sind der Motor der bildungspolitischen Diskussion.

(Stefan Grüttner (CDU): Wer sagt das?)

– Lieber Herr Grüttner, der Zug läuft in Richtung Ganztagschule und Vorschule. Wir sind voll drin, die FDP ist im Grunde genommen teilweise mit dabei. Die GRÜNEN werden aufspringen, aber Sie werden am Bahnsteig stehen bleiben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Stefan Grüttner (CDU): Ein absoluter Witz! – Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Von der Regierungsbank aus sollte man nicht „Zugabe“ rufen. Die anderen müssen wissen, dass es von der Redezeit abgeht.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Volker Hoff (CDU): Jetzt kommt das Kontrastprogramm!)

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im parlamentarischen Geschäft heißt es, dass, wenn der Ministerpräsident direkt auf den Oppositionsführer

antwortet, der Oppositionsführer meint, er habe besonders getroffen oder er sei besonders wichtig gewesen.

(Lachen bei der SPD)

Aber, Herr Kollege Bökel, Sie sind nun einmal der Oppositionsführer. Sie wollen tatsächlich Ministerpräsident werden. Dann muss man den Bürgern auch die Alternative präsentieren, und deshalb wollte ich eine Gelegenheit haben, das auch zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Demonstrativer Beifall des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Deshalb will ich Ihnen als Erstes sagen, wir sind außerordentlich glücklich darüber, dass die Sozialdemokratische Partei in der Analyse ihrer Wahlniederlage zu der Erkenntnis gekommen ist, dass man ohne gute Bildungspolitik in diesem Bundesland keine Wahl gewinnen kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Wir räumen Ihnen ausdrücklich ein, dass es auch beim gegenwärtigen Zustand immer noch so ist, dass man die Bildungspolitik nicht gelassen unter dem Gesichtspunkt ad acta legen kann, hier sei alles erledigt. Vielmehr haben wir noch eine ganze Reihe von „Hausaufgaben“ zu erledigen.

Meine Damen und Herren, in der Tat haben wir noch einige Jahre zu tun, um das Bundesland Hessen auf den Stand zu bringen, den wir wollen – nämlich ein vorbildliches Bildungsland zu sein. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Herr Kollege Bökel, deshalb sage ich Ihnen: Wie Sie wissen und an einigen Stellen schon gemerkt haben, diskutiere ich mit Ihnen gerne über Ganztagschulen. Dazu sage ich gleich einen Satz. Wir wollen sie auch organisieren. Aber ich sage den hessischen Bürgerinnen und Bürgern: Eine politische Partei – und Sie waren Kabinettsmitglied –, die es ein Jahrzehnt lang nicht zustande gebracht hat, eine ordentliche Halbtagschule zu organisieren, brauche ich nicht als Beraterin zum Thema Ganztagschulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben uns in diesen vier Jahren darauf konzentriert, den Eltern ein Angebot für die Schüler zu machen, das sicherstellt, dass sie in der regelmäßigen Halbtagschule den Unterricht bekommen, den Ihr Herr Holzapfel früher immer in die Erlasse geschrieben, in Wahrheit aber nie hat erteilen lassen. Das ist die erste Stufe.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch von uns kommt niemand auf die Idee, zu glauben, das sei das Ende von guter Ausbildung. Wir haben eine Menge anderer Aufgaben.

Wenn wir in diesen Monaten die PISA-Studie in ihrer Detaillierung bekommen, dann ist das für uns eine sehr gute Ausgangsbasis – unter dem Gesichtspunkt, die Daten wurden ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel erhoben, deshalb können wir einigermaßen präzise sehen, was das Bildungssystem der letzten zehn Jahre in Hessen geleistet hat. Es spricht wenig dafür – und das sagen Sie auch nicht –, dass wir mit stolzgeschwellter Brust durch Deutschland gehen und sagen können, wir sind die Besten. Meine Damen und Herren, wir wollen aber am Ende die Besten werden. Damit, dass wir den Haushalt umge-

krempelt und Bildung eine Priorität gegeben haben, haben wir die erste Voraussetzung dafür geschaffen. Das haben Sie uns nicht zugetraut.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Jetzt müssen wir weiterreden. Übrigens haben wir bei der Betreuungsfrage nicht in den letzten Jahren nichts getan. Ich habe die Kultusministerin gebeten, eine Statistik anfertigen zu lassen – damit das einmal öffentlich wird –, wie viele Anträge in den Jahren 1996, 1997 und 1998 auf Errichtung von Ganztagschulen in Hessen gestellt worden sind und wie viele davon Sie genehmigt haben, als Sie im Kabinett waren, verehrter Herr Kollege Bökel. Bei dieser Debatte wünsche ich gute Verrichtung.

Ich sage Ihnen aber, wir brauchen diese Debatte. Wir haben von Ihnen ein Grundschulsystem übernommen, bei dem Sie inklusive der 1.600 Lehrer, die an anderen Stellen gefehlt haben, gerade einmal 25 % der hessischen Eltern ein Angebot der Betreuung gemacht haben. Wir haben diese Lehrer dort herausgenommen, damit wieder Regelunterricht erteilt werden kann und nicht Deutsch, Mathematik, Sport und anderes ausfällt, und wir haben an 80 % der hessischen Schulen ein Betreuungsangebot für Eltern geschaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist eine Voraussetzung. Deshalb sage ich Ihnen, wir werden – weil es ein Zug der gesellschaftlichen Entwicklung ist, den wir überhaupt nicht bekämpfen – ein Angebot zu errichten haben, damit Eltern eine Wahlmöglichkeit haben, dass sie eine ganztägige Betreuung von Kindern auch über die Grundschule hinaus erreicht.

(Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Wie das im Detail aussieht, darüber wird es einen Wettbewerb und eine Diskussion geben – mit der FDP, der CDU und Ihnen, und dazu sind Sie auch herzlich eingeladen. Meine Damen und Herren, wir werden aber den Bürgerinnen und Bürgern sagen: So, wie wir in den letzten vier Jahren Wort gehalten haben

(Manfred Schaub (SPD): Wo denn? Wo denn?)

bei dem Satz, wir schaffen genug Unterricht, werden wir in den nächsten vier Jahren damit Wort halten, dass es eine Betreuung in erreichbarer Nähe gibt – Schritt für Schritt, wie es das Geld und die Verhältnisse ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit den Kommunen werden wir auch die Frage diskutieren, was im Bereich des Kindergartens zu tun ist.

(Manfred Schaub (SPD): Dann müssen Sie erst mal diskutieren, was Sie denen weggenommen haben!)

Sie wissen genauso gut wie ich, dass das eine große Herausforderung finanzieller Art ist, insbesondere wenn man an beiden Ecken diskutiert. Denn es kostet alles Geld. Am Ende werden wir miteinander darüber diskutieren müssen – nicht, was richtig und was falsch ist, sondern in welcher Prioritätsfolge das getan wird.

Herr Kollege Bökel, dann kommt allerdings hinzu – und da werden wir Sie nicht herauslassen –: Diese Fragen der Schulorganisation, die immer die große Liebe der Sozialdemokraten hatte, ist nur ein Teil der Voraussetzungen, um in einem internationalen Wettbewerb der Bildung erfolgreich zu sein.

(Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt!)

Der zweite Teil ist, dass wir den Menschen, die davon betroffen sind – ob es Lehrer, Schüler oder Eltern sind –, sagen müssen, dass wir auch das Maß an Anstrengung in der Schule erhöhen müssen, weil wir sonst nicht wettbewerbsfähig werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Entschuldigung, wenn ich dann vom Elternbund, der Ihnen nahe steht, höre,

(Zurufe der Abg. Manfred Schaub und Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

wir sollten doch bitte schön vermeiden, dass es noch Hausaufgaben gibt, die etwa an Wochenenden gemacht werden müssen, weil Hausaufgaben den Familienstress erhöhen, dann sage ich Ihnen, diese Leute haben nicht verstanden, worum es geht. Wir brauchen mehr Anstrengung in der Schule und im Elternhaus, nicht nur in der Schule.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Schaub (SPD): Bauen Sie doch keinen Popanz auf!)

– Entschuldigung, Herr Schaub, ich baue keinen Popanz auf. Sie waren doch stolz auf Ihre Vorfeldorganisation in der Elternschaft, aber die streut den Menschen bei der Frage, was hier notwendig ist, Sand in die Augen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen nicht die Diskussion, die Ihre sozialdemokratischen Kultusminister beginnen, ob man das Sitzenbleiben sein lassen kann oder nicht – ein Signal nach dem anderen unter dem Motto: Wir machen eine Ganztagschule, dann brauchen sich Eltern und andere Beteiligte weniger darum zu kümmern.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unmöglich!)

Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen auch die Ganztagschule. Aber wir werden die Eltern mehr brauchen, schon beim Vorlesen in den frühen Klassen. Wir werden die Eltern mehr brauchen bei der Hilfe und der Unterstützung der Kinder.

(Zurufe bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das werden wir sagen. Wir werden nicht, wie Sie, die Argumente geben, wir entlasten euch.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur wenn das zusammenpasst, wird daraus eine vernünftige Angelegenheit. Deshalb werden wir uns in den nächsten vier Jahren auch damit beschäftigen, was Qualitätsstandard ist.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Ministerpräsident, einen Moment. Jetzt muss ich das Auditorium wieder darum bitten, ruhiger zu sein. Das geht so nicht.

(Zurufe der Abg. Lothar Quanz und Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD) sowie Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bitte schön.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Deshalb will ich Ihnen sagen, die Diskussion von Mathematikwettbewerben über Vergleichsarbeiten in Klassen, die Standardisierung von Abschlüssen in der Haupt- und Realschule, die Frage, dass Qualifikationsziele in den Lehrplänen enthalten sind, und die Frage, dass Abiturarbeiten durch einen Zweitkorrektor aus einer anderen Schule begutachtet werden, sowie dass wir öffentlich kenntlich machen, welchen Leistungsstand Schulen im Vergleich zu anderen haben, ist wichtig.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Es geht nicht nur um das Abprüfen!)

Diesen Teil der Anstrengung, bei dem Sie jedes Mal rufen „Das ist Auslese, das ist Leistungsdruck, das ist die Schule von vorgestern“, diesen Wettbewerb müssen wir mitmachen,

(Zurufe der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Manfred Schaub (SPD))

wenn wir wollen, dass die Kinder in diesem Lande Spitze sind. Das ist die zweite Voraussetzung, die man dafür schaffen muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Bökel, hier sind Sie immer in der Deckung. In dieser Frage ist die Sozialdemokratische Partei immer links zur Seite.

(Manfred Schaub (SPD): Quatsch, da hören Sie bloß nicht hin!)

Das wird aber nicht funktionieren. Sie wollen einfache Antworten auf PISA: Liebe Eltern, wir schaffen die Ganztagschule, dann werden eure Kinder schlauer. – Meine Damen und Herren, das stimmt aber nicht.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb gehören beide Teile zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Ganztagschule ist ein Angebot in einer veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeit, das Eltern und Kindern gemacht werden muss. Das ist die eine Sache.

Die andere Frage ist, wie wir von Platz 22, 25 oder 28 der PISA- oder TIMS-Studie oder anderen wegkommen werden. Das werde ich mit dieser organisatorischen Frage nicht lösen. Heute Morgen ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen. Wir können im Landtag auch endlos über Organisationsfragen diskutieren, und das ist auch richtig, weil wir dafür das Geld ausgeben müssen.

(Zuruf des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Aber wenn wir bei den Menschen den Eindruck erwecken, damit würde die Leistungsfähigkeit deutscher Kinder wesentlich gesteigert, dann ist das eine weitere Lebenslüge. Nach 1968 haben wir in unserer Gesellschaft nicht noch einmal die Zeit für eine solche Lebenslüge.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Norbert Schmitt (SPD): Mit Lebenslügen kennen Sie sich aus!)

Deshalb werden wir unseren Weg weitergehen und beides machen: auf der einen Seite über Schulorganisation reden, auf der anderen Seite über Inhalte, Qualifikationsanforderungen, Leistungsmotivation und über das spielerische Hineinfinden in Leistungsanforderungen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Frage von Herrn Quanz zu?

Roland Koch, Ministerpräsident:

Nein. – Leistungsanforderungen müssen definiert und nachvollziehbar sein. Wir haben zu lange eine Welt zugelassen, in der die Schule ein relativ geschützter Raum ist. Wenn es dem Ende der Schulzeit zugeht, stehen Schülerinnen und Schüler jedoch vor neuen Herausforderungen.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist doch nicht zu fassen! – Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, das ist so. Wir sagen, dass die Kinder in der Schule individuell gefördert werden sollen. Anschließend nehmen sie an Einstellungstests teil – bei jedem deutschen Unternehmen –, und dann hat das Ranking eine große Bedeutung. Wer sich die Situation bei Unternehmen wie BASF in Ludwigshafen, wo sich die Kinder aus Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg bewerben, einmal näher angeschaut hat, der weiß, dass es Unterschiede zwischen den Bewerbern gibt. Staatliche Institutionen dürfen diese Unterschiede nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU)

Vielmehr müssen wir die Vergleiche offen legen und zeigen, wie die Leistungsmaßstäbe jeweils aussehen.

(Beifall bei der CDU)

In den nächsten vier Jahren – bzw. in den nächsten fünf Jahren, wenn es uns der Verfassungsgeber erlaubt – wird es uns große Anstrengungen kosten, aufbauend auf den organisatorischen Voraussetzungen, zu denen wir mit Geld und Engagement viel beigetragen haben, die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Über Qualität kann man jedoch nicht mit Lehrern diskutieren, die völlig überlastet sind. Erst einmal müssen die entsprechenden Arbeitsvoraussetzungen geschaffen werden. Das tun wir jetzt, bzw. wir haben es weitgehend schon getan. Anschließend müssen wir über Qualität reden. Wir sollten uns aber nicht in den nächsten vier Jahren schon wieder nur mit Schulorganisation beschäftigen.

Ohne die Frage der Schulorganisation an die Seite zu schieben: Dass hessische Kinder so viel lernen, dass sie an der Spitze der deutschen Bildungspyramide stehen und damit auch im Wettbewerb mit den europäischen Schülern zu den Besten gehören, ist eine Aufgabe, die mehr erfordert, als über Schulöffnungszeiten zu diskutieren und sich lediglich um die Schulorganisation zu kümmern. Diese Aufgabe hat mit Anstrengung, Inhalt, Qualifikation, Maßstäben und Vergleichbarkeit zu tun. Herr Bökel,

dazu sind Sie bis heute nicht bereit. Darum geht es aber in Wirklichkeit, und darüber werden wir streiten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Kollegin Kölsch für die CDU-Fraktion.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Direkt nach dem Ministerpräsidenten?)

– Ich stelle es Ihnen anheim. Ich habe es mir dauernd überlegt. Nur, wir kommen nachher in Schwierigkeiten, weil die Redezeiten von CDU und FDP aufeinander folgen. Haben Sie etwas dagegen, wenn zuerst Frau Hinz spricht? – Gut, dann machen wir es so. Ich bin in dieser Sache frei. Wie man es macht, ist es falsch. Frau Kollegin Hinz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Sag ihm, dass er ein Stammtischpädagoge ist!)

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Die Debatte nützt insofern etwas, als wir endlich ein Stück weitergekommen sind und uns nicht nur darauf beschränken, wie es die CDU und besonders der Ministerpräsident bislang gern gemacht haben, zu behaupten, die Qualität des Schulunterrichts sei allein schon dadurch erreicht, dass man zweieinhalbtausend Lehrer einstellt.

(Norbert Kartmann (CDU): Sie haben sich mit dem Satz disqualifiziert! Sie sind nicht in der Lage, das Thema zu beherrschen! Geben Sie es zu Protokoll und weg! Das hat doch keinen Zweck! – Gegenruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, der Herr Kartmann!)

– Herr Kartmann, ich bin immer wieder begeistert von Ihren schnellen Schlussfolgerungen, die doch eine gewisse geistige Beweglichkeit zeigen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir diskutieren tatsächlich über die Qualität der Bildung, d. h. die Qualität der vorschulischen Bildung und die Qualität der schulischen Bildung. Begeistert hat mich in den letzten Wochen, dass CDU und FDP eigentlich schon vor der Veröffentlichung der Ergebnisse wussten, was bei der PISA-Studie herauskommt, und dass sie vor allen Dingen schon vorher die richtigen Schlussfolgerungen gezogen haben.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Die werden sich noch schwer wundern!)

Wenn Sie behaupten, PISA habe ergeben, dass sowohl das erste als auch das zweite Schulgesetz die richtige Konsequenz aus der PISA-Studie sei, und wenn Sie bereits, bevor die Ergebnisse veröffentlicht worden sind, behaupten, dass die betreuenden Grundschulen – was ein völlig anderes Konzept als die Grundschulen mit festen Öffnungszeiten ist – die richtige Antwort auf PISA gewesen seien, kann ich nur feststellen, dass Sie aus PISA meiner Ansicht nach nicht die richtigen Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Er hat nichts verstanden!)

Aus PISA ergibt sich nämlich kein System der sozialen Auslese, wie Sie es mit den fest gefügten Lehr- und Stundenplänen für ein mehrgliedriges Schulsystem betreiben. PISA belegt auch nicht, dass die Kinder, die aus der Realschule kommen und einen Bildungsanschluss brauchen – jedenfalls die besseren Schüler –, einen Notendurchschnitt von 2,5 erreichen müssen, um auf ein berufliches Gymnasium gehen zu können. Damit verschärfen Sie die soziale Auslese und arbeiten den Schlussfolgerungen entgegen, die aus der PISA-Studie gezogen werden können; denn wir wissen, dass die soziale Herkunft auf die Bildungsabschlüsse durchschlägt. Mit solchen Regelungen verschärfen Sie die soziale Auslese.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule ist es ähnlich. Wir wissen, dass die Grundschulempfehlungen lange nicht den Wert haben, den Sie ihnen zugestehen. Wenn mehr als zwei Drittel der Kinder, die ohne Empfehlung auf das Gymnasium überwechselt sind, hinterher dort bleiben können, wie es Ihre Zahlen, Frau Wolff, ergeben haben, dann stimmt mit den Grundschulempfehlungen etwas nicht. Das muss man zur Kenntnis nehmen, statt zu sagen, dass man jetzt auch noch die Möglichkeit eröffnen will – das gilt für alle –, die Kinder bereits nach einem halben Jahr von der Schule zu schicken. Vielmehr muss man überlegen, wie es um die diagnostischen Fähigkeiten der Lehrerinnen und Lehrer bestellt ist. Gegebenenfalls muss man die Fähigkeiten der Lehrerinnen und Lehrer im Hinblick auf die Beratung über weiterführende Bildungsgänge verbessern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht richtig, wenn jetzt die Diskussion über die Schulen mit Ganztagsangeboten auf die Frage der Betreuung reduziert wird. Herr Koch, Sie haben versucht, sich an dieses Thema dranzuhängen. Sie sagen: Natürlich wollen wir auch Ganztagsangebote, weil sich die soziale Wirklichkeit geändert hat. – Es ist wunderbar, dass Sie das inzwischen gemerkt haben. Aber wir brauchen und wollen keine Betreuung. Die Betreuung an den Grundschulen ist auch nicht das, was die Kinder brauchen und was wir wollen, sondern wir wollen ein erweitertes Bildungsangebot, das auch andere Möglichkeiten als den klassischen Schulunterricht umfasst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es müssen Angebote sein, die die Persönlichkeit der Kinder weiterentwickeln. Nur dann macht das Ganze einen Sinn. Kinderzeit ist eine wertvolle Zeit. Deswegen darf diese wertvolle Zeit nicht mit irgendwelchen Betreuungsangeboten verplempert werden.

(Norbert Kartmann (CDU): Redezeit ist auch eine wertvolle Zeit!)

In Ihren Analysen und Versprechungen stellen Sie es immer so dar, als gäbe es, wenn wir an der Regierung geblieben wären, am Ende dieser Legislaturperiode keine Grundschule mit festen Öffnungszeiten. Das war gesetzlich fixiert. Das Gesetz war beschlossen.

(Zuruf von der CDU)

Dann hätten wir eine Grundschule mit festen Öffnungszeiten, in der die Lehrer besser auf die Kinder eingehen und sie individuell fördern könnten und in der die soziale Auslese nicht verschärft würde, sondern in der die Kinder eine angemessene Förderung erhalten würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was verstehen Sie denn von Pädagogik?)

Was Sie zur Mitwirkung der Eltern sagen, ist schon kurios. Sie wollen Eltern zum Vorlesen in den Grundschulen animieren. Ich bin der Meinung, dass man mit dem Vorlesen schon beginnen soll, wenn die Kinder noch im Babyalter sind. Man darf damit nicht erst anfangen, wenn sie schon in der Grundschule sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß nicht, wie Sie es mit Ihren Kindern gehalten haben. Ich finde es ein bisschen merkwürdig, Eltern, die in der Regel erwerbstätig sind, vormittags in die Grundschule zu schicken. Da muss man sich etwas anderes überlegen.

(Zuruf von der SPD: „Hänsel und Gretel“ vorlesen!)

Es ist wichtig, dass Eltern auch einen Bildungs- und Erziehungsauftrag für ihre Kinder haben. Dass Eltern sich für die Bildung ihrer Kinder interessieren, schaffe ich nur, wenn ich ihnen auch ein Mitsprache- und Mitwirkungsrecht in den Institutionen gebe. Meine Damen und Herren, das haben Sie systematisch zurückgedrängt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD)

Mehr Anstrengung und Leistungsbereitschaft: Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, dass Kinder nicht gerne lernen. Kinder sind leistungsbereit. Kinder wollen lernen. Wenn Kinder nicht gerne lernen wollten, würden sie nie laufen und sprechen lernen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie glauben, Sie könnten mit solchen Stammtischparolen die Qualität der Bildung verändern, kann ich Ihnen nur sagen: herzlichen Glückwunsch.

(Gerhard Bökel (SPD): Stammtischpädagogik!)

Schulen brauchen mehr. Wir werden nachher noch zu dem Antrag „Selbstständige Schulen“ kommen. Die Schulen brauchen das Engagement des Lehrpersonals. Die Schulen brauchen aktive Eltern, und sie brauchen bei der Qualitätsentwicklung Unterstützung seitens des Staates. Sie dagegen lassen das Lehrerstudium verkümmern, beschränken die Fortbildung und rufen nur nach Leistung.

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es!)

Das alleine wird die Schulen nicht besser machen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Ich möchte aber doch noch ein paar wesentliche Bemerkungen zu dem Tagesordnungspunkt machen.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Herzlichen Glückwunsch!)

– Die Rede des Ministerpräsidenten hat eine Antwort verlangt. Diese habe ich hier gegeben. Wenn Sie die nicht ertragen können, ist das Ihr Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Norbert Kartmann (CDU): Welche Antwort haben Sie gegeben? Können Sie Ihre Antwort wiederholen? Ich kenne sie gar nicht!)

Auch der Kindergarten hat neben seinem Betreuungsauftrag einen Bildungsauftrag. Das ist seit 1996 gesetzlich fixiert. Er hat also sozusagen ein doppeltes Mandat.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Nach der PISA-Studie rückt die vorschulische Bildung mehr in den Fokus der Überlegungen. Das ist auch gut so. Allerdings halte ich es für falsch, dass wir die Diskussion nur über die Fünfjährigen führen. Kinder fangen früher an zu lernen. Der Kindergarten beginnt früher. Das heißt, wir müssen doch überlegen, was Kinder im Kindergarten lernen. Es nützt überhaupt nichts, dass jetzt die Diskussion darüber beginnt, dass man Kinder am besten schon mit fünf Jahren zwangsweise in irgendeine Einrichtung zwingt, um sie dann möglichst mit Grundschullehrern, wie dies bei der FDP diskutiert wird – jetzt sage ich einmal das unangenehme Wort –, beschulen zu lassen.

Davon wird die Qualität der Bildung nicht besser, und davon werden die Leistungen nicht besser. Denn was sollen die Grundschullehrerinnen und -lehrer den Fünfjährigen beibringen, was sie nicht auch schon den Sechs- bis Zehnjährigen beibringen können? Die Ergebnisse werden dadurch nicht besser. Das heißt, wir müssen doch überlegen: Was muss an vorschulischer Bildung anders gemacht werden? – Dabei ist unser Ansatz viel umfassender, als die Kinder ein Jahr vorher pflichtweise zum Besuch irgendeiner Institution zu bringen. Wir wollen frühes Lernen fördern. Wir wollen die Qualitätsentwicklung von Kindertagesstätten unterstützen, und wir wollen den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule verbessern.

Es ist besonders wichtig, in Kindern umfassende Persönlichkeiten zu sehen, die auch umfassend gefördert werden müssen. Dazu muss der Kindergarten insgesamt in die Lage versetzt werden. Das bedeutet: individuelle Förderung, aber auch gezielte Angebote, nicht die Pflicht der Kinder, in den Kindergarten zu gehen, sondern die Verpflichtung der Institution, Lern- und Entwicklungsansätze zur Verfügung zu stellen. – Denn: Wo sind die Kindergärten mit den Forschungssecken?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wo sind die Kindergärten mit den Experimentierfeldern? Wo kann man im Kindergarten Radios auseinander schrauben und wieder zusammenbauen? Wo gibt es Mal- und Schreibwerkstätten neben den Spiel- und Leseecken? Wo werden Kinder ernst genommen, wenn sie ihre musikalische Begabung entwickeln? Wo werden Kinder in ihren Begegnungen mit Tieren, mit anderen Lebewesen ernst genommen?

Das alles muss im Kindergarten beginnen. Hier lernen die Kinder. Kinder lernen nicht, weil man sie auf einen Stuhl setzt und ihnen Buchstaben gibt, mit denen sie lesen lernen sollen, sondern Kinder lernen, indem sie die Welt neu entstehen lassen, indem sie die Welt sinnlich begreifen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Hier müssen wir ansetzen. Kinder brauchen die Möglichkeit, ihre Talente zu wecken, aber auch ihre Talente zu finden. Dazu ist eine entsprechende Schulung, eine Fortbildung auch des erzieherischen Personals notwendig. Wir wollen, dass die Qualitätsentwicklung vorangeht, dass ein Bildungskanon tatsächlich erstellt wird. Dieser Bildungskanon muss aber offen sein und darf kein fest gefügter Lehrplan sein, nach dem Motto: „Wir fragen dann am Ende der fünfjährigen Jahre nach, ob die Kinder das und das gelernt haben.“

Frau Henzler, Sie sitzen einem Irrglauben auf, wenn Sie meinen, dass die Kinder nach einem Jahr Kinderschule – wie Sie das so schön nennen; ich habe schon ein paar Worte dazu verloren, wie ich diesen Begriff finde –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Finden Sie die Worte wieder, wenn Sie sie verloren haben?)

auf dem gleichen Leistungsstand sind – wie Sie es in Ihrem Papier genannt haben. In Ihrem Papier haben Sie gesagt: „Die Fähigkeiten sind dann ausgeglichen.“ – Kinder sind immer verschieden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist ja Klasse! Das war der Lernerfolg!)

Sie können versuchen, Schwächen aufzufinden, und Sie müssen Schwächen auffinden. Aber: Kinder sind immer verschieden. Kinder brauchen nicht nur im Kindergarten, sondern Kinder brauchen auch in der Grundschule weiterhin eine individuelle Förderung nach ihren Fähigkeiten.

(Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Irmer, ich weiß gar nicht, warum Sie da lachen. Es wäre mir neu, wenn Sie das in Abrede stellen würden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Weil das eine neue Erkenntnis von Ihnen ist!)

Ich bin immer wieder darüber verblüfft, wie wenig Sie anderen Menschen zugestehen,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

ihre Konzepte weiter zu entwickeln. Wenn das generell so wäre, wären wir noch im letzten Jahrhundert.

(Gerhard Bökel (SPD): Im vorletzten! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie sind noch im letzten Jahrhundert!)

Ich denke, Sie sollten einmal etwas flexibler sein, zuhören können, dann überlegen und erst dann eine Antwort geben. Das wäre für dieses Plenum tatsächlich eine wesentliche Qualitätsentwicklung – wenn ich das einmal auf diesen Landtag anwenden darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Norbert Kartmann (CDU): Wir brauchen mehr Bildungsqualität! Die ist an Ihnen vorbeigegangen!)

Die Qualitätsstandards in den Kindergärten müssen entwickelt werden. Das gilt nicht nur für die einzelnen Träger und für die Einrichtungen, sondern das gilt auch und gerade für das Land. Aus unserer Sicht hat das Land eine verbindliche Pflicht als Jugendhilfeträger und dadurch, dass das Land die Kultushoheit hat. Deswegen sind wir der Meinung, dass ein Programm notwendig ist, um die Qualität zu entwickeln, um die Fortbildung zu erreichen. Wir sind auch der Meinung, dass es notwendig ist, über die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher nachzudenken, wie sie verbessert werden kann, wie sie europataug-

lich gemacht werden kann, damit die Kinder im vorschulischen Bereich auch die besten Erziehungskräfte haben, die sie brauchen, die sie betreuen, die sie erziehen und die sie in ihrer umfassenden Persönlichkeit so bilden, dass sie hinterher die Grundlagen haben, auf denen schulisches Wissen aufbauen kann.

Wichtig ist, dass die Grundschule ebenfalls – hier ist die Verzahnung – auf das aufbaut, was in den Kindertagesstätten passiert. Hier muss eine viel engere Kooperation stattfinden. Sie muss institutionalisiert werden, und darf nicht in das Belieben der einzelnen Einrichtung gestellt werden. Wir brauchen ein Netzwerk, eine gemeinsame Elternarbeit im Hinblick darauf, dass Eltern auch hinsichtlich einer möglichst frühzeitigen Einschulung beraten werden.

Gleichzeitig sagen wir aber auch: Kein Kind soll mit sechs Jahren von der Schule zurückgestellt werden. Die Schule hat die Pflicht, die Kinder mit den Fertigkeiten aufzunehmen, die sie in der vorschulischen Erziehung ausgebildet haben. Dann muss die Schule für die Kinder fit sein und nicht die Kinder für die Schule.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

So, wie im Kindergarten die Sprachentwicklung ein wesentlicher Bereich ist, ist in der Grundschule die Lesekompetenz sicher ein wichtiger Bereich. Ich habe Ihnen aber aufgezählt, dass für uns mehr zählt als ein Jahr Pflichtbesuch. Für uns ist es wichtiger, dass auch Fünfjährige einmal drei Wochen zu ihren Großeltern fahren können. Ich glaube, dass heutzutage Kinder, die nicht mehr in Mehr-Generationen-Familien leben, in zwei oder drei Wochen bei einem Besuch ihrer Großeltern vielleicht mehr lernen können als bei einem Pflichtbesuch,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Uhrzeit!)

zu dem sie notfalls – das müssen sie in der Konsequenz wissen – mit der Polizei hingebacht werden können. Denn wo Pflicht ist, ist auch Sanktion.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist wirklich schon zu Ende, und zwar seit über einer Minute. Bitte kommen Sie zum Schlusswort.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Letzter Satz. Wir wollen ein so umfassendes gutes Angebot, dass alle Eltern dieses Angebot zu 100 % annehmen und ihre Kinder gut erziehen und gut gebildet werden. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Hinzler für die FDP-Fraktion.

(Zurufe der Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) und Norbert Kartmann (CDU))

Dorothea Hinzler (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hinz, zwei Dinge haben Sie angesprochen, bei denen Sie in den letzten Jahren sehr viel gelernt haben. Dem können wir unumwunden zustimmen: Kinder sind verschieden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Kinder sind von Anfang an verschieden. Deshalb hat die FDP auch niemals behauptet, dass die Kinderschule die Kinder gleichmachen soll.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Quatsch!)

Wir haben gesagt, wir wollen versuchen, den Kindern gleiche Startchancen zu geben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben niemals gesagt, wir wollten sie gleichmachen. Die Startchancen kann man verbessern. Wo Kinder im Endeffekt landen und ob sie Abitur, mittlere Reife oder einen anderen Abschluss machen, liegt letztendlich auch an ihren eigenen Fähigkeiten und ihren persönlichen Eigenschaften. Da muss man sie auch – so verschieden wie sie sind – unterschiedlich fördern, fordern und unterstützen.

Zweitens haben Sie gesagt: Kinderzeit ist eine wichtige Zeit. – Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Kinderzeit ist die wichtigste Zeit überhaupt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen und sich um sie kümmern, ist ebenfalls eine der wichtigsten Zeiten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie fordern die Ganztagschule als verpflichtende Schule. Eben haben Sie gesagt, Schule sei Verpflichtung, und die Kinder könnten mit der Polizei dorthin gebracht werden. Das trifft für die Ganztagschule genauso zu.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen doch gar keine Ganztagschule!)

Diese Ganztagschule ersetzt nicht die Zuwendung der Eltern gegenüber ihren Kindern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie Zwischenfragen zu, Frau Kollegin Hinzler?

Dorothea Hinzler (FDP):

Nicht gleich am Anfang. Lassen Sie mich das erst einmal weiterführen.

Die Ganztagschule ersetzt nicht die Familienstruktur. Es kann nicht so sein, dass Kinder bis um vier oder halb fünf

in der Schule sind und anschließend zu Hause vor dem Fernseher platziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das kann nicht der Sinn und Zweck von Ganztagschule sein. Dann müssen sich Familien auch ein Stück weit ändern und ihre gemeinsamen Aktivitäten, sei es das gemeinsame Essen, auf den Abend verlagern, damit die Gespräche in der Familie nicht komplett ausfallen und durch Ganztagschule ersetzt werden.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wo leben Sie eigentlich?)

– Frau Ypsilanti, Sie fragen mich jedes Mal, in welcher Welt ich lebe. Ich lebe sehr direkt in dieser Welt.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Ich habe drei Kinder, die mitten in dieser Welt leben. Vielleicht lebe ich da sogar etwas direkter als Sie.

(Gerhard Bökel (SPD): Frau Ypsilanti ist auch Mutter! Ich bin schon Opa!)

– Ich werfe ihr auch nicht vor, in welcher Welt sie lebt. So einfach ist das.

Die FDP ist nicht erst durch die PISA-Studie bezüglich vorschulischer Bildungsangebote aufgeweckt worden. Lesen Sie einmal nach: 1972 gab es ein Wahlprogramm der FDP, die Stuttgarter Leitlinien. Bereits damals haben wir auf vorschulische Bildung hingewiesen und gefordert, dass für Fünfjährige Bildungsangebote an der Schule eingeführt werden. Bereits damals haben wir gesagt, dass die Schnittstelle zwischen Kindergarten und Schule sehr viel besser definiert werden sollte und Kinder früher gezielt gefördert werden müssten.

Dieses damalige Bildungsprogramm hat in Hessen zur Einführung der Eingangsstufen geführt, die Anfang der Siebzigerjahre als Schulversuch in Hessen an verschiedenen Stellen eingeführt worden sind. Sie waren in ihrem pädagogischen Auftrag ähnlich wie die Kinderschule. Ich würde sie teilweise als Vorläufer der Kinderschule bezeichnen. Sie waren allerdings nicht verpflichtend, weil die altersabhängige Schulpflicht nicht verändert wurde. Der pädagogische Auftrag war auch nicht so genau definiert, wie wir ihn jetzt für die Kinderschule definieren würden. Die Eingangsstufe hat damals – wie sie das auch heute noch an verschiedenen Standorten in Hessen tut – das erste Grundschuljahr auf zwei Schuljahre hinausgezogen. Heute wollen wir einen etwas gedrängteren und anderen pädagogischen Ansatz in der Kinderschule. Darauf werde ich gleich noch einmal zu sprechen kommen.

Aber PISA hatte trotzdem gute Auswirkungen. Das muss ich nach wie vor sagen. PISA hat alle – nicht nur die Bildungspolitiker – darauf hingewiesen, wie wichtig die Investition in Bildung ist, dass sie Geld kostet und dass man da nicht sparen darf.

(Gerhard Bökel (SPD): Richtig!)

– Herr Bökel, Sie sagen, das sei richtig. Nur muss ich Ihnen sagen: Wir haben das schon zu den Zeiten gewusst, als wir in der Opposition waren. Sie hätten das damals schon ändern können.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie hatten damals schon die Chance, auch in den Grundschulen erheblich mehr Unterricht zu machen. Jetzt sagen Sie, die Grundschulen seien vernachlässigt worden. Das stimmt. Wir haben die Unterrichtszahlen der Grundschulen erhöht. Wir haben nicht nur die Stundenzahl erhöht,

sondern wir haben auch die entsprechenden Lehrer in die Grundschulen geschickt.

(Gerhard Bökel (SPD): Es geht um ein bisschen mehr als nur Lehrer!)

Wir haben in den Grundschulen mittlerweile eine 100-prozentige Unterrichtsabdeckung. Es gibt Zusatzangebote. Es gibt eine Lehrerfeuerwehr. Es gibt Vertretungsreserven. Die Grundschulen sind sehr gut abgedeckt. Mit dieser Abdeckung sind sie auch zufrieden. Wir haben bereits das in kürzester Zeit umgesetzt, von dem Sie heute sagen, Sie hätten es erkannt, und Sie würden es zukünftig gern ändern.

Wir wollen die Erfahrungen übernehmen, die in den Eingangsstufen gemacht worden sind. Wir wollen sie in die Kinderschule einführen. Frau Hinz, ich sage Ihnen: Der Begriff „Kinderschule“, so unsicher auch wir am Anfang damit waren, hat sich unheimlich gut durchgesetzt. Er hat sich als sehr gut erwiesen. Herr Bökel, ich sage Ihnen auch: Den Begriff „Vorschule“ finde ich bei weitem nicht so gut. Erstens ist er durch den Begriff „Vorklasse“, der mit schulpflichtig aber nicht schulreif in Verbindung gebracht wird, schon ein Stück weit belegt,

(Gerhard Bökel (SPD): Über Begriffe streiten wir uns nicht!)

und zweitens ist es keine Vorschule, sondern etwas komplett Eigenständiges, was die Kinderschule leisten soll. Deshalb muss sie auch einen eigenen Namen haben.

(Beifall bei der FDP – Gerhard Bökel (SPD): Über Begriffe können wir uns unterhalten!)

Lassen Sie mich zum Bildungsauftrag des Kindergartens kommen. Sie haben gesagt, 95 % der Kinder seien im Kindergarten. Das trifft auf die deutschen Kinder zu. Da sind es 90 bis 95 %. Bei den ausländischen Kindern ist der Anteil niedriger. Er liegt ungefähr bei 80 bis 85 %. Es ist richtig: Der Kindergarten braucht vermehrt einen Bildungsauftrag. Diesen kann er aber nur begrenzt umsetzen – aufgrund seiner Personal- und Raumkapazitäten, und weil sein Angebot auf der anderen Seite sehr flexibel sein soll.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir fordern immer, dass die Kindertagesstätten flexible Angebote machen sollen. Die Zeiten sollen mehr oder weniger zum Einkaufsmodell für die Eltern werden. Das ist nicht so einfach vereinbar mit einem wirklichen, überschaubaren und genau definierten Bildungsauftrag. Außerdem ist der Kindergarten schlicht und ergreifend keine Pflicht. Demzufolge müssen wir eine verpflichtende Einrichtung schaffen, in die Kinder mit fünf Jahren auf Kosten des Landes bzw. des Staates gehen. Das soll nicht auf Kosten der Eltern gehen, sodass sie das natürlich viel besser annehmen. Wenn es verpflichtend ist, müssen sie es sowieso annehmen.

Frau Hinz, Sie sagen, die Kinder sollten auch drei Wochen zu ihren Großeltern fahren können. Es gibt genügend Ferien, in denen Kinder zu ihren Großeltern fahren können.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es wäre schön, wenn sie das täten. Dann bräuchten die Kommunen auch nicht so viele Ferienspiele und andere öffentliche Betreuungseinrichtungen. Das als Argument dafür zu bringen, dass Kinder nicht mit fünf Jahren verpflichtend in die Schule gehen sollen, finde ich wirklich äußerst schräg. Dann können Sie ehrlich sagen: Die Eltern

wollen sich in ihren Ferienzeiten nicht einschränken lassen. – Das müssen sie dann nämlich tun, wenn die Kinder fünf Jahre alt sind und in eine verpflichtende Schule gehen.

(Beifall bei der FDP)

Das Konzept der Kinderschule sieht eine sehr gute Personalausstattung vor.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zum Personal sollen Grundschullehrerinnen und Erzieherinnen gehören. Der Auftrag dieser Kinderschule ist auch der Auftrag der Früherkennung und der frühestmöglichen Ausgleichung von Benachteiligungen, Behinderungen und Defiziten. Ich denke, es ist besonders wichtig, eine Möglichkeit zu suchen, eine Chancengleichheit der Kinder für die Grundschule zu erreichen. Das ist der wichtigste Auftrag. Er macht natürlich nicht alle Kinder gleich.

Sehr interessant ist die Stellungnahme des türkischen Verbandes, der sehr deutlich sagt: Um die Kinder Deutsch lernen zu lassen, damit sie in den Grundschulen Chancen haben, wäre es sehr wichtig, dass sie verpflichtend ein Jahr vor der Grundschule in eine gemeinsame Schule gehen und dort besonders die Sprachdefizite ausgleichen können.

Das SPD-Konzept lehnt sich stark an unser Kinderschulkonzept an.

(Lachen der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Herr Bökel, Sie sagen, Sie seien der Motor im Zug.

(Zurufe von der CDU)

Dann sind wir die Lokführer. Wir sagen, wohin es geht. Wir sind schon längst mit dem Zug am Ziel angekommen, bevor Sie überhaupt geheizt haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Sie haben überhaupt noch keine Fahrkarte!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage zu?

Dorothea Henzler (FDP):

Nein, noch nicht. Ich sage das gegen Ende noch einmal.

Wenn Sie sagen, dann bräuchten wir einen jahrgangsübergreifenden Eingang in die Grundschule, dann konterkarieren Sie doch den Auftrag, den diese Kinderschule oder Vorschule, wie Sie sie nennen, wirklich hat. Wenn in diesem einen Jahr die Chancengleichheit hergestellt ist, dann können die Kinder im Normalfall auch die vier Jahre Grundschule ordentlich durchlaufen. Dann brauche ich keine flexiblen jahrgangsübergreifenden Eingänge mehr.

(Zurufe der Abg. Priska Hinz und Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Einzige, was ich dann vielleicht noch sagen kann, ist, dass Hochbegabte sogar das erste Grundschuljahr überspringen können. Aber normalerweise ist die Regel: Wer die Kinderschule durchlaufen hat, ist befähigt und hat gute Chancen, normal in die erste Grundschulklasse eingeschult zu werden. Ein Vorteil ist auch, dass Sie in den Grundschulen altershomogene Gruppen haben. Momen-

tan haben wir den Nachteil: Auf der einen Seite wird relativ früh eingeschult, was auch richtig und wichtig ist, während manche Eltern auf der anderen Seite ihre Kinder gern noch länger zu Hause lassen, sodass wir eine Altersspanne in der ersten Grundschulklasse haben, die für einen guten und fördernden Unterricht sehr schwierig zu bewältigen ist.

Wichtig ist auch ein eigenständiges pädagogisches Konzept, an dem insbesondere auch die Eltern mitarbeiten müssen. Für Eltern ist es heute schwierig geworden. Eltern haben für ihre Kinder unheimlich gute Absichten und bekommen aus sämtlichen Zeitschriften, die es nur gibt, Ratschläge für Erziehung, Fortbildung und alles, was sie machen müssen. Wenn Sie mit jungen Eltern sprechen, merken Sie, dass die Verunsicherung so groß ist wie nie zuvor. Früher war es einfacher, Kinder zu erziehen. Da gab es klare Richtlinien und Grenzen. So war das, und so musste das sein. Heute ist das nicht mehr so. Heute müssen Sie Kinder auf eine andere Welt vorbereiten. Das ist für Eltern manchmal nicht so ganz einfach.

Je älter die Kinder werden, umso schwieriger wird es. Deshalb geben die Eltern die Verantwortung gerne ab. Sie geben sie gerne an die Medien, an die Kindertagesstätten und die Schulen ab. Das ist für die Einrichtungen, an die die Verantwortung abgegeben wird, eine große Aufgabe. Der müssen sie auch zum Teil gerecht werden. Aber das geht nur zusammen mit den Eltern. Ich hatte es eingangs schon gesagt: Man kann da die Eltern aus der Verantwortung nicht ganz entlassen.

Frau Hinz, Sie haben zu Recht gesagt: Kinder sind neugierig. Kinder sind wissbegierig. Kinder sind lernfreudig. – Ich denke, es ist die Aufgabe der Schule und der Bildungseinrichtungen, diese Eigenschaften zu erhalten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es darf nicht passieren, dass diese Eigenschaften im Laufe des schulischen Lebens verloren gehen, weil man ihnen einfach nicht genug Futter bietet oder weil man den Kindern nicht die richtigen Antworten gibt. Das gilt auch hinsichtlich des Lesens und des Schreibens. Hier bestehen deutliche Defizite bei den deutschen Jugendlichen und Kindern. Man sollte damit möglichst früh anfangen. In der Zeitschrift „Frühe Kindheit“ beschreibt Donata Elschbroich das sehr deutlich unter der Überschrift: „Ins Schreiben hinein. Kinder auf der Suche nach dem Sinn der Zeichen“. Ich darf zitieren:

Anstöße aus angelsächsischen Ländern befreien neuerdings den Blick auf „preliteracy“ im Vorschulalter. Kinder suchen nach dem Sinn der Schriften und Zeichen, von denen sie umgeben sind, sie wollen von den Geheimnissen der Erwachsenen nicht ausgeschlossen bleiben. Wenn Striche auf dem Papier oder Leuchtzeichen auf einer Hauswand sich unversehens mit einem inneren Bild verbinden zu einem primären Leseerlebnis oder wenn ein anderer Mensch erstmals eine vom Kind geschriebene Botschaft versteht, „gehört dieser Augenblick im Leben gerahmt“.

Das ist eine eindeutige Aufforderung an uns, frühestmöglich den Kindern die Chance zu geben, Dinge zu lernen, spielerisch zu lernen und aufzunehmen. Die FDP war die Erste, die hier ein wirklich durchdachtes grundlegendes Konzept entwickelt hat. An diesem wollen wir mit Ihnen

zusammen weiter arbeiten. Wir können das nicht im Hauruckverfahren,

(Gerhard Bökel (SPD): Kein Hauruck!)

wie es in diesem Antrag gefordert wird, machen. Die Landesregierung kann nicht über das Land ziehen und sagen: Das wird jetzt gemacht, dieses Konzept wird vorgegeben.

(Gerhard Bökel (SPD): Was Sie können, kann auch die Landesregierung machen!)

Wir müssen mit den Eltern, den Lehrern und Erziehern reden. Wir müssen sie in das gemeinsame Konzept einbinden. Wir müssen auch über die Fortführung der Grundschullehrerausbildung reden. Es ist sehr wichtig, dass mehr Didaktik in die Studienpläne aufgenommen wird und dass mehr Diagnostik in die Ausbildungspläne hineinkommt. Das ist etwas, was die FDP ebenfalls vorschlagen hat und was mit den Universitäten zu diskutieren ist.

Ich denke, insgesamt sind wir auf einem sehr guten Weg. Die FDP wäre sehr froh, wenn wir im Schuljahr 2005/2006 für alle Fünfjährigen die verpflichtende Schule für Kinder hätten und wir alle einschulen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann jetzt noch Fragen beantworten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Das geht gerade noch. Möchte jemand Fragen an Frau Henzler stellen? – Herr Quanz, bitte schön.

Lothar Quanz (SPD):

Frau Henzler, Sie sagten eben, dass Sie dieses Konzept zielstrebig umsetzen wollen. Nachdem Sie die Rede des Ministerpräsidenten gehört haben, frage ich Sie, ob Sie da eine Grundlage sehen, das jemals gemeinsam mit der CDU umsetzen zu können?

Dorothea Henzler (FDP):

Aber selbstverständlich sehe ich die. Die Rede des Ministerpräsidenten hat doch sehr deutlich gezeigt, wie wichtig auch für die CDU die Bildung und auch die frühe Ausbildung in unserem Land ist. Selbstverständlich werden wir diese Konzepte gemeinsam umsetzen. Da sehe ich überhaupt keine Differenzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Das warten wir einmal ab!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Hinz, Sie haben das Wort. Ich wusste nicht, ob das Abwinken oder eine Wortmeldung war.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Henzler, ich war vorhin etwas irritiert. Denn Sie sprachen wieder von der Zwangsganztagsschule. Ich dachte, wir wären uns darüber einig gewesen, dass wir auf freiwilliger Basis Schulen mit Ganztagsangeboten wollen.

(Inge Velte (CDU): Ja!)

Ist das aus Ihrer Sicht wieder ins Rutschen gekommen? Oder warum reden Sie von der Zwangsganztagsschule?

Dorothea Henzler (FDP):

Frau Hinz, das Konzept der FDP ist bekannt. Wir wollen Schulen mit Ganztagsangeboten. Das Wort Angebot besagt: Ich mache dir ein Angebot. Du kannst es annehmen, oder du kannst es bleiben lassen.

(Beifall der Abg. Michael Denzin, Heinrich Heidel (FDP) und Norbert Kartmann (CDU))

Die FDP spricht niemals von Ganztagschulen. Davon reden die Kollegen von der SPD.

(Zuruf)

– Frau Hinz, Sie benutzen dieses Wort auch manchmal. Da müssen Sie vorsichtig sein. Gerade dabei muss man sehr genau mit Worten umgehen. Die Ganztagschule ist eine verpflichtende Einrichtung. Da muss man hin, wenn man dort angemeldet ist. Darin besteht der Unterschied zur Schule mit Ganztagsangeboten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Das ist nicht wahr!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Es ist gelungen, die Redezeit genau zu erschöpfen. – Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Kölsch für die CDU-Fraktion.

Brigitte Kölsch (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bökel, der Auftritt, den Sie hier heute Morgen gegeben haben,

(Manfred Schaub (SPD): Der war gut! Ausgezeichnet war er!)

wird dem wichtigen Thema Bildungspolitik nicht gerecht.

(Manfred Schaub (SPD): Jetzt aber einen Satz zum Ministerpräsidenten! Sagen Sie jetzt einen Satz dazu!)

Eines kann ich Ihnen sagen: Die Versager der Neunzigerjahre sind nicht in der Lage, die Zukunft unserer Kinder mit der Bildungspolitik zu gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Manfred Schaub (SPD): Da hilft das Abgelesene jetzt nicht mehr!)

Sie haben heute hier gesagt, Sie hätten schon gewusst, welches Ergebnis die PISA-Studie haben würde. Es ist dann umso verantwortungsloser, wie Sie mit der Bildungspolitik umgegangen sind.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU) und Heinrich Heidel (FDP))

„Ich fürchte mich am meisten vor Personen, die jetzt genau wissen, was zu tun ist.“

(Beifall der Abg. Norbert Kartmann und Mark Weinmeister (CDU))

Das sagt Prof. Baumert, nachdem die PISA-Studie veröffentlicht wurde. Genau in dieser Situation befinden wir uns jetzt. Die Opposition überschlägt sich geradezu mit

Vorschlägen und Rezepten, wie das so arme, kranke Bildungswesen in Hessen wieder zu heilen ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gehört die FDP auch zur Opposition!)

Hätten Sie doch bloß früher einmal darüber nachgedacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Bökel, es wurde schon gesagt: Sie haben sich jetzt als Motor aufgespielt. Während Ihrer Regierungszeit haben Sie aber ganz schön auf der Bremse gestanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Denn der Zug Bildung rollte zurück an die Wand. Dies geschah bis hin zum Kollaps. Meine Damen und Herren, wir entlassen Sie nicht aus der Verantwortung für eine so desolate Bildungspolitik, die Sie diesem Land und dieser Regierung hinterlassen haben.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU) – Gerhard Bökel (SPD): Das erwarten wir auch nicht! Das machen wir alles selbst!)

Wir müssen über die Vergangenheit reden, um für die Zukunft die richtigen Weichen zu stellen.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Übertragen heißt das: Diese Regierung hat erst einmal mit einem riesigen finanziellen Kraftakt das aufarbeiten müssen, was Sie vernachlässigt haben,

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

damit Schülerinnen und Schüler wieder den Unterricht erhalten, der ihnen nach der Stundentafel zusteht.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU))

Es ist kein Wunder, dass Sie nicht gern zurückblicken. Denn dann würden Sie diese desolate Bildungspolitik des Landes Hessen immer wieder vor sich sehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann schauen Sie einmal nach vorn?)

Meine Damen und Herren, das war auch die Zeit der Schnellschüsse und der unausgegorenen Reformen. Das betraf insbesondere die Grundschule. Wie oft hat die CDU-Fraktion dies zum Anlass genommen, über die Bedeutung der Grundschule hier im Plenum zu diskutieren. Ich will hier nur den hohen Unterrichtsausfall anführen. Diesen gab es nicht nur in der Grundschule. Die Wochenstundenzahl war gering. Diese Misere sollte mit der Einrichtung der Grundschule mit festen Öffnungszeiten kaschiert werden.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Da haben Sie etwas nicht kapiert!)

Wir werden es Ihnen immer wieder sagen: Es betraf gerade 145 der 1.172 Grundschulen.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Es werden immer weniger!)

Immer wieder haben wir auf die katastrophalen Auswirkungen für die Kinder hingewiesen.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU))

Die Schülerinnen und Schüler wurden schon am Anfang ihrer Schulzeit mit Defiziten belastet, weil der Unterricht

ausgefallen ist und die für die Reformen vorgesehenen Lehrer nicht vorhanden waren.

(Beifall der Abg. Norbert Kartmann, Hans-Jürgen Irmer (CDU) und Heinrich Heidel (FDP))

Jetzt sind die Weichen in der Bildungspolitik anders gestellt. Dies geschah aber unter dieser Regierung und dieser Kultusministerin.

(Beifall der Abg. Inge Velte und Michael Boddenberg (CDU))

Inzwischen haben wir in Hessen die verlässliche Halbtagsgrundschule. Durch die Erweiterung der Stundentafel in der Grundschule um zwei Stunden und dank einer Unterrichtsabdeckung zu annähernd 100 %

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

verbringen die Erstklässler in Hessen nahezu vier Zeitstunden und die Dritt- und Viertklässler nahezu fünf Zeitstunden allein durch Unterricht und Pausenzeit in der Schule. Hinzu kommt dann noch das Betreuungsangebot an unseren Grundschulen. Während es in Ihrer Regierungszeit gerade einmal 288 Grundschulen waren,

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Es werden immer weniger!)

bieten heute 867 Grundschulen in Hessen zusätzlich Betreuung an.

(Beifall bei der CDU)

Diese Landesregierung hat mit einer Bezuschussung von 10.000 DM pro Grundschule die Voraussetzung dafür geschaffen, dass jeder Schulträger gemeinsam mit den Grundschulen ein Konzept erarbeiten kann. Wir hatten im Hochtaunuskreis schon sehr früh ein flächendeckendes Angebot betreuender Grundschulen. Nur besteht der Unterschied darin, dass während Ihrer Regierungszeit nur neun Grundschulen bezuschusst wurden, während heute alle bezuschusst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Mit dem gleichen Geld!)

Wenn das Staatliche Schulamt des Hochtaunuskreises eine Grundschule besucht und dann berichtet, an den 39 Grundschulen des Hochtaunuskreises falle kein Unterricht mehr aus, die Lehrerkapazität ermögliche es außerdem, an allen Grundschulen eine Stunde Förderunterricht je Klasse und Woche zu erteilen, Ausfälle durch Erkrankungen von Lehrern könnten entweder durch schulische Vertretungsregelungen oder durch die aus drei Pädagogen bestehende Lehrerreserve beim Staatlichen Schulamt ausgeglichen werden, dann kann man wieder einmal nur feststellen: Was von dieser Landesregierung hier geleistet wurde, ist nicht nur ein herausragender Erfolg, sondern auch die Antwort auf gesellschaftliche Veränderungen und die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist aber auch die eindeutige Antwort darauf, wie wichtig es ist, Kinder so früh wie möglich zu fordern und zu fördern und ihnen Bildungschancen nicht vorzuenthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Es ist noch gar nicht lange her, dass wir hier im Landtag über das Hessische Schulgesetz diskutiert haben. Ich erin-

nere mich noch sehr gut an eine Formulierung zum Thema Grundschule, die Sie wahnsinnig aufgeregt hat. Es war der Passus, dass die Grundschule grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt und die Schülerinnen und Schüler auf die weiterführenden Bildungsgänge vorbereitet.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das ist genau der falsche Ansatz! Da lachen sich die Finnen kaputt!)

Das haben Sie heute wieder kritisiert. Jetzt fordern Sie eine vorschulische Bildung. Da hilft auf keinen Fall Aktionismus um jeden Preis.

(Gerhard Bökel (SPD): Sind Sie für die Kinderschule, ja oder nein?)

– Herr Bökel, wir werden über die Konzepte diskutieren. Darauf können Sie sich verlassen. Wir werden das in Ruhe machen – nicht wie Sie –, und wir werden es den Schulen nicht überstülpen. Ich erinnere an den Satz, man solle mit Ruhe und Besonnenheit vorgehen.

(Zuruf von der SPD: Nicht einschlafen! – Gegenruf von der CDU: Die ruhige Hand!)

Ich meine die besonnene und bedachte Aktivität dieser Kultusministerin. Deshalb ist es absolut richtig und konsequent, dass die Ministerin eine Expertenrunde einberufen hat, die sich damit auseinandersetzt, wie Angebote zur Frühförderung in Kindergärten und Grundschulen verzahnt und ausgeweitet werden können.

Es ist aber nicht so, dass in diesem Bereich noch nichts geschehen wäre. Die Kultusministerin hat durch viele Maßnahmen bereits vorab eine Antwort auf PISA gegeben. Wir haben schon vorher über Studien geredet. Ich erinnere an die TIMS-Studie. Ich will nur einige Punkte nennen: Flexibilisierung des Einschulstichtags, Erleichterung der Einschulung von Kann-Kindern, Möglichkeit des Überspringens des ersten Schuljahres, Förderung besonderer Begabungen, sprachliche Frühförderung von Kindern, insbesondere von Kindern zugewanderter Eltern deutscher und ausländischer Herkunft, flexible Maßnahmen bei der Einschulung und Intensivierung der Leseförderung.

Man muss allerdings auch daran denken, dass vorschulische Bildung – darauf ist heute schon hingewiesen worden – nicht ausschließlich ein Thema von Schule ist. Das heißt, wir dürfen nicht übersehen, dass zwei Ministerien tangiert sind: das Sozialministerium und das Kultusministerium. Es handelt sich aber auch um eine Aufgabe an der Schnittstelle zwischen kommunalen Trägern und dem Land. Daher müssen wir den Begriff „vorschulische Bildung“ zunächst einmal genau definieren.

Ich will am Rande erwähnen, was seitens des Sozialministeriums für Kinder im Kindergartenalter getan wird. Allein für die „Offensive für Kinderbetreuung“ sind im Haushalt 2001 16 Millionen DM veranschlagt worden.

Die Ministerin weist mit Recht darauf hin, dass Kinder schon im Kindergartenalter wissbegierig und aufgeschlossen sind. Das wissen wir alle. Deshalb geht es im Kindergarten darum, zunächst sprachliches Verständnis, Kommunikationsfähigkeit, Motorik und Musikalität zu entwickeln. Es geht vor allem um Sprachförderung. Wenn die SPD jetzt eine vorschulische Bildung fordert, dann möchte ich sie daran erinnern, dass wir vor vielen Jahren etwas Vergleichbares an den Kindergärten hatten. Da gab es nämlich altersgleiche Gruppen. Damals wurden die Fünfjährigen mit Spielen, Konzentrationsübungen und

entsprechenden Aufgaben auf die Schule vorbereitet. Die Eltern wurden von den Ergebnissen unterrichtet. Die Kindergärtnerinnen wussten sehr wohl, wohin die Reise ging.

(Lachen des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich erinnere mich noch sehr genau an die Kindergartenzeit meiner Kinder. Diese Opposition hat sich aber vehement dafür eingesetzt, dass die altersgleichen Gruppen aufgelöst wurden.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ging Ihnen nur um soziales Verhalten. Die Großen sollen den Kleinen helfen, die Kleinen sollen von den Großen lernen. Damit war der fließende Übergang vom Kindergarten zur Kuschelpädagogik in der Grundschule vorprogrammiert.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist noch reaktionärer als alles Bisherige!)

Die Grundschulen mussten zunächst auf die Kleinen Rücksicht nehmen, die gerade erst aus dem Kindergarten kamen und noch nicht still sitzen konnten.

Wir brauchen keine bildungspolitischen Schnellschüsse, wie sie die SPD fordert. Wir brauchen auch keinen Nachhilfeunterricht in Bildungspolitik.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zu oft sind uns Konzepte übergestülpt worden. Nur: Es ist schon erstaunlich, wie schnell die SPD ihre Meinung inhaltlich auf den Kopf stellen kann. Sie ist permanent dabei, Purzelbäume zu schlagen. Schaut man aber genauer hin, dann kommen die alten Ideologien wieder hervor.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU muss hier keine Meinungsänderung vornehmen. Die CDU hatte und hat in ihrer Bildungspolitik stets einen individualisierenden Ansatz. Wir gingen und gehen immer von den unterschiedlichen Begabungen und Neigungen der Kinder aus. Frau Hinz, das müssen wir nicht erst lernen. Das war schon immer so.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben uns immer für Chancengerechtigkeit eingesetzt, da es eine Chancengleichheit nicht geben kann. Es geht um den Entwicklungsstand jedes einzelnen Kindes. Deshalb brauchen wir auch für die vorschulische Bildung ein differenziertes Angebot – wie auch bei allen Schulformen.

Alle Angebote müssen aber freiwillig sein, denn es ist keineswegs zu erwarten, dass alle Eltern mit einer verpflichtenden Vorschule – oder etwas Ähnlichem – einverstanden sind. Wir können ein pädagogisch verantwortbares Konzept nur gemeinsam mit den Eltern durchführen. Dazu hat uns die PISA-Studie den Hinweis gegeben: 40 % aller Eltern haben keine Zeit, mit ihren Kindern über schulische Probleme zu sprechen.

Wir gehen konsequent einen Schritt nach dem anderen auf einem erfolgreichen Weg in der Bildungspolitik: Unterrichtsgarantie und Qualitätsverbesserung, z. B. mit

schulformbezogenen Lehrplänen. Wir bauen die Ganztagsangebote weiter aus, damit ein solches Angebot für jeden, der es wünscht, erreichbar ist. All dies geschieht bedarfsorientiert und freiwillig.

Wir werden uns auch um die vorschulische Bildung kümmern, damit die Kinder gefordert und gefördert werden. Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion den von unserer Ministerin eingeschlagenen Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will wenige ergänzende Bemerkungen machen. Frau Hinz hat eingangs eine zutreffende Bemerkung gemacht, nachdem sie mit ihrer Kritik an dem Herrn Ministerpräsidenten ihre Pflichtübung absolviert hatte. Sie hat nämlich gesagt, die vorschulische Bildung beginne schon vor dem fünften Lebensjahr.

(Gerhard Bökel (SPD): Ja!)

Ich denke, dass wir heute umfänglich diskutieren und nicht nur so tun sollten, als gebe es ein Jahr, um das es geht, um vorschulische Chancengleichheit herzustellen.

(Gerhard Bökel (SPD): Wer sagt denn das?)

– Das sagt Ihr Antrag. – Es geht insgesamt um die Betrachtung der Kindertagesstätten, um die Betrachtung des Übergangs zur Grundschule und die Betrachtung der Grundschule.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das ist logisch! –
Gerhard Bökel (SPD): Aber ja!)

Das sollten wir uns bewusster machen. Deswegen geht es nicht darum, einfach einmal so schnell einen Satz aufs Papier zu schreiben, der sagt: „umgehend ein Konzept ... für alle Kinder ab fünf Jahren“ vorzulegen, sondern es geht um eine Gesamtbetrachtung dieses Zeitraumes und tatsächliches Handeln in diesem Bereich.

Ich nehme einfach zur Kenntnis, dass die SPD den Landtag zur eigenen Selbstfindung in Anspruch nimmt, und das in Form von Landtagwahlkampfreden, wie Sie sie heute Morgen gebracht haben, Herr Bökel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): So ein Quatsch!)

Ich frage mich: Wer hat eigentlich in der SPD über einen Bildungsauftrag des Kindergartens in den letzten Jahren geredet? Ich habe in dieser Richtung nichts gehört.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Da wurde doch eher protestiert, wenn es darum ging, dass auch der Kindergarten und die Kindertagesstätten nach dem Kinder- und Jugendhilferecht ihren Bildungsauftrag haben.

(Zurufe der Abg. Armin Clauss und Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Meine Damen und Herren, wer hat am meisten in die Substanz der Grundschulen eingeschnitten?

(Beifall bei der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Wer hat den Kindergärten das Geld weggenommen – 100 Millionen DM? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Bökel, das war die SPD. Sie waren Minister und beteiligt. Sie sind, wie Sie immer sagen, ein bildungspolitisch interessierter Mensch. Sie hätten das also wahrnehmen dürfen. Die SPD und die GRÜNEN haben dort in die Substanz der Grundschulen eingeschnitten, indem sie acht Wochenstunden gekürzt haben, von 95 auf 87 Wochenstunden. Was für einen Bildungsauftrag von Grundschule haben Sie damit befördert, indem Sie acht Stunden an Bildungszeit, mit jungen Menschen zu arbeiten, weggestrichen haben? Das war keine Konzeption von Bildung in diesem jungen Alter.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung handelt bereits. Frau Hinz, ich bin schon der Meinung, dass man vor PISA schon in einigen Segmenten gewusst haben kann, was dabei herauskommen wird. Man hatte schon die TIMS-Studie. Man konnte schon die Konsequenzen daraus ziehen. Wir sind jetzt in puncto Leseförderung in der Tat noch ein Stück weiter. Aber auch das konnte man schon ein Stück weit ahnen.

Selbstverständlich haben wir infolgedessen die Einschulung flexibilisiert. Wir haben die Möglichkeit des Überspringens im ersten Schuljahr geschaffen. Wir haben den Kreis von Grundschulen jetzt fast beisammen, die mit der Arbeit von besonders Begabten beginnen wollen. Wir haben die Arbeit mit schwachen Kindern und Jugendlichen durch die sprachliche Frühförderung begonnen. Wir sind im Begriff, den Grundschulversuch „Neukonzeption der Schuleingangsstufe“ auszuwerten und zu prüfen, welchen Erfolg das hat, wenn wir etwa halbjährlich einschulen, wenn unterschiedliche Verweildauer in der Grundschule das Konzept ist und welche Konsequenzen wir daraus ableiten können.

Wir sind dabei, die Erzieherinnenausbildung zu überprüfen. Die liegt nämlich in unserer Zuständigkeit. Wir sind dabei, auch die Grundschullehrerausbildung neu zu konzipieren und die Frage zu stellen, ob Ihr Konzept – das alte – mit der Wahlfachausbildung in dieser Form richtig ist, wie sie derzeit besteht, ob es richtig ist, dass Grundschullehrer in die Grundschule kommen können, ohne einen Erstlesekurs zu haben – egal, welches Fach sie studiert haben –, und den Kindern das Lesen auf tönernen Füßen beibringen. Wir müssen dort meines Erachtens etwas Gravierendes ändern.

Die Fragestellung heißt in der umgekehrten Richtung: Hat sich die SPD eigentlich um Sprachförderung gekümmert, statt nur gegen die Schulgesetzänderung zu polemisieren? Thematisiert die SPD in diesen Tagen irgendwo die Leseförderung als wesentlichen Inhalt als Lehre aus der PISA-Studie? Kümmert sich eigentlich die SPD um die Frage der Aus- und der Fortbildung der Erzieherinnen?

(Zurufe von der CDU)

Kümmert sich eigentlich die SPD um die Frage von Förderung und Forderung, oder polemisiert sie nur gegen den Begriff der Anstrengung als angebliche Polemik – wie Sie das leider auch gemacht haben, Frau Hinz? Der Begriff der Anstrengung ist ein Begriff der Kultusministerkonferenz und des ehemaligen Bundespräsidenten. Wenn Sie sagen, das seien Stammtischreden, dann sind Sie an dieser Stelle falsch gewickelt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Kümmert sich eigentlich die SPD um die Frage, welche Standards die Grundschule erreichen soll und auf welches Ziel hin sie arbeiten soll, wie man das auch festschreiben soll, die entsprechenden Konsequenzen für den Rahmenplan? Und kümmert sie sich eigentlich um die Grundschullehrerausbildung? Hat sich die SPD jemals überhaupt mit der Frage von Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern und Lehrern auseinander gesetzt oder nur beide Seiten gegeneinander ausgespielt?

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Aber wie!)

Hat die SPD die Stundentafel verstärkt oder verkürzt? Hat sie sie mit entsprechenden Verstärkungen im Fach Deutsch ausgestattet oder nicht? Das lässt sich ja beantworten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Haben Sie eine Vorstellung von sprachlicher, motorischer, musikalischer Grundbildung im Bereich des Kindergartens? Haben Sie eine Antwort auf die mangelnde Nachhaltigkeit in unseren Bildungseinrichtungen, von Kindergarten über die Grundschule in das allgemein bildende und berufliche Schulsystem, gefunden? Haben Sie eine Antwort auf die Notwendigkeit von Hausaufgaben, oder reduzieren Sie sich auf die Forderungen des Elternbundes?

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Wer ist denn in der Regierung – wir oder Sie?)

Meine Damen und Herren, die SPD hat keine Antworten auf all diese Fragen. Wir haben Antworten auf diese Fragen und sind dabei, dort Anstrengungen zu unternehmen.

Meine Damen und Herren, im Sommer, im Juli, wird es die deutsche Auswertung der PISA-Studie mit dem Vergleich der Bundesländer geben. Wir nehmen diese Herausforderung an. Wir wissen, dass dieses Ergebnis nicht besonders gut ausgehen kann. Aber wir akzeptieren, dass es Ihre Ausgangsbasis dafür gewesen ist, die durch PISA definiert wird, und die Tatsache, wie wir uns auf dieser Basis angestrengt haben, um dieses Ergebnis zu verbessern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Tagesordnungspunkt – doch?

(Zurufe von der SPD)

Herr Quanz hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Lothar Quanz (SPD):

Herr Präsident, mit Verlaub werde ich wenige Anmerkungen nur noch zu dem, was die Frau Ministerin an dieser Stelle ausgeführt hat, anbringen dürfen.

(Norbert Kartmann (CDU): Es ist alles gesagt, nur für ihn nicht!)

Erstens. Auch bei Ihnen und bei Herrn Koch wurde ein Familienbild dargestellt, das mit der Wirklichkeit herzlich wenig zu tun hat.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sosehr ich diese Appelle verstehe, sosehr ich durchaus nachvollziehen kann, dass man eine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Schule und Elternschaft hinbekommen will, muss ich zur Kenntnis nehmen, dass von dem klassischen Familienbild in der Realität häufig wenig übrig geblieben ist. Darauf muss die Schule mit eigenen Konzepten reagieren und nicht mit Appellen an ein überkommenes Familienbild.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Meine Damen und Herren, eine Zahl, die mich betroffen gemacht hat, aus einem sehr strukturkonservativen Kreis wie meine Heimat, war kürzlich die Zahl 30 % Alleinerziehende. Wenn Schule darauf mit pädagogischen und organisatorischen Konzepten keine Antwort gibt, versündigen wir uns an der neuen Generation.

(Beifall bei der SPD)

Da helfen keine Appelle und kein Beschreiben einer Familienidylle, gefragt sind Handlungskonzepte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Es wird so schön mitgeteilt: Ganztagsangebote, das haben wir begriffen, das machen wir auch, und demnächst werden wir ein bisschen Betreuung nachmittags anbieten. – Meine Damen und Herren, so war das nicht gemeint. Ganztagsangebote und Ganztagschule heißt ein pädagogisches Konzept vor- und nachmittags in Verzahnung miteinander.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mit Unterricht?)

Das heißt, dass wir es mit unserem Auftrag der Förderung von Chancengleichheit ernst meinen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mit Unterricht oder nicht?)

Drittens. Frau Ministerin, ganz besonders zeigt sich der Unterschied, wenn Sie sagen: Wir fördern ja, wir flexibilisieren ja. – Sie haben ermöglicht, die Einschulung für besonders gut entwickelte und begabte Kinder zu flexibilisieren. Ich sage dazu: Das ist gut so. Wir brauchen diese Differenzierung. Das lehnen wir nicht ab. Das sehen wir genauso. Aber wo sind denn Ihre Antworten für die Kinder, die aus schwierigem sozialen Milieu kommen, die besonders gefördert werden müssen, damit sie den Anschluss finden? – Dazu taucht kein Satz auf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wenn Sie von Förderung und Flexibilisierung reden, haben Sie immer nur die Spitze im Auge und versäumen, für diejenigen, die hinterher durch den Rost fallen, pädagogisch Schulantworten zu geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Vierter Punkt. Die PISA-Studie hat eines klargemacht: Wir schaffen es in Deutschland nicht, Begabungsreserven zu erschließen, sondern wir haben eine große Überlap-

pung von Begabungen in unterschiedlichen Schulsystemen.

Meine Damen und Herren, wenn uns Prof. Baumert mitteilt, dass die Chance eines Arbeiterkindes 1 zu 4 im Vergleich zum Akademikerkind steht, bei gleicher Leistung und gleicher Intelligenz einen möglichst hohen Abschluss zu erzielen, dann hat – verdammt noch einmal – Schule den Auftrag, diese sozialen Unterschiede durch Fördermaßnahmen auszugleichen. Das müssen wir in Gang setzen, damit wir Begabungsreserven erschließen und soziale Benachteiligungen ausschließen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt, Ausbildung der Grundschullehrerinnen und -lehrer. Ich werde mich demnächst der Mühe unterziehen, festzustellen, in wie vielen Reden in dieser Wahlperiode ich darauf hingewiesen habe – –

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Quanz, die Redezeit ist schon deutlich überschritten. Sie müssen zum Schluss kommen.

Lothar Quanz (SPD):

Herr Präsident, der letzte Satz.

Präsident Klaus Peter Möller:

Entschuldigung, sie ist nicht überschritten, Sie haben noch Zeit: eine Verwechslung zwischen Soll und Haben. – Entschuldigung.

(Heiterkeit)

Lothar Quanz (SPD):

Es sei Ihnen verziehen. Ich bringe den Satz noch zu Ende.

Es geht um das Thema Lehrerbildung und darum, dass wir seit drei Jahren angemahnt haben, das Ganze endlich zwischen den beiden Ministerien auf den Weg zu bringen. Nun hören wir, eine Kommission sei gebildet. Vielleicht hat sie auch schon einmal getagt. Frau Wagner hat angedeutet, man könne sogar am Ende des Jahres mit Ergebnissen rechnen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, auch hier mussten wir die Regierung wirklich zum Jagen bringen.

(Norbert Kartmann (CDU): Ei, ei, ei!)

Ich bin sehr skeptisch, bei der Anlage dieser Kommission, dass wir zu fruchtbaren Ergebnissen kommen werden. Aber ich bin sehr sicher, dass wir dies im nächsten Jahr nach der Regierungsübernahme sehr schnell regeln werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Es gibt jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schließe die Aussprache.

Der Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuss widerspricht niemand? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 33** auf:

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Mediationsergebnisse werden eindrucksvoll umgesetzt – Drucks. 15/3646 –

verbunden mit **Tagesordnungspunkt 23:**

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Missachtung der Ergebnisse des Mediationsverfahrens zum Flughafen Frankfurt durch die Fraport AG – Drucks. 15/3605 –

ferner mit **Tagesordnungspunkt 24:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Umsetzung des Mediationsergebnisses – Drucks. 15/3632 –

und schließlich mit **Tagesordnungspunkt 54:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend SPD verlässt Flughafenkonsens – Drucks. 15/3682 –

Für diese miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte gibt es eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion.

Das war der Setzpunkt der Koalitionsfraktionen, sodass ich davon ausgehe, dass es keine Einwendungen gibt, wenn Herr Denzin für die FDP-Fraktion beginnt. Sie haben das Wort.

Michael Denzin (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Dreivierteljahr nach dem Scopingtermin fragt die SPD – so ihr Antrag –, warum im Raumordnungsverfahren das Mediationsergebnis nicht in vollem Umfang umgesetzt wird.

Herr Bökel, ich frage mich: Sind Ihnen als ehemaligem Innenminister dieses Landes nicht die Kriterien und die Funktionen von Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren gewärtig? Das kann eigentlich nicht wahr sein. Dann schließt sich natürlich die nächste Frage an, wenn Ihnen das geläufig ist, was ich unterstelle: Warum diese Nebelkerzen? Um ein bisschen zu schüren oder um einige Genossen an der Front wieder einzufangen?

Im Ergebnis steht der Bökel-Spagat: auf der einen Seite staatsmännisch, realistisch, sogar in Durchsetzung eines Parteitagsbeschlusses zum notwendigen Ausbau des Flughafens – ein sehr verantwortlicher Positionswechsel noch während der Auslaufzeit der rot-grünen Koalition – und auf der anderen Seite ein Spiel mit dem Feuer; und das müssten Sie eigentlich wissen.

Da wird zunächst einmal der Wirtschafts- und Verkehrsminister herausgegriffen. Dieses Spiel hatte Herr Clauss schon angefangen. Jetzt werden der Ministerpräsident und letztlich die Fraport herausgegriffen. Das führt zur Verunsicherung in der Sache, und es ist natürlich auch ein Lavieren gegenüber den Wählern; und dass dort einige Wähler wohnen, das wissen wir.

Nur, es ist fast egal, ob das die Reaktion der SPD-Spitze auf die zunehmende Verunsicherung und das Wegbrechen an der Front ist oder ob es eine Gesamtstrategie ist. Interessant ist natürlich, dass mit dem Beschluss der Regionalversammlung im Grunde gegen den Ausbau einige, die vorher in ihrer Partei dafür gestimmt haben, mittlerweile den Ausbau ablehnen. Das lässt sich auch nicht mit einer

so indifferenten Position verbrämen, wie sie jetzt in der Pressekonferenz, die Sie letzte Woche dazu gehalten haben, herauskommt.

Regierung und Koalition – das kann ich Ihnen hier zum x-ten Mal bestätigen – stehen nach wie vor ohne jegliche Einschränkung hinter dem Mediationsergebnis.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Michael Siebel (SPD): Das ist ein dünner Applaus gewesen!)

– Trotzdem stimmt diese Feststellung. – Jetzt noch einmal ganz kurz. Was sind die wesentlichen Punkte des Mediationsergebnisses? Die Mediationsgruppe war sich einig, dass als Hauptkomponenten ihre Empfehlungen untrennbar miteinander verbunden waren: erstens die Optimierung des vorhandenen Systems, zweitens der Kapazitätsausbau, drittens das Nachtflugverbot, viertens der Anti-Lärm-Pakt und letztlich das Regionale Dialogforum.

Die Mediationsgruppe hat, wie Sie aus dem Ergebnisbericht wissen, bewusst keine Empfehlung für eine bestimmte Ausbauvariante gegeben. Sie hat aber toleriert, dass die drei Mediatoren hinsichtlich einer Variante ihre Schlussfolgerungen aus den Arbeitsergebnissen gezogen haben. Das können Sie alles in dem Bericht nachvollziehen und nachlesen.

Die drei Mediatoren waren der Auffassung, dass alle Varianten im Hinblick auf Lärmvermeidung und -verminderung optimierbar seien. Aber die Optimierungspotenziale schienen ihnen bei der Südbahn – damals noch mit dem Rückbau der Startbahn 18 West – am größten, weil sie nach damaliger Auffassung der Mediatoren auch für die Zukunft, für künftige Entwicklungen die größte Flexibilität bot. Zum Beispiel wurde damals auch Erbenheim angeführt, was heute überhaupt kein Thema mehr ist. Aber ein Argument war auch der geringere Flächenverbrauch.

Meine Damen und Herren, es wird immer wieder vergessen: Den Mediatoren war bewusst, dass beim Betrieb einer Start- und Landebahn im Süden nach den ursprünglichen Ansätzen eine deutlich höhere Zahl von Menschen relativ hohen Dauerschallpegeln ausgesetzt gewesen wäre. Deshalb galt hier insbesondere der Optimierungsauftrag für alle weiteren Untersuchungen. Der Auftrag ist aufgenommen worden, und die Ergebnisse sind im Mai 2000 der Mediationsgruppe vorgestellt worden. Auch das geht in der verkürzten öffentlichen Diskussion unter.

Zu dieser Optimierungsvariante Süd zählen eine Verschiebung der Start- und Landebahn um 400 m nach Süden, die Mitnutzung der Startbahn West im Zusammenhang mit der verschobenen Bahn und die Änderung im Flottenmix. Dafür spricht, dass der direkte Überflug von Zeppelinheim vermieden würde und die Starts in Westrichtung ein Abdrehen nach Süden vor dem Überflug beträchtlicher Teile von Rüsselsheim ermöglichen würden. Die Option einer Mitbenutzung der Startbahn 18 West war darin begründet, dass bekanntermaßen die Nutzung dieser Bahn ebenfalls zu einer Verminderung der Belastungen gegenüber einem vollen Betrieb auf der Südbahn geführt hätte.

Meine Damen und Herren, ich halte es für selbstverständlich, und es war gerade der Auftrag, dass diese Optimierungsergebnisse in die Verfahrensunterlagen eingeflossen sind. Da gibt es nichts zu lamentieren. Es wäre sogar schlimm gewesen, wenn das nicht passiert wäre, wenn man nicht eine bessere Variante als die eingeführt hätte,

von der ursprünglich die Rede war, ohne dass sie innerhalb der Mediationsgruppe festgestellt worden wäre.

Das Ergebnis ist aus den Unterlagen für jeden nachvollziehbar, und das ist wichtig, weil die in den meisten Fällen abbeschriebenen Stellungnahmen der Kommunen hier immer wieder mit Fragezeichen ansetzen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die beratenden Anwälte könnten für die horrenden Honorare, die von den Gemeinden bezahlt werden, vielleicht eine bessere Arbeit leisten.

Meine Damen und Herren, Lärmoptimierung ist hier einer der wesentlichen Punkte. Insoweit ist der Vorwurf, es gebe hier Diskrepanzen zum Mediationsergebnis und zum Optimierungsauftrag, der von den drei Mediatoren ausdrücklich ausgesprochen worden ist, nicht nachvollziehbar. Insofern sind die Verfahrensunterlagen der Fraport AG auch nicht zu kritisieren. Die Verantwortung dafür hat zwar das Unternehmen und nicht die Politik, aber sie sind in Ordnung und nachvollziehbar.

Im Übrigen ist auch das gestufte Verfahren der Variantenauswahl ausdrücklich dargestellt. Auch die in der Mediation ursprünglich betrachtete Südvariante mit Rückbau der Startbahn 18 West ist in diese Variantenauswahl einbezogen und nachvollziehbar und begründet abgeleitet.

Meine Damen und Herren, die Einbringung dieser ursprünglichen Südvariante als im Detail zu prüfende Verfahrensvariante schied aufgrund des Optimierungsauftrags und der Erkenntnisse, die sich daraus ergeben haben, von vornherein aus.

(Wiederholtes Klingelgeräusch)

– Ist das Telefon fertig, Herr Minister Dietzel?

Präsident Klaus Peter Möller:

Der Täter ist längst draußen, Herr Kollege.

(Gerhard Bökel (SPD): Nein, das ist der Falsche! Der Täter ist geflüchtet!)

Michael Denzin (FDP):

So, alles klar.

Mein nächster Punkt ist das Nachtflugverbot. Über die Festsetzung von Nachtflugbeschränkungen muss – und das ist Ihnen auch bekannt – in den nach dem Luftverkehrsgesetz vorgesehenen Verfahren entschieden werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann beginnt dieses Verfahren endlich?)

Das Raumordnungsrecht des Bundes und insbesondere das hessische Landesplanungsrecht, verehrter Herr Kaufmann, bieten hierfür keine Handhabe. Das ist nicht der richtige Ansatzpunkt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum wurde das Verfahren nicht begonnen?)

Nichts anderes gilt auch für das Raumordnungsverfahren, das jetzt konkret stattfindet. Das basiert nämlich auf unserem Landesplanungsrecht und auf dem Raumordnungsrecht des Bundes. Meine Damen und Herren, wer trägt im Bund die Verantwortung? Das ist doch nicht die

FDP und auch nicht die CDU. Und wer kommt im Bund mit dem Luftlärmsgesetz nicht weiter? Das sind doch nicht die FDP und die CDU, das sind Herr Trittin und der Verantwortung nach auch unser Autokanzler. Nein, meine Damen und Herren, genau hier liegt ein ganz wesentlicher Punkt.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Immer noch Bundeskanzler! Etwas mehr Ehrfurcht vor dem Amt! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Der in Autos verliebte Bundeskanzler – einigen wir uns darauf.

Meine Damen und Herren, fragen Sie in Bonn an,

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): In Berlin!)

– in Berlin, danke –, wann wir endlich einmal gleiche Grundlagen für eine Ausbaumaßnahme, die jetzt ansteht, erhalten, die nicht wettbewerbsverzerrend sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Blödsinn!)

Sehen Sie sich unsere Kriterien an. – Herr Kaufmann, das ist kein Blödsinn, das sind die Grundlagen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Totaler Blödsinn, so ein Quatsch!)

Das sind die Grundlagen, an die wir uns zu halten haben, nicht das Raumordnungsverfahren.

Meine Damen und Herren, das Nachtflugverbot geht aber indirekt in das Verfahren ein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann wird beantragt? Wann wird das Verfahren begonnen?)

Denn alle Angaben und Berechnungen zum Planungsfall basieren auf der Prämisse, dass zwischen 23 und 5 Uhr keine planmäßigen Flugbewegungen stattfinden. Genau das ist der Punkt, der dann natürlich bei der Berechnung der Arbeitsplatzeffekte dazu geführt hat, dass andere Daten herauskommen. Vorher, im Mediationsverfahren, wurde voll gerechnet, wurden Post-, Fracht- und Charterflüge in der Nacht einbezogen. Wenn Sie Post-, Charter- und Frachtflüge in der Nacht an anderer Stelle abwickeln als in Frankfurt, dann hat das natürlich Arbeitsplatzeffekte. Das liegt wohl auf der Hand.

Aber auch hier werden Nebelkerzen gezündet. Auch hier wird Verunsicherung betrieben. Ich bin wirklich enttäuscht, dass die SPD, die in der Sache hier im Landtag immer fest zu diesem Verfahren stand, jetzt ebenfalls anfängt, diese Nebelkerzen von hier aus – siehe Ihr Antrag – zu zünden,

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

wie Ihre Genossen, Herr Bökel, das vor Ort tun und wie das diese vielen berühmten Anwälte tun.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bökel, der Flughafenausbau ist eine Sache, die sich taktischen Spielchen entzieht.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Verantwortung für die Entwicklung dieses Landes ist dafür viel zu groß.

Meine Damen und Herren, was von der Mediationsgruppe hinsichtlich Lärmverminderung und -vermeidung gefordert worden ist, wird ebenfalls angegangen. Sie wissen das. Aber das ist nicht Gegenstand des Raumordnungsverfahrens. Denn das Raumordnungsverfahren hat nur die raumrelevanten Auswirkungen festzustellen. Wenn die Anhörung stattgefunden hat mit ihren 44.000 Anregungen und Bedenken von Privaten und etwa 200 von Kommunen und anderen Institutionen, dann werden wir einen Schlusstrich ziehen. Dann wird der Regierungspräsident, der das Verfahren sehr neutral handhabt, wie es sich gehört, es abschließen, und dann beginnt das nächste Verfahren. Das nächste Verfahren ist dann auch das Verfahren, wo individuelle Lärmbelastigungen usw. abzuwägen sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie, wann das nächste Verfahren kommt?)

Das ist nicht Gegenstand dieses Raumordnungsverfahrens.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie, wann das nächste Verfahren kommt?)

Meine Damen und Herren, insbesondere der Wirtschaftsminister hat unabhängig von dem Verfahrensstand und von dem, was in diesem Verfahren zu machen ist, bereits selbst in hohem Maße gehandelt: Einführung gestaffelter Lärmzuschläge bei Start- und Landeentgelten,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte, wer hat das eingeführt?)

um insbesondere eine Reduzierung der Flugbewegungen in den Tagesrandzeiten zu erreichen, verehrter Herr Kaufmann; Flugverbot in der Nacht für besonders laute Flugzeuge

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Etwas völlig Neues! Das haben alles Sie erfunden, oder wie?)

schrittweise in den Morgen hinein ausgedehnt und über das ganze Wochenende. Es ist schon beachtlich, welche Effekte hier eingetreten sind. Nachdem jahrelang die Zahl der Nachtflugbewegungen – ich will hier das Stichwort Aufsichtsrat von Plottnitz nur am Rande streifen – kontinuierlich angestiegen war, ist es Dieter Posch erstmals gelungen, mit der Einführung erst des Bewegungs- und dann des Lärmkontingents Effekte zu erzielen – und Sie wissen, wie Sie auch da herumdiskutiert haben und alle Mögliche infrage gestellt haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir diskutieren das weiter, Herr Kollege!)

Jetzt haben wir die Ergebnisse, und zwar positive Ergebnisse: Entlastung für die Bevölkerung, Gott sei Dank.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gar nicht wahr!)

– Aber sicher ist es so.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Sommerflugverkehr ist doch noch gar nicht herum, warten Sie auf das Istergebnis!)

– Herr Kaufmann, was von dieser ganzen Mäkelei zu halten ist, zeigt, dass sich dieses Genörgel völlig losgelöst von

Zuständigkeiten auch noch an die falschen Adressaten richtet. Nicht die Landesregierung, sondern die Bundesregierung hat beispielsweise den Antrag zum geplanten Flughafensystem Frankfurt/Hahn bei der EU zu stellen. Auch hier unterliegen Sie einem Irrtum. Aber beim Wirtschaftsminister ist eine vorbereitende Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die zusammen mit dem Bund diesen Antrag vorbereitet. Auch das ist also wieder eine Nebelkerze.

Nein, meine Damen und Herren und Herr Bökel, es reicht nicht, ein Gespräch in Brüssel zu führen und dann hier eine Pressekonferenz zu geben. Das Ergebnis ist, dass sich jeder fragt, wo denn heute die SPD in dieser Frage steht.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wo steht denn die SPD? Ich wäre dankbar, wenn Sie hier nachher klare Worte zu Ihrer Position finden würden. Ich wäre dankbar, wenn Sie etwas zum Abstimmungsverhalten in der Regionalversammlung sagen könnten. Ich wäre dankbar, wenn wir Sie in dieser für das Land so wichtigen Frage weiter im Boot hätten.

Bisher waren wir über 90 % Abgeordnete dieses Landtags, denen es ganz klar war, dass es bei einer so überragenden Frage und Thematik keine Spielchen geben darf. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns bestätigen, dass Sie diese Spielerei aufgeben und wieder im Boot sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Zuge des Raumordnungsverfahrens diskutieren Bürgerinnen und Bürger, kommunale Parlamente und die Öffentlichkeit in den letzten Wochen verstärkt das Thema Flughafenausbau. Hintergrund hierfür sind die schon erwähnten von Fraport vorgelegten Unterlagen: die berühmten 16 Ordner mit den rund 6.000 Seiten. Denn über das, was dort zu lesen ist – das ist mit ein Grund der Diskussion –, herrscht landauf, landab nur Kopfschütteln.

Eines der wichtigsten Dienstleistungsunternehmen – wenn nicht das wichtigste überhaupt – im Lande Hessen präsentiert nach umfangreichen Diskussionen im Vorfeld Unterlagen, die von Fehlern und Widersprüchen nur so strotzen. Die Koalition präsentiert einen Antrag mit dem Titel „Mediationsergebnisse werden eindrucksvoll umgesetzt“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall des Abg. Clemens Reif (CDU))

Da fragt man sich wirklich, ob die verehrten Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP überhaupt des sinnerfassenden Lesens fähig sind.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Offensichtlich nicht!)

In Hessen teilt nämlich niemand außer Ihnen diese Beurteilung. Alle, die sich fachlich – ob regionalpolitisch oder örtlich betroffen – mit den Unterlagen befasst haben, kommen zu demselben Ergebnis: Mit den vorgelegten Unterlagen kann die Raumverträglichkeit des Ausbauprojekts – genau darum geht es doch im Raumordnungsverfahren – mit Sicherheit nicht positiv bewertet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN könnten uns jetzt zufrieden zurücklehnen. Solange die Fraport AG so agiert, wie sie das tut, wird der Bau einer neuen Landebau mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht stattfinden. Aber ich sage Ihnen auch, dass uns das nicht reicht. Wir wollen nämlich mehr. Wir wollen, dass es endlich zu einem gedeihlichen Miteinander von Flughafen und Region kommt und dass es eine gemeinsame Entwicklung gibt. Dazu ist mehr nötig als ein aberwitziges Ausbauprojekt, das letztendlich in den Sand gesetzt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir stellen die Frage, warum Fraport glaubt, es sich erlauben zu können, bei der Erstellung der Antragsunterlagen so schlampig und oberflächlich zu arbeiten,

(Michael Denzin (FDP): Treiben Sie doch nicht so einen Unfug hier! – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

an vielen Stellen Falschaussagen zu präsentieren und auf nachvollziehbare Begründungen schlicht zu verzichten. Herr Boddenberg, damit meine ich nicht solche Kleinigkeiten wie die, dass man die Bürgerinnen und Bürger von Büttelborn einmal eben nach „Bütteldorf“ umquartiert hat.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dilettantismus!)

Dieses Beispiel ist vielmehr symptomatisch für das Ganze. Ich meine, dass die Kernbegründungen für dieses Vorhaben fehlen, dass die Perspektiven nicht belegt sind und dass versucht wird, die Auswirkungen zu vertuschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boddenberg zu?

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein, Herr Präsident, ich möchte die Ausführungen gerne im Zusammenhang vortragen. – Die Experten der Stadt Offenbach haben rund 2.000 Fehler und Widersprüche in den Unterlagen gefunden. Diese Fehler und Widersprüche beziehen sich auf alle Bereiche. Besonders zu erwähnen ist – das ist auch schon öffentlich diskutiert worden – die gesamte Thematik des Absturzrisikos. Vielleicht sollten Sie G 13 einmal genauer anschauen. Das ist überhaupt nicht angemessen untersucht worden. Diese Frage ist, denke ich, für einen Ballungsraum sicherlich hoch relevant. Die Fragen der Hindernisfreiheit und Überfliegbarkeit jetzt schon vorhandener Anlagen sind von Fraport ganz offensichtlich mit Arroganz und fehlender Ortskenntnis behandelt worden.

Sie alle haben in den Zeitungen die Diskussion um Ticona und über das, was in Kelsterbach dazu gesagt wird, verfolgen können. Sie erinnern sich sicherlich noch.

(Michael Boddenberg (CDU): Nichts dahinter!)

– „Nichts dahinter“, sagen Sie. – Interessant daran ist nur, dass Ticona noch steht und Fraport sie aus dem Weg haben muss, wenn sie entsprechend der Vorzugsvariante bauen will.

(Zurufe von der CDU)

Was ich eben beispielhaft zitiert habe, ist keine Kritik, die ausschließlich von erklärten Gegnern des Flughafenausbaus kommt. Das würden noch nicht einmal Sie behaupten. Viele Körperschaften und Gremien, die ansonsten eher einer Befürwortung des Vorhabens zuneigen, tragen immer wieder ihre Kritik vor.

Ich greife einmal die Regionalversammlung Südhessen heraus. Sie haben sie schon angesprochen, Herr Kollege Denzin. Das ist ein Gremium des Regierungsbezirks, das aus den Vertreterinnen und Vertretern der Städte und Kreise besteht. Es ist für die Raumordnung, für den Regionalplan zuständig. Dieses Gremium hat am vergangenen Freitag eine umfängliche Stellungnahme beschlossen. Daraus wurde bereits zitiert, und sie ist auch Gegenstand eines weiteren Dringlichen Antrages. Ich darf daraus zitieren. Sie beginnt mit folgender Feststellung:

Die vorgelegten Unterlagen sind unvollständig und zum Teil fehlerhaft. Das macht die Bewertung des Vorhabens und die Darstellung der Konsequenzen des Raumordnungsverfahrens unmöglich. Die Fachgutachten zeigen gravierende methodische Mängel auf. Insoweit wird der Regierungspräsident aufgefordert, das eingeleitete Verfahren einzustellen.

(Zuruf von der CDU)

Das ist nach sorgfältiger Prüfung die Haupteckdaten der Regionalversammlung. In ihrer Stellungnahme heißt es weiter:

Die drei von der Fraport AG eingereichten Varianten für den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit den dazugehörigen Baumaßnahmen sind nicht raumverträglich und können auch nicht durch entsprechende landesplanerische Maßnahmen raumverträglich gemacht werden. Das geplante Vorhaben ist unvereinbar mit dem im Regionalplan Südhessen 2000

– übrigens von dieser Landesregierung genehmigt –

festgelegten regionalplanerischen Konzept.

(Michael Denzin (FDP): Das stellt die Versammlung fest, unabhängig vom Verfahren!)

Meine Damen und Herren, das ist doch relativ eindeutig. Jetzt sagen Sie, an allem sei die SPD schuld.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Ich sage Ihnen etwas ganz anderes: An allem ist zunächst einmal die Fraport schuld, die die Unterlagen in dieser Form vorgelegt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es scheint Ihnen offensichtlich völlig egal zu sein, ob schlampig gearbeitet wird. Im Gegenteil: Sie greifen auf Jubelanträge zurück. Dazu werde ich noch kommen.

Wenn Sie sagen: „Die Regionalversammlung interessiert uns nicht“, denke ich, dass es Sie aber interessieren müsste, inwieweit die Empfehlungen und das Arbeitsergebnis der Mediationsgruppe hier berücksichtigt worden sind.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Aber auch das scheint Ihnen völlig egal zu sein. Darauf wollen Sie überhaupt nicht Bezug nehmen; denn sonst würden Sie sich zumindest vom Vorsitzenden des Regionalen Dialogforums, persönlich eingesetzt vom Ministerpräsidenten, beeindrucken lassen. Dessen Kritikpunkte müssten Sie eigentlich ein bisschen ernster nehmen. Ich darf aus dem zitieren, was Prof. Wörner dem Regierungspräsidenten geschrieben hat:

Hiermit möchte ich Sie auf Unterschiede zwischen den vorliegenden Unterlagen der Fraport AG für das Raumordnungsverfahren und besonders relevanten Ergebnissen des Mediationsverfahrens hinweisen, zu denen insbesondere das Nachtflugverbot, der Schutz der besonders sensiblen Zeiten und das in der Mediation entwickelte Lärmschutzkonzept gehören.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

– Ich möchte weiter daraus zitieren. – Zunächst möchte ich das Thema Nachtflugverbot ansprechen. Ich kenne die Position der Fraport AG – wir haben gerade von Herrn Denzin etwas darüber gehört –, wonach das Thema für das Raumordnungsverfahren nicht relevant ist. Prof. Wörner schreibt weiter:

Allerdings basieren die diversen gutachterlichen Stellungnahmen in den vorgelegten Unterlagen auf Annahmen, die unter anderem auch die Tag- und Nachtverteilungen der Flugbewegungen berücksichtigen. Insbesondere die Lärmberechnungen zeigen, dass nach dem Ausbau eine hohe Belastung in der Nacht zwischen 22 und 6 Uhr zu erwarten ist. Wenn, wie von der Mediationsgruppe und dem Regionalen Dialogforum gefordert, keine Starts und Landungen zwischen 23 und 5 Uhr stattfinden, wäre eine extrem hohe Belastung in den verbleibenden Nachtstunden sowie in den Tagesrandzeiten zu erwarten. Sie zählen zu den besonders sensiblen Zeitbereichen, für die die Mediation Maßnahmen der Lärmreduzierung fordert.

So weit möchte ich aus dem Schreiben von Herrn Prof. Wörner – Sie kennen es sicherlich selbst – zitieren. Im Klartext heißt das, dass nach der Auffassung des Regionalen Dialogforums genau das, was die Mediation fordert, in den Unterlagen konkludenterweise missachtet wird, d. h. dass Flugbewegungsverteilungen unterstellt werden – das ist auch in der öffentlichen Diskussion schon klar geworden –, die eine Lärmerhöhung in den Zeiten zwischen 22 und 23 Uhr und zwischen 5 und 6 Uhr zur Folge haben werden, aber keine Lärmreduzierung. Meine Damen und Herren, das ist kein Punkt, zu dem verständige Leute die Vereinbarung treffen können, dass die „Mediationsergebnisse eindrucksvoll umgesetzt“ seien.

Wir schauen uns den ersten Antrag, den die Koalition vorgelegt hat, einmal genauer an. Wir sollen also beschließen, dass das Mediationsergebnis umgesetzt worden ist. Dass in den nächtlichen Randstunden eine Lärmreduzierung stattfinden muss, ist das Ergebnis des Mediationsverfahrens. Ich denke, das ist unstrittig. Auch wenn Sie Ihren Antrag nach wie vor für richtig halten: Es heißt in Ih-

rer Diktion, dass das kein wichtiges Ergebnis ist; denn Sie sagen, dass alle wesentlichen Ergebnisse berücksichtigt worden seien. Sie erklären also die Frage der Lärmbelastung in den Stunden zwischen 22 und 23 Uhr und zwischen 5 und 6 Uhr für unwesentlich. Wenn Sie Ihren Antrag ernst nehmen, sehen Sie, dass das zwingend logisch ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meine Damen und Herren, wir sind extrem anderer Meinung. Wir halten das für eine ganz wesentliche Frage. In den Unterlagen für das Raumordnungsverfahren ist genau für diesen Zeitraum eine verstärkte Lärmbelastung enthalten. Das steht im Gegensatz zu den Ergebnissen der Mediation. Deswegen ist Ihr Antrag in der Sache schlicht falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich könnte weitere Punkte aus dem Schreiben von Prof. Wörner zitieren, Stichwort: Südvariante, Stichwort: fehlende innovative Lärmkonzepte, Stichwort: Berechnung von Lärm- und Arbeitsplatzeffekten mit geänderten Verfahren, sodass es nicht mehr vergleichbar ist. Ich will das jetzt aus Zeitgründen nicht tun, weil der Stoff eine derartige Fülle hat, dass man selbst in der großzügigen Redezeit nicht alles unterbringen kann.

Meine Damen und Herren, es muss aber doch klar sein, dass ein solcher Antrag, den Sie als Jubelantrag formuliert haben, an der Sache völlig vorbeigeht.

In diesem Zusammenhang ist ausdrücklich zu begrüßen, dass die SPD die Kritik an den Raumordnungsunterlagen, die von Fraport vorgelegt worden sind, im Grundsatz teilt. Der Antrag Drucks. 15/3632 geht, und zwar völlig zu Recht, auch auf die nennenswerten Differenzen zwischen Mediationsergebnis und Raumordnungsunterlagen genau ein. Wir begrüßen das außerordentlich. Wir begrüßen obendrein, dass die angekündigte, selbst verordnete Schweigsamkeit zum Thema Flughafen von den Fakten offensichtlich überrollt wurde. Denn die Tatsache, dass uns Herr Bökel am 13. Dezember angekündigt hatte, dass sich die SPD nicht mehr an den Debatten beteiligen will, hat uns sehr betrübt. Ich denke, es ist gut, dass sie sich wieder einklinkt und auch mit Anträgen zu der Diskussion beiträgt.

(Beifall des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, denn es wird offensichtlich immer schlimmer, was das Verfahren angeht.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Denn die eine Seite, die hier von der Mehrheit des Landtags vertreten wird, die aber insbesondere die Interessen von Fraport vertritt, hat es offensichtlich überhaupt nicht nötig, sich mit Kritik zu befassen und sachgerechte und durchdachte Unterlagen vorzulegen. Sie geht einfach nonchalant darüber hinweg. Das Schlimmste ist, dass sie dabei von der Koalition offensichtlich noch volle Rücken- deckung bekommen soll.

Meine Damen und Herren, die Koalition hat noch einen weiteren Dringlichen Antrag, Drucks. 15/3682, vorgelegt. Der erste Satz dieses Dringlichen Entschließungsantrags lautet:

Der Hessische Landtag missbilligt die ablehnende Haltung der rot-grün dominierten Regionalver-

sammlung Südhessen zum Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Ich darf zum Ersten festhalten, dass dankenswerterweise bei der ablehnenden Mehrheit auch Stimmen, die Ihren Parteien angehören, dabei waren. Das ist erfreulich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Zweitens stellt sich noch ein ganz anderes Problem: Mit einer solchen Formulierung des Antrages geben Sie zu erkennen, dass Sie keinerlei rechtsstaatlichen Respekt mehr haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Denn, Herr Kollege Denzin, wir hatten gemeinsam festgestellt: Die Regionalversammlung ist ein Baustein und ein Institut in dem Raumordnungsverfahren.

(Beifall der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Sie hat eine Stellungnahme abzugeben. Die abschließende Entscheidung trifft sie – ich sage aus meiner Sicht: leider! – nicht.

Sie sagen jetzt als Landtagsmehrheit einem Stellungnahmegeber, der sich die Stellungnahme – gucken Sie sich die Unterlagen an – wirklich nicht leicht gemacht hat, der sie sehr sorgfältig bearbeitet hat: Wir missbilligen diese Stellungnahme.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meine Damen und Herren, ich finde, das ist ein neuer Tiefpunkt eines für die Demokratie schädlichen Verhaltens. Das sage ich ganz ernst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie hier tun, ist Amoklauf.

(Michael Denzin (FDP): Überhaupt nicht! Amoklauf hat auf der Versammlung stattgefunden!)

An dieser Stelle kann ich sagen: Ich könnte mich über den Amoklauf ja sogar freuen. Denn es ist ein ganz massiver Verfahrensfehler. In der Rechtsprechung würde man das einen zwingenden Revisionsgrund nennen.

Wenn der Hessische Landtag heute beschließt, er missbillige eine Stellungnahme, sagen Sie dem Regierungspräsidenten qua Vorabbeschluss: „Was die beschlossen haben, ist falsch“, ohne den Text überhaupt zu kennen. Ich könnte abfragen, wer das überhaupt gelesen hat, was er hier missbilligen will. – Wie wir wissen, ist die Landesregierung an Beschlüsse des Landtages gebunden. Das ist unser Verständnis von Demokratie. Der Regierungspräsident ist der Landesregierung nachgeordnet und weisungsabhängig. Daher wird dieser Beschluss entsprechende Folgen im Abwägungsprozess haben.

Herr Denzin, deswegen habe ich Ihnen vorhin auch dazwischengerufen: „Sie wissen doch noch gar nicht, ob überhaupt ein Planfeststellungsverfahren stattfindet.“ Jeder, der sagt, dass dies der nächste Schritt ist, unterstellt damit, dass das Raumordnungsverfahren zu einem positiven Abschluss kommt, nämlich zu der Feststellung, der Ausbau sei raumverträglich.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

So weit sind wir aber noch gar nicht. Da sage ich Ihnen in der Tat: keinerlei Respekt vor demokratischen Institutionen, keinerlei Respekt vor den vielen Trägern öffentlicher Belange. Es gibt ja auch in Ihrem Sinne positive Stellungnahmen, wie Sie wissen. Die Erörterung dazu beginnt erst am 8. April. Der Hessische Landtag soll aber bereits am 27. Februar befinden: „Die Stellungnahme der Regionalversammlung“ – eines sicherlich wichtigen Trägers in diesem Zusammenhang, weil er die ganze Region umfasst – „missbilligen wir.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde das für Ihr Verfahren sehr bezeichnend. Vielleicht überlegen Sie es sich ja noch einmal. Wenn Sie als Koalition Ihr Scharmützel mit der SPD haben wollen, kann ich das verstehen. Dann machen Sie das. Dass Sie aber von der parteipolitischen Taktik in die staatspolitische Katastrophe umstellen, ist ein Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen ganz locker: Das wird Ihnen noch böse auf die Füße fallen. Darüber könnte ich mich wieder freuen. Tue ich aber nicht, weil ich finde, dass es für uns alle als gesamter Landtag eine Schande ist, wenn man so verfährt.

Meine Damen und Herren, ich will es mir jetzt ersparen, den „Halleluja-Antrag“ – wie ich ihn nenne –, die Drucks. 15/3646, im Einzelnen durchzugehen. Nur: Alle Nummern, die dort genannt sind, verehrter Herr Kollege Denzin, die Sie sich als neue schwarz-gelbe Wunderkoalition an den Hut stecken, sind ganz alte Hüte, die von Rot-Grün längst eingeführt worden sind.

(Michael Denzin (FDP): Aha!)

Wenn Sie meinen – wie an anderer Stelle, was wir im Laufe der Plenarwoche noch diskutieren werden –, es sei notwendig, dass es der Landtag jedes Mal begrüßt, wenn der Verkehrsminister einen eineinhalbseitigen Brief in irgendeiner Angelegenheit schreibt oder eine Sache, die von anderen eingeführt worden ist, nur ausnahmsweise und glücklicherweise nicht sofort wieder abgeschafft hat,

(Zurufe der Abg. Ursula Hammann und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wenn Sie meinen, dass das gleich ein Grund für Jubelarien ist, dann mag das Ihr Verständnis von Politik sein.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Unseres ist es auf jeden Fall nicht. Deswegen ist der Antrag auch in der Sache völlig daneben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Letztes können Sie mir noch sagen, was der vierte Absatz in Ihrem Antrag zu bedeuten hat. Der Satz lautet:

Der Hessische Landtag sieht mit Bedenken, dass einzelne Interessenvertreter der Ausbaugesellschaft interessenskompatible Aspekte ... nicht akzeptieren, um letztlich das Mediationsergebnis so infrage zu stellen.

Das ist kryptisches Deutsch. Ich verstehe es nicht. Ich meine sogar, es ist ein Fehler enthalten. Sie meinen interessensinkompatible Aspekte. Das ist genau das Gegenteil. Aber vielleicht lesen Sie es in Ruhe noch einmal nach. Wer hier solche Anträge beschließt, wird sowieso nicht mehr ernst genommen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der letzten Flughafen-debatte haben wir vom Kollegen Reif gehört, dass die Koalition auf jeden unserer Anträge mit einem Gegenantrag antworten will. Heute sind es gleich zwei.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Ich kann Ihnen nur sagen: Sie sollten sich bei der Vorbereitung dieser Anträge doch ein bisschen mehr Mühe machen. Denn das, was Sie hier geliefert haben, ist noch nicht einmal mehr lächerlich, sondern es ist nur noch peinlich zu nennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus dem gesamten Verhalten der Koalition kann man nur noch einen Schluss ziehen: Die Diskussion um den Flughafen ausbau, die schließlich – da sind wir uns einig – eine Schicksalsfrage für die Region und auch darüber hinaus ist, wird von Ihnen wirklich auf niedrigstem Niveau betrieben.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Das ist eine Peinlichkeit. Dies ist kaum mehr zu überbieten.

(Michael Denzin (FDP): Das war Ihre ganz Rede!)

Aus den Raumordnungsunterlagen ergibt sich, dass der Ausbau, so wie er von Fraport beantragt und gewollt wird, mindestens 800.000 bis 900.000 Flugbewegungen ermöglichen würde. Das ist auch ein Punkt, wo Sie, Herr Kollege Denzin, immer dazwischenrufen.

(Michael Denzin (FDP): Ja!)

Sie sind jetzt stiller, weil mittlerweile auch die deutsche Flugsicherung – dies war der Presse zu entnehmen – in öffentlichen Veranstaltungen längst einräumt, dass das in der Tat die Kapazität ist.

(Michael Denzin (FDP): 24 Stunden!)

– Nicht 24 Stunden. – Aus den Raumordnungsunterlagen ergibt sich auch, dass der Koordinationseckwert, die Zahl der planbaren Flugbewegungen pro Stunde, bei dem Ausbaustand Variante Nordwest, der Spezialität des Ministerpräsidenten, nicht 120, sondern 133 erreichen wird. Das können Sie den Unterlagen auch entnehmen.

Selbst wenn es bei 660.000 Flugbewegungen als Zielperspektive bliebe, hieße das, dass 150.000 Menschen mehr als jetzt im Rhein-Main-Gebiet zusätzlich unter einem Lärmteppich von 60 dB oder mehr werden leben müssen.

Es gibt rund 145.000 Einwendungen und 200 Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange. Das sind präterpropter 140.000 Blatt Papier, die dort beschrieben worden sind. Das machen die Leute doch nicht aus Jux und Tollei, sondern weil es in der Tat eine ziemlich große Zahl von gravierenden Punkten gibt, die zu bedenken sind.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Aber Sie handeln hier nach dem Motto: „Alles ganz prima. Wir brauchen das gar nicht zur Kenntnis zu nehmen. Wir brauchen das gar nicht zu erörtern. Wir haben gleich schon die Antwort darauf.“

(Zurufe der Abg. Michael Denzin (FDP) und Michael Boddenberg (CDU))

Meine Damen und Herren, das hat möglicherweise einen Grund. Es reicht aber nicht, Herr Ministerpräsident, wenn man die Mediatoren mit den höchsten hessischen Aus-

zeichnungen dekoriert, um anschließend über ihre Arbeit hinweggehen zu können. Herr Ministerpräsident, Sie geben vor: Die Nordwestbahn soll gebaut werden. – Kein Wunder, dass das für Fraport als Freibrief für schlampige Unterlagen empfunden wird. Denn auf Sachargumente kommt es ja offensichtlich nicht mehr an. Es geht nach dem Motto: „Hauptsache, wir setzen uns durch.“ Sie haben es zur reinen Machtfrage gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie, die Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, hier mit Ihren Anträgen präsentiert haben, beweist genau das: Sie wollen etwas verurteilen bzw. missbilligen, was Sie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben.

Ich sage Ihnen: Quälen Sie die Menschen nicht weiter mit Ihrem unwürdigen Possenspiel, indem Sie sich nicht mit der Sache befassen, sondern nur Macht demonstrieren wollen. Nehmen Sie stattdessen die Sorgen und Ängste der Leute endlich ernst, und stoppen Sie das unwürdige Schauspiel. Ziehen Sie Ihre Anträge zurück. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Reif für die CDU-Fraktion.

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mediationsergebnisse werden in der Tat eindrucksvoll bestätigt und umgesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle fest, dass alle wesentlichen Ergebnisse der Mediation, wie wir uns das vorgestellt haben, bereits umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht wurden.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau das ist der springende Punkt! Wie Sie sich das vorgestellt haben! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In den Kommunen stellt man sich das anders vor! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Erde ist eine Scheibe!)

Das Raumordnungsverfahren wird diejenige Variante als Vorzugsvariante ergeben, die unter ökologischen, lärm-schutz- und raumordnungsverträglichen Gründen die günstigste ist. Wir, die Koalitionsfraktionen, haben uns dazu im Landtag eindeutig und unmissverständlich positioniert. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der CDU)

Die Unterlagen im Raumordnungsverfahren berücksichtigen im Gegensatz zu den Mediationsunterlagen bereits in allen relevanten Bereichen das von den Mediatoren geforderte Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In dieser Beziehung sind wir ebenfalls auf einem ordentlichen Weg. Das ist eindrucksvoll. Das hat Rot-Grün in seiner Zeit nicht geschafft, und Sie von den GRÜNEN haben es nicht vermocht, zu zerreden, dass diese Ergebnisse Zug um Zug umgesetzt werden.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die Reduzierung des Lärms, insbesondere des nächtlichen Lärms, im Rahmen des so genannten Antilärmpakts ist voll im Gange. Deshalb haben wir auch diesen Antrag so gestellt. Die gestaffelten Lärmzuschläge

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Erfindung?)

bei den Start- und Landeentgelten des Flughafens, mit denen ein weiterer Anreiz zur Anschaffung leiserer Flugzeuge geschaffen wurde, ist in Umsetzung und wird praktiziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gab es doch vorher auch schon!)

An keinem deutschen Flughafen werden solche Maßnahmen so gezielt umgesetzt wie am Flughafen Frankfurt, und zwar weil die politischen Meinungsträger der Regierung aus CDU und FDP dies so wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unfug! Weil Sie es gnädigerweise gestatten!)

Das Flugverbot in der Nacht für besonders laute Flugzeuge wird schrittweise in den Morgen hinein und künftig über das ganze Wochenende ausgedehnt. Auch das ist etwas Einmaliges. Wir nehmen damit eine Vorbildfunktion ein. Das Schallschutzprogramm im Umfang von bis zu 75 Millionen €, mit dem Wohngebäude besser vor Fluglärm geschützt werden, ist ebenfalls eine Maßnahme, die voll in der Umsetzung ist.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Einführung eines Bewegungskontingents im Flugplan 2001/2002, mit der der jahrelange Anstieg nächtlicher Flugbewegungen gestoppt wurde, ist weiterhin erwähnenswert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu nennen ist auch die Einführung eines Lärmkontingents, mit dem der Fluglärm zwischen 23 und 5 Uhr vom Sommerflugplan 2002 an verringert wird.

Herr Kaufmann, das sind Erfolge, mit denen man sich sehen lassen kann. Somit wird das Mediationsergebnis von uns eindrucksvoll begleitet und umgesetzt.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen es nicht verstehen! Das habe ich schon gemerkt!)

Lassen Sie mich noch etwas zu Ihnen, den GRÜNEN, persönlich sagen. Wir hatten, wie man sich erinnert, im vergangenen Plenum – oh Wunder – keinen Antrag der GRÜNEN zu diesem Thema.

(Zuruf von der CDU: Kaufmann hat ein bisschen geschwächelt!)

Deshalb möchte ich noch einmal Ihr Augenmerk darauf lenken, wieso das so war. Nach der Phase der peinlichen Sprachlosigkeit der GRÜNEN haben sie heute ihre Sprache wieder gefunden.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?)

Wieso gab es denn diese peinliche Sprachlosigkeit?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Reif, das hätten Sie gern!)

Die peinliche Sprachlosigkeit gab es deshalb, Herr Kaufmann, weil Ihr Spitzenkandidat Joseph Fischer Ihnen dazwischengefunkt hat.

(Beifall bei der CDU)

In der Zeit zwischen Weihnachten und dem Nominierungsparteitag hat er nämlich gesagt, er wolle einen schonenden Ausbau. Bis heute hat er Ihnen und uns zwar nicht erklärt, was er damit meinte, aber er fliegt nach wie vor intensiv über das Dreieck Frankfurt ein und aus.

(Frank Lortz (CDU): Erster Klasse! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bewundere Ihr Debattenniveau!)

Sehr verehrter Herr Kaufmann, das Thesenpapier zur Flughafenpolitik der rot-grünen Bundesregierung scheint Ihnen in diesem Zusammenhang vollkommen entgangen zu sein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es einen Beschluss darüber?)

Da, wo Sie Verantwortung tragen, Herr Kollege, haben Sie nicht einmal schriftlich ein Nachtflugverbot gefordert. Das müssen wir Ihnen sagen, Herr Kollege.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht beschlossen, wie Sie wissen!)

In diesem gesamten rot-grünen Thesenpapier der Bundesregierung steht nicht ein einziges Mal das Wort „Nachtflugverbot“.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

So sieht das aus, wenn GRÜNE Verantwortung tragen. Da verlassen sie flugs ihre eigenen Forderungen aus der Oppositionszeit.

(Beifall bei der CDU)

In diesem rot-grünen Thesenpapier der Bundesregierung in Berlin spricht man sich deutlich für den Ausbau des Flughafens in Frankfurt aus. In dieser Bundesregierung sind Sie, Herr Kaufmann, doch Koalitionspartner. Das dachte ich doch wenigstens. Da sind Sie mit dem Vizekanzler prominent vertreten. Dass man sich in dem Thesenpapier für den Ausbau ausspricht, weiß der Spitzenkandidat der GRÜNEN, Joseph Martin Fischer, sehr genau. Deshalb hat er Ihnen auch auf seinem eigenen Nominierungsparteitag in Frankfurt gesagt, dass man das mit dem Rhein-Main-Flughafen in Berlin anders sehe als bei Ihnen in Frankfurt und bei den GRÜNEN. Daher rührte Ihre Sprachlosigkeit im vergangenen Plenum. Das wollen wir doch hier bei dieser Gelegenheit auch des Protokolls wegen anbringen.

(Beifall bei der CDU)

Dann sprachen Sie vom Tiefstpunkt demokratisch-schädlichen Verhaltens. Ich sage: Das, was Sie hier geleistet haben und in Ihrer internen Diskussion fortführen, ist der Tiefstpunkt von demokratisch-schädlichem Verhalten insgesamt.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Thema zurückkommen. Mit den Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, kommen wir einem Hauptpunkt der Mediation nach, indem wir nämlich bereits vor dem Bau der neuen Bahn und damit bereits vor In-Kraft-Treten des Nachtflugverbots den nächtlichen Lärm über dem Himmel Frankfurts reduzieren. Es gab in

der Geschichte des Frankfurter Flughafens noch nie so umfangreiche und vor allem erfolgreiche Maßnahmen zur Bekämpfung des Lärms, insbesondere in der Nacht.

Während der Regierungszeit, in der Sie, Herr Kaufmann, Mitverantwortung getragen haben und in der Ihr Kollege, Herr von Plottnitz, im Aufsichtsrat der FAG saß,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, der kommt auch immer!)

sind die tatsächlichen Flugbewegungszahlen in den Sommerflugplänen von 9.500 im Jahr 1995 auf 12.300 im Jahr 1999, in der Mediationszeit, gestiegen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie schon regiert, Herr Kollege!)

Das bedeutet eine Steigerung von über 30 % während der Zeit von Rot-Grün unter der Verantwortung des Herrn Geschäftsführers Kaufmann und des Herrn Ministers und Aufsichtsratsmitglieds von Plottnitz. Das muss hier doch auch gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden in diesem Jahr den von Ihnen erreichten Höchstpunkt von 12.300 erstmals unterschreiten, nämlich um 20 Flüge. Wir haben also nach zweieinhalb Jahren keine weiteren Steigerungen zu verantworten, sondern wir haben die Zahlen verstetigt und kontinuierlich gesenkt. In diesem Jahr werden wir in dem Sommerflugplan sogar nur 12.280 Flugbewegungen haben.

Meinen Sie nicht, Sie könnten aus der Verantwortung Ihrer Regierungszeit so einfach entlassen werden.

Ich darf Ihnen einmal vorlesen, was im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Nordrhein-Westfalen steht. Herr Kaufmann, hören Sie sich das einmal an. Da steht auf Seite 37:

Deswegen wollen wir Nachtflugverbote an allen Flughäfen in NRW. Köln-Bonn, der Flughafen mit den meisten Nachtflügen in Deutschland, wird nach jahrelangem Wachstum im Jahr 2000 rund 40.000 Nachtflüge haben.

(Michael Denzin (FDP): Leute, zuhören! Wer regiert da?)

Es gibt also in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün 40.000 Nachtflüge an einem Flughafen, der fast zehnmal kleiner ist. Unter der Verantwortung einer von Ihnen gestellten Regierung gibt es dort viermal mehr Nachtflüge als am Frankfurter Flughafen.

(Gerhard Bökel (SPD): Und was schließen wir jetzt daraus?)

So sieht die Praxis von Rot-Grün und insbesondere die der GRÜNEN aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die positive Einschätzung des Solls, die wir hier für Frankfurt haben, wird durch die tatsächliche Entwicklung des Monats Januar 2002 belegt. Wir haben im Januar 2002 einen Rückgang der tatsächlichen Flugbewegungen für die nach der Mediation vorgesehenen Nachtzeit von 1.318 Flugbewegungen im Jahr 2001 auf 1.293 in diesem Jahr. Auch in der nach der Mediation als Randzeit vorgesehenen Zeit, also der zwischen 22 und 23 Uhr und zwischen 5 und 6 Uhr morgens, hat die Zahl der Bewegungen um

ganze 6 % abgenommen. Das ist bedeutend. Sie behaupten in Ihren Reden immer, dass die Zahl der Flugbewegungen in der nach der Mediation vorgesehenen Zeit ausgedünnt würde. Dass dies geschehe, sei richtig. Sie behaupten dann aber, alles würde in die so genannten Randzeiten, also in die Zeit vor Beginn der nach der Mediation vorgesehenen Zeit, gepackt. Auch das ist falsch.

(Beifall der Abg. Heide Degen (CDU) und Michael Denzin (FDP))

Überproportional nahmen dabei auch die Bewegungen der Fluggeräte der besonders lauten Lärmkategorie 5 ab. Damit wird eindrucksvoll bestätigt, dass das Entgeltsystem am Flughafen wirksam ist und seine Wirkung voll zeigt.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meine Damen und Herren, Sie werden jetzt sagen, dieser Erfolg sei nicht auf die Einführung unserer Maßnahmen zurückzuführen, sondern gehe ausschließlich auf die gegenwärtig bestehende Krise der Luftfahrt zurück. Das ist ebenfalls nicht richtig. Diese Krise schlägt auf den Flughafen Frankfurt bekanntlich weniger stark durch als auf andere Flughäfen in Deutschland. Nach Aussage des deutschen Flughafenkoordinators, Herrn Claus Ulrich, werden auf dem Flughafen Rhein-Main täglich schon wieder nahezu genauso viele Starts und Landungen abgewickelt, wie es vor dem wirtschaftlichen Einbruch der Branche nach dem 11. September 2001 der Fall war. Für den April 2002 wird sogar wieder eine Steigerung der Zahl der Flugbewegungen erwartet.

Lassen Sie mich jetzt noch einiges zu dem Entschließungsantrag der GRÜNEN und dem Antrag der SPD sagen. Die Aussage der GRÜNEN, die Antragsunterlagen zur Auswahl der Bahnvariante würden wesentlich vom Votum der Mediation abweichen, weil eine Südvariante einschließlich der Nutzung der Startbahn 18 West angeführt werde, ist, faktisch gesehen, ebenfalls falsch. Herr Kaufmann, auf Seite 145 des Abschlussberichtes heißt es in der abschließenden Erklärung – üblicherweise lesen wir solche Berichte;

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut! Hoffentlich verstehen Sie sie auch!)

ich darf zitieren – :

Alle Varianten sind im Hinblick auf Lärmvermeidung und -verminderung noch optimierbar.

Selbstverständlich ist dies so.

Den Mediatoren erscheinen aber die bei der Südbahn erzielbaren Optimierungspotenziale am größten. Daraufhin untersuchte im Auftrag der Hessischen Landesregierung das Institut IFOK – das ist das gleiche Institut, das auch das Mediationsverfahren begleitete – die bestehenden Optimierungspotenziale vor allem im Hinblick auf die Lärmoptimierung bei den drei Bahnvarianten, Landebahn Nordwest, Landebahn Nordost und Start- und Landebahn Süd. Das Ergebnis dieser Optimierung bestätigte die Auffassung der Mediatoren, wonach bestehende Optimierungspotenziale vor allem noch bezüglich der Südvariante bestehen. So wurde im Zuge der Optimierung für die Lärmwirkung auch eine Lösung mit der modifizierten Südbahn unter Beibehaltung der Startbahn West untersucht. Auch das ist ordentlich.

Durch eine geänderte Bahnnutzungsstrategie könnte hier eine Erhöhung der Bahnkapazität bei gleichzeitig deutlicher Reduzierung der Lärmbelastung für die Bevölkerung erreicht werden. Die Zahl der Wohnbevölkerung innerhalb des 60-dB-Korridors würde sich so von 360.000 bei der Start- und Landebahn Süd ohne die Startbahn West auf 321.000 bei Beibehaltung der Startbahn West verringern. Dieses Gutachten zur Optimierung hat nahezu dieselbe Basis zur Berechnung wie das Gutachten der Mediation. Es bekam seine Legitimation durch das Mediationsverfahren bzw. wurde daraufhin in Auftrag gegeben.

Es ist doch nur nachvollziehbar und verantwortungsbewusst, dass der Vorhabensträger Fraport die drei Varianten im Raumordnungsverfahren untersuchen lässt, mit denen am ehesten die gewünschten Kapazitätseckwerte erreicht werden können und dabei gleichzeitig am wenigsten Lärm verursacht werden wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie doch einmal ehrlich: Wenn der Vorhabensträger Fraport nicht die vom Lärm her günstigere Start- und Landebahn Süd mit Nutzung der Startbahn West, sondern die vom Lärm her stärkere Variante der Landebahn Süd ohne Nutzung der Startbahn West als Alternativvariante zur Nordwestbahn in das Raumordnungsverfahren eingebracht hätte, wäre Ihr Vorwurf derjenige gewesen – ich sage: zu Recht –, dass der Vorhabensträger Fraport das Optimierungsgutachten missachte –

(Beifall der Abgeordneten der CDU und der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heidel (FDP))

und eine lärmintensivere Bahn als Alternative zur Vorzugsvariante der Nordwestbahn prüfen lasse. Das wollen wir nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch hier noch einmal mit einer anderen Behauptung aufräumen. Es wird gesagt, der positive Beschäftigungseffekt durch den Flughafen, der im Raumordnungsverfahren angegeben worden sei, würde erheblich von den erhofften Beschäftigungseffekten abweichen, die im Mediationsergebnis festgehalten worden seien. Mit einem prognostizierten Wachstum der direkten und indirekten Beschäftigung um 52.400 Stellen wird eine Steigerung gegenüber dem Status quo von mehr als 30 % erreicht werden. Im Vergleich zu dem Ergebnis der Mediation, bei dem ein Anstieg der Zahl der direkten und indirekten Beschäftigten um 59.000 prognostiziert wurde, stellt dies lediglich eine Abweichung um etwas mehr als 6.000 Beschäftigte dar. Allerdings ist in der jetzigen Prognose im Gegensatz zu der der Mediation bereits das Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr mit berücksichtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das zu erwähnen ist wichtig. Auch die Aussage des Mediationsergebnisses, dass es nach dem Bau 100.000 direkt oder indirekt Beschäftigte mehr geben würde, als wenn es zu einem „Rückbau“ kommen würde, d. h. ein Fortbestehen des jetzigen Bahnsystems plus einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, wird in dem Raumordnungsverfahren nicht in Abrede gestellt. Denn das so genannte Reduktionsszenario, das in der Mediation behandelt wurde, wurde für das jetzt laufende Raumordnungsverfahren nicht mehr untersucht. Es ist auch richtig, dass dieses Szenario nicht mehr untersucht wurde. Denn das Ergebnis der Mediation ist, dass das Nachtflugverbot von 23 bis 5

Uhr unwiderruflich an den Ausbau des Frankfurter Flughafens geknüpft wurde.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Auch umgekehrt ist das der Fall. Der Ausbau kann nur mit einem Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr erfolgen. Das Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr kann es nur nach einem Ausbau geben.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Das Reduktionsszenario steht spätestens nach Vorlage des Ergebnisses der Mediation nicht mehr zur Diskussion. Es kann somit auch nicht Untersuchungsgegenstand und Vergleichsmaßstab im Raumordnungsverfahren sein.

Lassen Sie mich auch hier auf die Berechnung der Lärmentwicklungen eingehen. Die in den Raumordnungsunterlagen dargestellten Dauerschallpegel und Maximalpegelkonturen entsprechen dem, was mit dem Schreiben des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Unterrichtung vom 14. Februar 2001 eindeutig festgelegt wurde. Alle Konturen wurden in dem Fachgutachten sowohl für den langjährigen mittleren Betrieb als auch nach der so genannten 100-%-Regel ermittelt. Zweck all dieser Lärmberechnungen muss es sein, die real vorhandene und zukünftig zu erwartende Belastung durch Fluglärm so exakt wie möglich zu ermitteln. Herr Kaufmann, aus diesem Grund hat das Bundesumweltministerium unter Leitung von Herrn Trittin der Fraport AG den Entwurf der aktualisierten Flugzeuggruppeneinteilung gemäß AzB 99 als Grundlage für die Berechnung der Fluglärm-Isophonenlinien für das Raumordnungsverfahren und das Planfeststellungsverfahren zur Verfügung gestellt.

Hier muss auch Erwähnung finden, dass das aus einem Ministerium kommt,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was machen Sie damit?)

das unter der Führung eines Ihrer Parteifreunde steht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll das eine Kritik sein?)

– Herr Kollege, das ist eine Feststellung. Sie sehen, wie unterschiedlich die Bewertungen in Berlin und in Wiesbaden sind und welche Unterschiede zwischen dem, was Sie hier lostreten wollen, und dem bestehen, was Ihre Parteifreunde in hohen Staatsämtern in Berlin zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmungsmache übelster Art ist das!)

Wie im RP-Unterrichtungsschreiben vom 14. Februar 2001 vorgegeben, wurden alle Lärmkonturen grundsätzlich auf der Basis der Flugzeuggruppeneinteilung des Bundesumweltministeriums ermittelt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und?)

Zur Beurteilung der raumstrukturellen Auswirkungen wurden zusätzlich die ISO-Linien 60 dB(A) und 62 dB(A) mit den veralteten AzB von 1984 berechnet, um einen Vergleich mit den nach dem Landesentwicklungsplan und dem Regionalen Raumordnungsplan ermittelten Raumkonturen zu ermöglichen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mit welchen Flugbewegungszahlen wurden sie berechnet?)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Clemens Reif (CDU):

Das ist alles sehr transparent und ordentlich. – Frau Präsidentin, lassen Sie mich zum Schluss kommen und zusammenfassen.

Wir befinden uns auf einem hervorragenden Weg.

(Beifall bei der CDU)

Das Mediationsergebnis wird sukzessive umgesetzt. Vor allem: Die Lärminderungsmaßnahmen für die Nachtzeit greifen schon jetzt. Das macht Sie so böswillig. Sie hatten nämlich nicht erwartet, dass uns das in so kurzer Zeit gelingen würde.

Zweitens. Die GRÜNEN zeigen nach einer Phase peinlicher Sprachlosigkeit wieder Kontinuität, was die Verdrehung der Fakten des Flughafenausbaus angeht.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Der Spitzenkandidat der SPD, Herr Bökel, verabschiedet sich zurzeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit vom bisher breit getragenen Mediationskonsens.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt wirklich zum Schluss kommen.

Clemens Reif (CDU):

Ich komme zum Schluss. Er hat in seiner Partei keine Mehrheit mehr für den Konsens, wie das Abstimmungsergebnis in der Regionalen Planungsversammlung Südhessen gezeigt hat. Wir sind gespannt darauf, wie er das im Hessischen Landtag begründen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Riege für die SPD-Fraktion.

Bernd Riege (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Großen und Ganzen kann es der SPD-Landtagsfraktion nur recht sein, wenn diese Regierung möglichst viele Fehler macht. Das ist die beste Voraussetzung für die Ablösung dieser Regierung durch uns.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Von welchem Termin reden Sie? Von September?)

Ich bitte alle, die zu diesem Tagesordnungspunkt gesprochen haben, darum, sich noch einmal anzuschauen, was wir eigentlich beantragt haben. Der vorliegende Antrag passt nicht in die Kategorie „freudige Ereignisse“, wo wir mit Genuss zusehen, wie die Regierung Fehler macht. Ich will Ihnen deshalb den Antragstext noch einmal vorlesen. Wir fordern weder Herrn Reif noch Herrn Denzin, sondern die Landesregierung auf,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

zu den im Antrag genannten Punkten Stellung zu nehmen. Auf die Antwort warten wir noch immer.

(Michael Denzin (FDP): Wir arbeiten Hand in Hand!)

Ich will auch etwas dazu sagen, warum wir die Landesregierung ausdrücklich als Adressaten gewählt haben. Es gibt dafür mehrere Gründe. Einer davon fällt mir ganz schnell ein: So seriöse Redner wie Herr Reif scheinen mir nicht die besten Sprachrohre zu sein, um in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass der nahezu einstimmige Beschluss des Hessischen Landtags umgesetzt wird. Das hat etwas damit zu tun, dass Sie manchmal Pressemeldungen fabrizieren wie die, die eine Verbindung zwischen der Weiberfastnacht und dem Flughafengeschäft hergestellt hat.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Es gibt einen weiteren wichtigen Punkt. Der Hessische Landtag hat die Landesregierung einstimmig beauftragt – Gott sei Dank weder Herrn Denzin noch Herrn Reif –,

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CDU)

das Mediationsergebnis umzusetzen. Herr Ministerpräsident, ich will daran erinnern, dass Sie uns Garant dafür sind, dass das Mediationsergebnis umgesetzt wird.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist der Auftrag, den die Regierung vom Hessischen Landtag bekommen hat. Deshalb dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir Sie bitten, zu erklären, warum es Unstimmigkeiten im Verfahren gibt. Diese Unstimmigkeiten sind von jemandem angesprochen worden, um den sowohl Herr Denzin als auch Herr Reif einen großen Bogen gemacht haben, nämlich vom Vorsitzenden des Regionalen Dialogforums.

(Michael Denzin (FDP): Überhaupt nicht!)

Wenn das Regionale Dialogforum seine Aufgabe so wahrnimmt, wie es im Mediationspaket steht, dann hat es eine sehr wichtige Funktion. Nach unserem Verständnis hat es allein die Aufgabe, für die Umsetzung des Mediationsergebnisses Sorge zu tragen. Da der Vorsitzende des Regionalen Dialogforums in seiner Eigenschaft als Präsident der TU Darmstadt dieses sicherlich nicht alleine leisten kann, sind wir davon ausgegangen, dass er die Unterstützung des Ministerpräsidenten hat.

(Michael Denzin (FDP): Er hat unser aller Unterstützung!)

Damit sind wir beim Problem. Wir haben von Anfang an erklärt, dass alle Kritik am Vorhabenträger letztendlich an den Ministerpräsidenten zu richten ist, denn er ist Aufsichtsratsvorsitzender des vom Land sehr stark bestimmten Unternehmens Fraport und damit zu Recht angreifbar.

(Beifall bei der SPD – Michael Denzin (FDP): Da gibt es eine leichte Differenzierung im Aktienrecht!)

In seiner Eigenschaft als Ministerpräsident, der den Auftrag hat, das Mediationsergebnis sicherzustellen, kommt er aufgrund seiner beiden Ämter offensichtlich in Konflikte. Deshalb hat er es auch vermieden, den Vorsitz im Regionalen Dialogforum zu übernehmen, wie wir immer wieder und dringlich gefordert haben.

Prof. Wörner ist mit der Wahrung des Mediationsergebnisses im Rahmen des Regionalen Dialogforums überfordert. Das ist keine Kritik an der Person. Das ist eine Feststellung derjenigen, die beobachten, was in diesem Forum passiert. Das muss hier einmal zur Sprache kommen. Ich wundere mich sehr, dass Sie den Punkt, auf dem unsere Zustimmung zum Mediationspaket beruht und dessen Umsetzung als Auftrag an die Regierung adressiert worden ist, in Ihren Überlegungen völlig aussparen.

(Michael Denzin (FDP): Ich habe in der Sache geantwortet!)

Weil bei uns an der Umsetzung des Mediationsergebnisses großes Interesse besteht, fordern wir mit unserem Antrag die Landesregierung auf, „zu erklären, warum im Raumordnungsverfahren das Mediationsergebnis nicht in vollem Umfang umgesetzt wird“. Dass das Ergebnis nicht in vollem Umfang umgesetzt wird, hat hier niemand bestritten. Insofern hat unser Antrag einen handfesten Grund. Es gibt sogar ein Schreiben des Vorsitzenden des Regionalen Dialogforums, aus dem Sie sehr genau ersehen können, dass die von uns aufgeführten Punkte im Wesentlichen auch die Sorgen von Prof. Wörner und der Mitglieder des Regionalen Dialogforums zum Ausdruck bringen. Hierzu wünschen wir eine Erklärung.

(Michael Denzin (FDP): Ich habe Antworten gegeben, Punkt für Punkt!)

Das ist wieder ein Beispiel, an dem man sehen kann, wer hier seriös mit dem Thema umgeht und wer nicht.

Wir haben als einzige Fraktion einen Antrag in der Erwartung gestellt, dass all das, was heute hier nicht erörtert werden kann, im Ausschuss erörtert wird. Wem es nur um attraktive Schaufensteranträge geht, der widmet sich dem Thema in Form von Entschließungsanträgen. Ihr Entschließungsantrag, der in der Forderung gipfelt, die Regionale Planungsversammlung zu verurteilen, steht in gleicher Reihe wie Ihr Jubelantrag, in dem deutlich wird, dass es Ihnen eigentlich nur um Vordergründiges und nicht um eine zielgerechte Umsetzung des einstimmig gefassten Landtagsbeschlusses geht.

(Wortmeldung des Abg. Michael Denzin (FDP))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Bitte schön, Herr Denzin.

Michael Denzin (FDP):

Herr Kollege Riege, ist Ihnen nicht mehr geläufig, dass wir im Ausschuss einen Dauer-Tagesordnungspunkt von CDU und FDP haben, sodass das Thema Flughafen automatisch in jeder Ausschusssitzung erörtert wird?

Bernd Riege (SPD):

Das ist mir sehr wohl geläufig. Herr Denzin, ich komme auf den Punkt zurück, der hier eine ganz wichtige Rolle spielt. Der Genehmigungsminister dieser Regierung steht uns in jeder Ausschusssitzung zur Verfügung. Er muss aber anders agieren, als es der Ministerpräsident kann, der das Mediationsergebnis umsetzen soll.

Ich hoffe, das ist Ihnen klar. Wir greifen auch die Ausführungen des Wirtschafts- und Verkehrsministers im Ausschuss überhaupt nicht an. Nur, was wir hier thematisieren, kann er uns nicht erklären, sondern das muss uns der

Ministerpräsident im Landtag erklären: warum das Mediationsergebnis nicht so umgesetzt worden ist, wie das schwarz auf weiß teilweise vorhin auch von Herrn Reif zitiert worden ist.

(Michael Denzin (FDP): Das ist ein Irrtum!)

Insofern vermuten wir – ich will es vorsichtig ausdrücken –, dass Ihnen nicht klar ist, dass dieser Interessenkonflikt des Genehmigungsministers mit unserem Auftrag, das Mediationsergebnis konsequent umzusetzen, bei Ihnen noch nicht zu Konsequenzen geführt hat. Ich will es noch zugespitzt sagen, damit Sie wissen, was ich meine.

Wer das Mediationsergebnis umzusetzen hat, hat schließlich ein Dokument von 150 Seiten, das uns als Schlussbericht vorliegt, das anschließend in fünf Schlagworte zusammengefasst ist.

(Michael Denzin (FDP): 151 Seiten!)

Bei der Umsetzung dieser fünf Schlagworte in die Wirklichkeit gehen wir davon aus, dass es 1.000 Einzelelemente gibt, die auf den 150 Seiten teilweise schon sehr ausführlich erörtert worden, teilweise aber noch erörterungsbedürftig sind.

Wenn ich eine Staatskanzlei zur Verfügung hätte und das Mediationsergebnis umsetzen müsste, dann hätte ich mir einen Netzplan anfertigen lassen, auf dem alle diese 1.000 Elemente erscheinen, und in eine zeitliche Reihenfolge gebracht, die möglicherweise im Internet für alle Beteiligten nachvollziehbar wäre.

Das ist eine Technik, die ich aus meinem Studium vor über 30 Jahren kenne. Ich bin ganz sicher, dass die Fraport eine solche Technik hat, um ihre Elemente, die im Verfahren eine solche Rolle spielen, rechtzeitig und zueinander passend umzusetzen.

Ich erwarte, dass uns an dieser Stelle derjenige, den wir beauftragt haben, das Mediationsergebnis umzusetzen, nicht nur erklärt, was er mit diesen fünf Fragepunkten hier an Unstimmigkeiten aufklären kann, sondern darüber hinaus für die ganzen Restpunkte erklärt, die alle noch eine Rolle spielen und wovon ein Teil in unseren 38 Elementen der Großen Anfrage angesprochen wird, wie er die im Verfahren umsetzen will.

Ich bin ganz sicher, nur dann besteht bei meiner Fraktion weiterhin das Vertrauen darin, dass das Mediationsergebnis umgesetzt wird. Wir sehen, dass das Schritt für Schritt verbambelt wird, wie wir bei uns zu Hause sagen.

(Gerhard Bökel (SPD): Ja! – Michael Denzin (FDP): Hier wird nicht gebembelt und gebambelt, hier wird gehandelt!)

Es ist hier schon mehrfach thematisiert worden, dass wir diesen Konflikt in der Regierung schlecht aufgehoben sehen, weil wir mehrere Gründe angeführt haben, an denen man sichtbar machen kann, dass das Verfahren nicht so betrieben wird, wie wir uns das wünschen. Ich wiederhole: Das lasten wir nicht der Fraport und dem Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzendem eines Wirtschaftsunternehmens an, genauso wenig wie wir es der Bahn AG anlasten, wenn sie die kostengünstigste Trasse für ein Raumordnungsverfahren vorschlägt.

Wir haben einen politischen Auftrag erteilt, das Mediationsergebnis umzusetzen. Der Adressat sitzt hier. Das muss er umsetzen, notfalls im Konflikt in seiner Eigenschaft als Vertreter eines privaten Unternehmens oder zu-

mindest an der Spitze des Aufsichtsrates eines privaten Unternehmens.

Das kommt uns zu kurz. Deswegen bestehen wir darauf. Die Umsetzung des Mediationsergebnisses in ein paar Teilelementen, wie sie Herr Reif vorgetragen hat, wird überhaupt nicht bestritten. Was Sie in Ihrem Antrag Drucks. 15/3646 aufführen, den ich als Jubelantrag bezeichnet habe, das bestreiten wir überhaupt nicht. Wir freuen uns über jeden Fortschritt, der aus der Kategorie Optimierung des Systems, Antilärmpaket umgesetzt wird.

(Clemens Reif (CDU): Das ist doch gut! Da freuen wir uns!)

Aber das ist nicht das Ganze. Die schwierigsten Punkte des Mediationsergebnisses liegen in der Kapazitätserweiterung und in dem Punkt Nachtflug. Das ist auch schon angesprochen worden.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Reif?

(Bernd Riege (SPD): Bitte sehr!)

Clemens Reif (CDU):

Herr Kollege Riege, können Sie uns vielleicht erklären, wieso sich nach all dem, was Sie uns hier vortragen, die SPD in der Regionalen Planungsversammlung gemeinsam mit den GRÜNEN gegen jegliche Ausbaupläne am Flughafen ausgesprochen hat und diese SPD die ist, die im Grunde genommen die Mehrheit im Landesverband der SPD in Hessen darstellt?

(Heinrich Heidel (FDP): Das ist die Frage!)

Bernd Riege (SPD):

Herr Reif, ich kann Ihnen das nicht erklären, aber ich kann Ihnen das kommentieren.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Ich spreche für die SPD-Landtagsfraktion und teile die Auffassung von Herrn Kaufmann, dass ich nicht der Zensor meiner nachgeordneten Gliederung bin.

(Lachen des Abg. Michael Denzin (FDP))

Als Landtagsabgeordneter verstehe ich die Regionale Planungsversammlung als eine mir nachgeordnete Einrichtung, deren Auffassung ich zweifellos respektiere.

(Norbert Kartmann (CDU): Jetzt wird es schwierig!)

Aber wir werden in die gleiche Richtung argumentieren – ich komme nachher dazu. Was die Aufforderung anlangt, die zu verurteilen, dazu habe ich keinen Grund. Die machen ihre Arbeit, und wir machen unsere Arbeit.

(Lachen des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich hoffe, sie sind mit unserer Arbeit zufrieden und wenden sich mit ihrer Kritik an diejenigen, mit denen sie nicht zufrieden sind. Ich kann deren Verhalten hier nicht erklären, sondern ich kann es so kommentieren. Für mich spielt es eine Rolle, was wir als Landtagsfraktion in diesem Zusammenhang machen. Ich will mich auch nicht auf Einzel-

heiten von Personen einlassen, welche Person von der CDU und welche von der FDP dabei gewesen ist.

(Michael Denzin (FDP): Einer, der ist aber etwas wirr!)

– Herr Denzin, einer ist einer zu viel, wenn man so argumentiert wie Sie.

Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass sich in der veröffentlichten Meinung zu den Stellungnahmen der Gebietskörperschaften und Kommunen sehr viele Abgeordnete dieses Hauses, die eigentlich dem Verfahren so zugestimmt haben, wie wir das verabredet haben, anders verhalten. Das kann ich doch gut verstehen. Denen ist das Hemd näher als der Rock.

Ich gehe nur davon aus, dass letztendlich für die Umsetzung des Mediationsergebnisses der Hessische Landtag zuständig ist. Gerade weil wir so kritische Begleiter haben, legen wir großen Wert darauf, dass das eingehalten wird, was wir hier verabredet haben.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Riege, es gibt noch den Wunsch nach zwei Zwischenfragen, Herr Bökel und Frau Beer. Lassen Sie die zu?

(Bernd Riege (SPD): Bitte sehr, Herr Bökel!)

Gerhard Bökel (SPD):

Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, dass die Bewertung, die Sie vorgenommen haben, bezogen auf das, was Herr Reif gefragt hat, auch für die Entscheidung des Kreistages des Main-Taunus-Kreises gilt – das ist der Kreis, in dem der Ministerpräsident wohnt –, in dem FDP und CDU geschlossen dafür gestimmt haben, dass der Kreistag sagt: „Die Entscheidung des Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Herrn Ministerpräsidenten Roland Koch, eine Landebahn zu errichten, wird entschieden abgelehnt“?

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hört, hört!)

Bernd Riege (SPD):

Herr Kollege Bökel, natürlich stimme ich Ihnen zu. Ich würde aber auch allen anderen zustimmen, die woanders ihre Kritik daran üben – das ist in Offenbach, in Kelsterbach und in Frankfurt sogar dezidiert abweichende Meinung.

(Zurufe von der CDU und des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Aber Herr Kaufmann hat doch schon einmal das Demokratieverständnis eines anständigen Landtagsabgeordneten erklärt. Ich kann mich dem nur anschließen. Ich bin nicht der Zensor der Leute, die sich im Lande mit diesem Thema außerdem noch beschäftigen. Wenn Sie das gerne machen wollen – in Ordnung, bitte sehr.

Nicola Beer (FDP):

Herr Kollege, auch wenn Sie sagen, Sie seien nicht der Zensor der überregionalen Gremien wie Ihrer Fraktion in der Regionalen Planungsversammlung Südhessen, würde es mich doch interessieren, nachdem ich weiß, dass in der

letzten Legislaturperiode auch mithilfe der SPD-Landtagsfraktion eine Einigung für den Text des Regionalplanes mit Blick auf den Ausbau des Frankfurter Flughafens in der Regionalversammlung Südhessen zustande gekommen war, ob denn solch eine Meinungsbildung und Argumentation gegenüber Ihrer eigenen Fraktion dort mittlerweile nicht mehr stattfindet durch Ihre Fraktion bzw. Ihre Fraktionsspitze oder ob sich Herr Bökel gegenüber den Parteifreunden einfach nicht durchsetzen konnte.

Bernd Riege (SPD):

Ich weiß nicht, was Sie unter „Durchsetzung“ verstehen. Wir sind eine Partei, in der man die Meinung von nachgeordneten Gliederungen nicht verbietet. Von daher gehe ich davon aus, daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich fordere Sie auf, mitzuhelfen, dass der Stoff, den Kolleginnen und Kollegen in den Gliederungen der Region verwenden, um gegen den Ausbau zu votieren, nicht ständig dadurch vergrößert wird, dass Sie Zweifel daran aufkommen lassen, dass Sie das Mediationspaket umsetzen. Das ist heute das Motiv für unsere Antragstellung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich nehme für unsere Fraktion in Anspruch – Herr Reif, hören Sie bitte gut zu –, dass sie die einzige Fraktion im Hessischen Landtag ist, die das Augenmerk auf die konkrete Umsetzung des Mediationsergebnisses legt.

(Beifall bei der SPD)

So gerne ich Ihren fachlich fundierten Ausführungen über den Hintergrund der Abweichung bei der Lärmbetrachtung zugehört habe – das ist aber für meine Fraktion nicht ausreichend. Entschuldigung, wenn ich das einmal so flapsig sage: Ich verlange das von kompetenterer Stelle, von denjenigen, die wir dazu beauftragt haben. Sie haben wir nicht beauftragt. Wir wollen das von denjenigen hören, die den Auftrag von uns haben. Das müssen Sie verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Denzin, das gilt auch für das, was Sie ausgeführt haben: das EU-weite Nachtflugverbot und die Rolle der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Fluglärmmovelle. Ich gehöre zu denjenigen Abgeordneten, die sich auf der Bundesebene dafür stark gemacht haben, dass eine solche Novellierung nicht kommt, weil alle Grenzwerte, die die Bundesverkehrsminister da in Rede gebracht haben, weit höher als das sind, was wir im Mediationsergebnis niedergeschrieben haben, und das, was wir bei der Umsetzung des Mediationsergebnisses realisieren wollen.

Von daher bitte ich Sie, aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen, was unser Verkehrsminister in seiner Eigenschaft als Beteiligter beschlossen hat. Ich will Ihnen das hier gar nicht vorhalten, weil ich sehr genau weiß, dass die Konditionen, die wir hier in Frankfurt umsetzen müssen, an keinem anderen Flughafen in Deutschland sonst bestehen.

(Michael Denzin (FDP): Sehr schön!)

Deswegen verspreche ich mir auch gar nichts davon, wenn der Minister Aktivitäten in Richtung eines EU-weiten Nachtflugverbots entwickelt. Ich bin ganz sicher, das wird genauso abgeschmettert wie ein deutschlandweites Nachtflugverbot von den Verkehrsministern der anderen

Bundesländer. Denn Sie können sich an den Fingern abzählen, dass dann in Köln und Düsseldorf die Lichter ausgehen und in Hamburg außerdem.

(Michael Denzin (FDP): Überall, wo die GRÜNEN mitregieren!)

– Das hat mit den GRÜNEN gar nichts zu tun, sondern das hat damit zu tun, dass die Konditionen, unter denen in Deutschland Wohlstand entwickelt wird, eine etwas andere Dimension haben.

(Gerhard Bökel (SPD): Sehr schön!)

Das wissen wir alle sehr wohl, und deswegen bestehen wir darauf, dass die Belästigungen – jetzt komme ich wieder zu meinem Konzept zurück –, die wir den Leuten hier in der Region zweifellos zumuten, sorgfältig untersucht werden müssen. Das haben wir ausdrücklich in unserem Landesparteitagsbeschluss, auf den sich die Koalitionsfraktionen gern berufen, niedergeschrieben. Dazu brauchen wir eine Stabsstelle, die darauf achtet, dass nichts vergessen wird, was uns ein Gericht, das ja ganz sicher später im Verfahren eine Rolle spielen wird, nachweisen kann.

Diese Belastungen der Bevölkerung und der Regionen insgesamt, die Einschränkungen, die wir uns mit der Weiterentwicklung des Flughafens erkaufen, müssen bis ins Detail untersucht werden. Ich gehe davon aus, wenn sie gutachterlich ermittelt sind, können wir sie den Vorteilen gegenüberstellen, die genauso gutachterlich dargestellt werden müssen. Dazu gehören nicht nur die Arbeitsplatzprognosen, sondern auch alles Übrige, was mit dem Wirtschaftswachstum an diesem Standort zu tun hat. Dann, haben wir erklärt, sind wir für den Ausbau, wenn das Belastende erträglich gemacht werden kann.

Aber wenn wir die Belastung gar nicht kennen und auch keinen Plan haben, wie wir die Erkenntnis erlangen wollen, dann habe ich großen Zweifel, dass wir abschließend in der Lage sein werden, diesen Abwägungsprozess zu machen. Das sind wir der Region schuldig, und so verstehe ich die Einwände, die von dort erhoben worden sind, die zu Recht erhoben werden.

Wir haben als oberster Herr des Verfahrens die Pflicht, zur Umsetzung der Ergebnisse des Mediationsverfahrens abzuwägen, was wir mit einer Kapazitätserweiterung bekommen werden und was wir dafür werden bezahlen müssen. Diese Abwägung muss transparent sein. Deswegen schlage ich vor, dass dieser Netzplan, wie das Mediationsergebnis umgesetzt werden soll, auch öffentlich gemacht wird, damit jeder sieht, was dort noch fehlt. Denn die besten Begleiter in diesem Verfahren sind die Kritiker, die Sie alle nicht zur Kenntnis nehmen wollen, jedenfalls nicht hier an diesem Punkt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist Unsinn!)

Mir erscheint wichtig, dass die erwarteten Wachstumsgewinne genauso transparent dargestellt werden wie die zu erwartenden Belastungen. Erst wenn ich das kenne, kann ich es den Leuten zumuten. Wenn Sie weiter erfolgreich im Verfahren sein wollen und den Herrn Prof. Wörner weiterhin als Hüter – so bezeichnet er sich selbst –

(Michael Denzin (FDP): Das „weiter“ ist richtig!)

des Mediationsergebnisses ansehen, dann verlange ich hier heute von Ihnen, einmal zu erklären, wie Sie mit seiner Kritik umgehen.

(Michael Denzin (FDP): Ich habe jetzt dreimal gesagt, ich habe es beantwortet!)

Entweder ist der Mann unfähig, weil er abwegige Stellungnahmen abgibt, wie der Regierungssprecher es kommentiert hat, oder Sie vertrauen ihm weiterhin

(Gerhard Bökel (SPD): Unerhört, das dem Wörner so vorzuwerfen!)

und stärken ihm dadurch den Rücken, dass Sie ihm eine Zuarbeit leisten, die nicht nur die Gutachten auf den Tisch bringt, die die Bürgermeister und Gebietskörperschaftsvertreter dort fordern, sondern die, die im Interesse der Umsetzung des Mediationsergebnisses wichtig sind, was aus der Kanzlei gefordert wird und auch auf einem transparenten Weg für jedermann nachvollziehbar beigebracht wird.

(Gerhard Bökel (SPD): Jawohl!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Bernd Riege (SPD):

Abschließend: Es ist für uns außerordentlich wichtig, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir ernsthaft an der Umsetzung des Mediationspaketes interessiert sind. Wenn Sie von uns allerdings verlangen, dass wir unsere Kollegen kritisieren sollen, die das nicht aus vollem Herzen machen, was wir uns vorgenommen haben, dann werden wir uns daran nicht beteiligen. Ich kann mich nur dem anschließen, was Herr Kaufmann gesagt hat: Wenn Sie das machen, riskieren Sie noch gerichtliche Auseinandersetzungen. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Abg. Riege, ich weiß ja, dass Sie seit langer Zeit in dem Bemühen einer sachlichen Begleitung des Verfahrens auch den moderaten Ton suchen. Ich glaube, das haben wir bisher mit Ausnahme der GRÜNEN geschafft, die in diesem Spiel sozusagen außerhalb dessen liegen, was man eine gemeinsame konstruktive Diskussion nennen kann; denn sie haben nur ein Interesse, nämlich das Verfahren kaputt zu machen.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das kann man zur Kenntnis nehmen, das ist auch demokratisch legitim, verringert aber die Sinnhaftigkeit der intellektuellen Auseinandersetzung. Ich will zugeben, Herr Kollege Riege, wenn ich beobachte, was die Sozialdemokratische Partei macht, bekomme ich zunehmend Zweifel, ob diese Geschäftsgrundlage bei Ihnen noch gewollt ist, die wir einmal gehabt haben.

(Beifall bei der CDU – Norbert Kartmann (CDU): Das ist die Frage!)

Das will ich im Parlament ansprechen, denn irgendwann endet die Doppelstrategie. Man kann nicht auf der einen Seite jenseits der örtlichen Betroffenheit flächendeckend

den Protest organisieren und auf der anderen Seite einstimmig im Landtag sagen, wir wollen das haben,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

wenn man sozusagen dazwischen hinter jedes Wort einen Zweifel stellt, dass es noch fünfmal gegeben wird.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das macht doch ihr auch, was erzählen Sie denn!)

Seien Sie mir nicht böse, Sie haben sich aus der Diskussion herausgekickt, Sie interessiert die Zukunft der Region Rhein-Main unter Arbeitsgesichtspunkten nicht. Das ist in Ordnung, das kann eine Partei.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da sind die sozialdemokratischen Kollegen, die CDU und die FDP anderer Meinung. Sie werden dort mit den Plakaten weiter stehen, ich kann es nicht ändern. Ihr Außenminister hat Ihnen einmal für zwei Tage die Wahrheit gesagt, dann haben Sie ihn zurückgepiffen. Er glaubt das übrigens weiter, wenn er international unterwegs ist. Er hat Sie nur gezwungen, einen Beschluss zu fassen, dass Sie es nie glauben dürfen. Das ist, wie ich finde, eine ziemlich irrationale Politik, aber nicht mein Job.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat besser argumentiert!)

Meine Auseinandersetzung ist die mit den sozialdemokratischen Kollegen. Deswegen möchte ich Herrn Bökel noch einmal ansprechen. Wir reden ja schon relativ lange über dieses Thema, auch wir beide, auch als er noch nicht in seiner heutigen Verantwortung war. Ich weiß, dass die sozialdemokratischen Kollegen immer gesagt haben: Wir wissen aus der Zeit der Startbahn West, dass es unzumutbar ist, bei allen politischen Loyalitäten, die man seiner eigenen Truppe gegenüber hat, dass in einer parlamentarischen Demokratie unmittelbare Betroffenheiten völlig ignoriert werden, dass wir also von Gemeinden, die unmittelbar gelegen sind, die den Lärm hören, bei denen wir in einem Abwägungsprozess sagen müssen, euch müssen wir eine Last zumuten, verlangen, dass die Beteiligten dann noch Danke sagen.

Deswegen – das war damals Ihr Vortrag und auch meiner, kein Streit – müssen wir dafür sorgen, dass wir diese Fragen nicht völlig losgelöst voneinander betrachten, um auch Abgeordneten der Fraktionen wechselseitig, den Regionen und den Bürgermeistern vor Ort eine Möglichkeit der Bewegung zu geben und zu sagen, die Bürger, die im unmittelbaren Raum sind, ob die rot oder schwarz sind, wollen keinen Lärm haben; das ist auch völlig legitim. Aber wir müssen gelegentlich Entscheidungen treffen, die den Bürgern Belastungen zumuten, und diese dann auch durchsetzen. – Deshalb interessiert mich der Main-Taunus-Kreis, ob das die SPD bei Ihnen oder die CDU bei mir ist, der Landkreis Groß-Gerau in toto; darüber haben wir nie eine Diskussion gehabt.

Was die Versammlung in Südhessen gemacht hatte – Herr Kollege Bökel, dazu bitte ich Sie, sich zu äußern –, das ist eine andere Qualität. Es ist die einstimmige Entscheidung aller sozialdemokratischen Kollegen der Region vom Neckar bis nach Friedberg, dass sie Nein zum Flughafen sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist nicht die Mehrheit der Delegierten Ihres Parteitags, aber es ist die Mehrheit der Parteimitglieder, die in

diesen Regionen leben, also auch die Mehrheit der Parteitagsdelegierten, die auf Ihren Parteitag gehen, die da abgestimmt haben – einstimmig, undifferenziert, und zwar nicht irgendeiner Formulierung zugestimmt, die irgendjemand anders ihnen aufgedrückt hat, sondern dem Antrag, der den Briefbogen der SPD-Fraktion trägt, den Sie in der Regionalen Planungsversammlung geschrieben haben. Dazu müssen Sie sich als SPD einlassen. Da schreiben Sie:

Die drei von der Fraport AG eingereichten Varianten für den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit den dazugehörigen Baumaßnahmen sind nicht raumverträglich und können auch nicht durch entsprechende landesplanerische Maßnahmen raumverträglich gemacht werden.

Herr Kollege Bökel, ich bitte die südhessische SPD – die kennen Sie ja auch –: Sagen Sie mir eine Variante, die Sie für raumverträglich halten, und hören Sie auf, zu sagen, wir sind für den Flughafen, aber gegen jede Form, ihn auf den Boden zu bringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist eine Position, die nicht geht. Herr Kollege Bökel, Sie, die SPD einstimmig in ganz Südhessen, sagen in der Begründung, auch die anderen Varianten – sei es Nordwestvariante, unterschieden von den anderen, jetzt auch wieder für die drei gesprochen – widersprechen jeder raumverträglichen Akzeptanz, weil sie unterschiedlich stark in vorhandenen Bannwald eingreifen, den regionalen Grünzug zerstören und Bereiche für die Grundwassersicherung versiegeln.

Herr Kollege Bökel, in aller Freundschaft fordere ich die Sozialdemokratische Partei auf: Nennen Sie mir auch nur eine theoretische Variante im Umfeld des Frankfurter Flughafens, die keinen Bannwald und keine Grundwassersicherungsgebiete berührt. Die gibt es mit Blick auf die Landkarte nicht. Wer das sagt, macht Fundamentalopposition gegen den Flughafen, und der soll es bitte auch sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt können Sie alle sagen, das seien die kochschen Überinterpretationen eines doch so sachlich gemeinten Beschlusses. Um diese Zweifel auszuräumen, haben die Kollegen in dem letzten Punkt, in Punkt 18, formuliert:

Aus dem Vorgenannten

– das sind sozusagen sämtliche Argumente, die ein Flughafengegner auch nur finden kann, auf insgesamt neun Seiten zusammengeschrieben –

folgt, dass ein Ausbau gegenwärtig unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben nicht zulässig ist.

Nicht dieser, nicht der beabsichtigte, sondern generell ein Ausbau.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehen Sie doch genauso!)

Der Schutz der Bevölkerung, die Erhaltung des Bannwaldes und die kommunale Planungshoheit sind in der raumordnerischen Abwägung höher zu bewerten als die wirtschaftlichen Interessen des Vorhabenträgers.

Herr Kollege Bökel, ich sage in aller Freundschaft: Es wird nicht gehen, dass Sie das nächste Dreivierteljahr als SPD-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat sagen, wie notwendig der Flughafen ist und wie schlecht wir in den

Details bei der Abwicklung seien, und gleichzeitig die gesamte südhessische SPD vom Neckar bis nach Friedberg mit den Frankfurter Kollegen, die an anderer Stelle für die Südbahn votiert haben, hier Fundamentalopposition betreiben, wenn Sie gleichzeitig der kritische Begleiter des Verfahrens sein wollen. Das geht nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aus meiner Sicht sind das – da sind Herr Riege und ich uns schnell wieder einig – keine nachgeordneten Institutionen; denn in den Parteien haben wir das nicht. Dann wäre die Welt einfach. Herr Kollege Bökel, Sie können nicht befehlen, aber Sie müssen überzeugen, und wenn Sie die südhessische SPD nicht überzeugen können, dann geht das nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn mein Landesparteitag mit den Stimmen vom Neckar bis Friedberg – das ist bei uns wahrscheinlich auch die Mehrheit – einstimmig beschließt, dass er den Flughafen nicht mehr will, dann ist der Beschluss weg, dann bin ich weg. Das ist in Ordnung, aber ich sage Ihnen ganz klar: In dem Augenblick, in dem der Parteitag beschließt, dass der Flughafen weg ist, bin ich auch weg, weil ich davon überzeugt bin, dass diese Sache richtig und zu verantworten ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt frage ich Sie: Wo sind Sie, wo sind Ihr Parteitagbeschluss und Ihre Einigung?

Ich mag keine Debatte – ich antworte gleich auf die Frage von Herrn Riege – über die Frage, ob links ein Komma richtig oder falsch ist, ob wir schon zwei Monate vorher oder nachher etwas so oder so beantwortet haben, ob wir einen mehr oder minder glaubwürdigen Beschlusstext formuliert haben, wenn die SPD in Wahrheit eine Doppelstrategie versucht, indem die gesamte Basis geschlossen gegen den Flughafen polemisiert und Herr Bökel in Nordhessen den Eindruck zu erwecken versucht, er sei ein Wirtschaftsförderer. Meine Damen und Herren, das geht nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Zur Sache selbst, nach der Sie gefragt haben. Sie sehen, ich bin nach wie vor daran interessiert, dass man die Debatte führt.

(Hildegard Pfaff (SPD): Das ist doch nur ein Ablenkungsmanöver!)

Herr Riege, zum Eingang will ich sagen, es gibt keine Dritten in dem Spiel. Es gibt uns als Eigentümer, uns gehört der Flughafen. Ich muss, wenn Sie so wollen, nichts gegen den Flughafen durchsetzen, sondern ich muss es im Flughafen bewegen. Deshalb bin ich da. Man muss es als Flughafen beschließen. Ich sage es noch einmal intellektuell zu Protokoll: Der Koch kann nicht als Politiker dem Aufsichtsratsmitglied Koch sagen, er müsse etwas tun, was das Aufsichtsratsmitglied nicht will. – Das ist doch Ihre Doppelte-Hut-Theorie, das ist doch dummes Zeug.

(Beifall der Abg. Traudl Herrhausen (CDU))

Ich will als Unternehmen Flughafen, für das ich als Repräsentant der Eigentümer Verantwortung trage, dass dieser Flughafen mit der Region in größtmöglicher Übereinstimmung lebt. Ich sage Ihnen deshalb: Die Erfüllung des Mediationsergebnisses ist im Interesse des Frankfurter

Flughafens und muss ihm nicht von außen aufgedrängt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das allerdings sage ich Ihnen: Was im Interesse des Flughafens liegt, das bestimmen wir, die Eigentümer, für das Land Hessen durchaus ich, wenn ich dort Repräsentant bin. Wir bestimmen, was das Interesse des Flughafens ist. Ich mute dem Flughafen nicht zu, was gegen seine Interessen ist; denn seine Interessen sind nicht nur Cashflow und die Frage, was das EBITDA im Jahre XY ist.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Die Frage ist auch, ob er mit der Region so lebt, dass er eine weitere Entwicklungschance hat. Ich unterstelle einmal, Lothar Klemm und ich unterscheiden uns überhaupt nicht darin, wie wir unsere Aufgabe wahrnehmen, wenn wir dort abstimmen. Das gilt auch für Jörg-Uwe Hahn. Wir werden dem Flughafen nichts Unsittliches aufdrängen, sondern wir sind in heftiger Diskussion und manchmal auch mit anderen der festen Überzeugung, dass das, was wir dort sagen, im wohlverstandenen Interesse der Aktiengesellschaft Fraport ist, weil sie sonst keine Entwicklungschance in diesem Raum hat, mit der sie ihre Aufgabe erfüllen kann, und zwar auch die Aufgabe, im Sinne der Beteiligten Geld zu verdienen.

Das ist eine Abwägung. Unternehmen sind – das sagen wir doch immer in der Politik – nicht nur Zahlenspiele, sondern soziale Gebilde, Corporate Citizens oder was auch immer. Wir als Eigentümer leben das. Deshalb hören Sie auf, immer zu sagen, es gebe den bösen Eigentümer, dazu gehöre der Koch, und die gute Politik, die jetzt den bösen Eigentümer zwingen müsste. – Nein, wir, die Politik, sind Eigentümer dieses Unternehmens, und wir müssen mit diesem Unternehmen beweisen, dass wir einen solchen Kompromiss hinbekommen. Da liegt die Aufgabenstellung, die wir gemeinsam haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben mich auf den Brief von Herrn Wörner angesprochen. Dazu will ich sagen, dass ich zunächst einmal größten Wert darauf lege, dass Herr Wörner gerade das schreiben kann, was er für richtig hält, ohne mich zu fragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das sage ich für alle Zukunft zu Protokoll. In dem Augenblick, in dem der Eindruck erweckt wird, Herr Wörner sei mein verlängerter Arm, der im Forum so agieren muss, wie ich will, ist seine Chance und ist die Chance dieses Forums am Ende. Deshalb sage ich ausdrücklich: Er hat mich natürlich vorher nicht gefragt.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist auch richtig!)

Vielmehr schreibt er und gibt mir eine Kopie, und ich kann mit ihm diskutieren. Ich habe das Recht, anschließend zu sagen, ob ich das anders sehe oder ob ich es beachtenswert finde. – Ich will, dass er der Hüter des Verfahrens ist und dass er die Interessen einbringt.

Ich bin beim konkreten Brief der Auffassung, dass die sachlichen Unterschiede zwischen uns eher minimal sind, dass es aber in der Frage, wann man was macht, einen Unterschied gibt.

Wir müssen uns als Regierung im Raumordnungsverfahren sehr strikt daran halten, was im Katalog des Raumordnungsverfahrens abgeklärt wird und was nicht. Das bedeutet, Lärmschutzmaßnahmen – in diesem Punkt

schon gar nicht das Lärmschutzkonzept, das mit 75 Millionen € zu tun hat – sind nicht Gegenstand des Raumordnungsverfahrens. Das kann es auch nicht sein, das machte das Raumordnungsverfahren eher falsch als richtig. Das hat nichts damit zu tun, dass es alles gemacht wird. Das hat auch nichts damit zu tun, dass mit dem Regionalen Dialogforum diskutiert wird. Das werden wir auch mit dem Regionalen Dialogforum erörtern, aber es ist kein inhaltlicher Dissens über die Einhaltung des Mediationsergebnisses.

Ich sage ausdrücklich: Es gibt keinen Zweifel daran, dass sowohl das Thema innovatives Lärmkonzept als auch das Thema Entwicklung eines Lärmkonzeptes für die weitere Region, wie sie in den beiden Punkten des Schreibens genannt sind, dabei eine Rolle spielen werden.

Es gibt zwei weitere Punkte, die detailliert oder technisch sind. Das eine ist die Verkehrsbelegung, das andere sind die Beschäftigungseffekte. Mit der Verkehrsbelegung ist es relativ einfach. Ein Planfeststellungsverfahren lebt am Ende davon, dass es die Zahlen zur Plausibilität vom letztmöglichen Stand vor der Antragstellung hat. Das gilt auch für jeden Verfahrensstand vorher.

Nehmen Sie ein ganz praktisches Beispiel. Zum Zeitpunkt der Mediation haben die Beteiligten diskutiert, ob irgendwann einmal ein Großraumflugzeug kommt. Zum Zeitpunkt der Einleitung des Raumordnungsverfahrens muss die Fraport davon ausgehen, dass die Basis für die Lufthansa in Frankfurt der A 380 sein wird. Also ist der Flottenmix zwischen großen und kleinen Flugzeugen inklusive Lärmbelastung unterschiedlich zwischen der Mediation und dem Raumordnungsverfahren. Es wäre rechtswidrig, mit einem falschen, mit einem früheren Mix in das Verfahren einzugehen. Das ist wie bei Verkehrszählungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Dass der Mix jetzt stimmt und nicht manipuliert ist, das muss die Fraport im Raumordnungsverfahren und im Dialogforum darlegen. Aber dass sich die Zahlen entsprechend der Verkehrsentwicklung verändern, das ist normal.

Ich denke, auch das ist klar: Die Mediation hat unter bestimmten Gesichtspunkten Arbeitsplätze unter ihren Modellen gezählt. Die Modelle lauteten: Gibt es einen Status-quo-Betrieb? Gibt es einen Rückgang? Gibt es eine Erhöhung? – Die Modelle, die die Raumordnung abbilden muss, sind vorgegeben. Die für die Raumordnung vorgegebenen Verfahren entsprechen nicht exakt den Abgrenzungen der Mediation. Ein schönes Beispiel ist, dass die Kelsterbacher Arbeitsplätze in der Mediation dem Flughafen zugebucht wurden. Sie dürfen im Raumordnungsverfahren dem Flughafen nicht zugebucht werden. Das ist relativ primitiv.

Deshalb muss man im Raumordnungsverfahren die Zahlen nach diesen Kriterien anwenden und kommt zu den Szenarien, die die Raumordnung verlangt, die sich unterscheiden von den Szenarien, die im Mediationsverfahren freiwillig gewählt wurden.

Diskutieren muss man aber über das, was gemacht worden ist, was Herr Prof. Wörner ausführlich dargestellt hat: Woher kommt die Diskrepanz? Denn man muss darüber diskutieren können, was A und was B ist, was die Kelsterbacher Arbeitsplätze sind, was an der Nullvariante und den anderen Varianten hängt.

Es bleibt ein letzter Punkt, die Frage der Varianten. Im Klartext bedeutet das: Warum ist die Startbahn West drin? – Ich verweise hier erstens darauf, dass der Beschluss der Mediation bei der Startbahn West war: Wir sehen Optimierungsbedarf. Bei der Südvariante ist mehr drin, als wir in der Mediation am Ende bekommen haben.

Es war der nachdrückliche Wunsch der Mediatoren, das genauer anzuschauen. Die ursprüngliche Südvariante in der Mediation hätte unter gar keinen Umständen die Kapazität erbracht, die in der Mediation verabredet wurde. Das wussten die Mediatoren. Deshalb haben sie an dieser Stelle gesagt, es soll eine Optimierung stattfinden. Daraus ist geworden, dies inklusive der Startbahn West zu rechnen und zu prüfen. Das ist der Verfahrensschritt. Den halte ich für vertretbar. Ich akzeptiere, wenn man etwas anderes sagt. Darüber, wie man das interpretiert, kann man streiten.

Ich will aber noch etwas hinzufügen, und das ist Politik, und ich bitte die Sozialdemokraten, das zu kommentieren. Wer sagt, wir legen die Startbahn West still und wickeln die Kapazität von 660.000 Flügen über die dann vorhandenen parallelen Bahnen ab, der nimmt beim Startvorgang die derzeit von der geringsten Bevölkerungsbiedlung geprägte Trasse heraus und lässt – ich sage das einmal sehr hart – die Jumbos über Raunheim starten. Das ist unvermeidlich.

Das kann bei allen anderen Fragen mit diskutiert werden. Wer wie Herr Grandke oder andere über Lärmvorteile redet, der muss immer wissen: Wer die Startbahn West wegnimmt und sie auch noch parallel legt, der konzentriert an den Hauptbelastungsgebieten mehr, als zurzeit dort vorhanden ist. Ich gebe zu, das halte ich in der Sache für nicht vertretbar,

(Beifall bei der CDU)

dass wir den ganzen alten Streit des Holger Börner und anderer um diese Bahn durch Zuschütten beenden, um am Ende an einer anderen Stelle mehr Lärm zu haben, als wir bei dieser Lösung haben wollten. Deshalb stehe ich zu dieser Optimierung der Mediation auch politisch. Ich glaube, der Abriss der Startbahn West ist nicht vernünftig. Dabei entsteht wenig neuer Wald, weil Sie das meiste für Taxiways brauchen. Am Ende haben Sie eine weitere Konzentration des Lärms zwischen Neu-Isenburg und Rüsselsheim. Deswegen sage ich auch Herrn Wörner, ich halte es für richtig, an diesem Punkt so in das Raumordnungsverfahren zu gehen, wie es die Fraport AG gemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Riege, mit diesen fünf Punkten wollte ich sicherstellen, dass hier keiner Antwort ausgewichen wird. Ich akzeptiere die Rolle, die Sie mir zugewiesen haben. Aber dann müssen auch Sie Ihre Rolle spielen. Es gibt nur eine Rolle. Hier in diesem Raum den Konstruktiven zu geben, aber draußen zu versuchen, möglichst viele Leute mit möglichst vielen Argumenten gegen den Flughafen zu mobilisieren, das ist keine faire Aufgabenteilung, auch in Ihrer Partei.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Posch. Die Redezeit der Regierung wäre noch zweieinhalb Minuten, aber das bindet Sie nicht.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Riege, Herr Kaufmann, Sie haben von der Stellungnahme, die die Regionalversammlung beschlossen hat, gesprochen, aber wichtige Dinge dabei nicht erwähnt.

Sie wissen ganz genau, dass der Regierungspräsident zu den Fragen, die Herr Wörner aufgeworfen hat, Stellung genommen und deutlich gemacht hat, dass das Verfahren seiner Auffassung nach den Ansprüchen genügt, um ein ordnungsgemäßes Raumordnungsverfahren durchzuführen. Verehrter Herr Riege, es ist eben nicht so – der Herr Ministerpräsident hat eben darauf hingewiesen –, dass es sich bei dieser Stellungnahme um eine solche handelt, dass das Verfahren einzustellen ist. Vielmehr ist das, was die Regionalversammlung gesagt hat, materiell eine Verneinung des gesamten Vorhabens.

Es ist in der Tat so, die Nr. 18 in der Stellungnahme der Regionalversammlung beinhaltet eine vorweggenommene Abwägung durch die Regionalversammlung und eine materielle Ablehnung des gesamten Vorhabens.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Riege hat eine Große Anfrage angekündigt. Ich gehe davon aus, dass sie diese Frage möglicherweise aus parlamentarischer Sicht noch einmal aufgreift. Ich kann nur an Sie appellieren: Wir sind, soweit wir das können, bereit, Ihnen die entsprechenden Hinweise und Antworten zu geben, um auf den Status quo vor dieser Debatte zurückzukommen – damit Sie eine Möglichkeit haben, in konstruktiver Weise bei diesem Vorhaben mitzuwirken, wie das in der Vergangenheit bisher der Fall war.

Diese Hessische Landesregierung hat jeden der Verfahrensschritte dem Ausschuss sehr ausdrücklich und ausführlich dargelegt. Deswegen verwundert es mich, dass Sie an dieser Stelle zu diesem Ergebnis kommen, wie das in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommt. Dazu gibt es überhaupt keine Veranlassung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich sage das nicht in politischer Bewertung, sondern in meiner Verantwortung als Genehmigungsminister. Es kann nicht angehen, dass die Regionalversammlung, die im Raumordnungsverfahren gehört wird und eine Stellungnahme abgibt, in Wahrheit bereits das Ergebnis vorwegnimmt. Verehrter Herr Kaufmann, das ist für das Rechtsstaatsverständnis einer Partei, die für sich immer in Anspruch nimmt, rechtsstaatlich strukturiert zu sein, geradezu abenteuerlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nur dumme Sprüche!)

Diese Verfahren sind so angelegt, dass man zunächst die landesplanerische und raumordnerische Übereinstimmung mit den Vorgaben überprüft. Dort aber gehört die Frage der Nachtflugbeschränkung gerade nicht hinein. Dabei handelt es sich um betriebliche Regelungen. Sie wissen ganz genau, dass dies im luftverkehrsrechtlichen Verfahren zu einem späteren Zeitpunkt geregelt wird. Es ist geradezu zynisch, wenn Sie zu Beginn Ihrer Rede sagen, Sie wollten ein gedeihliches Miteinander. Wissen Sie, was Sie wollen? Sie sorgen für das Durcheinander. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Bökel, man kann über die Frage streiten – der Ministerpräsident hat die Antwort gegeben –, ob die Mediation für das Raumordnungsverfahren ausreichend umgesetzt ist und ob sie ausreichend für das Planfeststellungsverfahren umgesetzt werden wird. Was aber nicht geht, ist genau das, was in der Nr. 18 zum Ausdruck kommt, dass Sozialdemokraten in einer bestimmten Ebene – nämlich als jemand, der im Raumordnungsverfahren zu hören ist – schlicht und ergreifend sagen: Mit uns nicht. – Das ist ein Abgesang erster Klasse für das Ausbauprojekt Frankfurter Flughafen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Deswegen sage ich: Sie wissen, dass ich ein Interesse daran habe, dass wir die Fragen, die wir zu erörtern haben, gemeinsam erörtern. Deswegen wiederhole ich das, ich kenne Ihre Große Anfrage noch nicht: Ich bin bereit, alle Fragen zu beantworten, um diesen Konsens wieder herbeizuführen. Denn es ist für mich als Genehmigungsminister schon von Interesse, zu wissen, welche Position der Hessische Landtag hier vertritt. Deswegen bedauere ich es, dass Sie auf diese Art und Weise den bisherigen Konsens möglicherweise doch aufgeben wollen. Ich hoffe, dass das nicht wahr ist. Das widerspräche all dem, was Sie für die Sozialdemokraten dazu bisher gesagt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen noch einmal zum Stichwort Umsetzung der Mediation. Da wird so getan, als müsse die Mediation ausschließlich im Raumordnungsverfahren oder im Planfeststellungsverfahren umgesetzt werden. Herr Kollege Riege, ich weiß nicht, ob Sie das wirklich so gemeint haben. Sie haben gesagt, das würde „verbambelt“. Meine Damen und Herren, das, was wir bisher gemacht haben, hat mit „verbambeln“ nichts zu tun. Diese Landesregierung hat die ersten Einschränkungen verfügt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?)

Wir haben weniger Flüge in der Nacht. Wir haben in der Nacht bis zu 27 % weniger durch ein Bewegungskontingent. Da können Sie doch nicht sagen, das sei „verbambelt“. Diese Landesregierung nimmt den Auftrag, den Menschen Entlastung zu gewähren, ernst, und zwar nicht erst im Raumordnungs- oder im Planfeststellungsverfahren, sondern bereits heute, hic et nunc.

Wir haben doch nicht umsonst für den Winterflugplan ein Bewegungskontingent verfügt – weil wir natürlich einen Einstieg wollen, weil wir Fraport sagen, dass die Steigerungsraten der Vergangenheit tatsächlich der Vergangenheit angehören müssen.

Wenn wir über die Frage nachgedacht haben, ein Lärmkontingent zu machen, dann doch auch nicht aus Jux und Dollerei, sondern weil wir der Auffassung sind, wir müssen Lärm bekämpfen. Dabei ist die Frage entscheidend, welche Flugzeuge eingesetzt werden. Mit dem Lärmkontingent wollen wir nichts anderes erreichen, als dass weniger lärmintensive Flugzeuge eingesetzt werden. Da können Sie doch nicht so tun, als seien das keine Maßnahmen, die dem Ziel dienen, das Mediationsergebnis umzusetzen. Genau damit setzen wir es um. Das lassen wir uns nicht einfach wegdiskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und bei der FDP)

Noch ein Wort zur EU-Initiative. Herr Bökel, wissen Sie, es ist geradezu ungeheuerlich, mir zu unterstellen, ich

wolle mich damit aus dem Mediationsergebnis heraus-schleichen. Ich habe an dieser Stelle mehrfach gesagt: Wir brauchen eine bundesweite und eine europaweite Diskussion über das Nachtflugverbot. Unsere Initiative richtet sich nicht gegen andere Flughäfen in Deutschland, sondern wir wollen aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit und der -gerechtigkeit, dass solche Beschränkungen auch in anderen europäischen Hubs stattfinden. – Ich sage Ihnen eines: Sie haben die Möglichkeit, am kommenden Freitag mit darauf hinzuwirken, dass die sozialdemokratisch regierten Länder eine solche Initiative unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und bei der FDP)

Ich kann überhaupt nicht verstehen, wenn man sich ernsthaft mit der politischen Diskussion auseinander setzt, um für die Menschen etwas zu tun und Nachtflugverbote herbeizuführen, dass man dann sagt, daran beteiligen wir uns nicht. Das kann ich beim besten Willen nicht verstehen.

(Volker Hoff (CDU): Lächerlich!)

Gerade beim Luftverkehr ist es notwendig, europaweite Regelungen herbeizuführen. Ich weiß, dass das ein langer, schwieriger Prozess ist. Denn jeder Flughafenbetreiber will natürlich seine Standortvorteile nutzen. Zu diesen Standortvorteilen gehört auch, rund um die Uhr fliegen zu können. Umso mehr müssen wir ein gemeinsames Interesse daran haben, diese Diskussion zu führen und dafür zu sorgen, dass sie auch europaweit geführt wird.

Auf all das will ich mich nicht weiter einlassen. Nur, die rot-grüne Koalition in Berlin hat zum Thema Lärmbekämpfung in dieser Legislaturperiode nichts, aber auch gar nichts auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Bökel, ich weiß sehr wohl, dass ich mich der mühseligen Aufgabe unterziehen muss, in den luftverkehrsrechtlichen Genehmigungsverfahren bzw. im Planfeststellungsverfahren die entsprechende Entscheidung herbeizuführen. Ich habe immer gesagt, dass dies alles wesentlich leichter wäre, wenn wir klare gesetzliche Grundlagen hätten. Das ist der Grund, warum wir gesagt haben, wir machen diese Initiative im Bundesrat. Ich kann nur hoffen, dass es uns gelingt, eine Mehrheit zu bekommen, um dieses Thema tatsächlich auch europaweit zu diskutieren.

Ich komme zum Schluss. Ich will nicht all das wiederholen, was die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen und der Ministerpräsident hier gesagt haben. Aber ich halte fest: Diese Landesregierung – dieser hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister – kommt der Verpflichtung nach, das Mediationsergebnis umzusetzen. Das haben wir mit vielen Schritten in diese Richtung, die ich jetzt nur kurz gestreift habe, nachgewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich weiß, dass viele das für nicht ausreichend halten. Aber für einen liberalen Wirtschaftsminister gelten Recht und Gesetz, und nach Recht und Gesetz sind diese Fragen zu entscheiden. Sie sind nach bestem Wissen und Gewissen entschieden worden. Wir sind dabei, die Genehmigungsverfahren in rechtsstaatlicher Weise durchzuführen, damit die Ziele, die wir gemeinsam verfolgen, nämlich etwas für die Wirtschaftskraft dieses Landes zu tun, auch tatsächlich erreicht werden. Deswegen sage ich abschließend: Meine Hilfe haben Sie. Ich sage Ihnen zu, Sie zu informieren

– um zu einem Konsens zurückzukommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege von Plottnitz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Volker Hoff (CDU): Er spricht als emeritierter Aufsichtsrat!)

Fünf Minuten Redezeit. Der Opposition stehen zusätzlich sechseinhalb Minuten Redezeit zur Verfügung.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hoff, zu den Aktivitäten im Aufsichtsrat, die zu meiner Zeit stattgefunden haben, will ich nichts sagen.

(Volker Hoff (CDU): Da haben Sie auch nichts gemacht!)

Zu Ihrer Erinnerung möchte ich nur noch einmal festhalten: Im Gegensatz zu jetzt gab es zu unserer Zeit keinen Beschluss des Aufsichtsrats, den Frankfurter Flughafen auszubauen. Das unterscheidet unsere Zeit von der Ihrigen und von dem, was Sie jetzt wollen. Insofern kann ich nur sagen, dass Sie Belastungen für die Bevölkerung in Kauf nehmen wollen, die wir nie akzeptiert haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Sie haben die Zahl der Nachtflüge erhöht!)

Im Übrigen erleben wir hier im Wesentlichen eine Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit und der größten Fraktion der Opposition, der SPD. Insofern könnten wir uns eigentlich zurücklehnen und sagen: Sollen die sich doch die Köpfe darüber zerbrechen, wie sie gemeinsam als Befürworter in dieser Sache zurechtkommen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie sind schon ausgeschert!)

Aber es gab hier Äußerungen, die es doch verdienen, noch einmal einer näheren Betrachtung unterzogen zu werden. Dem Hessischen Ministerpräsidenten kann man manches vorwerfen. Eines wird man ihm jedoch nicht vorwerfen können, nämlich dass er dumm sei. Wenn er sich trotzdem so heillos in Widersprüche verwickelt, wie das heute in seinem Beitrag geschehen ist, dann zeigt das, wie zunehmend haltlos die Position geworden ist, um deren bessere Vertretung CDU und SPD hier miteinander streiten. Warum sage ich das, meine Damen und Herren?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das fragen wir uns auch!)

Der Ministerpräsident hat dem Plenum des Hessischen Landtags soeben wortreich zu erläutern versucht, warum er sowohl in seiner Rolle als Ministerpräsident als auch in seiner Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender der Fraport auf das „größtmögliche Einvernehmen mit der Region“ Wert lege. So hat er das soeben wörtlich formuliert. Gleichzeitig beschimpft er das berufenste Organ dieser Region, nämlich die Versammlung, als „fundamentaloppositionell“, was den Flughafenausbau betrifft, und zwar wegen ihres Beschlusses, den er nicht akzeptieren will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber da geht es ja auch nur um die Sache!)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie nie zu einem großen Einvernehmen mit der Region kommen werden, wenn Sie weiterhin mit solchen Positionen aufwarten. Sie haben auch ganz klar gesagt: Was das Interesse der Fraport AG ist, bestimmen die Anteilseigner. Da soll sich die Region heraushalten.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wer sind denn die Anteilseigner?)

Diese Position können Sie vertreten. Nur, Sie können nicht alles im Leben haben. Sie können nicht sozusagen den Herr-im-Haus-Standpunkt einnehmen, wie Sie es uns verklickern wollten, aber gleichzeitig der Region gegenüber beteuern: „Wir wollen alles mit euch zusammen machen.“ An dem Streit über die Beschlussfassungen der Regionalversammlung merken wir doch, dass das ganze Projekt, das Sie den Leuten näher bringen wollen, keine Akzeptanz findet. Das ist nicht nur juristisch ein Hochrisikoprojekt, sondern es ist auch politisch immer weniger durch- und umsetzbar.

Am Ende kann es sein, dass Sie drei Jahre vertrödelt haben. Soll das ein wirtschaftspolitischer Erfolg sein, wenn Sie am Ende wie der ehemalige Ministerpräsident Albrecht dastehen – der mit einem anderen Großtechnologieprojekt, nämlich Gorleben, gescheitert ist – und sagen: „Ich konnte es politisch nicht durchsetzen“? Wir sind überzeugt davon, dass wir das am Ende so erleben werden. Deswegen sagen wir, dass das nicht im Interesse des Frankfurter Flughafens liegen kann.

Herr Ministerpräsident, da Sie von „Fundamentalopposition“ gegen den Frankfurter Flughafen gesprochen haben, sage ich Ihnen noch einmal: Wer gegen das Projekt einer neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen ist, ist nicht fundamentaloppositionell gegen den Flughafen. Im Gegenteil, er meint es gut mit den Interessen des Frankfurter Flughafens, weil er davon ausgeht, dass man gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung dieser Region ein solches Projekt nicht durchsetzen kann, ohne den Interessen des Flughafens zu schaden. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Bökel hat sich gemeldet! Er wollte es klarstellen! – Zurufe von der SPD)

– Dürfte ich um etwas Ruhe bitten? Meine Damen und Herren, wer sich meldet, überlassen wir noch immer jedem Einzelnen.

(Zuruf von der CDU: Herr Bökel hat keine Meinung dazu! – Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

– Wenn Sie sich wieder beruhigt haben,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

können wir die vorliegenden Anträge abhandeln.

Ich lasse zuerst über den Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 23 – das ist der Entschließungsantrag

der GRÜNEN – abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wurde der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Antrag der SPD, Tagesordnungspunkt 24, soll an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden. – Darüber herrscht Einigkeit. Dann ist das so beschlossen.

Damit komme ich zu dem Entschließungsantrag der CDU und der FDP, Tagesordnungspunkt 33. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Bökel! – Günter Rudolph (SPD): Kräh doch nicht immer dazwischen, Hahn! Das ist ja furchtbar!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dieser Entschließungsantrag angenommen.

Zuletzt lasse ich über den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Tagesordnungspunkt 54, abstimmen. Wer möchte ihm zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wurde dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Modellvorhaben „Selbstständige Schulen“ – Drucks. 15/3639 –

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Das Wort zur Begründung des Antrags hat Frau Kollegin Hinz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Die Kultusministerin hat heute Vormittag nach der Debatte über die vorschulische Bildung sehr viele Fragen gestellt. Statt ein eigenes Konzept vorzulegen, hat sie viele Fragen gestellt. Ich kann nur sagen: Wir GRÜNEN haben ein Konzept, und wir haben eine Antwort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Antwort werden wir jetzt hier vorstellen. Wir wollen, dass sich der Unterricht und die Bildungskonzepte an unseren hessischen Schulen verändern. Wir wollen, dass die Zusammenarbeit von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern an unseren hessischen Schulen verbessert wird. Wir wollen Qualitätsentwicklung und Wettbewerb zwischen den Schulen. Das ist inzwischen unbestritten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Gut!)

Auch die CDU behauptet immer, dass sie für den Wettbewerb an und zwischen den Schulen eintritt. Ich sage Ihnen, das verträgt sich aber nicht mit Regelungen, die alles bis ins Detail vorschreiben. Denn Wettbewerb braucht auch Freiraum. Man will den Freiraum haben, um im Wettbewerb bestehen zu können, um mit unterschiedlichen Lösungen zum Ziel zu kommen.

Das hat uns damals schon die TIMS-Studie aufgezeigt. Sie hat gezeigt, dass wir in Mathematik so schlecht sind, weil

nicht nur die Ergebnisse zählen, sondern auch unterschiedliche Lösungswege möglich sein sollen. Das wird in den Schulen leider nicht gelehrt. Genauso halten wir es auch mit den Möglichkeiten des Wettbewerbs. Wir sind der Meinung: Viele Wege können zum Ziel führen, und die Beteiligten müssen in der Lage sein, sie müssen den Freiraum haben, ihren Weg zugunsten der Kinder und zugunsten der Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern zu finden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Veränderungen einer Schule sind auch nachhaltiger, wenn die Beteiligten dahinter stehen. Das weiß man auch aus anderen Bereichen. Veränderungen sind schneller durchsetzbar, wenn die Beteiligten dahinter stehen. Wenn alles immer nur von oben vorgegeben wird, ist schnell die Haltung: „Sollen doch die da oben machen und erzählen, wir machen hier unten sowieso unseren Kram“, oder man lehnt sich zurück und sagt: „Wir können gar nichts anderes machen.“ Man sucht Entschuldigungen dafür, sich nicht verändern zu müssen.

Nein, wir wollen Engagement für neue Unterrichtsmethoden. Wir wollen Engagement von Lehrerinnen und Lehrern, von Eltern und von Schülern für Veränderungen an ihrer Schule. Damit dies schneller vorangeht, brauchen wir Freiraum für die Schulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Wir wissen, dass Bildungsprozesse und Unterricht von Menschen gestaltet werden. Auch deshalb macht es keinen Sinn, jegliche Art von administrativen Vorgaben für die Schule vorzuhalten und in jede Kleinigkeit einzugreifen. Die Beziehung zwischen den Personen in der Schule ist das Tragende. Das heißt, die Unterrichtsformen und -methoden hängen ganz eng damit zusammen, wie die Lehrerinnen und Lehrer ihre Rolle begreifen, welche Wertschätzung und welchen Respekt sie gegenüber den Kindern haben, welches Schulklima sich entfaltet und wie sie die Lernlust und die Anstrengungsbereitschaft der Kinder erhalten können.

Frau Ministerin, es geht nicht darum, dass wir keine „Kultur des Anstrebens“ brauchen. Das ist unbestritten. Es geht darum, wie ich die Anstrengungsbereitschaft von kleinen Kindern in der Schule erhalten kann, mit welcher Motivation Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern diese Leistungs- und Lernbereitschaft erhalten können. Dafür sind engagierte Lehrerinnen und Lehrer notwendig, die eigene Konzepte bilden und damit auf die jeweilige Situation eingehen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Wir wollen Reformen einleiten und unterstützen, die auch viele Lehrerinnen und Lehrer wollen. Es ist nicht so, dass dort nicht auch Bereitschaft vorhanden wäre. Ferner wollen wir, dass sich Eltern, Lehrer und Schüler gemeinsam für die Bildung verantwortlich fühlen.

Wir wissen alle, dass in den letzten Jahren sehr viele Schulprogramme entwickelt wurden. Es ist eine gute Vorarbeit für ein solches gemeinsames Engagement, wenn eine Schule ihr Profil in Zusammenarbeit mit den Betroffenen ausbildet. Die Schulprogramme sind aber nicht die Tinte wert – oder die Computerschrift –, mit der sie geschrieben sind, wenn die Schulen nicht in der Lage sind, den Freiraum zu bekommen, um ihre Schulprogramme auch wirklich umsetzen zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dafür wollen wir ihnen die Möglichkeit geben. Sie sollen selbstständige Schulen sein. Dafür wollen wir ein Modellvorhaben in Hessen starten. Die Kriterien für die Verantwortung, die die Schulen dann übertragen bekommen, das Engagement und vor allem der Freiraum, gehen mit Verantwortung einher. Das ist ein weiterer Punkt, der dringend notwendig ist: die Selbstverantwortlichkeit dafür, die Leistungsziele auch wirklich zu erreichen.

Vielleicht haben wir noch Herrn Prof. Dr. Baumert im Ohr, als er uns eindrücklich erklärt hat, dass ein Lehrer nur einmal mit einer Klassenarbeit zu seinem Schulleiter gehen wird, die unter dem Strich ist, und er sich das wahrscheinlich nicht wieder antun wird. – Nein, wir wollen die Selbstverantwortung, damit sich Lehrer selbstkritisch hinterfragen: Warum hat das nicht ausgereicht, und was kann ich im Unterricht verändern, damit die Leistungsziele, die Lernziele, die Leistungsstandards erreicht werden? Dafür brauchen Lehrerinnen und Lehrer Unterstützung. Sie brauchen aber auch Freiraum, um das ausprobieren zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Die Kriterien sind aus unserer Sicht, dass die Schulen ein eigenes Budget bekommen sollen, ein Budget für Sach-, aber auch für Personalmittel. Sie sollen im Rahmen der rechtlichen Gegebenheiten ihr Personal selbst einstellen können – entsprechend ihrem Schulprogramm. Sie sollen die Mitbestimmung neu kreieren. Sie sollen Mitbestimmungsmodelle neu ausprobieren können.

Frau Ministerin, das geht weit über Erziehungsverträge hinaus. Sie ziehen immer mit Ihren Erziehungsverträgen durch das Land, von denen Sie sagen, sie seien rechtlich nicht verbindlich, weil man sie nicht sanktionieren kann. Es mag okay sein, dass man auch Erziehungsvereinbarungen schließt. Das ersetzt aber nicht echte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmodelle der am Bildungsprozess Beteiligten. Es muss darum gehen, wie man Eltern verantwortlich für das macht, was in der Schule passiert, was ihre Kinder in der Schule leisten und wie die Schule gemeinsam für diesen Lernprozess gestaltet werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Ein dritter Punkt ist die Kooperation mit Dritten. Bei Schulen mit Ganztagsangeboten diskutieren wir das bereits: Wie kann eine Zusammenarbeit mit Dritten, ob es Unternehmen sind, ob das ein Jugendhilfeträger ist, ob das Vereine sind, stattfinden? Auch dies soll bei den Modellschulen eine Möglichkeit sein, die sie weiter ausprobieren können.

Viertens. Die Schulen brauchen ein Fortbildungsbudget. Im Prinzip braucht das jede hessische Schule. Aber hier ist das dringend notwendig, um diese Schulen auf das Vorhaben vorzubereiten. Sie sollen entsprechend ihren Schulprogrammen ein Fortbildungsprogramm aufstellen, an das sich die Lehrerinnen und Lehrer dann auch halten müssen. Wir sind der Meinung, alle Lehrerinnen und Lehrer müssen Fortbildungen haben. Es kann nicht sein, dass es Lehrerinnen und Lehrer gibt, die auf Jahre hinaus nicht an einem solchen Programm teilnehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen, dass sich die Schulen an einer Ausschreibung für ein solches Projekt beteiligen können. Das heißt, sie müssen ihr Schulprogramm, ihr Qualitätsziel, ihre Qualitätsentwicklung definieren, die sie bis zum Ende des Projekts erreichen wollen. Sie müssen ihre Leistungsziele darlegen. Die Teilnahme muss aus unserer Sicht aber freiwillig sein. Denn es ist besonderes Engagement von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Eltern gefordert.

Dazu gehören auch die Entwicklung und Überprüfung der Leistungsstandards. Zum Wettbewerb gehört, dass die Qualitätsentwicklung und die Leistungskontrolle transparent sind. Natürlich müssen Abschlüsse vergleichbar sein. Es reicht aber nicht aus, Vergleichsarbeiten zu schreiben – um das gleich vorwegzunehmen –, sondern es geht um eine Qualitätsmessung, wie sie z. B. in der PISA-Studie angelegt ist. Sagen Sie nicht, das alles ginge in kleinerem Maßstab nicht. In anderen europäischen Ländern geht so etwas. Davon können wir uns eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Dort gibt es, ob das die Niederlande, Dänemark, Finnland oder Schweden sind, solche Qualitätsmessungen, und die Schulen haben Freiraum. Trotzdem sind die Kinder in ihren Leistungen besser. Davon können wir lernen und profitieren.

Das sind natürlich viele neue Aufgaben und auch teilweise ein fremdes Terrain, wenn man Selbstverantwortung für die eigene Entwicklung übernehmen soll. Deswegen brauchen diese Schulen auch besondere Unterstützung bei der Einführung des Projektes, und zwar durch die Schulverwaltung und durch den Schulträger. Das muss mit dem Land gemeinsam passieren.

Wenn Sie mir nachher vorhalten wollen, dass in Groß-Gerau schon ein gemeinsamer Versuch vorgebracht werden soll, der noch nicht in trockenen Tüchern ist, dann sage ich Ihnen: Das ist nicht das, was wir wollen. In Groß-Gerau soll es nur um eine gemeinsame finanzielle Verantwortung von Schulträger und Land gehen. Das reicht uns nicht aus, sondern wir wollen, dass die Schulen pädagogische und inhaltliche Gestaltungsfreiheit bekommen, damit sie gemeinsam in eigener Verantwortung und in eigener Kultur des Anstrebens die Leistungsziele erreichen, die für die Kinder heutzutage notwendig sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Der Hessische Landkreistag hat sich erstaunlich deutlich in der Anhörung zum zweiten Schulgesetzentwurf auch in dieser Richtung geäußert. Ich denke, da haben wir einen Verbündeten an unserer Seite. In Nordrhein-Westfalen wird ein ähnlicher Versuch gemacht. Auch von ihm und den Erfahrungen, die dort gemacht wurden, können wir profitieren.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist schon zu Ende.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme auch zum letzten Satz. – Wir sind der Meinung, bis zum Sommer kann ein solches Projekt konzipiert werden. Dann braucht man natürlich eine Einleitungsphase, die noch etwas dauert. Aber wir wollen die

Chance auf Veränderung ergreifen. Wir brauchen und wir sind für selbstständige Schulen in Hessen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Irmer hat das Wort für die CDU-Fraktion.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die GRÜNEN haben beantragt, dass ein Modellprojekt für mehr selbstständige Schulen beschlossen wird. Ich vermute, dass Sie das und nicht „selbstständige“ Schulen meinen. Vielleicht kann man diesen Fehler entsprechend korrigieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach der neuen Rechtschreibung kann man beides schreiben!)

Frau Hinz, es ist vermutlich Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, was in Hessen schon alles initiiert worden ist. Das, was Sie heute fordern, hätten Sie in den Jahren Ihrer Regierungsverantwortung längst erledigen können. Sie haben nichts dazu beigetragen, dass das, was Sie heute von anderen fordern, von Ihnen in die Tat umgesetzt wurde.

Sie haben gesagt, Sie wollen Rahmenbedingungen für mehr Eigenverantwortlichkeit und dafür schaffen, dass die Schulen Personal selbst einstellen. Ich möchte Ihnen einige Fakten entgegenhalten. Es ist vermutlich Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, was in den letzten Jahren bereits alles gelaufen ist. Das Projekt in Groß-Gerau haben Sie selbst angesprochen. Selbstverständlich wird das von unserer Seite als ein Beispiel dafür angesprochen, dass man sehr wohl bemüht ist, neue Wege in der Bildungspolitik einzuschlagen, indem man die Mittel der Schulträgerschaft und die Mittel auf Landesebene zusammenführt.

Erstens haben wir festgestellt, dass das eine schwierige Sache ist. Zweitens macht das Ganze erst dann Sinn, wenn man einmal auswertet, was denn eigentlich dabei herauskommt. Das müssen wir bitte schön doch erst einmal abwarten. Aber das ist ein Beleg dafür, dass neue Wege beschritten werden.

Zweites Beispiel. Wir haben pro Landkreis fünf Schulen, die die Möglichkeit haben, Vertretungsmittel in eigener Form der Bewirtschaftung auszugeben.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht nicht nur ums Geld!)

– Ja, es geht nicht nur um das Geld, aber darum geht es natürlich auch.

Heute haben wir in der Tat die Situation, dass Schulen erstmals überhaupt Mittel zur Verfügung stehen, weil wir ihnen heute diese Mittel geben, die Sie früher eben nicht zur Verfügung gestellt haben.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das ist doch nichts Neues!)

Das ist der entscheidende Unterschied. Wir haben heute 30 Millionen € für Vertretungsmittel. Das ist das Sechsfache dessen, was Sie in Ihrer Regierungsverantwortung gewährt haben. Da konnte man Schulen natürlich nicht Entsprechendes an die Hand geben.

Dritter Aspekt. Die Landkreise geben verstärkt den Schulen eigene Budgets in die Hand, um Investitionen vor Ort tätigen zu können, um Sachmittel wie Bücher, Lehrmittel und Ähnliches beschaffen zu können.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht nicht nur ums Geld! – Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Nichts Neues!)

Auch das ist eine gute Entwicklung. Auch da muss man noch im Detail darüber nachdenken, lieber Herr Kollege Dörr, was in der Praxis dabei herauskommt. Das ist auch nicht so einfach, wie Sie es darstellen. Aber auch das ist ein Weg in die richtige Richtung – im Sinne von mehr Selbstständigkeit von Schulen.

Viertens weise ich darauf hin, dass 40 % aller Lehrereinstellungen heute bereits schulbezogen durch passgenaue Ausschreibungen erfolgen.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Überhaupt nichts Neues!)

– Das ist relativ neu, Herr Kollege Dörr. Zu Ihrer Regierungszeit war das nicht so.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Nur relativ neu! Aus dem letzten Jahrhundert!)

Das ist im Übrigen gegen die GEW-Vorstellungen. Die GEW hat sich im Hauptpersonalrat gegen die Ausschreibung von Stellen im Internet ausgesprochen. Das allein ist ein Grund, weshalb man mit der Mitbestimmung etwas sparsam umgehen sollte. Denn das Beharrungsvermögen gerade der GEW, was alte Zöpfe angeht, ist ausgesprochen ausgeprägt – nach dem Motto: Das haben wir noch nie gemacht, wo kämen wir da hin, das war schon immer so.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wie bei „selbständig“ und der Rechtschreibreform!)

Wir haben in dieser Legislaturperiode immer wieder versucht, neue Steuerungsmodelle einzuführen. Die Personalräte waren in der Regel die größten Blockierer. Wer aber seine Macht und seinen Einfluss zum Gradmesser von Entscheidungen macht, der wirkt als Bremskraftverstärker. Deshalb brauchen wir hier kein Mehr an Mitbestimmung. Wir wollen Schulgemeinden einbinden. Wir wollen aber keine Gremienwirtschaft. Im Übrigen gilt: Effizienz und Fachkompetenz müssen bei allen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang haben.

Sie sprechen vom Schulprogramm als Voraussetzung zur Teilnahme. Frau Kollegin Hinz, ich darf darauf hinweisen, dass die Frist zur Erstellung des Schulprogramms erst am 31.07. dieses Jahres endet. Lassen Sie doch diejenigen, die mit viel Fleiß und Engagement Schulprogramme erarbeitet haben, auf dieser Basis erst einmal arbeiten und Erfahrungen sammeln. Dann kann man weitersehen.

Sie fordern eine interne Evaluation.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und externe Evaluation!)

Sie verkennen aber dabei, dass die Aufgabe der Schulprogramme natürlich interne Evaluation beinhaltet. Das war ein Bestandteil der Aufgabenstellung, wenn Sie so wollen. Es macht auch keinen Sinn, irgendetwas zu erarbeiten, beim Schulamt abzugeben und in der Schublade verschwinden zu lassen. Deshalb gibt es die Vorgabe zur Eva-

uation. Das ist es, was Frau Kollegin Hinz eben gefordert hat.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Auch nichts Neues!)

– Das ist nichts Neues. Da haben Sie Recht.

Sie fordern eine externe Evaluation. Diese externe Evaluation ist eine Errungenschaft dieser Landesregierung.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ha!)

Wir wollen externe Evaluation – nicht nur für eine Schule oder einige wenige, sondern für das gesamte hessische Schulwesen. Sonst macht das überhaupt keinen Sinn. Wenn man darüber spricht, muss man Folgendes sehr deutlich sagen: Frau Kollegin Hinz, ich freue mich, dass Sie zum Teil heute zu anderen Auffassungen kommen. In der Vergangenheit wollten Sie doch überhaupt keine Vergleichbarkeit von Abschlüssen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt überhaupt nicht!)

Sie waren gegen zentrale Prüfungselemente, Leistungsfeststellung und Überprüfung. Sie waren gegen die öffentliche Auswertung von Wettbewerbs- und Leistungsvergleichen. Das war doch in der Vergangenheit Ihr Problem. Wir wollen mehr Wettbewerb, mehr Vergleich, mehr Standards, mehr Leistungen und mehr Gerechtigkeit. Im Übrigen haben Sie, Frau Kollegin Hinz, eben wieder von den Freiräumen gesprochen und auf Finnland und Holland verwiesen. Sie vergessen aber immer, darauf hinzuweisen, dass dort völlig andere Rahmenbedingungen herrschen und dass dort im Übrigen Kontrolle sehr groß geschrieben wird. Dort gibt es zentrale Abschlussprüfungen. Dann sagen Sie bitte schön, ob Sie das hier wollen oder nicht. Das ist auch eine spannende Frage.

Wenn wir das alles wollen, dann muss man letzten Endes über die Ergebnisse diskutieren. Wir wollen von den Ergebnissen lernen, Konsequenzen ziehen und fachliche sowie pädagogische Fragestellungen weiterentwickeln. Das wollen wir für alle Schulen und nicht nur für einige wenige Projekt Schulen. Das unterscheidet uns von Ihnen.

In einem Punkt sind wir einer Meinung. Dies betrifft Fortbildungsangebote und Mittel für schulinterne Fortbildung. Das ist ein Programmpunkt der CDU.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber ganz neu!)

Das haben wir längst beschlossen. Ich freue mich sehr, dass Sie diesen Punkt übernehmen.

(Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hätten Sie gern!)

Dort gibt es in der Tat keinen Dissens. Das ist sinnvoll.

Fazit: Ein Teil der Forderungen, die Sie hier und heute an andere stellen und die Sie selbst nicht in Angriff genommen haben, ist erfüllt. Wir haben veränderte Rahmenbedingungen. Wir haben die Erarbeitung des Schulprogramms. Wir haben die Möglichkeit zur Kooperation mit Dritten. Wir werden Fortbildungsbudgets bekommen. Eine interne und externe Evaluation ist vorgesehen. Und wir haben Budgetierungsmöglichkeiten in der Schule. Das heißt im Klartext: Sie sind wieder einmal etwas zu spät.

Aber es gibt auch Unterschiede. Damit will ich in letzter Konsequenz schließen. Das, was Sie als selbstständige Schule bezeichnen, erinnert mich persönlich, da ich Schulpolitik seit vielen Jahrzehnten sehr aufmerksam verfolgte,

ein klein wenig an die früher so genannte autonome Schule. Frau Kollegin Hinz, die autonome Schule wollen wir allerdings nicht. Das sage ich sehr deutlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen keine Atomisierung der Schullandschaft.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen die sozialistische Einheitsschule!)

Wir wollen kein Abschieben der Verantwortlichkeit vom Staat weg auf einzelne Schulgemeinden, die im Übrigen logischerweise dem schnellen Wechsel ausgesetzt sind und damit einem Stück Beliebigkeit. Aufgabe verantwortungsvoller Bildungspolitik ist und bleibt es für uns, den Staat, Kindern Wissen und Kenntnisse zu vermitteln, sie zu erziehen, Teamfähigkeit und soziale Kompetenz zu erreichen, Werte zu vermitteln, sie lebensstüchtig zu machen, sie zu stärken und Leistungsgedanken einzufordern und zu fördern.

Das bedeutet für uns: Wir brauchen Transparenz in der Bildung. Wir brauchen die Vergleichbarkeit von Leistungen; und wir brauchen eine Durchlässigkeit der Systeme. – Die von Ihnen geforderte Schulautonomie und Atomisierung des Bildungswesens bedeutet aber genau, dass es keine Transparenz geben wird. Es wird dann keine Vergleichbarkeit und keine Durchlässigkeit geben. Deshalb sagen wir zu diesen Vorstellungen Nein. Wir wollen den Schulen als Partnern gerne Freiheit und Eigenständigkeit in einem bestimmten Rahmen und unter der Bedingung der Qualitätssicherung geben. Allerdings darf sich der Staat aus seiner Gesamtverantwortung für die Bildungspolitik nicht herausstellen. Er darf aus dieser Gesamtverantwortung auch nicht entlassen werden. Abschließend kann ich festhalten, dass wir Nein zur Autonomie sagen und Ja zur Eigenständigkeit unter den geschilderten Rahmenbedingungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Quanz für die SPD-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, Lothar, jetzt erklär es ihnen einmal! – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor allen Dingen die Rechtschreibreform bitte!)

Lothar Quanz (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gut, ich fange zunächst einmal mit der Rechtschreibreform an. Wir kennen Herrn Kollegen Irmer als bekennenden konservativen Politiker. Ich glaube, dass er damit ein bisschen überzieht, dass er den Konservatismus so weit reichen lässt, dass er Teile der Rechtschreibreform nicht anerkennt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

– Es steht nun einmal so geschrieben.

(Zuruf der Ministerin Ruth Wagner)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich bitte um weniger Kommentare von der Regierungsbank.

Lothar Quanz (SPD):

Ich komme zum Antrag der GRÜNEN. Wenn die GRÜNEN an der PISA-Studie teilgenommen hätten, könnten wir ihnen jetzt attestieren: Sie können lesen, sie können schreiben, ja, sie können sogar abschreiben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Denn das Konzept stammt aus Nordrhein-Westfalen. Es befindet sich dort bereits auf dem Weg.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es stammt von den dortigen GRÜNEN!)

– Die Bildungsministerin der SPD, Frau Behler, hat das Projekt in Gang gesetzt. Das ist ja gut.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was stellen wir fest? Frau Kultusministerin, wir stellen fest, dass ein Blick nach Norden auf jeden Fall hilfreicher ist als das Schielen nach Süden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weshalb sehen wir dieses Vorhaben so positiv? Es geht uns darum, dass wir das Konzept der selbstständigen Schule weiterentwickeln und den Schulen mehr Freiraum geben wollen, weil andere Länder, die in der PISA-Studie weit vorne liegen, genau diesen Weg gegangen sind. Wir wollen, dass die Qualität schulischer Leistungen damit verbessert wird. Ganz besonders wollen wir, dass die Qualität des Unterrichts auf diese Art und Weise mit vorangebracht wird.

Dieses Konzept sieht zwei wesentliche Veränderungen vor.

Erstens. Es muss mehr Selbstverantwortung für die einzelne Schule statt mehr Gängelung durch zentrale Steuerung der Administration geben.

Zweitens. Es müssen Zuständigkeiten gebündelt werden, die bisher aufgesplittet sind. Bisher wird das zwischen der Verantwortung der kommunalen Seite und der des Landes hin- und hergeschoben. Die Bündelung muss dann konsequenterweise auch die Etats betreffen.

In Nordrhein-Westfalen geht man von fünf Arbeitsfeldern aus, die eine so genannte selbstständige Schule bei mehr Selbstverantwortung regulieren kann. Das betrifft zum einen die Personalbewirtschaftung. Dann betrifft es die Sachmittelbewirtschaftung, die Unterrichtsorganisation und -gestaltung, die innere Organisation und die Mitwirkung der Schule, die Qualitätssicherung und die Rechenschaftslegung. Ich will zu diesen fünf Feldern wenige Ausführungen machen.

Erstens. Qualitätsentwicklung bei der Schule heißt, die Personalentwicklung an den Schulen voranzutreiben. Das heißt, man muss den Schulen mehr Möglichkeiten geben, über das Personal selbst zu entscheiden. Konsequenterweise heißt das dann auch, die Fortbildung an die Schule zu delegieren und die Möglichkeit dazu über eigene Etats zu gewährleisten. Personalbewirtschaftung heißt dann aber auch, die Schulleitung mit zusätzlichen Kompeten-

zen auszustatten. Das heißt, der Dienststellenleiter bekommt dann neue Kompetenzen zugewiesen. Er wird dann auch zum Beurteiler werden. Er wird dann rechtskräftige Arbeitsverträge abschließen müssen.

Sachmittelbewirtschaftung heißt, dass wir Etats zusammenführen wollen. Wir könnten auf diese Art und Weise kommunales Geld und Landesmittel zusammenbringen, um der Schule mehr Freiraum zu geben, damit diese Akzente setzen und sagen kann, wie sie das Geld für die Profilbildung einsetzen will.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Der wesentliche Teil des Reformansatzes bezieht sich auf die innere Gestaltung des Schulalltags. Hier sind die Konsequenzen sehr weitreichend. Denn die Schulwirklichkeit wird sich deutlich verändern. Diese Schulen haben die Möglichkeit, die Stundenplangestaltung sehr flexibel voranzubringen. Die Gruppengröße kann unabhängig von den Erlassen festgelegt werden. Das Abweichen von der Stundentafel macht es möglich, periodisch zu unterrichten. Wenn man so will, wird Projektunterricht dadurch zu einem festen Bestandteil und findet nicht nur kurz eine Woche vor den Sommerferien statt. Ganz wichtig ist auch, dass auf diese Art und Weise Lernfelder und Fächer übergreifender Unterricht eingerichtet werden kann. Die Integration der neuen Medien spielt dabei eine wesentliche Rolle. Ganz wichtig ist auch, dass man eine Schule in dieser Art nur machen kann, wenn man Lehrer, Eltern und Schüler dafür gewinnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb muss es dafür vorbereitende Arbeiten geben. Es muss vorher Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen geben. Ansonsten wird das nicht gelingen.

(Beifall des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Grundlage dafür muss aber auch ein neues Leitbild für den Lehrer sein. Der Einzelkämpfer, der seine Tür schließt und auf pädagogische Freiheit pocht, wird dann der Vergangenheit angehören.

(Beifall des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Das Unterrichten und eine solche Wirklichkeit in der Schule werden nur mit einem Verständnis als Team möglich sein. Das ist auch richtig so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dieser Schlenker muss jetzt sein. Eine solche Schule wird konsequenterweise eine Ganztagschule oder eine Schule mit ganztägigem Angebot sein müssen, wenn man dieses pädagogische Profil tatsächlich in die konkrete alltägliche Gestaltung einmünden lassen will.

Der vierte Bereich betrifft die innere Organisation. Dies bedeutet, dass die Beteiligungsrechte gestärkt werden müssen. Die Schulkonferenz und die Eltern mit ihren Rechten werden stärker mit in die Verantwortung genommen werden. Das eröffnet dann die Chance, dass sich die Eltern wirklich angenommen fühlen und dass die Mitbestimmung der Eltern auch tatsächlich funktionieren kann. Die Schulleitung wird sich ebenfalls mehr als Team begreifen müssen. Denn einer allein wird eine solche Schule nicht profiliert voranbringen können.

Wir haben es in der Schulpolitik mit einem neuartigen Reformdreieck zu tun. Dieses Dreieck hat die Ecken Frei-

heit, Verantwortung und Evaluation. Diese drei Ecken gehören zusammen. Nur dadurch wird es zu einem System.

(Beifall der Abg. Karl Dörr (Umstadt), Barbara Bergelt (SPD) und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was ich unter Freiheit verstehe, habe ich eben skizziert. Verantwortung heißt für mich auch, dass sich die Schule mehr hinsichtlich ihrer Adressaten, nämlich der Schülerinnen und Schüler, verpflichtet fühlen muss. Eine neue Kultur der Verantwortung muss das Prinzip des Förderns ernst nehmen. Der einzelne Schüler muss mit seinen Begabungsreserven erfasst werden. Der einzelne Schüler darf nicht als jemand erlebt werden, der es halt nicht kann und somit auf der falschen Schule ist, weshalb er entweder sitzen bleiben oder von der Schule verwiesen werden muss. Wir müssen von dieser Kultur des Auslesens wegkommen. Wir müssen hin zu einer Kultur des Förderns. Das meine ich mit einer neuen Kultur der Verantwortung der Schule für die Schüler.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist vielleicht das wichtigste Ergebnis, das wir aus den finnischen Schulen erhalten haben und das uns die finnischen Lehrerinnen und Lehrer mit auf den Weg gaben. Es gibt dort genau diese Verantwortung des gesamten Kollegiums und der gesamten Schulgemeinde für den einzelnen Schüler. Man hat dort eben nicht die Möglichkeit, Schüler abzugeben oder der Schule zu verweisen. Vielmehr ist man dort verantwortlich dafür, dass er die Schule erfolgreich durchläuft.

Wir wollen diesen Antrag in der Ausschussberatung in diesem Sinne positiv begleiten. Dies stellt eine zusätzliche Möglichkeit dar, eine Qualitätsoffensive an hessischen Schulen in Gang zu setzen. Deshalb wird dieser Antrag von uns unterstützt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die FDP-Fraktion.

Dorothea Henzler (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es schon toll, dass uns jetzt Nordrhein-Westfalen als Heilsbringer hinsichtlich der Schulversuche und Umorganisationen dargestellt wird.

(Lothar Quanz (SPD): Ich habe Finnland und Schweden gemeint!)

– Sie haben aber mit Nordrhein-Westfalen angefangen. Angeblich hat Frau Hinz das doch alles aus einem Konzept von Nordrhein-Westfalen abgeschrieben. Dort soll es doch von der Kultusministerin von der SPD umgesetzt worden sein.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Ich darf Sie daran erinnern, dass Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Beseitigung der ausfallenden Unterrichtsstunden den vorletzten Platz einnimmt. Wir haben uns von weit hinten sehr weit vor gearbeitet. Die sind noch weit hinten.

(Beifall der Abg. Inge Velte und Horst Klee (CDU))

Bevor die so große Umkrepelungen und Versuche durchführen, sollten sie ihre Hausaufgaben machen und in erster Linie Lehrer einstellen, damit der Unterricht gehalten werden kann.

(Beifall der Abg. Heinrich Heidel und Nicola Beer (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Eine Belehrung über Formen des Wettbewerbs, insbesondere am Beispiel Nordrhein-Westfalen, brauchen wir nicht.

Frau Hinz, an diesem Antrag zeigt sich die Konzeptionslosigkeit der GRÜNEN. Sie fordern, in diesem Fall völlig anders zu handeln, als Sie es tun, wenn es um die Sozialpolitik geht. Sie wissen recht gut, wie oft ich mich mit Ihrer Kollegin Schönhut-Keil darüber streite, dass uns, wenn wir Aufgaben und Verantwortlichkeiten an die Kommunen geben, immer wieder vorgeworfen wird, das Land ziehe sich aus der Verantwortung zurück, das Land nehme seine Steuerungsfunktion nicht mehr wahr, das Land komme seiner Verantwortung nicht mehr nach, auf eine landesweit gleiche Versorgung zu achten. Im Bildungsbe- reich wollen Sie das jetzt ganz anders haben. Ich sage Ihnen, da wäre ich sehr, sehr vorsichtig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie fordern eine eigenverantwortliche Personal- und Sachmittelbewirtschaftung, und Sie fordern, dass die Schulen ihr Personal selbst einstellen können. Dazu müssten Sie die Schulleitungen erst einmal mit kaufmännisch ausgebildeten Führungskräften ausstatten. Wir tun das gerade im Rahmen eines Modellversuchs. Die amtierenden Schulleiter sind in erster Linie zu Lehrern ausgebildet worden. Sie sind Pädagogen und weder Wirtschaftswissenschaftler noch Verwaltungsleute oder Personalmanager. Sie müssten erst einmal an dieser Stelle ansetzen und die Schulleitungen komplett umkrepeln.

Zweitens. Sie fordern, dass das Personal von den Schulen eigenverantwortlich eingestellt werden kann. Dazu muss ich sagen: Die Schulen in Bad Homburg werden sich freuen, wenn wir das einführen. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Dann wird das dortige Kaiser-Friedrich-Gymnasium die besten Lehrer und die beste Ausstattung aller hessischen Schulen haben. Alle werden nach Bad Homburg schauen, wie man eine Schule einrichten kann. Die Schulen anderer Kreise, deren Fördervereine nicht so viel Geld haben wie die Schulen in Bad Homburg, werden erheblich schlechter ausgestattet sein, sie werden schlechtere Lehrer haben, und die Schülerinnen und Schüler werden benachteiligt sein. Ich denke, es kann nicht Sinn und Zweck einer Schulreform sein, dass wir Schulen in Hessen haben, die spitzenmäßig ausgestattet sind, und Schulen, die nur hinterherhinken und nicht so gut ausgestattet sind.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie wollen eine organisatorisch und pädagogisch eigenverantwortliche Gestaltung des Unterrichts – bei gleichzeitiger Gewährleistung der Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Das ist ein Stück weit die Form von Wettbewerb, die in Holland stattfindet. Dazu sage ich Ihnen aber eines: Dann müssten Sie auch andere Formen des Wettbewerbs zulassen. Sie müssten die Aufstellung eines Rankings der Schulen zulassen, damit es wirklich zu einem Wettbewerb

untereinander kommt. Sie müssten den Beamtenstatus der Lehrer abschaffen, und Sie müssten es ermöglichen, dass Lehrer nach ihrer Leistung bezahlt werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja gesehen, wie ihr das durchgesetzt habt!)

– Das ist ein langer Weg. Sie alle waren nicht besonders dafür, den Beamtenstatus der Lehrer abzuschaffen.

Sie müssten im Grunde genommen die Schulen in diesem Lande komplett umkrepeln. Dazu muss ich sagen: Bezüglich eines kompletten Umkrepelns der Schullandschaft ist selbst die FDP momentan noch ein bisschen vorsichtig. Dafür brauchen wir nämlich ganz andere Rahmenbedingungen. Man müsste Lehrer einstellen, ihnen kündigen und sie bei schlechten Leistungen anderweitig einsetzen können. Ich weiß nicht, ob die GRÜNEN, gemessen an ihrer sonstigen Politik, dieses Thema so verfolgen würden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht sogar in unserem Programm!)

Wir haben das Modell Groß-Gerau auf den Weg gebracht. Wir haben einzelnen Schulen größere Budgets zur Verfügung gestellt. Ich denke, man muss sich einmal anschauen, wie sich ein solches Modell überhaupt auswirkt, und prüfen, ob dieser Weg richtig ist. Dann kann man Schritt für Schritt weitergehen.

Warum der Weg zu einer solchen Art der Verselbstständigung und zu einer größeren Beteiligung der Eltern an der Schulorganisation zu einem Mehr an Verantwortung für die Eltern führen würde, ist mir völlig unklar. Wir haben heute Morgen darüber diskutiert, dass sich 40 % der Eltern überhaupt nicht für die Schullaufbahn ihrer eigenen Kinder interessieren. – Glauben Sie denn, diese Eltern werden sich dafür interessieren, welche Lehrer eingestellt werden oder welche Organisationsform an ihrer Schule herrscht?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Ypsilanti hat zu mir gesagt: In welcher Welt leben wir denn, wenn wir von Eltern verlangen müssen, dass sie sich zumindest eine Stunde am Tag mit ihren Kindern unterhalten? Glauben Sie denn, diese Eltern gehen in die Schule und schauen sich an, wie dort gereinigt wird und wie die Hausmeisterarbeiten und sonstige Dinge organisiert werden? Das glaube ich nicht. Ich denke, man sollte die Eltern erst einmal da packen, wo ihre originäre Verantwortung liegt, nämlich näher bei ihren Kindern zu sein.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Henzler, Herr Quanz möchte Ihnen eine Frage stellen.

Lothar Quanz (SPD):

Frau Henzler, wir haben aus Finnland Informationen mitgebracht, die die These bestätigen, dass Eltern ihre Mitwirkungsrechte dann wahrnehmen, wenn sie sich ernst genommen fühlen und diese Rechte wirklich haben. In Finnland stellen Beiräte an den Schulen Lehrer ein. Diese Beiräte sind mehrheitlich mit Eltern besetzt. Die Schulleitungen haben lediglich eine beratende Funktion.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Kanada auch!)

Dorothea Henzler (FDP):

Können diese Schulbeiräte die Lehrer auch wieder entlassen, wenn sie nicht ordentlich arbeiten?

(Lothar Quanz (SPD): Ja!)

– Aha, dann sind das ganz andere Voraussetzungen. Wenn man als Eltern wirklich verantwortlich mitarbeiten und Lehrer, die keine gute Arbeit machen, hinauswerfen kann, dann kann es durchaus sein, dass sich diese Eltern stärker einbinden lassen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wollen wir hin! Die GRÜNEN stehen für Freiheit!)

Man darf aber doch den dritten Schritt nicht vor dem ersten machen. Man muss die Organisationsform erst einmal Stück für Stück in die Selbstständigkeit führen. Das geht nicht mit einem komplett neuen Konzept.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch aber eine Möglichkeit, es zu versuchen!)

Ein Engagement der Eltern erreicht man auch dann, wenn man den Stellenwert der Bildung insgesamt erhöht. Damit steigt hoffentlich das Interesse der Eltern an der Ausbildung ihrer Kinder. Wir haben in Hessen den Stellenwert der Bildung in großem Maße erhöht: mit der Einstellung von mehr Lehrern und mit der Betonung der Bedeutung der Stundentafel und des Unterrichts. Wir nehmen die Eltern und die Lehrer ernst, und wir nehmen auch die Probleme der Schulen ernst.

Sie fordern ein Fortbildungsbudget für jede einzelne Schule, damit diese selbstständig eine Personalentwicklung durchführen kann. Auch dazu sage ich Ihnen: Es ist wichtig, dass wir zuerst einmal grundlegende Dinge in der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer komplett und hessenweit umsetzen. Das haben wir getan. Hessische Lehrer sind im Schneeballsystem in Methodenkompetenz geschult worden. Außerdem haben wir die Lehrer darauf geschult, Hochbegabungen zu erkennen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die meisten Lehrer haben davon keine Ahnung!)

Ihr Antrag ist äußerst kompliziert. Er fordert grundlegende Veränderungen in unserem Schulsystem. Sie machen den dritten Schritt vor dem ersten. Wir werden im Ausschuss über Ihre Initiative reden. Ich muss aber ganz ehrlich sagen: Sehr viel Sympathie habe ich für diesen Antrag nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr mache ich es relativ kurz.

Ich denke, dass die Hessische Landesregierung seit 1999 im Bereich der Eigenverantwortung von Schule auf einige Erfolge zurückblicken kann. Ich spreche hier nicht von ei-

ner autonomen Schule, aber von zunehmender Eigenverantwortlichkeit von Schule, wie wir sie verstehen: dass die Schulen flexibler handeln können, dass sie mehr Spielraum für pädagogische Entscheidungen haben und dass sie zunehmend befähigt werden, bei der Auswahl von Personal die Lehrerinnen und Lehrer zu finden, die in das jeweilige Schulprofil hineinpassen. Voraussetzung dafür ist, dass solche Profile vorhanden sind.

Wir haben das Schulprogramm in der Form belassen, wie es angelegt war, haben es allerdings geschärft und profiliert. Wir haben jetzt die Situation, dass zum Sommer alle Schulprogramme auf dem Tisch liegen werden. Die Schulämter haben sich bereits darauf verständigt, wie sie mit diesen Schulprogrammen umgehen und wie das weitere Verfahren laufen wird. Auf diese Weise wird es zu einem ständigen Prozess der Überprüfung und der Neuformulierung von Schulprogrammen kommen. Auf diese Weise sind bereits deutliche Profile entstanden. Wir haben praktische Beispiele veröffentlicht, damit sich alle Schulen anschauen können, in welcher Form andere auf dem Weg sind. Auf dieser Basis können sie ihren eigenen Weg finden.

Auf dieser Basis ist es möglich und sinnvoll, Lehrerinnen und Lehrer über die Schulen einzustellen. Wer hat das gemacht? Das hat diese Landesregierung gemacht. Wir haben die Situation übernommen, das 10 bis maximal 15 % der Stellen zur schulscharfen Ausschreibung gestanden haben. Im vergangenen Jahr sind es, über den Jahreschnitt, rund 40 % der Stellen gewesen. Das ist eine enorme Steigerung der Zahl der Lehrer, die auf diesem Wege eingestellt werden konnte.

Wir sind noch einen Schritt weiter gegangen. Die Staatlichen Schulämter können ihre Kompetenz, aus den Bewerberinnen und Bewerbern auszuwählen, auf die Schulleiterinnen und Schulleiter übertragen.

Wir sind einen weiteren Schritt gegangen. Wir versuchen, Schulen zu finden, die etwas in der von Ihnen beschriebenen Form implementieren und wagen wollen. In Zusammenhang mit „Unterrichtsgarantie plus“ haben wir fünf Schulen pro Schulamt Vertretungsmittel direkt zur Verfügung gestellt, damit sie selbstständig wirtschaften können.

Es ist die Bildungsregion Groß-Gerau angesprochen worden. Das ist genau das, woran sich zeigt, dass man erst etwas ausprobieren muss: die Kooperation des Landes mit den kommunalen Schulträgern, die Kooperation der einzelnen Schulen mit dem Staatlichen Schulamt.

Wenn Sie die Zeitung gelesen haben oder sich möglicherweise noch intensiver mit den Problemen beschäftigt hätten, dann wissen Sie, welche Schwierigkeiten vor Ort geherrscht haben, bis es jetzt dazu kommt, dass wir es im Haushalt zusammengeführt haben, dass die Akzeptanz gewachsen ist und dass die Möglichkeit für Schulen besteht, sich dazu so oder so zu verhalten, aber dass das Programm gefahren wird.

Aus dem Schulträgerbereich gibt es noch einen weiteren Kreis, der sagt: Wir möchten so bald wie möglich dazu kommen. – Das ist der Hochtaunuskreis. Wir werden nach ersten Erfahrungen weiter verfahren können.

Dazu gehört, wenn wir an einer Stelle des Landeshaushaltes die Mittel zusammengeführt haben, dass nicht das Land an Macht gewinnen soll und nicht der Schulträger an Macht gewinnen soll, sondern die Schule die Verfügung bekommen soll, um ein pädagogisches Programm

gestalten zu können, damit wir auf diesem Weg weiterkommen.

Frau Hinz, dazu gehören für mich die Erziehungsverträge. Auf der Basis des Schulprogramms gehört es für mich zu einer ganz entscheidenden Arbeit innerhalb der Schule, dass sich nicht Lehrerinnen und Lehrer und Eltern gegeneinander ausspielen lassen oder selber gegeneinander ausspielen, sondern dass sie gemeinsam definieren, was Erziehungsziele sind, und dass sie gemeinsam die Wege definieren, wie sie auf diesem Weg vorankommen wollen,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie den Eltern Mitbestimmungsrechte genommen?)

wie sie dazu kommen wollen, dass tatsächlich Kinder und Jugendliche Orientierung haben. Sie wissen ganz genau, dass die Mitbestimmungsrechte der Eltern nur ganz wenig tangiert worden sind,

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dort, wo es die Professionalität der Gesamtkonferenz angeht, und im Schulprogramm im Kernbereich die Schulkonferenz gestärkt und akzentuiert wurde.

Wir haben, das ist ein weiterer Punkt, eine Arbeitsgruppe, die schon ein Zwischenergebnis vorgelegt und ein weiteres in Auftrag hat, nämlich die Konzeptionierung von Schulleitung der Zukunft. Da geht es um die Frage, ob wir es den Schulleiterinnen und Schulleitern zumuten können, dass sie alles machen, den pädagogischen Auftrag, den sie behalten werden, und zusätzlich den vollen organisatorischen Managementauftrag. Da wird es Veränderungen geben müssen. Dies ist in Arbeit.

Ich denke, dass wir auch den Aspekt der Fortbildung in die Schulentwicklung einbeziehen müssen. Das ist durchaus ein Aspekt, den Sie genannt haben, den ich begrüßen würde – in einer Reihenfolge. Wir sagen, die Multiplikatorenfortbildung ist im Moment das Gebot der Stunde im Blick auf Schulentwicklung, im Blick auf Qualität. Aber wir werden auf dieser Basis weiterkommen und den Schulen Mittel in die Hand geben können, allerdings in dieser Reihenfolge.

Meine Damen und Herren, ich bin etwas betrübt, dass der Antrag nur die eine Hälfte enthält. Ein Antrag, der sich mit der Selbstständigkeit der Schulen befasst, darf dies nicht nur thematisieren oder nur nachfragen, was es auf der anderen Seite an Vorgaben und auch an Controlling bedeutet, sondern er muss das deutlicher ausführen.

Es kann nicht darum gehen, zu glauben, man könnte die Rosinen verteilen und den Teig den anderen überlassen. Man muss ein Konzept erarbeiten, das beides enthält. Dann muss man benennen, dass nach Art. 7 der Staat die Verantwortung für das Schulwesen hat. Dabei bleibt es auch.

(Beifall bei der CDU)

Das muss definiert werden. Es muss deutlich gemacht werden, welche Standards vorausgesetzt werden müssen, damit die Vergleichbarkeit existiert, und zwar nicht nur im Blick auf KMK-Regelungen, dass wir dort überhaupt noch kompatibel sind, sondern im Blick auf die Vergleichbarkeit innerhalb unseres eigenen Landes. Dann muss klar als Ausgangslage definiert werden, wie die staatliche Schulaufsicht ein Controlling hat, ob diese Vorgaben erfüllt werden.

Das heißt letztlich eine Stärkung von Schulaufsicht nicht nur im Sinne der Kompetenzen, sondern auch im materiellen Sinne. Dazu muss man Stellung beziehen. Dann kann es das nur mit dem Aspekt von Selbstständigkeit nicht sein. Selbstständigkeit korrespondiert immer mit Verantwortung, mit Rechenschaftslegung und letztlich auch mit Controlling. Insofern werden wir nur weiterkommen, wenn wir ein gemeinsames Konzept haben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der schrittweise zunehmenden systematischen Selbstständigkeit von Schulen einhergehend mit dem, was an Verantwortung vor einem gesamtstaatlichen Auftrag zu formulieren ist, und in Verbindung mit dem, was man dann als Controlling definieren muss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der vorliegende Antrag soll an den Kulturpolitischen Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen werden. – Darüber herrscht Einigkeit.

Meine Damen und Herren, dann können wir uns jetzt in die Mittagspause begeben. Um 15 Uhr fangen wir wieder an. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass jetzt eine Ausstellungsöffnung stattfindet.

(Unterbrechung von 13.15 bis 15.02 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, es drängt mich, fortzufahren. Ich rufe vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 35** auf:

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Finanzpolitik zulasten der Länder durch Bundesfinanzminister Eichel – Drucks. 15/3648 –

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 51:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend endgültige Verabschiedung von seriöser Finanzpolitik in Hessen – Drucks. 15/3677 –

und **Tagesordnungspunkt 52:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend nationaler Stabilitätspakt – Drucks. 15/3678 –

Für diese drei Tagesordnungspunkte gibt es eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion. Erste Wortmeldung, Herr Kollege von Hunnius für die FDP.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Europa hat ein Problem, sein Name ist Deutschland.“ Diese Feststellung in der britischen Zeitschrift „The Economist“

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welches Problem hat die FDP, die 5-%-Hürde?)

bedeutet im Klartext dreierlei. Erstens. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist konjunkturell, aber auch

strukturell bedingt miserabel. Zweitens. Die Bundesregierung ist mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik am Ende. Drittens. Deutschland als größtes Mitglied der Europäischen Union ist zum größten Hindernis für Wachstum und Prosperität geworden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts hat sich im letzten Jahr von Quartal zu Quartal vermindert.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Dieses hier ist ein Bild des Statistischen Landesamtes. Sie können die Zahlen nicht erkennen, aber Sie erkennen die Richtung. Die Richtung geht eindeutig nach unten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
In Hessen, so was!)

– Ich spreche anschließend noch über Hessen, Herr Kollege. – Wenn der Herr Bundesfinanzminister sagt, wir befänden uns gerade auf dem Sprung zu einem neuen Aufschwung, dann kann ich das nur seiner lebhaften Fantasie zuschreiben und einem großen Maß an Wunschenken, aber nicht als realistische Einschätzung ansehen.

(Beifall bei der FDP)

Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist um 11,5 % geringer als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft tritt auf der Stelle. Aber statt entschlossen zu handeln, was die einzig mögliche Konsequenz für die Bundesregierung wäre, konzentriert sich Bundesfinanzminister Eichel darauf, die Wirtschaft gesundzubeten, fantasiert, der Aufschwung würde schon kommen, und zwar bald, und er konzentriert sich darauf, einen blauen Brief wegzudiskutieren, den wir nun, weiß Gott, in Deutschland verdient haben.

Verfehlte Haushalts- und Finanzpolitik, ausbleibendes Wachstum und die von Bundeskanzler Schröder praktizierte Politik der eingeschlafenen Füße, all das hat seine Auswirkungen in einem dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung.

(Beifall bei der FDP – Norbert Kartmann (CDU):
Sehr richtig!)

Deutschland ist dabei, das Kriterium Obergrenze 3 % Anteil am Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Neuverschuldung zu verfehlen. Der blaue Brief aus Brüssel war nicht eine Unverschämtheit, wie Bundeskanzler Schröder meinte, er war nicht ein Druckmittel gegen Deutschland, eine Verschwörung der anderen Länder gegen das größte Mitgliedsland, er war absolut unabweisbar.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Denn das Regelwerk von Maastricht lässt keine andere Wahl. Und wenn gerade das größte Mitglied Deutschland keine Schuldendisziplin übt, ist diese auch von anderen Mitgliedern nicht mehr einzufordern. Die Abmahnung hätte Anlass sein müssen für ein konsequentes Umdenken und Umsteuern der Politik. In seiner ersten Reaktion hat dies Herr Eichel erkannt. Denn er hat gesagt: Jetzt müssen wir etwas machen. – Dann hat man sich besonnen, das sei doch optisch nicht so schön, gerade vor der Bundestagswahl einen solchen Brief entgegennehmen zu müssen. Nur, was passierte wirklich? Man versteifte sich auf gekränkte Eitelkeit, hatte Angst vor dem Wähler und hat sich noch nicht einmal entblödet, die Hilfe von Berlusconi in Empfang zu nehmen, den man sonst offensichtlich nicht so sehr schätzt, um zu vermeiden, dass der Brief

abgesandt wurde. Schlimmer geht es nun wirklich nicht mehr.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Dies war die totale Enthüllung des politischen Versagens dieser Bundesregierung. Die Energie, die die Bundesregierung hätte einsetzen müssen, um das Schiff deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs zu bringen, diese Energie war auf einmal vorhanden, aber für einen unsinnigen Zweck, nämlich den leidenschaftlichen Kampf mit der EU zu führen, um diesen Brief nicht entgegennehmen zu müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dabei musste man wissen, dass er berechtigt war. Aber nach dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, wurde der Brief schlicht und ergreifend wegdiskutiert. Außer dem genannten Berlusconi hat auch Großbritannien geholfen, immerhin ein Land, das dem Euro-Raum bisher nicht angehört. Dies ist ein sehr interessantes Phänomen. Die Briten haben natürlich im Augenblick Interesse daran, zuzusehen, wie der Währungsraum des Euro schwach dasteht; das hilft ihnen innenpolitisch und hilft in der Argumentation. Dass man sich darauf verlässt, sich von solchen Leuten helfen zu lassen, ist, weiß Gott, enthüllend.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

Für die Zukunft hat man damit – und das ist ein ganz gravierender Vorgang, der dem Euro schadet – einen Freibrief ausgestellt für Fehlverhalten anderer Mitglieder. Mit welchem Argument will denn Herr Schröder oder sein Nachfolger einem Land wie Portugal oder Griechenland künftig noch entgegenhalten, dass es sich an den Maastrichter Kriterien vergeht? Es gibt kein Argument mehr. Sie können sagen: Das größte Mitglied hat es gemacht, es ist geheiligt worden dafür, es hat ein bisschen was versprochen, dann machen wir es doch genauso, und dann kommen wir gut weg.

Den Schaden hat die Europäische Union. Dabei haben wir alle den Schaden, denn wir sind in dieser Europäischen Union im Rahmen der Wirtschaftsunion verflochten und können keine Einzeltouren in Richtung Verfall der Stabilität unternehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Zustimmung zur Ablehnung des blauen Briefes beruht auf dem Prinzip „eine Hand wäscht die andere“. Dass die anderen dabei sind, mitzumachen, weil sie natürlich froh sind, wenn sie künftig keinen Brief bekommen, das ist nun, weiß Gott, einsehbar und verständlich. Eichel musste einen Preis dafür zahlen, dass der Brief nicht abging. Sprechen wir einmal kurz über den Preis, den Eichel zur Vermeidung dieses Briefes zahlen musste.

In einer Pressemeldung der SPD-Fraktion vom 13.02.2002 heißt es wörtlich:

Hans Eichels Vorschlag des nationalen Stabilitätspaktes sehe die hessische SPD als gangbaren Weg, um die Finanzen aller staatlichen Ebenen und der Sozialversicherungsträger insgesamt auf guten Kurs zu bringen.

An diesem stolzen Satz ist mindestens dreierlei falsch.

Erstens. Von einem Vorschlag kann überhaupt keine Rede sein, denn der Bundesfinanzminister hat sich in Brüssel unter dem Zwang der Verhältnisse ohne vorherige Konsultation mit den Ländern, Sozialversicherungsträgern oder Kommunen festlegen lassen, ein Kriterium zu erfüllen, das er gar nicht erfüllen kann.

Zweitens kann von gangbarem Weg überhaupt keine Rede sein; denn zum einen werden Länder und Sozialversicherungsträger ihre Neuverschuldung – das lässt sich heute schon absehen – in den nächsten 22 Monaten nicht auf null senken können. Wer etwas anderes sagt, der soll sagen, wie er es machen will. Dann lausche ich gespannt. Ich prognostiziere, sie wird sich in der Summe nicht senken lassen.

Zum anderen ginge Eichels Rechnung nur dann auf, wenn es dem Bund gelänge, einen Überschuss zu erwirtschaften, der das absehbare Defizit der anderen, der Länder, Kommunen und Sozialversicherungsträger, mehr als ausgleicht. Das ist ebenso unrealistisch. – Also sehen wir: von gangbarem Weg null Spur.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Der dritte Punkt, der in der Presseinformation der SPD falsch ist, besteht darin: Der von der SPD beschworene gute Kurs ist nirgendwo zu erkennen, überhaupt nicht.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Ralf Brügelmann vom Institut der deutschen Wirtschaft stellt zutreffend fest: „Die Regierung braucht ein konjunkturelles Wunder, wenn sich Eichels Versprechen erfüllen soll.“ Wo ist da der gute Kurs? Es ist überhaupt nichts zu sehen.

Wunder gibt es immer wieder, bei dieser Bundesregierung aber leider nur negative. Die Politik der Bundesregierung ist nichts anderes als Wechselreiterei; denn der Wechsel, den Hans Eichel ausgestellt hat, um vermeintlich der Blamage eines Briefes zu entgehen, kann nicht eingelöst werden. Eichels Sparpläne sind unglaubwürdig. Der bisherige Konsolidierungskurs ist ein Märchen, und dieser Meinung ist nicht nur Solms, sondern diese Meinung wird durch handfeste Fakten Tag für Tag untermauert. Also ist auch vom guten Kurs keine Rede.

Es ist also eine Luftnummer abgezogen worden, um einer Blamage zu entgehen, die umso größer war, da jeder weiß, dass der blaue Brief hätte kommen müssen. Aber das, was Eichel versprochen hat, kann nicht gehalten werden. Also hat er die Blamage doppelt, jetzt und in 22 Monaten wieder.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immerhin geben Sie zu, dass der Finanzminister auch in 22 Monaten Hans Eichel heißt! Das wollen wir einmal festhalten!)

– Herr Kollege, der Minister hat die Blamage; wie er heißt, das habe ich nicht gesagt. Aber ich hoffe sehr, dass er nicht Eichel heißt. Wir arbeiten daran, dass er anders heißen wird.

Nach einer Berechnung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel ist der Staatshaushalt bis 2004 nur mit einem Wirtschaftswachstum von rund 3,5 % auszugleichen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr von Hunnius, lassen Sie eine Frage von Herrn Abg. Hamer zu?

(Roland von Hunnius (FDP): Gern!)

– Herr Prof. Hamer.

Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):

Herr Kollege von Hunnius, können Sie sich daran erinnern, dass Herr Eichel mit seinen berühmt-berühmten Zukunftsprognosen schon je einmal richtig gelegen hat?

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Kollege, die Frage kann ich verneinen. Ich kann mich nicht daran erinnern. Insofern bleibt er sich selbst treu.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Von einem Wirtschaftswachstum von 3,5 % träumt noch nicht einmal der Bundesfinanzminister – der gegenwärtige, füge ich hinzu –, denn der spricht von 2,5 %. Aber auch das dürfte schon geprahlt sein.

In dieser Situation ist es unverantwortlich, den Ländern den schwarzen Peter zuzuschieben. Nicht umsonst haben sich die Finanzminister von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, Mittler und Steinbrück, entsprechend deutlich geäußert. Das Haushaltsdefizit der Länder stieg im Jahre 2001, verglichen mit dem Vorjahr, auf mehr als das Dreifache und betrug 25,6 Milliarden €. Zu diesem Rekordbetrag ist es aufgrund der verfehlten Politik der Bundesregierung gekommen. Die Ursachen sind eindeutig zuzuordnen. Sie liegen in der verteufelten Kombination aus einer völlig missglückten Steuerreform und der wirtschaftlichen Rezession. Die Steuereinnahmen der Länder gingen im vergangenen Jahr um mehr als 8 Milliarden € zurück.

Dies führt zu der interessanten Konstellation, dass von 16 Bundesländern 16 Bundesländer, also alle, die wir in Deutschland haben, die Politik des Herrn Bundesfinanzministers ablehnen. Das müsste auch den sozialdemokratischen Kollegen ein bisschen zu denken geben. Dann kann der gute Herr Eichel aus Ihrer Sicht doch nicht ganz so Recht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Hessen ist seiner Verantwortung voll und ganz gerecht geworden. Ich will das mit einigen wenigen Zahlen belegen. Wir haben die Ausgabenseite voll im Griff

(Lachen des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

mit einem Ausgabenanstieg von 1,2 %. – Herr Kollege, das ist der geringste Ausgabenanstieg aller deutschen Bundesländer.

Mit 1,2 % setzt die Finanzpolitik ein Zeichen für Stabilität. Das liegt weit unter allem, was der Finanzplanungsrat vorgeschlagen hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es liegt weit unter den Ergebnissen anderer Bundesländer. In schwierigem Umfeld ist es gelungen, die Gesamtausgaben in Hessen um 648 Millionen DM geringer zu halten, als das der ursprüngliche Haushaltsplan vorsah.

(Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält einen Zeitungsartikel hoch.)

– Ich kann es von hier aus nicht lesen. Sie können es mir nachher in Ihrem Beitrag vorhalten.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Defizit ist unbestreitbar zu hoch. Da gibt es keinen Zweifel.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sind unschuldig, wie immer! Plottnitz war es!)

Der Anteil Hessens am Gesamtdefizit liegt bei 2,2 %, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt hingegen bei 10 %. Wir sind in einer sehr schwierigen Gesamtsituation, und die ist nicht von Hessen verschuldet. In dieser Gesamtsituation, in der Deutschland zum wirtschaftlichen Schlusslicht in der Europäischen Union geworden ist, ist es gelungen, die Ausgaben im Griff zu behalten und die Verschuldung weit unterdurchschnittlich zu steigern. Gesteigert werden musste sie, das war unabweisbar.

(Beifall bei der FDP)

Auch in Bezug auf das Wirtschaftswachstum ist es gelungen, in Hessen einen antizyklischen Kurs zu fahren. Ich zeige noch einmal dieses schöne Schaubild. Hier sehen Sie rote Klötzchen und blaue Klötzchen und stellen unschwer fest, dass die blauen Klötzchen wesentlich größer sind als die roten. Blau ist Hessen, rot ist Deutschland im Durchschnitt.

Sie sehen, dass z. B. im vierten Quartal Hessen 0,6 % Wachstum hat und Deutschland 0,1 %. Und dann wollen Sie den Erfolg hessischer Wirtschaftspolitik unter Dieter Posch noch leugnen? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die hessische Wirtschaft erzielte das beste Ergebnis der 13 Flächenländer und überholte damit Bayern und Baden-Württemberg. Hessen liegt hinter Hamburg an zweiter Stelle aller deutschen Bundesländer. Das ist ein eindeutiger Erfolg, der dank der Politik dieser Landesregierung erzielt worden ist. Ohne diesen Erfolg wäre die Situation viel gravierender.

Wir haben in Hessen die Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Ausgaben begrenzt. Wir haben die Schulden so gering wie möglich gehalten, und wir haben das Wirtschaftswachstum angekurbelt. Mehr konnten wir nicht tun. Der Rest ist Bundessache, aber was der Bund macht, das sehen Sie hier. Es funktioniert nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das ist aber eine einfache Formel!)

Hessens Wirtschaftspolitik unter Dieter Posch ist überdurchschnittlich erfolgreich. Hessens Finanzpolitik unter Karlheinz Weimar hat dazu beigetragen, die Ausgaben im Griff zu behalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Innerhalb von 22 Monaten will die Bundesregierung ein Defizit von 50 Milliarden € abbauen. Aber sie hat dafür bis heute noch kein Konzept. Ich frage mich, wann dieses Konzept jemals existieren wird. 50 Milliarden € sind kein Pappenstiel. Wenn der Bundesfinanzminister nicht völlig darauf vertraut, dass er aufgrund der nächsten Bundestagswahl aus dem Amt fliegt, dann muss er einmal anfangen zu überlegen, was er tun will. Aber vielleicht sieht er die Chancen bei der Bundestagswahl einigermaßen realis-

tisch und hofft darauf, dass andere die Suppe auslöffeln werden, die er eingebrockt hat. Das kann durchaus sein.

Im letzten Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ist immerhin gesagt worden, es werde gelingen, die Neuverschuldung in Deutschland, also vom Bund, bis zum Jahre 2006 auf null zu senken. Jetzt auf einmal verspricht Eichel, dass das Ganze schon zwei Jahre schneller geht. Ich frage mich, woher die neuen Informationen kommen. Es gibt keine neuen Informationen, es gibt nur neue Hoffnungen. Es gibt den Zwang der Verhältnisse und den Auftrag des Bundeskanzlers an Hans Eichel: Hans, sieh zu, dass du den Brief wegstreichst. – Dann hat er versprochen, was er konnte. Hätte Brüssel 2003 gefordert, hätte er auch das versprochen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Er hat dies nur versprochen, um diesen Brief zu verhindern. Aber die Sünde, das Vergehen an der Stabilität des Euro, ist ein bleibender Schaden, an dem seine Nachfolger noch zu leiden haben werden.

Die Gefahr ist zum Greifen nahe, dass weiterhin Aufgaben vom Bund auf die Länder verlagert werden, und dies ohne jeglichen finanziellen Ausgleich.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Roland von Hunnius (FDP):

Ich bedanke mich für den Hinweis, Herr Präsident, und versuche den Rest meiner Rede sehr stark zu komprimieren.

Die Bundesregierung ist mit ihrer Politik absolut am Ende und muss feststellen, dass Täuschen, Tarnen und Tricksen jetzt nicht mehr helfen. Jetzt muss ein Konzept auf den Tisch. Der Herr Bundesfinanzminister muss sagen, wie er es sich vorstellt, dass dieses Ziel im Jahre 2004 erreicht wird – und zwar unter realistischer Berücksichtigung der Finanzsituation der Länder und der Tatsache, dass es die Länder aufgrund ihrer hohen Personalkostenanteile sehr viel schwerer haben, diese Einsparleistungen zu erbringen.

Deutschland ist, wie es der Direktor des Institute for International Economics in Washington formuliert, zum „kranken Mann der Region“ geworden – kranker Mann der Region, kranker Mann Europas. Handeln ist angesagt, anstatt sich um blaue Briefe herumzumogeln und Verpflichtungen im Namen anderer einzugehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Kahl für die SPD-Fraktion.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen stellen heute einen Antrag zum nationalen Stabilitätspakt und zum Defizitkriterium der Europäischen Union, ohne in diesem Antrag auch nur ein Wort zur Situation in Hessen zu verlieren. Als Unschuldslamm aber ist gerade die hessische Finanzpolitik völlig ungeeignet.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, eher wären Sie geeignet, die Rolle des politischen Pharisäers zu spielen, was die Finanzpolitik betrifft.

(Manfred Schaub (SPD): Jawohl!)

Der Finanzminister hat in Hessen einen Haushaltsabschluss zu verantworten, der deutlich macht, dass diese Landesregierung in einem nicht für möglich gehaltenen Tempo die Finanzen des wirtschaftsstarken Landes Hessen an die Wand gefahren hat.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Ich sage sehr klar: Aus einem vollmundig angekündigten Haushalt mit der niedrigsten Nettoneuverschuldung ist real ein verfassungswidriger Haushalt mit Rekordverschuldung und mit einer historisch niedrigen Investitionsquote geworden. Meine Damen und Herren, das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wer dann meint, gebetsmühlenartig die Verantwortung für das gesamtstaatliche Defizit nach Berlin verschieben zu dürfen, verdrängt schlicht die finanzpolitische Realität.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Für die Einhaltung des Stabilitätskriteriums sind alle staatlichen Ebenen und die Sozialversicherung zuständig.

(Frank Lortz (CDU): Und der Bund!)

Der Bundestag und der Bundesrat haben den Vertrag geschlossen und sind damit völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen. Wollen Sie sich davon verabschieden?

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Meine Damen und Herren, Hessen hat als wirtschaftsstarkes Land seinen Beitrag dazu zu leisten.

Kommen wir nun zu den Fakten. Es ist unstrittig, dass die Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr zu nah an das 3-%-Kriterium der Staatsverschuldung herangekommen ist.

(Frank Lortz (CDU): Aha, da haben wirs!)

Die aktuelle Zahl lautet 2,7 %. Lassen wir einmal den Beitrag der Sozialversicherung außer Acht, so muss festgehalten werden, dass der Bund und die Ländergemeinschaft nahezu den gleichen Anteil am gesamtstaatlichen Defizit zu verantworten haben. Also ist eine einseitige Schuldzuweisung an die Bundespolitik absolut falsch.

(Frank Lortz (CDU): Sagst du!)

Schaut man sich die Entwicklung des Defizits an, so wird deutlich, dass in erster Linie die Länder an dessen Ausweitung beteiligt sind.

(Frank Lortz (CDU): Unglaublich!)

Trotz Konjunkturverschlechterung und den damit verbundenen Steuermindereinnahmen hat der Bund seine Zielvorgaben der Neuverschuldung nahezu eingehalten.

(Frank Lortz (CDU): Sachsen-Anhalt!)

Nimmt man hierzu die konkreten Zahlen, dann ist festzustellen, das Defizit des Bundes stieg von 24,1 Milliarden € auf 26,9 Milliarden €. Dagegen hat sich das Defizit der

Länder von 2000 auf 2001 verdreifacht, von 7,9 auf 25,6 Milliarden €. Meine Damen und Herren, das sind die Fakten.

(Frank Lortz (CDU): Herr Eichel!)

– Ach, Herr Eichel ist für alle Bundesländer zuständig? Das wundert mich aber.

Auch das wirtschaftsstarke Land Hessen hat seine Verschuldung durch Ihre Politik drastisch erhöht: Neuverschuldung im Jahre 2000 knapp 1,3 Milliarden DM, im Jahre 2001 rund 2,3 Milliarden DM. Mit dem tiefen Schluck von zusätzlich 1 Milliarde DM aus der Verschuldungspulle hat diese Landesregierung ihre eigene Finanzplanung total über den Haufen geworfen. Meine Damen und Herren, das ist und bleibt Ihre finanzpolitische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Bund hat dank der soliden Finanzpolitik von Hans Eichel die Neuverschuldung systematisch zurückgeführt. Hätten wir noch den Haushalt 1998 der Regierung Kohl,

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

dann stünde die Bundesrepublik heute mit einem Defizit – hören Sie genau zu – von mehr als 4 % da.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Meine Damen und Herren, das ist die finanzpolitische Realität.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Hans Eichel hat den Weg der Reduzierung der Neuverschuldung des Bundes konsequent durchgehalten.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Ich füge hinzu: Wären die Haushaltsanträge der CDU/CSU zum Bundeshaushalt angenommen worden – immerhin ging es um eine Ausweitung um 30 Milliarden DM –, wäre die 3-%-Marke längst überschritten. – So weit die Eckdaten zum Bundeshaushalt. Sie machen deutlich, wer eine solide und nachhaltige Finanzpolitik betreibt. Meine Damen und Herren, diese Fakten können Sie schlicht nicht ignorieren.

Für die Einhaltung des Defizitkriteriums des europäischen Stabilitätspaktes brauchen wir auch einen nationalen Stabilitätspakt,

(Stefan Grüttner (CDU): Machen Sie es!)

da die Bundesrepublik ein föderativer Staat ist und der Bund und die Länder zusammen mit den Kommunen ihre jeweils eigene Haushaltskompetenz und -autonomie haben – und dies soll auch so bleiben. Da die Bundesrepublik aber insgesamt völkerrechtlich für die Einhaltung des Defizitkriteriums verantwortlich ist, müssen sich auch die Länder dieser Verantwortung stellen. Wäre der blaue Brief aus Brüssel tatsächlich angekommen, wäre der Hauptadressat nicht Berlin gewesen, sondern die Länder und hier in erster Linie die westdeutschen Länder. Meine Damen und Herren, auch das ist die Realität.

(Frank Lortz (CDU): Ei, ei, ei!)

Ich füge hinzu: Hessen hat auf dieser Sünderbank leider schon einen herausragenden Platz, dank Ihrer falschen Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Frank Lortz (CDU): Am Thema vorbei!)

Ein nationaler Stabilitätspakt ist notwendig. Das war im Übrigen auch schon die Position der früheren Bundesregierung. Die Einsicht in die Notwendigkeit dieses Paktes wird immer breiter. Ich sage aber auch, dazu brauchen wir faire Abstimmungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

(Frank Lortz (CDU): Auf einmal!)

Wir fordern die Landesregierung auf, sich der Diskussion zu einem nationalen Stabilitätspakt zu stellen. Dabei müssen die spezifischen Interessen der Länder und der Kommunen berücksichtigt werden. Die Länder sind für kosten- und personalintensive Bereiche wie Bildung und innere Sicherheit zuständig. Das Ziel nahezu ausgeglichener Haushalte schon zum Jahre 2004 ist aus Ländersicht wohl zu ehrgeizig.

(Frank Lortz (CDU): Hört, hört!)

Generell gibt es zur schrittweisen Reduzierung der Neuverschuldung in Verantwortung zur Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung und zu der Notwendigkeit einer nachhaltigen Finanzpolitik keine Alternative. Über die konkreten Schritte dazu bedarf es einer fairen Grundlage.

Der Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten zu einer Reform des Föderalismus mit einer klaren Neuordnung der Kompetenzen von Bund und Ländern als Voraussetzung geht eindeutig in die richtige Richtung. Hinzu kommt eine grundlegende Gemeindefinanzreform, die durch eine Initiative der Bundesregierung schon auf den Weg gebracht worden ist. Dem sollte sich die Landesregierung anschließen, anstatt durch die Koalitionsfraktionen einen Antrag stellen zu lassen, der in weiten Teilen schlicht überholt ist oder mit Unterstellungen bezüglich Steuererhöhungen arbeitet.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Ich füge hier hinzu: Die Liste der Steuererhöhungen der Regierung Kohl ist so lang, dass ich sie hier leider nicht vortragen kann.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Herr Kollege Lortz, auch bei diesem Thema sind Sie – die CDU – kein seriöser Ratgeber.

Kommen wir aber zu Hessen und zu der Finanzpolitik, die Sie zu verantworten haben. Die Finanzpolitik der Landesregierung für das Jahr 2001 war von Anfang bis zum Ende ein reines Trauerspiel, verbunden mit Täuschung des Parlaments und der Öffentlichkeit über die wahren Fakten.

(Stefan Grüttner (CDU): Na, na, na, das wird immer schlimmer!)

Gestartet ist der Finanzminister mit einem Entwurf des Haushalts 2001 und der vollmundigen Ankündigung: niedrigste Nettoneuverschuldung seit 1980. Gelandet ist er mit einem verfassungswidrigen Haushaltsabschluss mit deutlich mehr Schulden als Investitionen. Meine Damen und Herren, diese Landung war eine finanzpolitische Bruchlandung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Obwohl Sie durch den Nachtrag die Verschuldung schon um 510 Millionen DM angehoben haben, mussten Sie danach quasi vom vierten Advent bis zum Jahresende mehr als 450 Millionen DM zusätzlich an Schulden aufnehmen.

(Frank Lortz (CDU): Bis zum fünften Advent!)

Das war ein teures Weihnachtsgeschenk auf Kosten der hessischen Bürgerinnen und Bürger. Man muss wirklich einmal fragen: Glauben es denn die Koalitionsfraktionen wirklich, dass dieses zusätzliche Finanzloch tatsächlich erst nach dem 18. Dezember entstanden ist? – Ich glaube, das glauben Sie selbst nicht.

(Heiterkeit des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Minister hat zugelassen, dass das Parlament am 18. Dezember mit der Koalitionsmehrheit einen Nachtrag zum Gesetz erhob, der der finanzpolitischen Realität nachweislich nicht mehr entsprach. Der Nachtragshaushalt 2001 bestand von Beginn an aus einer Serie von Pannen, falschen Einschätzungen und Täuschungen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alle wichtigen Eckdaten mussten in kurzer Zeit immer wieder korrigiert werden – natürlich nicht freiwillig, sondern auf Druck der Opposition und der Fakten, die dann nicht mehr zu ignorieren waren. Das ist die Realität.

Nach dem ersten grob falschen Nachtragsentwurf des Ministers ist es nun seit mehreren Tagen offiziell, dass auch der zweite Nachtrag falsch war. Herr Minister, am 18. Dezember mussten Ihnen das Steueraufkommen bis Ende November sowie zumindest die ersten Einschätzungen für den Dezember bekannt gewesen sein. Die Hauptsteuertermine im Dezember liegen in der ersten Hälfte des Monats. Noch am 1. November haben Sie öffentlich erklärt:

Falls sich durch die Steuereingänge bis zum Ende des Jahres ... weiterer Anpassungsbedarf ergeben sollte, werden wir diesem im weiteren Verfahren bis zur Verabschiedung des Nachtrags Rechnung tragen.

Nichts ist geschehen, obwohl Sie Korrekturbedarf hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu ganz kurz die Novemberzahlen. Kassenmäßige Einnahmen des Landes bis Ende November: 23,6 Milliarden DM. Im Nachtrag geplantes Gesamtjahressteueraufkommen: 28 Milliarden DM. Fazit: Für Dezember hätten Sie also 4,4 Milliarden DM einnehmen müssen. Das entspräche in etwa dem Aufkommen vom Dezember 2000. Das war aber absolut unrealistisch, da wir im ersten Halbjahr des Jahres 2001 ein steigendes Steueraufkommen hatten, im zweiten Halbjahr dagegen ein fallendes. Zum Beispiel der Monat November: Im Jahr 2000 betrug das Steueraufkommen 1,8 Milliarden DM, im November 2001 1,5 Milliarden DM. Trotz dieser Fakten haben Sie geschwiegen und die notwendige Korrektur nicht vorgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Wegen der Vorgeschichte wäre eine weitere Korrektur in der dritten Lesung peinlich gewesen. Noch peinlicher wäre es gewesen, wenn Sie dann wegen Überschreitens der Obergrenze für die Verschuldung nur noch die Mög-

lichkeit gehabt hätten, einen verfassungswidrigen Nachtrag zu verantworten. Das ist zum 18. Dezember zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Stichwort verfassungswidriger Haushalt fallen mir viele Reden von Herrn Weimar aus seiner Zeit als finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion ein, in denen er mit deutlichen Worten Haushaltsabschlüsse mit einer Neuverschuldung, die über der Investitionsgrenze lag, geißelte.

(Frank Lortz (CDU): Komm, komm!)

Dies geschah übrigens zu einer Zeit, in der Herr Waigel – wie hieß es so schön? – der Herr der Löcher war und Hessen ein stagnierendes Steueraufkommen hatte.

(Frank Lortz (CDU): Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, hierzu ließe sich eine Reihe von Zitaten bringen. „Das Verfahren der nochmaligen Kreditaufnahme im Haushaltsvollzug stellt eine Aushöhlung des Haushaltsrechts dar“ – um nur ein Beispiel zu nennen. Oder: „Sie stellen von vornherein unseriöse Haushalte auf und hoffen, dass, wenn das Jahr herum ist, niemand in Hessen merkt, wenn Sie die entsprechenden neuen Schulden aufnehmen müssen.“ Nur, wir merken das – um das ganz klar und deutlich zu sagen.

Lassen Sie mich noch eines zitieren.

Die CDU habe zu kritisieren, dass durch die dramatische Haushaltslage die Verfassungsgrenze in Hessen offensichtlich nichts mehr wert sei. Der Verfassungsgesetzgeber habe als einzige Begründung vorgesehen, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts temporär zu einer Überschreitung der Verfassungsgrenzen führen könne, nicht schlechte Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wie wahr der Herr Weimar gesprochen hat.

Deswegen dränge die CDU-Fraktion so massiv darauf, dass erstens festgestellt werde, dass ein Verfassungsverstoß vorliege, und dass sich zweitens so etwas nicht wiederhole.

Meine Damen und Herren, wer das gesagt hat, hat es jetzt wiederholt – um das klar und deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben Sie als Finanzminister einen Abschluss zu verantworten, bei dem die Neuverschuldung deutlich über der Investitionsgrenze liegt. Die formale Überschreitung der Verfassungsgrenze liegt immerhin bei 265 Millionen DM. Die eigentliche Überschreitung liegt aber bei 865 Millionen DM, da der Wiedereinstieg in die Helaba, finanziert durch den Verkauf der GWH, nun wirklich keine Neuinvestition ist. Das Finanzierungsdefizit liegt sogar über dem Kreditemächtigungsrahmen. Nur durch eine Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen konnte dies verschleiert werden. Auch das ist die Realität dessen, was Sie hier vorgelegt haben.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsabschluss 2001 ist finanzpolitisch eine schwere Hypothek für das Land Hessen. Über 80 % Ihrer selbst geplanten Nettoneuverschuldung des Jahres 2003 haben Sie jetzt schon verbraucht. Das ist die Realität. Trotzdem sagt Herr Kollege Lortz zum Haushaltsabschluss des Jahres 2001: Hessen

leistet einen wesentlichen Beitrag zur Finanzstabilität in Deutschland.

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall des Abg. Clemens Reif (CDU) – Zurufe von der CDU)

Herr Kollege von Hunnius steigert diese Aussage noch – hören Sie bitte genau zu –: „Hessens Haushaltspolitik ist solide.“ Meine Damen und Herren, verwegen und mutig ignorieren Sie die Fakten. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder wollen Sie eine Politik wie Herr Brüderle machen? Dazu habe ich auch noch ein schönes Zitat. Zum Stabilitätspakt sagt er: „Wir sollten unsere Verpflichtungen aus dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt suspendieren und für ein paar Jahre nicht so ernst nehmen.“ Das sagt Herr Brüderle auf Bundesebene. So weit zur seriösen Finanzpolitik – um auch das noch zum Schluss zu sagen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich die Landesregierung auffordern, sich konstruktiv in die Diskussion über einen nationalen Stabilitätspakt einzuschalten und endlich zu einer soliden und seriösen Finanzpolitik zurückzukehren. Aber ich füge hinzu, dass, was Letzteres unter der Verantwortung dieser Landesregierung betrifft, meine Hoffnungen gegen null gesunken sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Lortz für die CDU-Fraktion.

Frank Lortz (CDU):

Herr Präsident, Kollege Gerling, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war ein starkes Stück des – in Anführungsstrichen – haushaltspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, der sehr wenig zu den Rahmenbedingungen, die die Bundespolitik vorgibt, gesagt hat.

(Reinhard Kahl (SPD): Was?)

Herr Kollege Kahl, ich kann mich noch gut entsinnen, dass Sie, Ihr Altfraktionsvorsitzender Clauss und auch Herr Bökel uns in diesem Haus immer wieder vorgeworfen haben, die Situation in Hessen sei nur deshalb so gut, weil in den Jahren 1999 und 2000 die finanzpolitische Situation des Bundes, bedingt durch den Aufschwung, so gut gewesen sei. Das haben Sie uns anhand der Steuerzahlen vorrechnen wollen. Herr Kollege Kahl, wer den Aufschwung für sich in Anspruch nimmt, ist auch für den Abschwung im Bund mit verantwortlich. Dazu müssen Sie sich bekennen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Er weiß auch, dass es so ist. Die Bundesrepublik Deutschland – auch das wissen Sie – befindet sich in einer Rezession. Die Rezession ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer total verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Regierung in Berlin.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, sieben Monate vor der Bundestagswahl sind die finanziellen Rahmenbedingun-

gen schlechter als je zuvor in dieser Legislaturperiode. Die Konjunktur ist an die Wand gefahren, Herr Kollege von Plottnitz, und Deutschland hat unwidersprochen die rote Laterne in Europa.

(Lachen des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind vom Motor zum Bremsklotz geworden.

(Zurufe von der SPD)

– Wir sprechen jetzt über die finanziellen Rahmenbedingungen des Bundes. Hören Sie genau zu. Ich sage es Ihnen nachher noch einmal genauer, wenn Sie es wissen wollen.

Die falsche politische Weichenstellung von Schröder, Eichel & Co. bringt den Bundesländern und den Kommunen schier unlösbare Finanzprobleme. Es ist deshalb an der Zeit, dass Rot-Grün in Berlin den Hut nimmt.

(Beifall bei der CDU)

Die Ablösung dieser finanzpolitischen Dilettanten am 22. September ist das beste Konjunkturprogramm für einen Aufschwung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Sie bringen ja immer alle möglichen Entschuldigungen. Weder die Weltwirtschaft noch Sonderereignisse, Herr Kaufmann, wie der Anschlag vom September 2001 taugen zur Entschuldigung. Wir stehen vor einem hausgemachten Dilemma, verursacht durch ganz konkrete Fehlentscheidungen im Bund, die den Abschwung beschleunigt haben. Herr von Plottnitz, Sie kennen doch die Stichworte: Neid, Missgunst, 630-DM-Arbeitsverhältnisse, Scheinselbstständigkeit, Fehlmeldung bei der Reform der Sozialsysteme, Massenarbeitslosigkeit und eine Steuerreform, die die Großen entlastet und die Kleinen sowie den Mittelstand gängelt. Das und vieles mehr steht auf Ihrem Konto.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben nicht, wie der famose „Macher“ von Hannover, alles anders gemacht, sondern Sie haben das meiste schlecht gemacht. Wenn der Bundeskanzler Charakter und Anstand hätte, dann würde er nach seiner großspurigen Ankündigung, die Arbeitslosigkeit unter 3,5 Millionen zu reduzieren, von sich aus das Handtuch werfen und erst gar nicht mehr antreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich vermisse bei Rot und Grün, ich vermisse bei Ihnen nicht nur den Aufstand der Anständigen und den Anstand der Zuständigen, sondern, nach dem schlimmen Zustand der Unfähigen, insbesondere den Abtritt der Verantwortlichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege von Plottnitz, ich sage es Ihnen gern noch einmal, wenn Sie es nicht verstehen:

(Lachen bei der SPD – Hans Michael Maus (SPD): So etwas kann man nicht verstehen! – Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

den Aufstand der Anständigen, Anstand der Zuständigen, Zustand der Unfähigen und Abtritt der Verantwortlichen. – Das verstehen Sie wieder.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Alles schon einmal erlebt! – Zuruf des Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU))

Ich will zugestehen, dass es gewisse Anleihen auch bei Gerhard Schröder und Friedrich Merz gibt. Abgerundet und stimmig gemacht habe aber ich es. Deshalb wollte ich es Ihnen nicht vorenthalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, um die harte Rüge aus Brüssel zu verhindern – Herr Kollege von Hunnius hat dies gesagt –, hat Finanzminister Eichel die abenteuerliche Zusage gemacht, bereits im Haushaltsjahr 2004 die Nettoverschuldung der öffentlichen Haushalte auf null zu senken. Alle Experten halten dies für illusorisch.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU))

Mit dem heutigen Haushaltsdefizit von 2,7 % im Bund liegen wir einsam und isoliert am Schluss des europäischen Konzerts. Unsere Wachstumsrate ist mit 0,75 % – oder 0,5 %, je nachdem, wie Sie es haben wollen – im Eimer. Dies sehen im Übrigen nicht nur Unionspolitiker so. Herr Kollege von Plottnitz, auch der Haushaltssprecher der GRÜNEN, Herr Metzger

(Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört!)

– der bei diesem denkwürdigen Parteitag Ihrer Organisation am Wochenende in Baden Württemberg, wo aus 200 202 geworden sind; Sie haben Probleme mit Zahlen –, spricht von katastrophalen Zuständen.

(Reinhard Kahl (SPD): Qualitativer Unterschied!)

Auch sozialdemokratische Finanzminister in den Ländern wenden sich mit Grausen ab. Das ist nicht nur meine Meinung. So wird es auch von der Presse kommentiert. Das „Handelsblatt“:

Im Abwehrkampf gegen den blauen Brief aus Brüssel zeigt der Kanzler Nerven. Seine Hand zittert, und zwar heftig.

„Frost“, kann man dazu nur sagen.

(Heiterkeit bei der CDU)

„Schröder wird nervös“: „Stuttgarter Zeitung“. – „Bundesregierung war wieder einmal schlecht koordiniert“: „FAZ“. – „Steht derzeit kein guter Stern über der Regierung von Schröder und Fischer?“ : „Hannoversche Allgemeine“. – Wenn sie Recht hat, hat sie Recht.

Heute habe ich in der „FAZ“ gelesen: „Die Sozialdemokraten sind die schlechtesten Ratgeber beim Thema Finanzen.“

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das stimmt. Das finde ich gut, insbesondere weil dieses Zitat aus der „FAZ“ vom 27. Februar 2002 von mir ist. Aber es ist trotzdem gut.

Gute Ergebnisse in Wirtschafts- und Finanzpolitik haben auch etwas mit politischer Führung zu tun. Dies verdeutlicht Ihnen am besten die Tatsache, dass gerade in Ländern mit Regierungsbeteiligung der CDU oder der CSU ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen ist. Wenn Sie sich die Tabelle ansehen, stellen Sie fest, dass an erster Stelle beim Zuwachs des Bruttoinlandproduktes das Land Hessen mit 1,4 % steht. An zweiter Stelle steht das Land Baden-Württemberg mit 1,2 %, an dritter Stelle das Saarland mit 1,1 %. Daran wird deutlich, dass, nachdem Lafontaine weg ist, es auch dort wieder aufwärts geht.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Dann kommt Bayern mit 0,9 %. – Vier von CDU und CSU regierte Bundesländer stehen an der Spitze. Das heißt auch: Dort, wo die SPD, insbesondere wo die SPD gemeinsam mit der PDS regiert, herrscht wirtschaftliche Depression. An dieser Tatsache kommt auch keiner vorbei. Meine Damen und Herren, ohne die Wachstumsrate in den unionsgeführten Ländern hätte es im Jahr 2001 in Deutschland überhaupt kein Wirtschaftswachstum gegeben.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dies wollen wir auch einmal festhalten. Wenn Sie bei all diesen Fakten im Bund und in den Ländern die Finanzsituation des Landes Hessen so unqualifiziert und polemisch kritisieren,

(Reinhard Kahl (SPD): Och!)

wie Sie dies seit Wochen versuchen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Das ist eine glatte Unverschämtheit, Herr Kollege Kahl.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Wer macht denn das Durcheinander?)

– Ich sage etwas zu Hessen, keine Angst. Sie haben ja nur zu Hessen gesprochen. Der Bund war Ihnen nicht so ganz geheuer.

(Reinhard Kahl (SPD): Na also!)

– Na ja, na ja. Man weiß ja, wo ihr herkommt.

Die Lage in Hessen. Während der Bund am europäischen Ende dümpelt, liegt Hessen an der Spitze aller Bundesländer.

(Reinhard Kahl (SPD): Bei der Verschuldung! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

– Du kannst mir widersprechen. – Ich nenne folgende Beispiele. Bruttoinlandsprodukt 2001: Hessen ist Spitze.

(Zuruf des Abg. Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

– Man kann es den Sozialdemokraten gar nicht oft genug sagen, bis sie es kapiert haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Seit 1999 geht es aufwärts im Land, Herr Kollege Fischer. Bruttoinlandsprodukt 2001: Hessen ist vorn.

(Zuruf des Abg. Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

Entwicklung Hessen – Bund, Herr Kollege von Hunnius hat darauf hingewiesen: Hessen vor dem Bund.

Die Entwicklung der Bundesländer brauche ich Ihnen nicht in allen Einzelheiten vorzutragen. Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen: Hessen ist vorn. Bruttoinlandsprodukt in Europa: Wenn Sie den internationalen Vergleich sehen, dann werden Sie feststellen

(Zurufe der Abg. Eberhard Fischer (Hohenroda) und Heinrich Haupt (SPD))

– Herr Kollege Fischer, Sie sind aus Nordhessen und nicht aus Dänemark –, dass Hessen mit einem Bruttoinlandsprodukt von 185,3 Milliarden € deutlich vor allen anderen Bundesländern liegt, aber auch z. B. vor Dänemark, vor Finnland, vor Griechenland, vor Portugal und vor Irland. Wir sind also auch international und europäisch absolute Spitze.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Jetzt reden wir zur Verschuldung!)

– Zur Verschuldung komme ich auch.

(Zurufe der Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

Erst kommt das Guthaben, dann kommt die Verschuldung. Jetzt kommt also die Verschuldung. – Die Nettokreditaufnahme liegt in der Jahresrechnung bei 2,27 Milliarden DM. Damit ist sie um 285 Millionen DM über der Verfassungsgrenze.

(Heinrich Haupt (SPD): Getrickst! – Reinhard Kahl (SPD): Helaba!)

Dies müssen wir erstmals nach 1999 und 2000 festhalten.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): In Euro ist es nur die Hälfte!)

Durch gewisse Korrekturen, durch Kosmetik, das kennen Sie ja, wäre es möglich gewesen, dies zu vermeiden. Aber dies ist eine ernste Situation.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich nehme an, das ganze Haus wird das so sehen. Es ist eine ernste Situation.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt reden wir über die Verantwortung! – Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich persönlich bedauere dies auch sehr. – Da Sie jetzt so laut klopfen und Herr von Plottnitz im Begriff war, sich intellektuell darauf vorzubereiten, zu klopfen,

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

kann ich Ihnen nur sagen: Eine rot-grüne Regierung – Sie sprechen ja auch immer von den alten Zeiten –, die in vier Jahren hintereinander,

(Heinrich Haupt (SPD): Dank Waigel!)

1994, 1995, 1996 und 1997, verfassungswidrige Haushalte mit erheblich höheren Raten, als dies heute bei der CDU und der FDP der Fall ist, im Jahre 1997 mit einer verfassungswidrigen Überschreitung von knapp 1 Milliarde DM, aufgestellt hat,

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Hört, hört! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habt ihr doch jetzt auch! – Zuruf des Abg. Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

sollte bei dieser Frage ganz ruhig sein und unter dem Teppich Fallschirm springen, Herr Kollege Fischer.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich stimme Ihnen aber zu:

(Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Und jetzt?)

Es ist keine gute Situation. Dies ist durch den extremen Einbruch bei den Steuereinnahmen herbeigeführt worden.

(Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Aha!
– Reinhard Kahl (SPD): Nach dem 18. Dezember!)

Als Ergebnis – das kann ich Ihnen nicht vorenthalten – der verfehlten rot-grünen Steuerreform in Berlin ist der Landesanteil der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer von 2,5 Milliarden DM auf 342 Millionen DM gefallen. Das sind 1,9 Milliarden DM weniger Einnahmen. Das ist nicht zu kompensieren.

Meine Damen und Herren, dies ist keine hessische Krankheit, sondern dies haben wir in allen Bundesländern. Ich will Ihnen zwei Bundesländer nennen, die unter sozialdemokratischer Führung sind

(Reinhard Kahl (SPD): Es wäre spannend, was nach dem 18. Dezember passiert ist! – Heiterkeit bei der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– das passiert doch überall –, und zwar Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. In Nordrhein-Westfalen sind der Finanzierungssaldo und die Nettoneuverschuldung um über 4 Milliarden DM erhöht worden.

In Niedersachsen sind sie von 2,9 Milliarden auf über 7 Milliarden DM erhöht worden. Ich sage das nicht, um Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen anzugreifen. Das will ich gar nicht. Meine Vorfahren stammen aus dem Ruhrpott. Das würde ich mir gar nicht erlauben. Aber ich will Ihnen damit nur zeigen, dass andere Bundesländer in noch viel stärkerem Maße vom Wegfall der Körperschaftsteuer betroffen sind. Deshalb ist die Einnahmenseite auch eine schlechte Vergleichsbasis. Wichtig für uns als Haushaltspolitiker des Landes ist: Wie haben sich die Ausgaben entwickelt? – Hier ist das Land Hessen sehr diszipliniert. Mit 1,7 % Ausgabenzuwachs – ich spreche nicht von 1,2 % – liegen wir nicht nur unter den Empfehlungen des Finanzplanungsrates, nämlich 2 %, sondern auch deutlich unter dem Schnitt des Ausgabenzuwachses der Bundesländer, der 2,5 % beträgt. Mit diesen Daten können wir uns mehr als sehen lassen.

Der Bund und Hans Eichel haben es da viel einfacher. Die Steuereinnahmen im Bund waren im Soll 2001 384 Milliarden und im Ist in der Haushaltsrechnung 379 Milliarden. Das heißt, im Bund gab es eine Steuermindereinnahme von nur 1,3 %. Mit solchen Ergebnissen, Vorgaben und Voraussetzungen könnten natürlich auch die Bundesländer ein glänzendes Testat vorlegen.

Deshalb möchte ich Ihnen zusammenfassend sagen: Im Bund müssen – –

Präsident Klaus Peter Möller:

Jetzt müssen Sie zum Schluss kommen.

Frank Lortz (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. Sie sind lieb.

Im Bund müssen Rot und Grün am 22. September abgelöst werden. Mit besserer Wirtschafts- und Finanzpolitik hellen sich dann auch die Perspektiven für die Bundesländer auf. Ein letzter Satz, Herr Präsident: Im Land gilt es, mit sparsamer Haushaltspolitik und der Konzentration auf die politischen Schwerpunkte wie bisher die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung zu erhalten

und weitere Chancen für unsere Zukunft zu eröffnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Lortz, man sollte nicht den Rücktritt der Zuständigen fordern, wenn man zugleich hier den Auftritt des Rückständigen bietet.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie haben nämlich in Ihrer Rede auf einen Zustand rekurriert, den Sie erstens schon mindestens dreimal hier genannt haben und zweitens vielleicht noch vor dem Ende der letzten Woche hätten bringen können, als wir die tatsächlichen Finanzergebnisse des Landes Hessen aus dem vergangenen Jahr erfahren durften. Was wir heute erleben, ist eine neuerliche Steigerung der Dreistigkeit, mit der sich die Koalition aus der Verantwortung für ihre eigene desaströse Finanzpolitik stehlen will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Karlheinz Weimar und die Koalition knüpfen nahtlos an die höchst peinlichen Beweise ihrer finanzpolitischen Verantwortungslosigkeit von Ende vergangenen Jahres an. Wer sich dann hierhin stellt und so redet, wie Sie das eben getan haben, der muss verdammt viel Mut oder Unverfrorenheit haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Diese Worte haben wir am 12. Dezember aus dem Mund eines Koalitionsredners gehört. Das war damals der Kollege Denzin. Heute sage ich Ihnen, insbesondere Herrn Kollegen Lortz und Herrn Kollegen von Hunnius, diese Worte müssen Sie gegen sich selbst gelten lassen. Was Unverfrorenheit angeht, ist der Kollege von Hunnius in jüngster Zeit auch auf anderer Ebene aufgefallen. Hier hat er seine Rede ohne Erstattung für Verdienstausschlag halten müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Vorwurf der Unverfrorenheit, den Sie damals ausgesprochen haben, ist doch in Wahrheit ein Ausdruck Ihrer totalen Panik. Denn mit lautem Krachen sind Sie aus Ihrem Traum, in Hessen angeblich gute Finanzwirtschaft zu machen, erwacht und auf dem Boden der Realitäten aufgeschlagen. Es war allerdings kein Traum eines unschuldigen Schlafers, Herr Kollege Lortz, der nach seinem Polospiel mit dem großzylindrigen Wagen nach Hause fährt und sich dann von den Anstrengungen des Tages erholt, sondern es war der Traum, der sich für Hessinnen und Hessen bedauerlicherweise zum Albtraum entwickelt hat. Denn die Hessinnen und Hessen schätzen alles andere mehr, als die Staatsfinanzen in den Händen von Bankrotteuren zu wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie sagte doch der Kollege Lortz am 12. Dezember? – Herr Kollege, vielleicht würden Sie mir Ihr geneigtes Ohr etwas zuwenden. – Ich zitiere: „Wir sind deutlich unter der Verschuldungsgrenze.“ Das bezog er auf alle Haushalte dieser Regierung, die dieser Finanzminister eingebracht hat, und vor allem auf alle Haushalte in der Istrechnung. Er sagte das übrigens nicht in ruhigem Ton, sondern er brüllte es förmlich heraus. Auf meinen Zwischenruf kam dann die Antwort – ich zitiere nochmals –: „Ich schreie so laut, weil Sie schlecht hören. Alle Haushalte von CDU und FDP sind verfassungsgemäße Haushalte.“ Wie heißt es im Sprichwort doch so richtig? – Wer brüllt, hat Unrecht. Nicht wahr, Herr Kollege Lortz?

Hessen hat im Jahr 2001 einen negativen Finanzierungssaldo von 2.336 Millionen DM produziert. Das sind 2,3 Milliarden DM. Dabei wurde auch schon wieder mit Tricks gearbeitet, um die Nettoneuverschuldung mit 2.272 Millionen DM gerade noch im Rahmen dessen zu halten, was als absolute Grenze des Kreditermächtigungsrahmens vorgesehen ist. Der Finanzminister hat das im Haushaltsausschuss erläutern müssen. Wenn ich seine Zahlen richtig interpretiere, ist da ein inneres Darlehen des Landes für sich selbst aus Rücklagemitteln der Abwasserabgabe in Höhe von rund 100 Millionen DM enthalten, weil sonst die Kreditlinie – hören Sie gut zu – überschritten gewesen wäre und er kein Geld von der Bank mehr hätte bekommen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dies ist die Situation, in der sich Hessens Finanzen nach nicht einmal drei Jahren seit dem Regierungsantritt von Roland Koch und seiner schwarz-gelben Koalition befinden, wobei man einschränkend noch sagen muss, dass die genaue Analyse des Haushaltsabschlusses 2001 möglicherweise das Bild noch etwas mehr verdüstern wird.

Die Investitionsquote dümpelt weiterhin im historischen Tief herum, und die Schulden steigen rasant an. Ich sagte es bereits: Der Haushalt ist keineswegs innerhalb der Verfassungsgrenze. Er läuft rundweg auf Rekordverschuldung zu. Ich spreche bewusst von Rekordverschuldung, denn nach meinen Berechnungen haben Sie Platz zwei in den historischen Verschuldungsrekorden, was die Nettoverschuldung angeht, schon erreicht. Wenn man den Helaba-Einstieg, der zwar formal als Investition gilt, aber de facto keine zusätzlichen neuen Werte schafft, hinzurechnet, dann ist diese Regierung im dritten Jahr ihres Amtierens absolute Spitze, was die Höhe des Verfassungsbruchs angeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da stellt sich der Finanzminister hin und erklärt der Öffentlichkeit: Jawohl, der Haushaltsvollzug 2001 ist verfassungswidrig. – Da muss doch einmal gefragt werden, wer das zu verantworten hat. Was hat der Finanzminister eigentlich getan? Er hat doch nicht nur die Verantwortung, sondern auch die exekutiven Rechte, um ein solches Desaster zu verhindern. Wie er sich jetzt verhält, drängt sich der Eindruck auf, er habe absichtlich nichts getan. Deshalb frage ich Sie, Herr Finanzminister: Müssen wir tatsächlich einen Verfassungsbruch durch pflichtwidriges Unterlassen Ihrerseits hier konstatieren? Denn das ist der Vorwurf, den man Ihnen machen muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben bereits eingeräumt, dass die Verfassung gebrochen wurde. Was heißt denn das? Der Finanzminister bestätigt, dass seine Amtsführung verfassungswidrig ist. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, was tun Sie daraufhin? In diesem Falle wäre es vielleicht wieder einmal angezeigt, dass Sie in die Hessische Verfassung schauen. In Art. 147 steht, dass Sie Widerstand dagegen leisten müssen. Doch was tun Sie? – Sie reden das hier schön. Sie versuchen, über andere Dinge, den Bund, die Vergangenheit, und was weiß ich, zu reden, aber nicht über das, was der Finanzminister zu verantworten hat. Aber wir wissen schon: Anderen die Schuld zu geben und sie von sich wegzuweisen ist eine Maßnahme, die Sie bisher am allerbesten geübt haben.

Man muss sich noch einmal erinnern, mit welchem Hochmut die Mehrheitsfraktionen stets die Kritik der Opposition zurückgewiesen haben. Von soliden Finanzen wurde gefaselt und sich bis in die Behauptung verstiegen, Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit seien überhaupt erst mit Karlheinz Weimar, Frank Lortz und dem Kollegen von Hunnius in Hessen eingezogen.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wo nehmen Sie eigentlich die Chuzpe her, so aufzutreten? Als Krönung haben Sie heute noch Ihren Antrag präsentiert. Haben Sie nicht einmal mehr einen Rest Schamgefühl? Sind Sie derart in die irdischen Realitäten entrückt, dass Sie wahr und unwahr überhaupt nicht mehr unterscheiden können? Ist Verantwortungslosigkeit nicht nur ein Dauerzustand bei dieser Regierung, sondern mittlerweile geradezu zu einem Leitbild geworden? Es ist doch Fakt, dass nicht der Bund, sondern die Länder der EU die Veranlassung gegeben haben, die Entwicklung mit größter Sorge zu betrachten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Denn vom Jahr 2000 auf das Jahr 2001 haben die Länder ihre Neuverschuldung um mehr als 300 % gesteigert.

(Beifall der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist doch genau dieser atemberaubende Sprung in die Schuldenfalle, der Brüssel zu Recht alarmieren muss. Mit Ihrer sinisternen Logik, die Kollege Lortz noch einmal vorgeführt hat, stellen Sie dessen ungeachtet fest,

dass das Verhalten der ... Bundesregierung ... den europäischen Stabilitätspakt nachhaltig beschädigt und die europäische Einheitswährung schwächt.

So weit das Zitat aus Ihrem Antrag. Wenn der europäische Stabilitätspakt nachhaltig geschwächt wird, dann geschieht dies durch das Verhalten des Schuldenmachens der Länder. An führender Stelle ist das Land Hessen mit dabei. Denn Sie haben es überhaupt nicht in den Griff bekommen, mit den Einnahmen umzugehen. Das finanzpolitische Versagen der Länder – auch und gerade das Hessens – ist es doch, das den Stabilitätspakt beschädigt. Das beweisen auch die Zahlen.

Es ist fast schon ein Treppenwitz der Geschichte. 1992 wurde in Maastricht das Versprechen, auf solide Staatsfinanzen zu achten, feierlich zelebriert. Es waren vor allem Helmut Kohl und Finanzminister Waigel, die auf den Abschluss des Stabilitätspaktes drängten und für Sanktionen eintraten. Ich erinnere daran, dass Herr Waigel immer mit

dem Satz auftrat: 3,0 ist 3,0. – Unterstützt wurde er dabei durch das Echo von Edmund aus dem Freistaat, der über das „Esperanto-Geld“ maulte und seine Stirn in Sorgenfalten legte. Heute sind es dieselben Leute und ihre politischen Freunde, die sich da herausmogeln wollen. Herr Stoiber hat ganz nach dem alten Motto von Herrn Waigel erklärt, 3,0 sei 3,0, man liege aber erst bei 2,6, es sei noch Platz bis 3,0. Das zeigt doch, dass die Union nicht nur keine Ahnung von Haushaltskonsolidierung hat. Vielmehr ist es so, dass sie nicht einmal dieses Wort zu kennen scheint.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der eigentliche Grund Ihres Antrages ist doch, dass Sie tatsächlich vollkommen ratlos darüber sind, wie Sie die von Ihnen versprochene solide Staatshaushaltswirtschaft und die Beendigung des Schuldenmachens erreichen wollen. Denn das steht in der Koalitionsvereinbarung. Das zeigt sich auch daran, dass Sie nur über die Entwicklung der Ausgaben reden wollen. Herr Kollege Lortz und Herr Kollege von Hunnius haben beide das hier vorgeführt. Dabei weiß doch eigentlich jeder, dass in einer Bilanz Einnahmen und Ausgaben eine Rolle spielen und dass, wenn man verantwortliche Politik machen will, gerade auch der Seite der Finanzierung Beachtung geschenkt werden muss.

Meine Damen und Herren, offensichtlich können Sie kein Konzept vortragen, das aussagt, wie die ständig steigende Neuverschuldung endlich nachhaltig zurückgeführt werden kann. Deshalb beschimpfen Sie den Bundesfinanzminister und wollen wieder einmal eine Lösung von ihm. Schon bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs waren Sie auf Hans Eichel angewiesen – mit „Sie“ meine ich die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen –, um am Ende den Kompromiss abzuschließen. Ohne ihn – sprich: ohne Hans Eichel und seinen Beitrag – wäre doch das ziellose Streiten über den Länderfinanzausgleich bis heute noch im Gange.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Jetzt prügeln Sie wieder auf den ein, der für die Lösung einstehen soll. Einstimmige Beschlüsse der Finanzministerkonferenz sind wohlfeil, wenn sie nach dem Motto formuliert sind: Andere mögen Lösungen erarbeiten, während wir Forderungen erheben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr verehrter Herr Finanzminister, wer sich so verhält, ist Teil des Problems und keineswegs Teil der Lösung. Offensichtlich will er das auch gar nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Weil Sie das nicht wollen, verwenden Sie in Ihrem Antrag das Wort „fordern“ mehrere Male. Nicht ein einziges Mal tauchen so Worte wie „Angebot“ oder „Konzeption“ auf. Ich sage Ihnen sehr klar und deutlich: Es gibt allerdings auch eine Bringschuld z. B. des Landes Hessen, wenn man den Stabilitätspakt erreichen will. – Ihr Verhalten zeigt aber ganz deutlich: Offensichtlich wollen Sie das überhaupt nicht. – Denn Sie reden nur von den Ausgaben und behaupten, Sie hätten diese gut im Griff. Für das Problem bei den Einnahmen könne man halt nichts, dann müsse man halt Schulden machen. Welcher Mensch könnte sich das privat erlauben? Welche Gesellschaft könnte sich das erlauben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen: Die Ausgaben steigern wir nur geringfügig. Wenn wir jetzt pleite sind, liegt dies daran, dass wir keine Einnahmen hatten, daran sind andere schuld. – Sie haben noch nicht einmal einen Plan oder den Hauch einer Ahnung, wie Sie zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen können. Aber andere beschimpfen können Sie. Sie versuchen, die Verantwortung weiterzuschieben.

(Zuruf von der CDU: Frechheit!)

Schauen wir uns einmal den Sachverhalt an, der hier, auch vom Kollegen Lortz, so kritisiert worden ist. Um die Warnung aus Brüssel zu umgehen, hat Eichel zugesichert, bis zum Jahre 2004 die gesamtstaatliche Neuverschuldung in die Nähe von null zu bringen. Da ist die Sozialversicherung mit eingerechnet. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass das keine der Fantasie entsprungene Größe ist. Vielmehr ist dies eine Forderung der EU-Kommission, die auch vorher schon bekannt war. Sie wurde bereits seit längerem erhoben und ist nicht sozusagen von Herrn Eichel erfunden worden. Eichel hat doch Recht, dass er anmahnt, dass ein nationaler Stabilitätspakt für die Verteilung der Defizite sorgen muss.

Übrigens ist dies eine Sorge, die wohl zum Amt des Finanzministers gehört. Denn unter anderen politischen Vorzeichen gab es in der Vergangenheit schon einmal den gleichen Anlauf. Damals hat es Finanzminister Waigel versucht. Jedes Mal haben die Länder blockiert. Das wird so aber nicht weitergehen können, wenn man nicht zu demjenigen werden will, der zu sein Sie jetzt dem Bundesfinanzminister unterstellen. Sie behaupten nämlich, er gefährde die europäische Stabilität. Für uns wäre es wichtig, zu erfahren, was die Landesregierung tatsächlich an Vorstellungen hat, um das Ziel einer ausgeglichenen Haushaltswirtschaft und das Ende des ständigen Machens von neuen Schulden zu erreichen. Dazu haben wir bisher nichts gehört. Dazu steht nichts in Ihrem Antrag. Das fällt damit auf Sie zurück. Es ist deshalb eben auch völlig falsch – und es ist auch keine Politik –, dass man, statt selbst Leistung zu erbringen, andere zum Sündenbock stempeln will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in dem Augenblick, in dem der Verfassungsbruch durch die Landesregierung offensichtlich wird und auch eingeräumt worden ist, stellen Sie, die Vertreter der Koalitionsfraktionen, Forderungen an andere. Sie sollten Forderungen an sich selbst stellen. Denn Sie sind offensichtlich am Ende Ihrer Politik auf Pump angelangt. Die Hessinnen und Hessen werden Ihnen das auch immer deutlicher sagen. Wer so verantwortungslos wie Sie mit den Finanzen des Staates umgeht, sollte sich nicht einbilden, dass er irgendein Recht hat, für sich mehr Kompetenzen einzufordern. Auch das tun Sie noch mit diesem Antrag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer seine totale Inkompetenz so nachdrücklich unter Beweis gestellt hat wie Sie mit Ihrer Finanzpolitik in Hessen durch Ihre schwarz-gelbe Koalition, hat jedes Recht verloren, nach mehr Kompetenzen zu rufen. Sie haben abgewirtschaftet und sind bei der Diskussion über finanzwirtschaftliche Probleme kein ernsthafter Partner mehr. Es ist für uns alle höchst bedauerlich, dass von Ihnen Ruf und Rang Hessens im bundesweiten Konzert der Finanzpolitik immer weiter demoliert werden. Schon jetzt hat das einen höchst beklagenswerten Zustand. Hessen, das Land, das den Finanzplatz Nummer eins im Euroland beherbergt, führt finanzpolitische Debatten nach der Sandkastenmethode – Herr Kollege Lortz hat uns das gerade eben

wieder vorgemacht –: Hier kommt ein Schüffelchen voll Sand, damit ich dein Förmchen haben kann.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn Sie aus diesem Kindergarten nicht herauskommen und endlich eine vernünftige Finanzpolitik für Hessen machen, wird es allerhöchste Zeit, dass Sie abtreten. Darauf werden wir noch ein Jahr warten müssen. Aber dann werden wir das geschafft haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Träume weiter!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Gibt es noch Wortmeldungen? – Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Finanzminister Eichel will in diesen Tagen durch Beschuldigung der Länder und Gemeinden von seiner katastrophalen Bilanz der Finanz- und Wirtschaftspolitik ablenken. Die Opposition des Landtags ist ihm unter Aufgabe hessischer Interessen noch willfähriger Helfer dabei.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach je!)

Die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister haben es in den drei Jahren ihrer Regierungstätigkeit geschafft, in Europa Schlusslicht hinsichtlich des Wirtschaftswachstums zu werden. Die Bundesregierung hat 4,3 Millionen Arbeitslose produziert. Nachdem ihr ein blauer Brief aus Brüssel drohte, will sie jetzt Länder und Gemeinden haftbar machen.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Weimar, der galt Ihnen!)

Das ist schäbig und der Sache völlig unangemessen. Das wird noch schlimmer, wenn Sie als Opposition des Hessischen Landtags diese Argumente aufgreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Man muss sich das einmal vorstellen: Die Bundesrepublik Deutschland wollte im Maastrichter Vertrag harte Klauseln für Stabilität und Wachstum mit Blick auf andere Länder, insbesondere aus dem mediterranen Raum, haben und hat diese durchgesetzt. Jetzt sind wir die Ersten, denen wegen der vereinbarten Kriterien ein solcher Brief hätte zugestellt werden müssen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welch eine Blamage für die rot-grüne Bundesregierung – und leider auch für Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Von der Konjunkturlokomotive und vom Klassenbesten zum Sitzenbleiber.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat so viele Schulden gemacht?)

Es war ein schwerer Fehler, den blauen Brief nicht zu akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Ausbrechen eines großen und bedeutenden Landes der EU wird die Disziplin der anderen Länder aufweichen. Wir sind zudem erpressbar geworden und werden Preise auf anderen Gebieten – bis hin zu Personalentscheidungen – zu zahlen haben. Wohl noch nie hat eine Bundesregierung international einen so schweren Fehler begangen wie die rot-grüne Bundesregierung im Zusammenhang mit dem blauen Brief aus Brüssel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Was sind die Gründe für dieses Desaster in Deutschland? Die Wachstumsschwäche, die uns zum Schlusslicht in Europa hat werden lassen, ist hausgemacht. Ein völlig überregulierter Arbeitsmarkt schafft keine Arbeitsplätze. Eine völlig missratene Steuerreform hat den Mittelstand geschwächt und die großen Firmen bei der Körperschaftsteuer und durch das Außensteuergesetz aus der Finanzierung des Staats entlassen. Die Sozialsysteme sind über die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer belastet, und es erfolgen keine Reformen. Die Ökosteuer, die Steuerverluste aus dem UMTS-Lizenz-Verkauf und die Verlagerung von Lasten auf Länder und Gemeinden haben die Leistungsfähigkeit dieser Ebenen und der Bürger empfindlich geschwächt.

Statt sich an die eigene Nase zu fassen, sieht Herr Eichel jetzt in bewährter Manier eines Gescheiterten die Schuld bei anderen. Plötzlich sind die Länder und Gemeinden an der Finanzmisere Deutschlands schuld, und die Opposition in diesem Hause unterstützt dieses schäbige Manöver auch noch. Herr Eichel hat in Brüssel eine Zusage gemacht, 2004 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies kann er nach eigenen Worten jedoch nur erreichen, wenn schon 2003 ein Wirtschaftswachstum von mindestens 2,5 % im Jahresschnitt erreicht wird. Glaubt dies im Hause irgendjemand – bei dieser Bundesregierung?

Zusätzlich müssten die Länder und Gemeinden ebenfalls praktisch ausgeglichene Haushalte haben. Die Reaktion der Länder – ich betone: aller Länder – war eindeutig. „Blankes Entsetzen in den Ländern“, so lautete die Überschrift in den Zeitungen. Um dies noch genauer zu belegen, hier einige Zitate.

Gernot Mittler, SPD Rheinland-Pfalz, sagt, Eichels Ziel, die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden binnen drei Jahre fast auf null zu reduzieren, sei für seinen Landeshaushalt nicht darstellbar. In Bezug auf Rheinland-Pfalz könne er sich nicht vorstellen, wie dies erreicht werden könnte.

Dagmar Ziegler, SPD Brandenburg, sagt: Der Bund darf sich nicht auf Kosten der Länder und Kommunen sanieren. Bundesweit bis Ende 2004 die Neuverschuldung auf etwa 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts herunterzufahren ist kaum erreichbar.

Finanzminister Aller, SPD Niedersachsen, sagt, ein vollständiger Ausgleich aller staatlichen Haushalte sei Wunschdenken. Dazu reichten Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen nicht aus. Zudem könne der Bund sicher schneller als die Länder gegen null steuern, und reiche Länder schneller als ärmere. Er fährt fort: „Konse-

quente Konsolidierung Ja, aber Kaputtsparen Nein.“ Weiter: „Die Schulden steigen nicht, weil wir zu viel ausgeben, sondern weil wir zu wenig einnehmen.“

Peer Steinbrück, Nordrhein-Westfalen, ebenfalls der SPD angehörig, sagt: Allein durch Einsparungen sind die Ausfälle nicht wettzumachen. – Der bayerische Finanzminister Faltlhauser hat zu den Vorhaltungen von Eichel bemerkt: Sie sind nur peinlich. – Herr Sarrazin aus Berlin sagt dazu: Mehreinsparungen sind nicht drin. – Nochmals Herr Steinbrück aus Nordrhein-Westfalen: Bis 2005 wolle man das Defizit des eigenen Etats auf rund 2,5 Millionen € senken.

Ministerpräsident Gabriel sagt dazu: „Ich halte seine“ – Eichels – „Zusagen für mutig und jedenfalls, was das Land Niedersachsen betrifft, für so nicht erreichbar.“ Er sagt weiter: „Im ersten Semester Volkswirtschaftslehre lernt man: Wenn bei einem Konjunkturbruch Steuereinnahmen wegbrechen, darf man nicht auch noch die Ausgaben kürzen, sondern muss in Kauf nehmen, dass das Sinken der Nettoneuverschuldung eben etwas länger dauert. Daher bin ich dagegen, hier Jahreszahlen zu nennen.“

Über den Inhalt dieses Zitat kann man streiten. Ich halte aber fest, dass dies die einheitliche Linie aller Bundesländer ist. Damit wird der Vorwurf der Opposition und insbesondere der SPD als ein taktisches Manöver hier im Hessischen Landtag entlarvt, das mit der Wahrnehmung Ihrer Kollegen von der SPD auf Bundesebene nichts, aber auch gar nichts gemeinsam hat.

(Armin Claus (SPD): Gerade Sie reden von taktischen Manövern!)

Dieser Vorwurf ist doch völlig absurd. Die Absurdität der Vorwürfe von Herrn Eichel zeigt sich an der geschlossenen Front aller Finanzminister der Bundesländer, insbesondere auch der SPD-geführten Länder. Die unsäglichen Vorwürfe haben zu einem 16 : 0-Beschluss der Bundesländer geführt. Alle 16 Bundesländer haben also dem Beschluss zugestimmt.

Dabei ist besonders herauszustellen, dass die Länder den Bundesfinanzminister aufgefordert haben, auf einer Sondersitzung des Finanzplanungsrates erste Vorschläge zur Erörterung zu unterbreiten, wie die vom Bund gegenüber der Europäischen Union eingegangene Stabilitätsverpflichtung bis 2004 auf den unterschiedlichen Ebenen umgesetzt werden kann. Wir sind bereit, mit dem Bund über den Abbau des nationalen Defizits zu verhandeln, sobald dieser Vorschläge auf den Tisch legt. Aber es muss doch etwas vorliegen, über das wir überhaupt sprechen können, wenn der Bund in Brüssel diese Zusage gegeben hat.

Klar ist jedoch, dass drei Dinge notwendig sind, um über einen solchen Stabilitätspakt zu reden. Ich hoffe sehr, dass wir wenigstens an dem Punkt auch auf die Unterstützung der Opposition in diesem Hause setzen können.

Erstens. Der Bund muss in die Deckungsquotendiskussion einsteigen und den Ländern mehr Steuereinnahmen überlassen. Dies gilt insbesondere bei der Familienförderung, bei der in der Verfassung eine Quote von 74 : 26 % festgelegt ist. Diese Quote wird zulasten der Länder deutlich unterschritten.

Zweitens. Der Bund darf keine neuen Aufgaben auf die Länder und Gemeinden ohne finanziellen Ausgleich übertragen.

Drittens. Der Bund muss sofort darlegen, welche Schritte er einleiten will, um auf der Einnahmen- und Ausgaben- seite zu einem Defizitabbau beizutragen, auch auf der Ebene der Länder und Gemeinden.

Die Bundesregierung und Herr Eichel sind in Brüssel eine Verpflichtung eingegangen. Sie haben den ersten Beitrag zur Lösung des Problems durch einen umfassenden Katalog zu leisten. Ich stelle nur fest: Davon ist im Moment überhaupt nichts zu sehen.

(Beifall bei der CDU)

Insoweit sind alle Forderungen von Herrn Eichel derzeit eine völlige Luftnummer.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass der Bund durch eine große Zahl von verschiedenen Maßnahmen die Länder und Gemeinden in den letzten Jahren in vielfältiger Weise um Milliardenbeträge belastet hat. Dies hat uns schwer getroffen und überlastet die Länder und die Gemeinden.

Es gibt zwischenzeitlich eine Zusammenstellung von 75 finanzwirksamen Maßnahmen aus der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, die Länder und Gemeinden betreffen und quantifiziert aufgelistet sind. Es wäre schön, wenn Sie einmal zur Kenntnis nähmen, in welchem Umfang der Bund versucht hat, sich zulasten der Länder und Gemeinden zu sanieren. Gleichzeitig hat er die Ökosteuern in vollem Umfang kassiert, die UMTS-Lizenz-Einnahmen abgeschöpft – obwohl wir jetzt bei den Steuerausfällen beteiligt werden – und Lastenverschiebungen, z. B. in den Bereichen Bereitschaftspolizei und Wohnungsbau, in die Landeshaushalte und in die kommunalen Haushalte vorgenommen.

Das ist alles quantifizierbar. Das ist eigentlich ein Punkt, wo diejenigen, die in den Ländern Verantwortung tragen, nicht auf den Finanzminister eindreschen, sondern dafür sorgen sollten, dass in Berlin eine Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern gemacht wird, die tatsächlich gerecht ist und uns die Luft zum Atmen lässt. Das ist derzeit klassischerweise nicht der Fall und führt dazu, dass alle 16 Bundesländer dies einheitlich so feststellen.

Die Absurdität der Vorwürfe von Herrn Eichel und der hessischen Opposition wird auch aus der Abwicklung des hessischen Haushalts 2001 deutlich. Wir konnten gar nicht so schnell sparen, wie uns die Steuereinnahmen wegen der Konjunktur und der missratenen Steuerreform weggebrochen sind. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir im Jahre 2001 – hören Sie bitte zu – 648 Millionen DM weniger ausgegeben haben, als dies im Haushaltsansatz geplant war.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie von der Opposition Leistungen verlangen, dann nehmen Sie diese Zahl bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist der Ausweis einer außerordentlichen Anstrengung dieser Landesregierung, ohne dass wir die politischen Grundpfeiler dieser erfolgreichen Politik der Landesregierung angetastet haben.

Damit haben wir die Einsparvorgabe Mitte des Jahres 2001 in Höhe von 250 Millionen DM im weiteren Haushaltsvollzug noch erheblich unterschritten. Besonders erfreulich ist dabei, dass die Personalausgaben um 427 Millionen DM bereinigt unter der Basis 1999/2000 im Vergleich der damals gezahlten zu den heutigen Gehältern liegen. Dies ist eine beispiellose Kraftanstrengung. Es ist

zu vermehren, dass wir bereits jetzt ca. 900 Millionen DM Personalkosten durch die Budgetierung eingespart haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Damit konnten wir praktisch alle Mehrkosten für die Unterrichtsgarantie und die Hochschulen bezahlen. Die Investitionen in die Köpfe wurden aus dem Haushalt durch Umschichtung gezahlt und zeigen die Leistung dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Investitionsausgaben sind nur um 234 Millionen DM im Haushaltsvollzug unter dem Ansatz geblieben. Dies ist eines der besten Ergebnisse der letzten zehn Jahre. Immerhin ist im Ist des Jahres 2001 bei den Investitionsausgaben eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2000 eingetreten. Auch damit kann sich das Land Hessen in einem Jahr der extremen Haushaltsprobleme sehr gut sehen lassen. Die Vorwürfe der Opposition hinsichtlich der Finanzpolitik im Lande Hessen sind zurückzuweisen.

Insgesamt ist dies nach den Berechnungsmodalitäten des Bundes eine Ausgabensteigerung von 1,7 %. Wir liegen damit deutlich unter den Vorgaben des Finanzplanungsrates. Sie erinnern sich bitte. Noch vor einigen Wochen hat uns der Bundesfinanzminister beschuldigt, wir würden bei den Ausgaben dramatisch über den Festlegungen des Finanzplanungsrates liegen. Die SPD hat sich nicht entblödet, in dieser Frage sofort darauf zu hüpfen, obwohl es sich um die Quartalszahlen vom dritten Quartal des Jahres 2001 handelte, in denen noch die erhöhten Abführungen des Länderfinanzausgleiches waren, und damit noch auf die Mühle geredet, dass wir von Berlin aus schlechter geredet worden sind, obwohl wir mit unseren Zahlen im Bereich des Finanzplanungsrates liegen.

Lediglich nachrichtlich, um die tatsächliche Ausgabensteigerung besser beschreiben zu können, teile ich Ihnen mit, dass die Ausgabensteigerung ohne Länderfinanzausgleich und ohne Helaba-Einstieg lediglich bei 1,2 % liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, dabei muss man bedenken, dass etwa 0,6 bis 0,7 % dieser Steigerung durch die Lohnerhöhung verursacht wurden, an der wir gerade gar nichts machen können, weil es um Tarifverträge bzw. Festlegungen geht, die wir einfach bezahlen müssen. Ich denke, deswegen ist diese Leistung herausragend. Im Vergleich dazu war die Steigerung bei allen Ländern 2,5 %, bei den westlichen Ländern insgesamt sogar 3,1 %.

Meine Damen und Herren, damit liegen wir deutlich unter dem Ausgabenzuwachs der übrigen Länder. Es fragt sich, welche Vorwürfe die Opposition eigentlich angesichts dieser Zahl über unsere finanzwirtschaftlichen Leistungen noch erheben will.

Trotz dieser erheblichen Einsparbemühungen haben wir mehr Lehrer, Geld für Hochschulen, Forschung, Straßenbau, innere Sicherheit und Justiz bereitgestellt. Wir haben das Land trotz unserer Sparanstrengungen zukunftsfähig gemacht.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Dies sieht man auch an dem Wirtschaftswachstum von 1,4 % durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, einem neuen Bildungsklima und einer deutlich verbesserten Lage der inneren Sicherheit. Darauf sind wir sehr stolz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Trotz des überproportionalen Wachstums der Wirtschaft in Hessen gegenüber dem Bund sind bei uns wegen der Steuerreform und der Einbrüche des Wirtschaftswachstums die Einnahmen dramatisch eingebrochen. Dies ist das eigentliche Problem der Länder und Gemeinden und damit auch des Landes Hessen. Die Körperschaftsteuer fiel von brutto ca. 5,53 Milliarden DM im Jahre 2000 auf nur noch 355 Millionen DM.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister, nur zur Orientierung: Die Fraktionsredezeit ist zu Ende.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Ich mache es trotzdem. Herr Präsident, ich verstehe das, aber ich möchte es trotzdem.

Präsident Klaus Peter Möller:

Sie verstehen meinen Hinweis, und Sie haben ein verfassungsmäßiges Recht.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Netto blieben uns noch 341 Millionen DM. Dies sind 1,91 Milliarden DM weniger als im Jahre 2000 – 1,917 Milliarden DM nur Körperschaftsteuer sind durch diese Steuerreform weggebrochen.

Wenn Sie sehen, welche Anstrengungen wir auf der Ausgabenseite erfolgreich unternommen haben, sehen Sie, mit welchen Blöcken wir dort zu kämpfen haben. Deswegen geht die Frage nicht dahin, ob die Hessische Landesregierung alles gemacht hat, sondern es geht die Frage dahin, wie eine rot-grüne Regierung in Berlin eine Steuerreform verabschieden konnte, in der sich die großen Unternehmen an der Finanzierung dieses Staates nicht mehr beteiligen. Sie müssten sich für eine solche Steuerreform schämen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die kleinen Leute bezahlen noch den Staat, und in der Körperschaftsteuer fällt alles aus. Da treten Sie hier an und machen dieser Landesregierung Vorwürfe, wir hätten unsolidarisch gewirtschaftet. Das ist völlig neben der Sache.

Ursprünglich hat Herr Eichel prognostiziert, dass die nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in gleicher Höhe wächst, wie die Körperschaftsteuer einbricht. Diese steigt jedoch in Hessen nur um 119 Millionen DM. Damit war die Prognose von Herrn Eichel, die natürlich auf den Haushalt Einfluss genommen hat, um fast 1,8 Milliarden DM zulasten des Landes Hessen falsch. So viel zu der Frage Prognosegenauigkeit, richtige Zahlen und Vorgaben auch für den Arbeitskreis Steuerschätzung.

(Norbert Kartmann (CDU): So etwas nennen die Genossen hier Täuschung!)

Absurd ist auch der Vorwurf der Opposition, wir hätten einen falschen Nachtrag vorgelegt. Meine Damen und Herren, erst einmal müssten Sie von der Opposition Ihre Argumente ordnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Sie erinnern sich vielleicht noch. Noch im Herbst haben Sie behauptet, mit der Erhöhung der Nettoneuverschuldung – das war insbesondere dieser Spitzenhaushalts-mensch Bökel – wollten wir uns ein Polster für den Wahlkampf schaffen. Wir hätten die Nettoneuverschuldung im Nachtrag nach Meinung der Opposition nicht erhöhen dürfen. Jetzt sagen Sie, die Landesregierung und der Finanzminister hätten gewusst, dass die Steuereinnahmen noch weiter einbrechen

(Reinhard Kahl (SPD): Um 18 %!)

und damit höhere Schulden notwendig sind. Bei der Opposition geht es bei der Auswahl der Argumente offensichtlich nach dem Motto: „Wie es euch gefällt“, aber jedenfalls völlig unseriös.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Finanzminister Eichel hat selbst zugegeben, dass zum Jahresende ein unerwarteter Steuerrückgang – wie er es bezeichnet hat – von 8,2 Milliarden €, also über 16 Milliarden DM, noch eingetreten sei. Wir haben im Dezember, nur um ein Beispiel zu geben, fast 802 Millionen DM weniger Körperschaftsteuer eingenommen – in einem Monat netto etwa 400 Millionen DM.

Die Lohnsteuer lag um ca. 60 Millionen DM niedriger. Auch hier wird deutschlandweit zum Teil in Frankfurt abgerechnet. Die gute Situation bei den Arbeitsplätzen in Hessen, aber gleichzeitig der Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Bundesländern führen dazu, dass unsere Lohnsteuerabrechnung trotzdem nach unten geht, weil hier zentral abgerechnet wird.

80 Millionen DM mussten wir zusätzlich in den Länderfinanzausgleich aus der täglichen Abführung der Umsatzsteuer bezahlen. Übrigens ist dort nach den Schätzungen des Finanzplanungsrates und nach dem, was wir in den Länderfinanzausgleich abgeführt haben, damit zu rechnen, dass wir im Jahre 2002 durchaus noch ein Guthaben bei dem Länderfinanzausgleich haben.

Im Saldo ergeben sich daraus weitere 454 Millionen Steuerausfälle gegenüber dem Nachtrag. Im Übrigen hatte ich auf diese Risiken des Steuermonats Dezember im Hessischen Landtag ausdrücklich hingewiesen.

Damit noch einmal klar ist, bei wem die Schuld für die Misere zu den Schätzungen zu suchen ist, weise ich Sie darauf hin, dass Herr Eichel, der für die wirtschaftlichen Rahmendaten verantwortlich ist, für die Steuerschätzung im November 2000 eine Wachstumsvorgabe des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von netto 2,75 % angegeben hat. Tatsächlich wurden es jedoch im Jahre 2001 nur 0,6 %. Wer hat hier eigentlich mit unsoliden Zahlen jongliert, um die Öffentlichkeit über die wahre Misere der zusammenbrechenden Wirtschaft möglichst lange zu täuschen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir halten fest: Wir haben auf der Ausgabenseite hervorragend gewirtschaftet und 648 Millionen DM gegenüber dem Haushaltsansatz im Jahre 2001 eingespart. Die von uns nicht zu beeinflussende Einnahmeseite ist durch eine miserable Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik zusammengebrochen. Wäre das Wirtschaftswachstum von Hessen in ganz Deutschland erreicht worden, hätten wir auf der Einnahmenseite wesentlich weniger Probleme gehabt, und die Verschuldung wäre drastisch niedriger ausgefallen.

Damit Sie einmal sehen, wie das Nettofinanzierungsdefizit im Vergleich zu anderen Ländern ist, damit einmal hier

klar wird, wo wir uns eigentlich bewegen: Wir werden ungefähr 2 % des nationalen Defizits in Hessen haben. Dann haben wir einen Nettofinanzierungssaldo von 2,3 Milliarden DM. Baden-Württemberg hat einen Nettofinanzierungssaldo von 5,1 Milliarden DM, Niedersachsen 7,1 Milliarden DM, Hamburg 3 Milliarden DM, Berlin 10,2 Milliarden DM und Nordrhein-Westfalen 13,2 Milliarden DM.

Ich will das nicht herunterreden, aber unsere 2,3 Milliarden DM sind im Vergleich zu diesen Zahlen extrem bescheiden. Es zeigt das ganze Problem der Länder deutschlandweit, denn Sie können nicht unterstellen, dass sie alle schlecht gewirtschaftet hätten, sondern es ist tatsächlich ein Ausfluss dessen, was ich Ihnen beziffert habe. Die Krokodilstränen der Opposition sind unecht. Es wäre die Aufgabe der hessischen Rot-Grünen, die rot-grüne Bundesregierung in Berlin bis zur Abwahl im September zu einer richtigen und zukunftsorientierten Politik für Deutschland anzuhalten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP) – Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit wäre für die Länder und Gemeinden schon viel gewonnen. Wir sparen mit aller Kraft,

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

sorgen für die Zukunft des Landes und werden bald in Berlin dafür sorgen, dass die Wirtschaft wieder wächst, die Arbeitslosigkeit wieder abgebaut wird und damit die Einnahmen wieder stimmen.

Dann werden wir auch in Hessen sehr schnell einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, der eines der zentralen Ziele dieser Landesregierung und von mir selbst ist und bleibt. Die Substanz des Landes Hessen ist gesund. Alle Weichen für eine positive Zukunft sind von dieser Landesregierung gestellt, und bei ein wenig Rückenwind aus Berlin sind wir sicher eines der ersten Länder, das einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wunderbar!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wie verfahren wir mit dem Antrag, den wir unter Tagesordnungspunkt 35 behandelt haben?

(Stefan Grüttner (CDU): Direkte Abstimmung!)

– Direkte Abstimmung, ich glaube, das ist sinnvoll. – Dem widerspricht auch niemand. Dann bitte ich um Ihre Meldung. Wer ist für die Annahme des Antrags Drucks. 15/3648? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dafür gestimmt haben CDU und FDP, dagegen die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Dann haben wir unter Tagesordnungspunkt 51 den Dringlichen Entschließungsantrag der SPD, Drucks. 15/3677, behandelt. Wer ist hier für die Annahme? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dafür gestimmt haben die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen gestimmt haben CDU und FDP. Das Letztere war die Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt der unter Tagesordnungspunkt 52 behandelte Antrag, Drucks. 15/3678, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt. Dafür gestimmt haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen CDU und FDP. Letzteres war die Mehrheit.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Sechsten Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucks. 15/3634 –

Redezeit: Vorgesehen sind zehn Minuten je Fraktion. Dies darf auch unterschritten werden, dann wären wir mit dem für heute gesetzten Programm fertig. Das Wort hat Herr Staatsminister Riebel als Chef der Staatskanzlei.

Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat Ihnen den Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Ende vergangenen Jahres haben die Regierungschefs der Länder den Vertrag unterzeichnet. Er ändert und ergänzt den Rundfunkstaatsvertrag, den Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag und den Mediendienste Staatsvertrag.

Der Staatsvertrag hat im Wesentlichen folgende Kernpunkte zum Inhalt: die Stärkung der Regionalfenster, die Verbesserung der Information der Landesparlamente, die Digitalisierung des Rundfunks und zu guter Letzt die Umsetzung der EU-Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr.

Zunächst aus meiner Sicht die für Hessen besonders wichtigen Punkte, Stärkung der Regionalfenster und bessere Information und Einbindung der Landesparlamente, die ich meiner Darstellung voranschicken will.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zum Ersten. Herr Kollege Denzin, ich freue mich sehr, dass es in den Verhandlungen gelungen ist, mit der Änderung des Rundfunkstaatsvertrages die Regionalfenster innerhalb bundesweiter Fernsehprogramme zu stärken.

(Beifall der Abg. Volker Hoff (CDU) und Michael Denzin (FDP) – Michael Denzin (FDP): Letzteres haben wir uns schwer erkämpft!)

Für Hessen bedeutet dies eine Verbesserung und eine Verstärkung der Hessen-Fenster in RTL und SAT.1 – eine aus meiner Sicht und aus Sicht der Landesregierung ebenso wichtige publizistische wie zugleich medienwirksame Maßnahme. Darüber hinaus soll das ebenfalls vielfaltsichernde Institut der Sendezeit für unabhängige Dritte gestärkt werden, das vor allem Möglichkeiten der Programminnovationen und kreativen Programmgestaltungen bietet, damit auch Wege außerhalb der programmlichen Grundlinien gebnet werden können.

Im materiellen Medienkonzentrationsrecht werden durch Bonusregelungen zusätzliche Anreize dafür geschaffen, regionale Fenster und Sendezeiten für Dritte in bundesweit verbreiteten Fernsehprogrammen aufzunehmen. Ein

Unternehmen, das mit seinen Programmen einen Zuschaueranteil von 25 % erreicht, kann bei Aufnahme eines Regionalfensters 2 % vom tatsächlich erreichten Zuschaueranteil abziehen. Wenn es Sendezeit für unabhängige Dritte aufnimmt, kommt ihm ein weiterer Bonus in Höhe von 3 % zugute – eine, wie ich meine, ziel- und weiterführende Regelung.

Damit wird mit Blick auf die Regionalfenster sowohl ein Beitrag zur Stärkung des Medienstandortes Rhein-Main als auch ein Beitrag zur Vielfaltsicherung geleistet – Vielfaltsicherung in dem Sinne, dass auch im bundesweiten privaten Fernsehen über die Regionen, d. h. über die Länder, berichtet wird. Da bundesweit verbreitete Fernsehprogramme ganz offenkundig dazu neigen, regionale Aspekte zu übergehen, können Regionalfenster dem entgegenwirken.

Vor dem Hintergrund, dass der Fortbestand der Regionalfenster aus unserer Sicht akut gefährdet war, können wir, so hoffe ich, gemeinsam die staatsvertraglich vereinbarte Absicherung und Stärkung der Regionalfenster begrüßen.

Zweitens. Zur Verbesserung der Information der Landesparlamente über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk habe ich mir die auch aus der Mitte des Hessischen Landtags vorgetragene Kritik, formuliert durch den Präsidenten des Hessischen Landtages, zu Eigen gemacht. Es ist deshalb erfreulich, dass in den Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag Regelungen aufgenommen worden sind, die mit Recht die Anmerkung verdienen, dass dadurch die Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage von ARD, ZDF und Deutschlandradio verbessert wird und im Vorfeld, vor der Notwendigkeit, einen Rundfunkstaatsvertrag und seine Änderung zu ratifizieren, die Landesparlamente das Recht erhalten, sich darüber unterrichten zu lassen.

Nach dem Vorschlag erstatten die Rundfunkanstalten jeweils nach Vorliegen des KEF-Berichtes allen Landesparlamenten einen entsprechenden schriftlichen Bericht. Darüber hinaus wird zugunsten der Landtage ein Anhörungsrecht ausdrücklich festgeschrieben, nach dessen Inhalt Vertreter der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des Deutschlandradios den jeweiligen Landesparlamenten für Anhörungen zu den genannten Berichten zur Verfügung stehen müssen.

Drittens zur Digitalisierung des Rundfunks. Der Rundfunkstaatsvertrag soll um die Regelungen ergänzt werden, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio einerseits ihrer Verpflichtung zur Versorgung der Bevölkerung mit Rundfunk durch Nutzung sämtlicher Übertragungswege nachkommen können und andererseits berechtigt sind, die analoge terrestrische Versorgung schrittweise einzustellen.

Damit soll der Ausbau digitaler terrestrischer Übertragungskapazitäten ermöglicht werden. Die Versorgung muss aber in jedem Fall zu angemessenen Bedingungen, insbesondere unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen. Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob die allgemein gehaltene Ermächtigungsgrundlage im Rundfunkstaatsvertrag durch ergänzende landesgesetzliche Regelungen präzisiert, ergänzt oder nuanciert verändert werden muss.

Viertens zur Umsetzung der Richtlinie der EU über den elektronischen Geschäftsverkehr. Auch das vorliegende Regelungswerk hat, wie ich meine, zutreffenderweise die

europäische Perspektive im Blick. Aufseiten der Länder soll die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr oder, wie in der deutschen Umgangssprache zu formulieren ist, die E-Commerce-Richtlinie durch eine Änderung des Mediendienstestaatsvertrages umgesetzt werden. Diese Änderung macht jedenfalls quantitativ den überwiegenden Teil des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrages aus. Aufseiten des Bundes wird die Richtlinie durch ein entsprechendes gleich lautendes Bundesgesetz umgesetzt. Bund und Länder haben sich im Vorfeld verständigt, in einer konzertierten Aktion inhaltsgleiche Regelungen zu treffen. Dies gilt ebenso für die Anpassung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Mediendienstestaatsvertrages an die Neufassung des Teledienstschutzgesetzes des Bundes.

Aus meiner Sicht würde es sicher an dieser Stelle zu weit führen, zu den einzelnen Regelungen der E-Commerce-Richtlinie Stellung zu nehmen. Deshalb möchte ich mich auf ihren zentralen Regelungsansatz, nämlich das Herkunftslandprinzip, beschränken. Danach müssen die Diensteanbieter grundsätzlich allein und ausschließlich die innerstaatlichen Vorschriften des Mitgliedstaates beachten, in dem sie niedergelassen sind. In Deutschland niedergelassene Anbieter unterliegen also den Anforderungen des deutschen Rechtes auch dann, wenn die Mediendienste in einem anderen EU-Mitgliedstaat angeboten werden. Nach diesem Herkunftslandprinzip muss sich der Diensteanbieter demnach nicht auf jeweils unterschiedliche Anforderungen anderer Mitgliedstaaten einstellen.

Für den elektronischen Geschäftsverkehr sollen auf diesem Wege Rechtssicherheit und ein funktionierender Binnenmarkt erreicht werden. Das Herkunftslandprinzip optimiert also die Rahmenbedingungen für den sich nicht nur in Europa rasant entwickelnden elektronischen Geschäftsverkehr. Die genannten Regelungen greifen diese Wachstumodynamik auf und tragen damit zugleich zu einem weiteren Zusammenwachsen Europas bei.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich nach diesem Blick auf die europäische Ebene noch ein Thema ansprechen, das jedenfalls im Hinblick auf den Kreis möglicher Investoren zweifelsfrei globale Bezüge hat und aktuell diskutiert wird: das Thema Breitbandkabelnetze.

Das Bundeskartellamt hat am vergangenen Montag die Übernahme außerhessischer Kabelnetze durch einen US-amerikanischen Investor untersagt. Insoweit will ich mich auf die Anmerkung beschränken, dass es nicht die medienrechtlichen Vorgaben, sondern offensichtlich die strukturellen Rahmenbedingungen sind, die außerhalb von Hessen bei den betroffenen Kabelnetzen zu einer Stillstandssituation beigetragen oder sogar geführt haben. Demgegenüber konnten die Verkaufsverhandlungen in Hessen abgeschlossen werden.

In Hessen hat die Firma eKabel Holding GmbH mit Sitz in Weiterstadt das Breitbandkabel der Telekom AG übernommen und – auch dessen bin ich mir, soweit Prognosen sicher sein können, relativ sicher – wird es zu einem innovativen Dienstleistungsangebot ausweiten können. Das Unternehmen geht selbst für das Jahr 2002 von einem Umsatz von rund 150 Millionen € aus und möchte bis 2006 insgesamt 920 Millionen € investieren und bis zu 1.000 Arbeitsplätze schaffen.

(Zuruf der Abg. Ilse Stiewitt (SPD))

Wir werden diese Entwicklung aufmerksam beobachten und, soweit es unsere Aufgabe ist, auch unterstützen.

(Hildegard Klär (SPD): Das ist auch gut so!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Rundfunkrecht als Vielfaltsgarant enthält bereits wichtige staatsvertragliche Vorgaben zum diskriminierungsfreien, chancengleichen und offenen Zugang zum digitalen Fernsehen. Im Rahmen der weiteren Beratungen zur Reform der Medienordnung werden die Länder im Lichte der aktuellen Entwicklung prüfen müssen, ob ergänzend zu den bereits normierten Staatsvertragsvorgaben weiter gehender Regelungsbedarf besteht.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Hinz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf für den Rundfunk und die Mediendienste, der von Staatsminister Riebel eingebracht wurde, beinhaltet eine Reihe notwendiger Maßnahmen. Ich glaube, es sind alle relativ unstrittig. Sie dienen dem Verbraucher und stärken die Rolle des Landtags. Das Einzige, was man an dieser Stelle, wie so oft, kritisieren muss, ist die Tatsache, dass bei Staatsverträgen die Parlamente sozusagen hinterher ihre Zustimmung geben dürfen, müssen oder wie auch immer

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sagen wir: „sollten“!)

– sollten –, weil der Staatsvertrag nun ausgehandelt ist.

Ich werde mich in meinen Ausführungen auf einige Punkte beschränken. Als ersten Punkt nehme ich die Änderungen im Mediendienstestaatsvertrag. Damit wird die EU-Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000, die so genannte E-Commerce-Richtlinie, umgesetzt. Das bedeutet, dass der Dienstleistungsverkehr von Mediendiensten auch dann den Anforderungen des deutschen Rechts unterliegt, wenn die Mediendienste in einem anderen Land des Geltungsbereichs des Europäischen Parlamentes erbracht wurden. Das ist zu begrüßen; denn im Zuge der technischen Entwicklung sind die elektronischen Medien global und zunehmend interaktiv.

Neben der Vergrößerung der Chancen für wirtschaftliches Handeln liegen hier tatsächlich auch Probleme. Denn die Interaktivität von Medien hinterlässt Datenspuren, die zusammengefasst und ausgewertet werden können. Das wiederum gefährdet das informationelle Selbstbestimmungsrecht. Bei der interaktiven Nutzung können Verbraucher Opfer von unseriösen und kriminellen Verhaltensweisen werden. Sie können leichter Menschen verachtenden, fremdenfeindlichen und neonazistischen Inhalten ausgesetzt werden. Deswegen ist die Erweiterung des Mediendienstestaatsvertrages, mit den starken Elementen des Bestimmungslandsprinzips verknüpft, zu begrüßen.

Wir wollen, dass das deutsche Datenschutzrecht z. B. auch im elektronischen Geschäftsverkehr greifen kann. Inso-

fern ist der Mediendienstestaatsvertrag in diesem Sinne eine gute Lösung. Wir wissen aber, dass der Datenschutz und der Verbraucherschutz nicht an der Grenze der Bundesrepublik und auch nicht an der Grenze Europas Halt machen sollten. Es gibt also noch einiges zu tun.

Zu den Änderungen beim Rundfunkstaatsvertrag, insbesondere zur Digitalisierung ist ausgeführt worden, dass die Voraussetzung sein soll, dass die Versorgung zu angemessenen Bedingungen erfolgt. Diese Bedingungen werden zwar genannt, z. B. die rechtzeitige Information und die Beratung der Verbraucher, die Anzahl der betroffenen Teilnehmer im Umstellungsgebiet, die die Programme noch analog empfangen. Weitere Voraussetzungen sind die Verfügbarkeit und die Kosten für die Empfangsgeräte.

Das alles ist zwar richtig, aber doch etwas vage formuliert. Es steht zumindest die Befürchtung im Raum, dass es so gehen könnte wie bei dem Abbau der Telefonzellen seitens der Telekom. Der Abbau der Telefonzellen geschieht rapider als die Zunahme der Zahl der Handy-Nutzer.

(Volker Hoff (CDU): Sind Sie sich sicher?)

– Es war eine Zeit lang so. Inzwischen hat sich das umgekehrt, das ist völlig klar. – Trotzdem ist die Gefahr im Raum, und wir werden genau betrachten, wie sich die Digitalisierung Bahn bricht und ob die Übergangsfrist gegebenenfalls zu weit gefasst ist, dass sozusagen die Digitalisierung schneller und weiter voranschreitet, als die Verbraucher nachkommen. Ich denke, dass wir ein gemeinsames Interesse daran haben sollten, dass dies nicht passieren darf.

Damit komme ich zum Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag. Mit der Einfügung des neuen § 5a wird endlich die Informationspflicht der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gegenüber den Landtagen bezüglich ihrer finanziellen Lage und ihrer wirtschaftlichen Perspektiven geregelt. Die Forderung der Landtagspräsidentenkonferenz aus Wien wird damit umgesetzt. Es ist natürlich auch notwendig gewesen, die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 2001, die lediglich eine Berichtspflicht für die ARD vorsah, auf die anderen Anstalten zu erweitern. Damit wurde aber nur ein Teil der Forderungen der Landtagspräsidenten erfüllt. Wir GRÜNEN teilen die Auffassung, dass die Rechnungshofberichte bezüglich ZDF und Deutschlandradio nicht nur den Landesregierungen, sondern unmittelbar den Parlamenten zugänglich gemacht werden sollten. Wir fordern auch, dass die Rechnungshöfe die jeweiligen Beteiligungsunternehmen der Rundfunkanstalten effektiv prüfen können.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das wird auch geschehen!)

Dass diese Regelungen erst später ihren Niederschlag finden sollen, ist eigentlich schade. Es wäre besser gewesen, man hätte es jetzt bereits machen können.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Unstreitig!)

Zum Thema Jugendschutz. Hier gibt es eine Verlängerung der Versuchsklausel. Auch hier ist es bedauerlich, dass man inhaltlich nicht besser vorangekommen ist. Natürlich ist es richtig und gut, dass die Jugendministerin kurzfristig eine Konzeption entwickeln soll, die das Ziel hat, beispielsweise eine effektive und kostengünstige Kinderschutzsoftware zu entwickeln. Besser wäre es aber natürlich gewesen, man hätte keine Übergangsklausel gebraucht, sondern man wäre bereits am Ziel der Arbeit gewesen.

Diese verlängerte Versuchsklausel der technischen Versperrung, die wirklich auch erst mal nur Technik ist, ist nur eine Säule. Die andere Säule ist das Thema Medienpädagogik. Die Frage ist, wie Medienpädagogik gesetzlich und politisch zu gestalten ist und wie man damit einen wirksamen Jugendschutz erreichen kann. Wir haben im letzten Plenum darüber gesprochen. Wir haben auch schon in Ausschüssen über die Frage der Medienpädagogik gesprochen. Wir kritisieren an diesem Punkt nach wie vor, dass es kein Konzept vonseiten der Landesregierung gibt, wie die Medienpädagogik in Hessen Gestalt annehmen kann. Es ist nicht klar, welches Konzept sie eigentlich favorisiert. Deswegen befürchten wir auch, dass das Thema Medienpädagogik und Jugendschutz zumindest vonseiten der Hessischen Landesregierung in Bezug auf den Staatsvertrag nicht ausreichend vorbereitet wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hildegard Klär (SPD))

Diese Koalition ist vor allen Dingen bei diesem Thema leider nicht so weit, dass sie uns hier hätte Regelungen vorlegen können.

(Heinrich Heidel (FDP): Na, na, na! – Minister Jochen Riebel: Das ist ungeheuerlich!)

– Nein, das ist nicht ungeheuerlich. Herr Riebel, Sie wissen genau, wie Sie – wenn ich das einmal salopp so sagen darf – im Hauptausschuss beim Thema Medienpädagogik rumgeeiert sind, viele Fragen nicht beantworten konnten, ebenso wie Staatssekretär Müller-Kinet. Wir haben im letzten Plenum zwar gehört, dass Frau Lautenschläger als Sozialministerin zu diesem Thema geredet hat, aber vonseiten der Staatskanzlei war dazu auch wieder nichts zu hören. Es scheint schon wirklich so zu sein, dass Sie dieses Thema nicht genügend ernst nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Barbara Stolterfoht (SPD): Jetzt ist selbst Frau Lautenschläger weg!)

Meine Damen und Herren, vielleicht kommt in diesem Jahr die Einigung der Länder mit dem Bund zustande, und in Zukunft erhalten die Länder die Gesetzgebungskompetenz für den Jugendschutz in allen elektronischen Medien. Das wäre ein Fortschritt. Dazu wird gerade ein Staatsvertrag vorbereitet. Es sollen darin die bislang im Rundfunkstaatsvertrag, im Mediendienstestaatsvertrag und in den Vorschriften für die Teledienste recht unterschiedlichen Jugendschutzvorschriften in einem Gesetz geregelt werden. In dieser Diskussion wird es allerdings spannend sein, welche Rolle die bisherigen Institutionen der freiwilligen Selbstkontrolle zugewiesen bekommen. Vielleicht sollten wir es uns einmal zur Aufgabe nehmen, dies im Vorfeld zu diskutieren.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– Ja, das steht an, aber bevor der Staatsvertrag abgeschlossen ist. Nicht, dass wir wieder einen Staatsvertrag diskutieren, der das alles enthält.

(Volker Hoff (CDU): Ist vereinbart!)

– Das haben wir vereinbart. Wir müssen uns aber dann auch an diese Vereinbarung halten. Vielleicht sollten wir in der nächsten Hauptausschusssitzung einmal überlegen, wie unsere Zeitplanung dafür aussehen kann.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend lässt sich also sagen: Der Staatsvertrag ist akzeptabel. In einigen Punkten hätten wir es gerne gehabt, wenn seine Bestimmungen weiter gegangen wären. Aber das ist nun auch

nicht das letzte Wort, weitere Regelungen werden folgen. Wir werden hier noch einiges zu diskutieren haben, vor allem in den Bereichen der Digitalisierung und des analogen Empfangs, Jugendschutz und Medienkompetenz. Denn dies ist etwas, was uns als Länder unmittelbar betrifft. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Hahn, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuallererst möchte ich an dieser Stelle einmal den Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer ein richtig ernst gemeintes Lob aussprechen. Es ist das erste Mal, dass alle Ministerpräsidenten richtig unterschrieben haben.

Beim letzten Mal haben wir uns noch darüber unterhalten, dass manche den Ort mit dem Namenszug verwechselt haben und andersherum. Dieses Mal ist wirklich alles Klasse. Vorne steht nämlich immer „Berlin, 20.12.“, und da konnten sie diesen Fehler nicht machen, sondern mussten immer bei ihrem Land auch richtig unterschreiben. Herr Ministerpräsident Clement war offensichtlich nicht in Berlin und hat deshalb mit „Düsseldorf“ und richtigem Namenszug unterschrieben. Das ist also schon einmal eine saubere Sache, ganz anders, als wir das bisher bei den Staatsverträgen erleben mussten.

Jetzt aber komme ich zu dem ernsthafteren Teil der Veranstaltung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Liberale und ich jetzt schon einige Jahre von dieser Stelle aus haben immer wieder das Thema andiskutiert, dass Staatsverträge eigentlich für das Parlament etwas „Ätzendes“ sind – um es höflich auszudrücken. Eigentlich sollten wir hier alle nur das tun, was die 16 Ministerpräsidenten mit einem Stab von Mitarbeitern vorher schon bearbeitet haben.

Im Vergleich zu den vorherigen Zeiten ist es ein bisschen besser geworden, weil noch relativ im Verfahrensverlauf der zuständige Staatsminister Jochen Riebel und davor Franz Josef Jung im Hauptausschuss einige Informationen über den Entwicklungsstand des künftigen Staatsvertrages gegeben haben. Aus diesem Grunde können wir als Hessischer Landtag diesmal immerhin sagen, wir waren ein bisschen an der Vordiskussion beteiligt – oder hatten die Gnade, an der Vordiskussion beteiligt zu sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber richtig entscheiden können wir bei diesem System der Staatsverträge nun einmal nicht.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir unterstützen trotzdem diesen Staatsvertrag aus liberaler Sicht. Ich möchte eigentlich nur zu drei Punkten kurz etwas sagen.

Erster Punkt: Regionalfenster. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Beitrag für die Vielfalt der öffentlich-rechtlichen und der privaten Kommunikation. Ich kann es auf den Tag genau sagen, was wir Anfang, Mitte September hier in diesem Lande hatten: Herr Buchheit und sein Geschäftsführer und Chefredakteur waren am 11. September

gerade bei mir, als dieser fürchterliche Vorfall in New York und Washington geschah, und wir konnten oder mussten uns dann zusammen diese Bilder anschauen.

Es ist schon eine Gefahr, dass diejenigen, die eigentlich Regionalfenster machen sollen, sich dann mittels Rechenarithmetiken daraus verabschieden konnten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gefahr war für SAT.1 sehr groß gewesen, dass sie sich zum Jahresende 2001 aus dem Regionalfenster verabschieden. Deshalb ist es klug, dass auch von der hessischen Seite aus die Initiative in diese Diskussion hereingebracht worden ist – zwar relativ spät, aber doch noch rechtzeitig –, dass diese regionalen Fenster beibehalten und von unabhängigen Dritten veranstaltet und durchgeführt werden müssen, nicht von den gleichen Sendern, die ansonsten die Lizenz für die restlichen dreiundzwanzig einhalb Stunden des Tages haben.

Denn diese unabhängigen Dritten bringen natürlich auch einen Wettbewerb hinein, und zwar nicht nur unter den Privaten, sondern – und das sieht man in Hessen sehr deutlich – mit dem öffentlich-rechtlichen, dem Hessenfernsehen. Seitdem es die Hessenfenster bei SAT.1 und RTL gibt, seitdem wir im Rundfunkrat auch etwas mehr Antworten auf die Frage erbeten haben, ob es wirklich klug ist, ein Fernsehen unter Ausschluss von Zuschauern durchzuführen,

(Heiterkeit des Abg. Michael Denzin (FDP))

seit diesem Zeitpunkt hat sich offensichtlich das Hessenfernsehen schon in einigen Punkten bewegt und auch die Frage der Quote ein bisschen diskutiert. In dieser Weise in den Gremien des Hessischen Rundfunks aktiv zu sein ist natürlich nur deshalb möglich – übrigens parteiübergreifend, der Spruch „Wollen wir doch am besten Fernsehen ohne Zuschauer machen“ stammte von keinem Geringeren als Armin Clauss, und der hat immer noch daran erinnert, dass das früher die GEW-Lösung gewesen sein soll: „Schule ist gut für Lehrer, aber bitte ohne Schüler“ –, man kann nur aktiv sein und etwas bewegen, wenn man auf Konkurrenzprodukte in anderen Kanälen verweisen kann.

Zweiter Punkt: Information der Landesparlamente und Landesregierungen. Es ist ein erster und weiter Schritt, der nun in dem Sechsten Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrags gegangen wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin einmal gespannt – obwohl Gremienmitglied im Hessischen Rundfunk und in einer seiner Beteiligungen –, welche Argumente das Haus denn gegenüber dem Parlament abgibt, wenn wir diesen KEF-Bericht über den Hessischen Rundfunk hier diskutieren und wenn wir uns noch die Frage erlauben müssen – als Parlamentarier auf alle Fälle, als Gremienmitglied vielleicht weniger –, ob es vielleicht sinnvoll ist, dass wir die Bürger alle Jahre oder vielleicht alle drei, vier Jahre dazu verpflichten, höhere Gebühren zu zahlen.

Ich erwarte mir gerade von dem Instrument der Diskussion innerhalb der Länderparlamente einen Schub hin zu einer Reduzierung der Rundfunkgebühren und eine Beschränkung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf die Grundversorgung. In der nächsten Woche – ich glaube, es ist der Mittwoch – haben wir im Hessischen Landtag eine umfassende Anhörung des Hauptausschusses zu diesem Thema, von der ich mir eine ganze Reihe von Anregungen verspreche.

Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Prüfung, worauf auch Frau Hinz schon hingewiesen hat, nicht nur die Rundfunkanstalt betrifft – als Hessen reden wir vom Hes-

sischen Rundfunk –, sondern auch die Beteiligungen, und zwar alle. Ich glaube, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – für die Herr Prof. Berg vom Hessischen Rundfunk steht – gut beraten sind, mit den Landesrechnungshöfen keinen Streit über die Frage zu führen, ob die Prüfung z. B. der hr-Werbung oder der Taunus Film Produktions GmbH durch den Landesrechnungshof durchgeführt wird.

Wenn der Landesrechnungshof das nämlich nicht macht, gerät der HR unverzüglich in eine europarechtliche Kartelldebatte darüber, ob nicht die Öffentlich-Rechtlichen die Privaten subventionieren. Wenn ich Intendant einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt wäre, würde ich mich allein aus Selbsterhaltungstrieb immer lieber vom Landesrechnungshof prüfen lassen, als eine Außenprüfung durchführen lassen zu müssen.

Der dritte Punkt betrifft die Mediendienste. Darauf haben meine beiden Vorredner schon hingewiesen. Für uns Liberale ist es wichtig, dass das Herkunftslandprinzip weiterhin Beachtung findet, sodass die Dienste auch nach deutschem Recht – das ist in vielen Punkten etwas schärfer als das europäische rundherum – beurteilt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden heute über den Medienstaatsvertrag – das ist mir sehr bewusst –, und zwar über den Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Als Vorsitzender der FDP-Fraktion sage ich, wir erwarten, dass im Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag auch etwas zur Frage der Beteiligung von Parteien an privaten Rundfunkanstalten zu lesen ist. Ich lese mit großem Zorn, was der „Focus“ in seiner vorgestrigen Ausgabe notiert hat, dass sich nämlich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen feuchten ... um landesrechtliche Vorgaben schert.

(Volker Hoff (CDU): Das ist allerdings wahr!)

Wir haben ganz bewusst in das Hessische Privatrundfunkgesetz geschrieben, dass eine Offenlegungspflicht besteht im Hinblick auf Anteile, die politische Parteien an Rundfunkanstalten halten, seien es nun private oder öffentlich-rechtliche – es können nur private sein; es wäre ja noch schöner, wenn es sich um öffentlich-rechtliche handelte. Wir haben das dann auch verboten. Herr Kollege Hoff, vor dem Verboten kommt das Offenlegen. Das trifft z. B. auf solch verschachtelte Verhältnisse zu, wie man sie bei der Firma Hit-Radio FFH vorfindet.

Wenn ich nun dem „Focus“ entnehme, dass der uns bekannte Barde Klaus Lage seine Anteile an Radio-Tele FFH nur treuhänderisch für die SPD gehalten habe, und wenn die Verlagsgesellschaft Madsack – das ist Ihre Gesellschaft, liebe Genossen – mitteilt, dass sie die Beteiligung in Höhe von immerhin 15 Millionen DM an die 100-prozentige Tochter „Beteiligungsgesellschaft Neue Zeitung“ übergeben habe, und der Meinung ist, dass das Problem damit gelöst sei, antworte ich: Meine sehr verehrten Damen und Herren, so geht das nicht.

Wir wollen zunächst Transparenz, was die Beteiligung von politischen Parteien betrifft, und dann wollen wir, dass sich die politischen Parteien endlich daraus zurückziehen, Meinungsmache mit Geld, d. h. mit Anteilen an Gesellschaften, zu betreiben.

Ich fordere deshalb die Ministerpräsidenten und Jochen Riebel als unseren zuständigen Staatsminister in der Staatskanzlei auf, dafür Sorge zu tragen, dass in dem nächsten Rundfunkstaatsvertrag verbindlich für alle Gauen in diesem Land klargestellt ist, dass alle Beteiligun-

gen von Parteien an privaten Rundfunkanstalten untersagt werden und dass es auch keine Umgehungsdelikte geben darf, wie das ganz offensichtlich bei der 100-prozentigen SPD-Tochter Verlagsgesellschaft Madsack der Fall ist. Ein letztes Wort aus dem „Focus“ von Prof. Peter Badura: „Die Parteienbeteiligung ist ungesetzlich, wie indirekt sie auch ist.“

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fordere die Sozialdemokraten in diesem Lande auf, die sich immer so gerne mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger hierhin stellen – Herr Kollege Schmitt, Sie sind ja ein besonders begeisterter Vertreter der Schweizer Garde der Moralisten –, endlich von der Meinung abzulassen, dass sie mit ihren Beteiligungen auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen könnten.

(Norbert Schmitt (SPD): Was macht denn die Aufwandsentschädigung?)

Schaffen Sie es auf politischem Wege, ist es okay. Schaffen Sie es durch Beteiligungen, ist es falsch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Was machen Sie denn mit dem Verdienstausschluss?)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Klär für die SPD-Fraktion.

Hildegard Klär (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hahn, ich denke, wir reden hier über den Rundfunkstaatsvertrag, nicht über die Angelegenheiten des Senders FFH.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Beides!)

Das ist eine Sache derjenigen, die dort verhandelt haben und zu einer vernünftigen Lösung gekommen sind. Diese Lösung entspricht eindeutig den Vorgaben des Hessischen Privatrundfunkgesetzes. Darüber sind sich alle, die dort betroffen sind, einig.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

Wenn der „Focus“ meint, er müsse wieder einmal etwas dazu sagen, dann entgegne ich, dass er etwas genauer hinschauen sollte. Das hat er offensichtlich versäumt.

(Volker Hoff (CDU): Das hat er gerade gemacht! Der „Focus“ hat genau hingesehen!)

Herr Minister Riebel, eine kurze Replik: Sie haben Liberty Media eine kleine Krokodilsträne nachgeweint. Ich denke, wenn ein amerikanischer Kabelherr nach Deutschland kommt und meint, er müsse die Regeln nicht beachten, die unser duales Rundfunksystem über Jahre hinweg zu dem gemacht haben, was es heute ist, nämlich zu einem System, das die Balance zwischen öffentlich-rechtlichem und kommerziellem Rundfunk wahrt, glaube ich, dass wir das falsche Publikum für so einen Herrn sind. Letztlich glaube ich, dass der Verkauf der Kabelnetze an der Tatsache gescheitert ist, dass er meinte, er könne in Zukunft so über seine Netze verfügen, dass er all das, was er in Amerika an Filmmaterial hat, unseren hiesigen Zuschauern zumuten könne, indem er z. B. keinen einheitlichen Standard bei den Set-Top-Boxen, die einen diskriminierungsfreien

Zugang für alle Beteiligten geschaffen hätten, einführen wollte.

Das ist übrigens auch das große Problem bei Herrn Maier und der Firma ivesy, die sich bis heute nicht bereit erklärt haben, den MHP-Standard zu unterstützen. Da ist ein großer Knackpunkt. Die Kabelbesitzer werden sich sehr wohl überlegen müssen, in welcher Form sie zu einer Vereinheitlichung des Standards kommen, der auch unserem Rundfunkstaatsvertrag entspricht.

Meine Damen und Herren, ich komme nunmehr zu der sechsten Änderung des Rundfunkstaatsvertrags.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Jawohl, Herr Hahn. Es ist ein langes Wort.

(Volker Hoff (CDU): Das steht auf der Tagesordnung!)

Die Ministerpräsidenten konnten sich auf die fünf Punkte gut einigen, weil sie kaum umstritten waren. Die einzelnen Punkte möchte ich an dieser Stelle nicht noch einmal erwähnen. Dass die Regelung zum Regionalfenster und zu der Einspeisung Dritter letztlich darauf zurückzuführen war, dass Kirchs stärkster Sender auf unter 10 % gefallen ist, war auch klar. Herr Buchheit von TV III a – jenseits des Rheins – hat überall Gespräche geführt und hat mit der neuen Fensterregelung erreicht, dass sein Unternehmen gerettet ist. Ich halte das wegen der Sicherung der Vielfalt für durchaus sinnvoll.

Von daher glaube ich, dass die neue Regelung, die beinhaltet, dass die Kommission zur Ermittlung der Konzentration zwar bereits bei 25 % prüfen muss, die aber auch Bonuspunkte für Drittprogramme gibt, ein Anreiz für Meinungsvielfalt ist und diese damit letztlich auch sichert. Es handelt sich sozusagen um eine Lex Buchheit, die aber allen zugute kommt.

Der zweite Punkte, auf den ich eingehen möchte, ist die digitale Umschaltung bzw. der analoge Switchoff, also die Umstellung von analog auf digital bei Fernsehen und Hörfunk. Der Text des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrages sagt relativ wenig darüber aus, sodass man sich die Begründung sehr genau anschauen muss, die die Kriterien im Einzelnen festlegt, auf die Bezug zu nehmen ist, um zu entscheiden, wann der analoge Switchoff stattfinden soll.

Ich denke, es ist sinnvoll, dass in diesem Staatsvertrag keine Jahreszahlen genannt worden sind, obwohl sie seitens der „Initiative Digitaler Rundfunk“ im Raume stehen. Zu groß sind noch die Unsicherheiten bei Kosten und Technik dieser Umstellung.

Wir brauchen nur an die Einführung des digitalen Rundfunks, DAB, zu denken. Das große Problem dort ist: Es gibt immer noch keine bezahlbaren Geräte, die einen Anreiz für die Hörerin und den Hörer bieten, auf den digitalen Rundfunk, auf DAB, umzustellen. Wenn man allein bedenkt, dass 250 bis 300 Millionen UKW-Radioempfänger im Einsatz sind, dann kann man sich vorstellen, wie lange es dauern wird, bis diese auf den digitalen Empfang umgestellt sind. UKW ist von der Qualität her offensichtlich nicht so schlecht, dass die Hörer und Hörerinnen heute auf den digitalen Empfang umschalten wollen. Es ist inzwischen sogar so weit, dass das medienpolitische Vorreiterland Nordrhein-Westfalen bei der Finanzierung des digitalen Hörfunks eine Atempause eingelegt hat.

Das terrestrische analoge Fernsehen wird im Übrigen demnächst inselmäßig in der Region Berlin-Potsdam bis

zum Jahre 2003 auf digitales Fernsehen umgestellt werden. Wir werden mit großen Argusaugen abwarten, wie es sich dort entwickelt. Man muss allerdings sagen, dass die Umstellung von terrestrisch-analogem auf digitales Fernsehen in einem Stadtstaat mit nur 7,8 % Haushalten, die die Programme über eine Dachantenne empfangen, natürlich wesentlich einfacher zu bewerkstelligen ist als in einem Flächenland wie Hessen. Voraussetzung – ich erwähne es noch einmal – sind bezahlbare Geräte, die auch sozial Schwachen zugute kommen, und eine vernünftige Lösung bei den Set-Top-Boxen. Auch dort ist es wichtig, einen einheitlichen Standard zu haben.

Zum dritten Punkt: die Verlängerung der Pilotphase bei den technischen Vorsperren bei jugendgefährdenden Sendungen im Pay-TV. Hier kann man natürlich zustimmen. Obwohl der erste Bericht zu dieser technischen Vorsperre vorliegt, muss man sagen, dass vielleicht noch eine längere Versuchsphase erforderlich ist, solange es keine anderen Möglichkeiten gibt, wie Filter, Software usw. Auf der anderen Seite hat dieser Bericht aber auch eines erbracht, nämlich dass gerade Eltern, die eine eher laxen Erziehung bei ihren Kindern praktizieren, diejenigen sind, die die Codezahlen dieser technischen Vorsperren ihren Kindern überlassen und keinerlei Einwirkung erzieherischer Art auf den Fernsehkonsum ihrer Kinder vornehmen. An dieser Stelle ist es wirklich erforderlich – Frau Hinz hat auch schon darauf hingewiesen –, darauf hinzuwirken, dass der präventive Jugendschutz in den Medien gestärkt wird.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin Frau Hinz auch dankbar, dass sie auf die Plenarsitzung im Januar hingewiesen hat, in der wir ein Forum Medienpädagogik gefordert haben, das die vielen Ansätze, die es in Hessen gibt, zusammenfasst und koordiniert. Ich glaube, das ist ausgesprochen wichtig und zeitgemäß.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich denke, die Information der Landtage ist sicherlich wichtig und richtig. Herr Hahn, ferner bin ich der Meinung, dass wir demnächst diesen Bericht anfordern sollten, auch wenn der Staatsvertrag noch nicht ratifiziert ist. Das spielt keine Rolle. Darüber sind wir uns einig. Wir können das auch vor Juli 2002, also wenn der Rundfunkstaatsvertrag verabschiedet sein soll, machen. Gerade weil wir uns nächste Woche auch mit dem Thema Rundfunkgebühren befassen werden, kann dieser Bericht durchaus eine Ergänzung sein. Da der 13. KEF-Bericht vorliegt, sollten wir ihn anfordern.

(Beifall der Abg. Barbara Bergelt (SPD))

Lassen Sie mich noch etwas zu den Beteiligungsgesellschaften des Hessischen Rundfunks sagen. Herr Hahn, ich finde es nicht sehr sinnvoll, sondern ich empfinde es geradezu ein bisschen als störend, wenn Sie jetzt die Gespräche zwischen dem Hessischen Rundfunk und dem Landesrechnungshof erwähnen und vorantreiben wollen. Diese Gespräche sind im Gange. Es macht wenig Sinn, zu kritisieren, bevor man weiß, welche Vereinbarungen bei diesen Gesprächen zwischen Landesrechnungshof und HR-Intendant Berg geschlossen werden. Ich glaube, man sollte hier die Ergebnisse erst einmal abwarten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich habe einen Vorschlag unterbreitet! Ich habe nicht kritisiert!)

Ich glaube, ich hätte es nicht erwähnt, dass diese Gespräche laufen. Ich halte es für sinnvoll, dass man diese erst einmal in Ruhe abwartet. Dann kann man sehen, wie wir zueinander kommen. Man sollte also noch nicht in irgendeiner Weise nach dem Landesgesetzgeber rufen.

Die umfangreichen Änderungen im Mediendienste-vertragsvertrag sind ebenfalls angesprochen worden. Europa geht voran. Bei den neuen Informationstechniken brauchen wir selbstverständlich den Datenschutz, den wir uns wünschen. Wir brauchen auch den Verbraucherschutz. Die Nutzer und Nutzerinnen müssen abgesichert sein. Dazu ist es notwendig, einheitliche Regelungen in Europa zu schaffen. Die Änderung im Mediendienste-vertragsvertrag ist durchaus der Weg, der jetzt zu beschreiten ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich habe keinen Punkt vergessen. Im Ausschuss werden wir noch Gelegenheit haben, die eine oder andere Sache anzusprechen. Das wird uns natürlich nicht dazu bringen, den Rundfunkstaatsvertrag abzulehnen. Ich glaube, wir sind auf einem gutem Weg.

Ein Hinweis noch. Herr Minister, wir müssen darauf drängen, dass es bei dem nächsten Gespräch der Ministerpräsidenten endlich zu einer Einigung im Medienjuschutz kommt. Dies stand bereits im Dezember auf der Tagesordnung.

(Beifall bei der SPD)

Es war die bayerische Staatsregierung, die leider blockiert hat, sodass wir bei der Diskussion um eine Vereinheitlichung des Medienjuschutzes wieder am Anfang stehen. Ich bedauere das sehr. Ich hoffe aber – das Land Hessen hat ja nicht dagegen gestimmt –, dass wir in allernächster Zeit zu dieser Vereinheitlichung kommen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, jetzt müssen Sie bitte zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist schon überschritten.

Hildegard Klär (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Wir hatten eine hervorragende Veranstaltung der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung aus Anlass ihrer Jahrestagung im Plenarsaal des Hessischen Landtags. Dort ist dies alles in hervorragender Weise dargelegt worden.

Die Lösungen zu diesem Problem liegen auf dem Tisch und müssten jetzt eigentlich nur in einem Medienjuschutzstaatsvertrag umgesetzt werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Hoff für die CDU-Fraktion.

Volker Hoff (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich bemühen, die zehn Minuten nicht in Anspruch zu nehmen.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eigentlich schon alles zu dem Thema gesagt worden, nur noch nicht von jedem. Aus meiner Sicht will ich nur zu vier Punkten Stellung nehmen.

Zum einen reden wir heute natürlich über den Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Es muss aber schon erlaubt sein, dass hier auch ein so wichtiges Thema wie Beteiligungsstrukturen der SPD an einem hessischen Radiosender, was nach dem Hessischen Privatrundfunkgesetz eigentlich gar nicht möglich ist, zur Sprache kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann Ihnen sagen: Die Antwort, die Sie hier gegeben haben, wird uns nicht zufrieden stellen,

(Beifall bei der CDU)

sondern wir werden das Thema nacharbeiten und dann am Ende dafür sorgen, dass der Wille des Gesetzgebers umgesetzt wird und diese Beteiligungen nicht mehr stattfinden.

(Zuruf der Abg. Ilse Stiewitt (SPD))

In Richtung der SPD muss ich sagen: Diejenigen, die, wenn das Thema Transparenz genannt wird, vor Kraft kaum gehen können, geben jetzt immerhin im Nachhinein zu Protokoll, dass ihre Beteiligung unter dem Synonym „Beteiligung Klaus Lage“ stattgefunden hat. Herr Kollege Schmitt, dass das mit Transparenz nicht allzu viel zu tun hat, darüber sind wir uns, glaube ich, sehr schnell einig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Thema Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag. In den Wortbeiträgen sowohl des Minister als auch der drei Vorredner ist deutlich geworden, dass die Kritik auch bei vertiefter Suche sehr schwach ausfällt und dass wir am Ende sicherlich zu einem einstimmigen Ergebnis kommen.

Meine Damen und Herren, deshalb will ich aus meiner Sicht an einem Punkt aufzeigen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Der Hauptkritikpunkt der Landtage ist aus meiner Sicht zu Recht immer wieder, dass wir in eine reine Notarfunktion abgedrängt sind. Wir hatten im Grunde gar keine Möglichkeit, irgendetwas zu beeinflussen, sondern wir hatten am Ende nur, nach dem Motto „Friss oder stirb“, die Alternative, Ja oder Nein zu sagen. Wenn aber ein Landtag in Deutschland Nein gesagt hätte, wäre das ganze Vertragswerk gescheitert, mit all den Repressionen, die dann im Einzelfall immer damit verbunden sind.

Jetzt kommen wir wenigstens an den Punkt, dass es in der so wichtigen Gebührenfrage – das haben wir ja beim letzten Rundfunkstaatsvertrag erlebt – einen dauerhaften Prozess des Informationsaustauschs zwischen den Rundfunkanstalten und den Landtagen gibt, sodass wir hier immer auf der Höhe der Zeit sind und dafür sorgen können, dass wir diese Dinge auch mit der notwendigen kritischen Begleitung versehen.

Das halte ich für einen großen Erfolg. Da möchte ich mich ausdrücklich bei dem Ministerpräsidenten bedanken, dass wir das endlich geschafft haben und dass wir von dieser Zuschauerrolle im Bereich der Rundfunkstaatsverträge weggekommen sind.

Zweite Bemerkung: Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass natürlich das Verfallsdatum dieser Rundfunkstaatsverträge immer kürzer wird. Am Anfang hatten wir Rundfunkstaatsverträge, die fünf bis zehn Jahre gehalten haben. Jetzt halten sie nur wenige Jahre, und wahrschein-

lich werden wir in Zukunft dahin kommen, dass Rundfunkstaatsverträge sehr regelmäßig geändert werden müssen, weil der zunehmende technische Fortschritt dies erfordert. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns an einigen Stellen miteinander verständigen und dass wir hier bestimmte Themen im Auge behalten.

Zum Thema Jugendschutz will ich an dieser Stelle sagen: Wir haben schon vor zwei oder drei Jahren beim Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vereinbart, dass wir das Thema Jugendschutz hier im Rahmen einer Anhörung bearbeiten wollen, wenn der entsprechende Bericht über die Ergebnisse der technischen Vorsperre vorliegt. Ich gehe davon aus, dass wir, wenn dieser Bericht vorliegt – mir ist er im Augenblick noch nicht bekannt –, dieses Thema im Hauptausschuss erneut aufgreifen und eine entsprechende Anhörung zu dem Thema durchführen werden.

Damals wurde auch vereinbart, dass wir uns um das Thema Zukunft der Rundfunkgebühren allgemein kümmern wollen. Deshalb haben wir in der nächsten Woche die Anhörung im Hauptausschuss, wo wir uns einmal – losgelöst von Rundfunkstaatsverträgen und ganz konkreten Gesetzesinitiativen – etwas schlau machen wollen, was die Fachwelt an dieser Stelle sagt, wie ein besseres und sinnvoller System der Erhebung der Rundfunkgebühren in Deutschland aussehen kann.

Ich plädiere dafür, dass wir als Parlament an dieser Stelle auch ganz selbstbewusst sagen: Dort haben wir in Zukunft zwar einen sehr schwierigen Prozess, weil der technische Fortschritt dafür sorgt, dass die Zyklen immer kürzer werden, aber wir als Hessischer Landtag wollen es zumindest schaffen, ganz bestimmte interessante Felder herauszugreifen und sie dann auch mit der notwendigen Energie zu bearbeiten.

Ich will an dieser Stelle jetzt nicht mehr auf die einzelnen Punkte wie Regionalisierung und Digitalisierung eingehen. Wir können das noch in den Ausschusssitzungen, die wir zu dem Thema abhalten werden, weiter vertiefen. Wir werden diesem Rundfunkstaatsvertrag sicherlich unsere Zustimmung geben. Ich hoffe, dass wir sehr zügig zu einem abschließenden Urteil im Hessischen Landtag kommen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Wir bedanken uns für den kurzen Beitrag. – Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache.

Die erste Lesung hat stattgefunden. Zur Vorbereitung der zweiten Lesung wird der Gesetzentwurf an den Hauptausschuss überwiesen. – Das ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz für eine Hessische Bauordnung (HBO) – Drucks. 15/3635 –

Die Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Posch zur Begründung des Gesetzentwurfs.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs auf Folgendes hinweisen: Ziele dieser HBO-Novelle sind eine wesentliche Vereinfachung, mehr Bürgerfreundlichkeit, eine umfassende Beschleunigung sowie eine Senkung der Baugenehmigungskosten. Die Novellierung der Hessischen Bauordnung ist damit ein Kernstück unserer Deregulierungspolitik.

Mit der neuen Bauordnung wird zukünftig das Bauen einfacher, es geht schneller, und es wird kostengünstiger. Dies kann im Einzelnen dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf entnommen werden. Ich möchte nur auf die wichtigsten Änderungen eingehen.

Zunächst möchte ich etwas zur Frage des Verfahrensrechts sagen. Neu ist, dass der Katalog der baugenehmigungsfreien Vorhaben wesentlich erweitert wird. 60 Vorhaben werden neu von der Genehmigungspflicht freigestellt. In 37 Fällen wird der Freistellungsumfang erweitert. Allein diese Zahlen machen deutlich, dass der Anspruch hier verwirklicht wird, dass das schneller, einfacher und bürgerfreundlicher vonstatten gehen soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erfasst sind hiervon auch beispielsweise Antennenanlagen bis 10 m Gesamthöhe und zugehörige Versorgungseinheiten. Die gesundheitliche Bewertung der Anlagen – darauf möchte ich an dieser Stelle hinweisen, weil dies in der Diskussion immer durcheinander geworfen wird – erfolgt durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post. Diese Frage ist bauplanungsrechtlichen Regelungen nicht zugänglich. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinden haben wir in diesem Zusammenhang gestärkt, indem die Freistellung unter dem Vorbehalt der Beteiligung der Gemeinden steht. Ich bin mir sicher, dass wir über diese Frage im Ausschuss noch intensiv diskutieren werden.

Die Genehmigungsfreistellung für Wohngebäude bis zur Hochhausgrenze und kleinere, z. B. gewerblich genutzte Gebäude bis 7 m Höhe wird neu eingeführt. Damit entfällt im Bereich qualifizierter Bebauungspläne in Zukunft die Notwendigkeit, ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen. Ich betone: Dies gilt im Bereich qualifizierter Bebauungspläne. Die Kommunen sind also angehalten, von ihrer Verpflichtung, Bebauungspläne aufzustellen, auch Gebrauch zu machen. Denn nur in diesen Fällen ist es vertretbar, ohne Genehmigung bauen zu dürfen. Es bedarf künftig lediglich einer Mitteilung an die Gemeinde.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Regelungen anderer Länder verweisen. Alle übrigen Länder haben, zumindest bei Wohngebäuden bis zu 7 m Höhe, im Bereich von qualifizierten Bebauungsplänen auf Genehmigungsverfahren verzichtet. Das, was wir jetzt vorsehen, entspricht den Vorschriften von Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Ich weise deshalb darauf hin, weil wir auf die Praxis dieser Länder zurückgreifen können. Dies ist mit ein Grund dafür, warum ich der Auffassung bin, dass diese weitreichende Regelung sachlich ohne weiteres gerechtfertigt ist und es keineswegs – um mich gleich mit dem Vorwurf auseinander zu setzen – zu Defiziten bei dem Verbraucherschutz kommen muss.

Der Anwendungsbereich des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens, das in der Vergangenheit bereits eingeführt worden ist, wird beträchtlich erweitert. Die bauaufsichtliche Prüfung beschränkt sich in diesem Verfahren auf das Bauplanungsrecht und auf Abweichungen vom Bauordnungsrecht. Andere öffentlich-rechtliche Vorschriften werden nur dann überprüft, wenn wegen der Baugenehmigung eine Entscheidung nach diesen Vorschriften entfällt oder ersetzt wird. So bleibt z. B. der Denkmalschutz auch im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren weiterhin Gegenstand der bauaufsichtlichen Prüfung. Damit bleibt in diesem Bereich auch in Zukunft die Genehmigung aus einer Hand möglich.

Im herkömmlichen Baugenehmigungsverfahren wird der Prüfungsumfang eingeschränkt. Das herkömmliche Baugenehmigungsverfahren soll künftig Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5 sowie allen Sonderbauten vorbehalten sein. Ich weise ausdrücklich darauf hin, weil auch das häufig in der Diskussion durcheinander geworfen wird: Bei Sonderbauten, wo ein besonderer Schutz hoheitlich sichergestellt werden muss, bleibt es bei dem Genehmigungsverfahren.

Auf die Prüfung des Schall- und Wärmeschutzes, des Erschütterungsschutzes und des baulichen Arbeitsschutzes wird verzichtet. Wie im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren ist auch das umfassende Baugenehmigungsverfahren für fachgesetzliche Konzentrationsentscheidungen offen.

An die Stelle des Baugenehmigungsverfahrens tritt die Verantwortung durch private Sachverständige. Neu ist: Die Personen, die die bautechnischen Nachweise aufstellen und prüfen, sind auch bei der Bauüberwachung in der Pflicht. Gegenüber der bestehenden Rechtslage wird die Bauüberwachung allerdings verbessert. An diesem Beispiel wird deutlich, dass wir ausdrücklich sagen: Wir geben auf der einen Seite die Freiheit, dies bedeutet aber gleichzeitig Übernahme von Verantwortung. Dies ist ein Grundsatz, der sich bei dieser Novellierung der Hessischen Bauordnung an den verschiedenen Stellen wieder findet. Das halten wir für vertretbar. Bei Sonderbauten bleibt es bei der Prüfung und Bauüberwachung durch die Bauaufsichtsbehörde, oder es geschieht in ihrem Auftrag.

So weit die wichtigsten Änderungsvorschriften im Verfahrensrecht.

Was wird es hinsichtlich des materiellen Rechts Neues geben? Lassen Sie mich das an einigen Beispielen deutlich machen.

Der von der Bauministerkonferenz im Dezember 1999 beschlossene Entwurf eines Brandschutzkonzepts der Musterbauordnung wird mit unserer Novelle umgesetzt werden. Statt der Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik wird künftig nur noch die Beachtung der bauaufsichtlich eingeführten Technischen Baubestimmung verlangt. Der Ausbau von Kellergeschossen soll erleichtert werden. Auf Ausstattungsstandards von Wohnungen wird weitgehend verzichtet werden. Die Festlegung bestimmter Mindestgrößen für Wohn- und Schlafräume einer Wohnung wird entfallen. Hier waren wir der Auffassung, dass damit etwas geregelt wurde, was, weiß Gott, nicht zwingend gesetzlich geregelt werden muss.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auch das sind Beispiele für die Deregulierung. Der Gesetzgeber muss nicht alles und jedes regeln.

(Beifall des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Das ist ein weiterer Grundsatz, den wir mit der Novellierung der Hessischen Bauordnung, soweit es möglich ist, umsetzen wollen. Wir dürfen nicht immer nur von Deregulierung reden. Wir müssen dann auch den Mut dazu besitzen. Das wird mit der Novellierung der Hessischen Bauordnung umgesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Gleichwohl wollen wir in bestimmten Bereichen Akzente setzen. So wollen wir das barrierefreie Bauen voranbringen. Wie auch in der Musterbauordnung ist in unserem Entwurf für die Hessische Bauordnung vorgesehen, dass schon in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen – statt wie bisher erst ab Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen – die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen. Die neue Regelung wird auch Gebäude mit Mischnutzung erfassen. Ich glaube, das ist etwas, was im Interesse der Behinderten liegt.

Ich komme zum Stichwort Bauvorlageberechtigung. Das ist etwas, was immer wieder diskutiert wird. Es wird aus unterschiedlichen Interessenlagen heraus auch unterschiedlich bewertet. Ich stelle fest: In diesem Entwurf wird an der so genannten „kleinen“ Vorlageberechtigung für Meister bestimmter Berufsgruppen festgehalten. Diese „kleine“ Bauvorlageberechtigung hat sich bewährt. Es besteht keine Veranlassung, hier eine Änderung vorzunehmen.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich spreche weiterhin zum materiellen Recht. Die Zulassung von Abweichungen wird erleichtert werden. Wer sich mit der Frage der Ausnahmen und Befreiungen befasst hat, weiß, dass dies eine Materie ist, die kaum noch zu vermitteln ist. Die bisherigen Befreiungen konnten im Einzelfall nur unter eng begrenzten Tatbestandsvoraussetzungen erteilt werden.

Es war uns von vornherein klar, dass die Novellierungsbemühungen für die Hessische Bauordnung auf großes Interesse bei der betroffenen Öffentlichkeit stoßen werden. Deswegen haben wir sehr bewusst ein Verfahren gewählt, das die größtmögliche Transparenz und Offenheit gewährleistet. Dies erfolgte schon zu Beginn unserer ersten Novellierungsüberlegungen. So hatten wir in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden ein Eckpunktepapier erarbeitet, das allen Interessierten zur Stellungnahme und zum Abgeben von Anregungen offen zur Verfügung stand. Neben der Einholung der Meinung der Betroffenen, die vom Beruf her mit der Hessischen Bauordnung zu tun haben, waren wir aber auch sehr daran interessiert, die Ansicht von Bürgern mitgeteilt zu bekommen, die einschlägige Erfahrungen mit dem Baurecht gemacht hatten.

Im Oktober 2000 hatten wir dann ein umfassend angelegtes Hearing zu unserem Eckpunktepapier veranstaltet. Die Kommunalen Spitzenverbände, die Architektenkammer, die Ingenieurkammer, die Handwerkskammer und rund 25 weitere betroffene Verbände und Stellen haben diese Möglichkeit genutzt und mit uns ausgiebig und kritisch die vorgesehenen Neuregelungen diskutiert. Das ist ein Weg, der in der Vergangenheit nicht so beschritten wurde. Dabei wurden nämlich in einem Eckpunktepapier

zunächst alle Problembereiche aufgelistet. Dabei wurde allerdings auch signalisiert, wie wir uns die Änderungen vorstellten.

Nachdem das Kabinett am 13. November des letzten Jahres den Referentenentwurf gebilligt hatte, wurde der Gesetzentwurf ca. 150 Verbänden und Organisationen zur Stellungnahme übersandt.

Es wurde schon deutlich, dass mit der Novellierung der Hessischen Bauordnung erstmals verstärkt Schwerpunkte in Richtung Privatisierung gesetzt werden sollen. Wie die Anhörung gezeigt hat, stößt dies nicht überall auf Begeisterung. Ich nehme an, auch die Opposition wird die Kritikpunkte der Anhörung aufgreifen. Deswegen will ich auf diese Kritikpunkte durchaus eingehen. Denn ich weiß, dass dies im Vorfeld diskutiert wurde und auch jetzt im Gesetzgebungsverfahren die Diskussion beherrschen wird. Ich will einige zentrale Kritikpunkte nennen.

Es wurde gesagt, die Novelle komme zu früh, wegen der anzustrebenden Rechtseinheit solle die Vorlage der neuen Musterbauordnung abgewartet werden. Ich will an dieser Stelle dazu nur sagen: Als ich studiert habe, habe ich schon davon gehört, dass es eine Musterbauordnung geben solle. Dies ist schon geraume Zeit her. Die Musterbauordnung ist immer noch eine Musterbauordnung. Ich glaube deshalb, dass der Weg, die Musterbauordnung in ihrem jetzigen Stadium in die Hessische Bauordnung zu übernehmen, der richtige ist. Ansonsten könnten wir möglicherweise bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir bei einem ganz wichtigen Punkt des materiellen Rechtes Wert darauf gelegt haben, bundeseinheitliche Regelungen zu haben. Dies betrifft den Brandschutz. Es macht keinen Sinn, so etwas im föderalen System unterschiedlich zu regeln. Denn hinsichtlich des Brandschutzes darf es keine Rolle spielen, ob das Bauwerk in Rheinland-Pfalz oder Hessen steht. Anders verhält es sich bei den Verfahrensvorschriften. Da möchten wir uns an dem Wettbewerb beteiligen, in welchen der Länder es schneller geht. Künftig wollen wir zu denen gehören, in denen es am schnellsten geht.

Weitere Kritikpunkte waren, die Sicherheit des Bauens gehe verloren, das Bauen werde durch den notwendigen Einsatz von Sachverständigen teurer und die Bauherrschaft verliere durch die Prüfverzichte an Rechtssicherheit. Hierzu möchte ich feststellen: An bestehenden Strukturen festhalten zu wollen entspricht manchmal nahe liegenden Gründen. Dass Bedienstete der Bauverwaltung an der alten Hessischen Bauordnung festhalten wollen, ist nur zu verständlich. Dass ein Teil der Architektinnen und Architekten oder Bauingenieurinnen und Bauingenieure gerne die zusätzliche Sicherheit der staatlichen Kontrolle haben will, kann ich nachvollziehen. Aber der Gesetzgeber muss sich die Frage stellen, ob das notwendig ist. Da sind wir zu dem entsprechenden Ergebnis gekommen.

Es wäre einfach gewesen, die geäußerte Kritik pauschal auf das Beharrungsvermögen der Mitarbeiter der Verwaltung oder der am Bau Beteiligten zu schieben. Das haben wir nicht getan. Wir haben die im Rahmen der Anhörung vorgetragenen Meinungen sorgfältig geprüft und, wenn sie begründet und schlüssig waren, auch berücksichtigt.

Der Rechtseinheit im Bauordnungsrecht messe ich große Bedeutung bei. Ich habe zum Thema Brandschutz bereits

etwas gesagt. Die Struktur des Verfahrensrechts orientiert sich deshalb auch an der im Entwurf befindlichen Musterbauordnung. Auch die nach der Anhörung der Verbände erfolgte Weiterentwicklung der Musterbauordnung wurde bis zum Stand Ende des Jahres 2001 berücksichtigt. Wir haben also, soweit es möglich war, dies in allen Bereichen einbezogen. Da die Musterbauordnung in überarbeiteter Fassung frühestens Ende des Jahres 2002 vorliegen wird – ich habe meine persönliche Anmerkung dazu bereits gemacht –, wäre in dieser Legislaturperiode eine Novelle des Bauordnungsrechts nicht mehr möglich gewesen. Im Interesse der am Bau Beteiligten und vor allem im Interesse der Bauwirtschaft ist ein Aufschub der mit der Novelle der Hessischen Bauordnung verbundenen Vereinfachungen und Beschleunigungen nicht zu vertreten.

Ich komme zum Stichwort Verbraucherschutz. Der Abbau behördlicher Prüftätigkeit muss nicht zugleich zum Abbau beim Verbraucherschutz führen. Gefährdungen der Bauherren sind in dieser Hinsicht nicht zu befürchten. Auch wenn wir die staatliche Tätigkeit zurücknehmen, lassen wir die Bauherren rechtlich nicht ohne Schutz. Die Bauherrschaft wird durch private Fachleute betreut werden, an deren Qualifikation wir sehr hohe Anforderungen stellen werden.

Es ist sinnvoll und konsequent, dass die staatliche Kontrolle dann überflüssig wird, wenn die entsprechende Überprüfung von Sachverständigen vorgenommen werden kann, die für ihren jeweiligen Verantwortungsbereich über besondere Qualifikationen verfügen. Auch dies ist ein grundsätzliches Merkmal, das in der Novelle der Hessischen Bauordnung durchgängig verfolgt wird. Würde die Behörde hier nochmals prüfen, wäre dies eine unnötige doppelte Prüfung mit unnötiger doppelter Kostenbelastung.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ist es aber unter dem Aspekt der präventiven Gefahrenabwehr erforderlich, so bei Sonderbauten, verbleibt es wie bisher bei dem bauaufsichtlichen Prüfverfahren.

Das Bauen wird durch den notwendigen Einsatz von privaten Sachverständigen nicht teurer, sondern für den überwiegenden Teil der Bauvorhaben sogar kostengünstiger. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass es keine generelle Kostensenkung geben wird. Für den Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser, einfacher Mehrfamilienhäuser sowie einfacher Gewerbebauten wird es durch den Wegfall von Baugenehmigungs- und Prüfgebühren aber zu einer erheblichen Kostenreduzierung kommen. Je nach Bauvorhaben sind dies 750 bis 2.000 € an Baugenehmigungsgebühren und 750 bis 2.500 € an Gebühren für die Prüfung der Standsicherheit. Damit werden wir dem Anspruch gerecht, dass die Verfahren nicht nur schneller werden, sondern dass es für die Masse der Bauvorhaben in Zukunft tatsächlich kostengünstiger wird.

Die mit der HBO-Novelle verfolgten Kosteneinsparungen sollten nicht auf die Gebühren reduziert werden. Allgemein werden für das Baugeschehen, insbesondere für den Wohnungsbau, durch den Wegfall von Genehmigungsverfahren und die damit verbundene Beschleunigung des Bauens beträchtliche Kosteneinsparungen bewirkt. Zwischenkredite entfallen, Wohnungen können eher bezogen werden, und Mietkosten entfallen. All das darf man unter fiskalischen Aspekten nicht außer Acht lassen.

Richtig ist, dass mit dem Wegfall der Baugenehmigungen auch der formelle Bestandsschutz einer Baugenehmigung entfällt. Gleichwohl ist dies kein Grund dafür, auf der Notwendigkeit einer Baugenehmigung zu beharren.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, ein Hinweis: Die verabredete Redezeit ist schon überschritten.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich bin sofort am Ende. – Wird ein Vorhaben abweichend von der Baugenehmigung ausgeführt, was keinesfalls selten geschieht, geht von der Baugenehmigung auch kein formeller Bestandsschutz mehr aus. Bauaufsichtliche Abnahmebescheinigungen haben keine legalisierende Wirkung.

Gefahrenabwehr und Verbraucherschutz werden mit dieser Novelle der Hessischen Bauordnung nicht dem Zufall überlassen.

Ich hoffe, dass der vorliegende Gesetzentwurf im Ausschuss sachlich und zügig beraten werden kann, damit auch die Bauherrschaften in Hessen so bald wie möglich in den Genuss des genehmigungsfreien Bauens kommen können. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss und hoffe auf eine zügige Beratung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Reichenbach für die SPD-Fraktion.

Gerold Reichenbach (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns Sozialdemokraten muss es Ziel einer jeglichen Novellierung der HBO sein, die HBO zu vereinfachen und bürgerfreundlicher zu machen, die Verfahren zu beschleunigen, eine möglichst weitgehende Harmonisierung innerhalb der Länderbauordnungen herzustellen und den Schutz des Bauherren, der Öffentlichkeit und der Verbraucher zu verstärken.

An Ihren Ausführungen und an dem, was uns vorliegt, wird deutlich, dass der Gesetzentwurf diesen Zielsetzungen nicht genügt.

Herr Minister, ich beginne mit dem Thema Abbau von Vorschriften im materiellen Baurecht. Ihre Rede war entlarvend. Sie selbst haben zwei Beispiele vorgetragen, wo es nicht zu einem Abbau materieller Bestimmungen im Baurecht kommt, sondern zu Verfahrensvereinfachungen. Wenn man das Verfahren bei Ausnahmegenehmigungen vereinfacht, dann heißt das noch lange nicht, dass man die Vielfältigkeit der materiellen Vorschriften reduziert.

Ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel. Aus der bisherigen Hessischen Bauordnung öffentlich-rechtliche Bestimmungen betreffend den Denkmal- und den Umweltschutz herauszunehmen heißt eben nicht, die Zahl dieser Bestimmungen reduziert und vereinfacht zu haben. Im Grunde genommen wird die Unübersichtlichkeit des Baurechts für die Bauherren erhöht, sie müssen es trotzdem nach wie vor beachten. In der Novelle zur Bauord-

nung wird vielleicht der eine oder andere Paragraph gestrichen. Das heißt aber nicht, dass die Bauherren weniger Bestimmungen zu beachten haben.

Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass in anderen Ländern bereits Erfahrungen mit Vereinfachungen der Landesbauordnungen gesammelt wurden. So weit stimmt der Satz. Der Rest stimmt aber nicht mehr, denn das, was in anderen Ländern passiert, ist keineswegs mit dem vergleichbar, was Sie in Ihrer Novelle vorschlagen. Sie schießen weit über das hinaus, was andere Länder bislang tun und teilweise einer kritischen Überprüfung unterziehen.

Ich nenne das Beispiel Rheinland-Pfalz, das auch Sie angeführt haben. Dort bezieht man sich bei der Freistellung auf die Ein- und Zweifamilienhäuschen. Sie gehen aber bis zur Hochhausgrenze. In Baden-Württemberg ist dem Bürger die Möglichkeit gegeben, selbst zu entscheiden, welche Form des Verfahrens die für ihn rechtssichere und am Ende günstigere ist. Er hat nämlich die Wahl zwischen einer Freistellung und einem vereinfachten Genehmigungsverfahren.

Wenn man sagt, durch den Wegfall des Genehmigungsverfahrens und durch die Einführung eines vereinfachten Verfahrens werde das Ganze für einen Teil der Häuslebauer einfacher und kostengünstiger, dann macht man es sich etwas zu einfach. Wie gesagt: Ein Abbau materiellen Baurechts findet nach unserer Einschätzung nicht wirklich statt.

Auch die Bestimmung, dass zwar nach wie vor geprüft wird, dass sich die Bauherren aber selbst darum kümmern müssen, dass geprüft wird, und die Prüfung selbst finanzieren müssen, wird am Ende nicht zu einer Einsparung führen. Sie selbst weisen darauf hin – in der Novelle zur Bauordnung ist das ausdrücklich vorgesehen –, dass für Bauherren eine Prüfpflicht besteht. Allerdings weisen Sie – im Gegensatz zu dem vereinfachten Verfahren von Rheinland-Pfalz und zu der Wahlmöglichkeit in Baden-Württemberg, ob die Prüfung durch die Baubehörden oder durch einen vom Bauherrn beauftragten Gutachter vorgenommen werden soll – keineswegs aus, welchen Umfang diese Prüfpflicht hat.

Das, was die Bauherren an Gebühren für die Bauprüfung und Baugenehmigung sparen, werden sie für zusätzliche Leistungen der Entwurfsverfasser und für private Sachverständige ausgeben müssen. In der Begründung des Entwurfs wird bereits in Aussicht gestellt, dass die Ermächtigung erteilt werden wird, eine Gebührenordnung für zusätzlich zu erbringende Leistungen zu erstellen. Das heißt, der kleine Häuslebauer kann sich schon jetzt ausrechnen, dass in Zukunft ein neuer Gebührenkatalog auf ihn zukommen wird.

(Norbert Kartmann (CDU): Die Angstmacherei klappt nicht!)

– Man braucht keine Angst zu machen, man braucht nur Ihren Gesetzentwurf zu lesen. Dann weiß man, woran man ist.

Selbst Folgendes steht in dem Entwurf – Herr Kartmann, ich empfehle ihn wirklich zur Lektüre –: Die Landesregierung empfiehlt den kommunalen Baubehörden, zur Kompensation für die wegfallenden Prüfgebühren die Beratungsleistungen im Vorfeld gebührenpflichtig zu machen. – Das heißt, in Zukunft wird die Beratung der Bauherren, die bislang im Rahmen des vereinfachten Verfahrens beim Bauamt kostenlos, weil sozusagen Teil der Baugenehmigung war, nach Ihrer Empfehlung nur noch kosten-

pflichtig zu erhalten sein. Am Ende wird sich dies meines Erachtens als eine Milchmädchenrechnung herausstellen.

Bauherren und Architekten müssen sich künftig in den verschiedenen Gesetzen und Verordnungen darüber informieren, ob das von ihnen geplante Vorhaben mit den dort enthaltenen Regelungen übereinstimmt, denn die Streichung von Verweisen aus der Hessischen Bauordnung bedeutet keinen wirklichen Abbau materiellen Rechts.

Was Sie tun, ist schlicht und einfach die Privatisierung der bisherigen Prüfung, die Verlagerung des Restrisikos auf den Bauherrn, ohne dass dies tatsächlich zu einer Kostenersparnis führt. Er muss jetzt die Kosten im Vorfeld gegenüber Privaten aufwenden. Hinzu kommt, dass Sie die Rechtsunsicherheit erhöhen, denn im Gegensatz zum bisher Gehandhabten verweisen Sie ausdrücklich darauf, dass es demnächst im Obliegen und in der Pflicht des einzelnen Bauherrn sein wird, zu überprüfen, ob die Entwurfsverfasser und der private Sachverständige, die er zu beauftragen hat, auch über eine ausreichende Haftpflichtversicherung verfügen.

Das heißt, auch an der Stelle wird es genau den kleinen Bauherren treffen, der eben nicht jeden Tag ein Haus baut, der nicht über entsprechende Erfahrungen verfügt und weiß, wo man nachsehen muss. Es wird schlicht und einfach den treffen, der nur einmal baut und sich irgendwo kundig machen muss. Natürlich wird ihm kein Entwurfsverfasser sagen: Pass auf, wenn irgendetwas bei meiner Beratung schief geht, bin ich am Ende. – Wir hatten die Diskussion gestern schon bei dem – –

(Zuruf: Architektengesetz!)

– Richtig. – Dann ein Haftungsausschluss, und er steht am Ende da, wenn es schief gegangen ist. Sie haben selbst darauf hingewiesen, es wird keinen rechtsgültigen Abschluss mehr geben. Darauf zu verweisen, dass beim Überschreiten der Planung natürlich auch heute der Rechtsbestand wegfällt, ist nur ein Teil der Wahrheit. In Zukunft kann die Gefahr bestehen, dass die Planung per se falsch ist und dies im Vorfeld nicht festgestellt wird, sondern erst im Nachhinein. Dann haben Sie die Situation, dass der Hauslebauer allein gelassen wird.

Wenn ich mir das anschau: Neben der offiziellen Auskunft des Landes Bayern gibt es auch die Umfrage bei den bayerischen Bauämtern, die von der Landesregierung nicht mehr öffentlich gemacht wurde, die man sich aber so besorgen kann. Die kommen zum Ergebnis, dass es bei einem Fünftel – also 20 % – aller Bauvorhaben im Laufe des Baues zu einem Baustopp aus unterschiedlichsten Gründen kommt, und wenn es nur so ist, dass der Entwurfsverfasser doch den einen oder anderen notwendigen Nachweis schlicht und einfach nicht mit eingereicht hat und dies bei einer späteren Prüfung gefunden wird.

Der letzte Punkt, an dem wir sagen, nicht nur diese Ziele nicht erreicht, nach allem, was wir überblicken konnten, sondern auch ein wichtiges Ziel, nämlich die Harmonisierung zwischen den Bundesländern nicht erreicht – das haben Sie mit Ihrer Widersprüchlichkeit selber deutlich gemacht –: Alle gehen davon aus – Sie schreiben es selbst in Ihrer Gesetzesbegründung –, dass im Jahre 2002 die Musterbauordnung endlich einmal von allen Bundesländern getragen verabschiedet wird. Dies zu einem Zeitpunkt, wo wir auch Erfahrungen von Ländern, die vereinfachte Verfahren haben, mit eingearbeitet haben und dann eine gemeinsame Empfehlung haben.

Die einzige Begründung, die Sie haben, diese einmalige Chance zunichte zu machen, ist: Dann können wir das nicht mehr in dieser Legislaturperiode abschließen, sondern geraten in die nächste Legislaturperiode. – Das scheint mir eine Begründung zu sein, die hanebüchen ist, zumal wir nicht ein zusätzliches Experiment in Hessen brauchen, das über die Erfahrungen der anderen hinausgeht, sondern es gibt jetzt eine Auswertungsphase. Es wird im Herbst eine Einigungsphase geben. Dann haben wir die Chance, gemeinsam weitestgehend bei allen Bundesländern, zumindest in vielen Bereichen, ein einheitliches Baurecht hinzubekommen.

Ich sage Ihnen, für jemand, der seinen Wahlkreis in der Mainspitze hat und bei dem viele drüben aus dem Kreis Groß-Gerau inzwischen auf der anderen Rheinseite gebaut haben, wäre dies dringender und notwendiger denn je, denn es ist auch ein Investitionshindernis und ein Hindernis sowohl für Architekten und für die jeweiligen Bauherren als auch für Bauunternehmen.

Ich nenne Ihnen ein drittes Beispiel, wo Sie den Betroffenen im Grunde genommen einen Bärenienst erweisen. Sie haben davon gesprochen, dass sich die kleine Bauvorlagenberechtigung bewährt habe. Bislang war es so, dass der „kleine“ Bauvorlageberechtigte zumindest eine gewisse Sicherheit dadurch hatte, dass er im vereinfachten Verfahren war. Dadurch, dass Sie ihn jetzt im Gegensatz zu Baden-Württemberg zwingen, in das Freistellungsverfahren hineinzugehen, zwingen Sie ihn auch, sich gegen entsprechende Haftungsrisiken zu versichern, die aus einer fehlerhaften Beurteilung von Bebauungsplänen und Ähnlichem herrühren. Das wird bei einem Handwerksmeister, der das nicht jeden Tag macht, eher vorkommen, insbesondere bei dem Dschungel von dem, was man alles beachten muss – vom Denkmalschutzrecht bis hin zum Wasserrecht, und was alles noch dazugehört.

Er ist dann in der Situation, dass er sich zusätzlich absichern muss, weil er die Berufshaftpflichtversicherung eines Architekten nicht hat. Seine Berufshaftpflicht deckt nur die Ausführung ab, aber nicht die Planung. Dies wird er mit einer zusätzlichen Prämie machen müssen. Versichern kann man alles, es ist nur eine Frage des Preises. Ich prophezeie Ihnen, dadurch, dass Sie auch den „kleinen“ Bauvorlageberechtigten in dieses Freistellungsverfahren zwingend hineinschieben, erweisen Sie den Betroffenen einen Bärenienst.

Für viele Handwerker wird sich am Ende die Frage stellen, ob es sich für ihn für die zwei, drei Bauvorhaben, die er vielleicht im Jahr machen kann, überhaupt noch rentiert, zusätzlich die hohe Prämie zu zahlen. Umgekehrt weiß er aber, dass er bei dem Risiko des eigenen wirtschaftlichen Untergangs Bauvorlagen macht, wenn er sich auf diesem Wege nicht absichert.

(Beifall des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Herr Minister, deswegen sagen wir: Sie haben das, was Sie erreichen wollten, nicht erreicht. Sie machen durch das Vorpreschen die Chance zunichte, eine einheitliche Bauordnung zwischen Ländern hinzubekommen. – Deswegen ist es unser Rat: Nehmen Sie diesen Entwurf, und überarbeiten Sie ihn noch einmal unter den Gesichtspunkten, die ich eben genannt habe, nämlich Vereinfachung bei gleichzeitiger Möglichkeit des Bürgers, auch Rechtssicherheit hinzubekommen, und nicht bei der vollen Abwälzung des Risikos insbesondere auf den kleinen Bauherren, wirkliche Kostenersparnis für den einzelnen Bauherren beim Bauen und nicht die Verlagerung der Zahl-

stelle vom Bauamt zum privaten Ingenieur oder Architekten, drittens und letztens auch eine weitere Harmonisierung mit der Musterbauordnung.

Auch das wird deutlich – Sie haben es selbst gesagt –: Sie richten sich an den Einigungspunkten, die jetzt entstanden sind, in vielen Bereichen nicht nach der Musterbauordnung. Wir werden dies in einer Anhörung, die wir im Ausschuss beantragen werden, im Detail nachweisen.

Dann bleibt es das einzige Argument, zu sagen: Dann kommen wir in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu Ende. – Dazu sage ich: Recht so, dann können Sie jetzt schon einmal ordentliche Vorarbeit leisten, und wir werden in der nächsten Legislaturperiode unter Gerhard Bökel eine Bauordnung machen, die den Harmonisierungsbestimmungen genügt, verbraucherfreundlich ist und trotzdem dem kleinen Mann Rechtssicherheit und nicht mehr Risiko bietet. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Milde für die CDU-Fraktion.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach der Rede des Kollegen Reichenbach sind die meisten meiner Bedenken, die ich hinsichtlich der Änderung der HBO hatte, wie verfliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Mit dem vorgelegten Entwurf der Hessischen Bauordnung können sich die Menschen in Hessen darauf freuen, künftig schneller, günstiger und unkomplizierter bauen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Damit wird das Ziel aus der Koalitionsvereinbarung, die Bauordnung wesentlich zu vereinfachen und damit bürgerfreundlich zu gestalten, Vorgänge umfassend zu beschleunigen und die Kosten für die Bauherren zu senken, eindrucksvoll gesetzlich umgesetzt.

An dieser Stelle – ich habe gehört, dass es ungewöhnlich ist – möchte ich mich trotzdem bei den Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium, ganz besonders bei Herrn Allgeier, bedanken. Wer sich angeguckt hat, was in seinem Postfach lag, der weiß, wie viel Umfang der Gesetzentwurf hat, und der weiß, wie viele Überstunden darin stecken. Das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nicht zuletzt ist es das hessische Wirtschaftsministerium, das sich federführend in die Weiterentwicklung der Musterbauordnung eingebracht hat. Was der Minister Posch in seiner Studienzeit nicht erleben konnte, wird er in seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister in Hessen dann erleben, dass nämlich diese Musterbauordnung von allen Ländern anerkannt wird.

(Zurufe von der SPD)

Die Musterbauordnung wird ein Hauptgrund dafür sein, warum wir überhaupt unsere Landesbauordnung ändern.

(Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, was da kommt. Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Die Länderbauordnungen sind anzugleichen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass wir in Hessen, die wir den höchsten Nachholbedarf unter allen Bundesländern in Deutschland haben, was die Bauordnung angeht, dringend eine Änderung vornehmen.

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

Es ist keinem einzigen hessischen Bürger zu erklären, warum er eine Baugenehmigung braucht, wenn er sich mit seinen Bauplänen exakt an einen vorliegenden qualifizierten Bebauungsplan hält.

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

Quasi als Bestrafung dafür, dass er in Hessen und nicht in Rheinland-Pfalz oder in anderen Nachbarländern baut, muss er eine Baugenehmigungsgebühr und Ingenieurprüfgebühr bezahlen. Das können wir in Hessen nicht durchgehen lassen. Das ist auch eine Standortfrage für Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich kann man Beschleunigungen und Kostensenkung nur erreichen, wenn sich der Staat auf seine wesentlichen Kernbereiche konzentriert. Natürlich setzt das voraus, dass der Staat Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürger hat und diese Eigenverantwortung stärkt und stärker einfordert.

Man kann aber nicht immer fordern, der Staat soll sich zurückziehen, und dann – das sage ich ausdrücklich in Richtung der Sozialdemokraten –, wenn der Staat das tut, dem Bürger erzählen, das gehe zulasten des Verbraucherschutzes. Das Gegenteil ist im Übrigen richtig. Verbraucherschutz soll künftig weniger vom Staat, dafür mehr von Privaten gewährleistet werden. Nach der neuen Bauordnung sollen Bauherren, die bislang nach dem vereinfachten Baugenehmigungsverfahren bauen mussten, in den Fällen von der Genehmigungspflicht freigestellt werden, in denen die Bebauungspläne einen klaren Rahmen vorgeben und sie sich genau daran halten. Wenn sich der Bauherr in diesem Rahmen bewegt, dann verzichtet die Baubehörde künftig eigentlich lediglich darauf, abzuhaken, ob die vorgelegten Unterlagen dem Bebauungsplan entsprechen. Mehr wird in der einfachen Baugenehmigung nicht getan.

Auch in Zukunft müssen alle Bauvorlagen vollständig vorliegen, bevor jemand zu bauen anfängt. Daher ändert sich auch nichts an der Sicherheit für die Bauherren. Die Ausnahme ist, dass bei einfachen Bauvorhaben nach einem klar definierten Kriterienkatalog künftig auf die Prüfung der Baustatik verzichtet wird. Im Prinzip ist dies die einzige Änderung, die wir bei den Bauvorlagen haben.

Die vollständigen Unterlagen, möglicherweise in einer entsprechenden Bauvorlagenverordnung festgelegt, werden bei der Gemeinde vorgelegt, und damit wird angezeigt, dass mit dem Bauvorhaben begonnen wird.

(Gerold Reichenbach (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Genau hierin besteht der Unterschied zu vorher. Ab diesem Zeitpunkt kann der Bauherr in Zukunft spätestens nach vier Wochen bauen, während er nach früherem Recht mindestens vier Monate warten musste.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu kommt, Herr Minister Posch hat die Zahlen genannt: Berechnen Sie einmal die Baugenehmigungsgebühr für einfache kleine Bauvorhaben. Rechnen Sie den Wegfall des Prüfeningenieurs, der auch nur das abhakt, was ein qualifizierter Ingenieur vorher erstellt hat. Dann kommen Sie auf 2.000 bis 2.500 €. Die spart jemand, der einfach baut. An dieser Stelle sage ich ganz klar: Natürlich ist es so, dass jemand, der viele Genehmigungen, der das Höchstmaß an Genehmigungen einholen muss, gegenüber früher möglicherweise nicht viel spart. Aber jeder, der einfache Dinge hat, die für die Verwaltung gar nicht viel Abstimmung bedeuten, musste bisher dieselbe Baugenehmigungsgebühr bezahlen wie derjenige, der viel in Anspruch genommen hat. Das ist nicht richtig.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD) – Gerold Reichenbach (SPD): Woher weiß er, dass das so ist?)

Im Übrigen, wenn ein Privater die Genehmigungen einholt, kann er viel schneller darauf einwirken, dass er von den zuständigen Behörden die Genehmigung bekommt, als wenn das die Baubehörde tut. Sie wissen ganz genau, wie das funktioniert.

Da kann man wirklich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch, Hessens Bürger können sich freuen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Frage des Vertrauens wird künftig in wesentlichen Punkten an die Gemeindeverwaltungen vor Ort delegiert. Diese kennen die örtlichen Verhältnisse am besten und entscheiden zukünftig, ob auf eine Genehmigung ganz verzichtet werden kann. Kommt die Kommune zu der Auffassung, aus welchem Grund auch immer, dass Bedenken bestehen, werden die eingereichten Unterlagen an die Genehmigungsbehörde in das vereinfachte Verfahren weitergeleitet. Eine Begründung ist nicht notwendig, damit kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht. Gleichzeitig wird das vereinfachte Genehmigungsverfahren für die allermeisten Fälle zum Regelverfahren.

Nun gibt es zu diesem Verfahren viele Bedenkensträger. Sie gehören an oberster Spitze dazu. Viele nachdenkliche Stellungnahmen haben uns in den letzten Monaten erreicht, auch in den letzten Tagen. Auch in der Anhörung werden wir noch viele Bedenken zu hören bekommen. Wir nehmen alle ernst. Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich. Wir wären keine Abgeordneten, wenn wir solche Bedenken nicht ernst nähmen. Ob Feuerwehren, Architekten, Ingenieure, Schornsteinfeger, Kommunen, Landkreise, Verwaltungsrichter, Denkmalschützer, Mobilfunkgegner oder Banken – alle haben aus ihrer Sicht nachvollziehbare Bedenken geäußert. Es wird unsere Aufgabe sein, zwischen der ersten und zweiten Lesung jetzt zu schauen, was davon übernommen werden kann und was nicht.

Wir lassen aber die Kritik der Opposition nur bedingt zu. Es kann doch gar kein Zweifel daran bestehen, dass auch die SPD die Hessische Bauordnung hätte anpassen müssen und dies auch vorhatte. Zweifel allerdings sind angebracht, ob sie es auch so schnell und gut geschafft hätte.

(Norbert Schmitt und Gerold Reichenbach (SPD): Viel besser! – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Als Opposition lässt es sich jetzt natürlich leicht mit den schärfsten Kritikern brüllen. Man nimmt zwei oder drei besonderes kritische Stellungnahmen und sucht in den anderen 15 Länderbauordnungen – das ist eben auch ein-

drucksvoll geschehen – diejenige heraus, die gerade diesen einen Punkt anders geregelt hat als unser Entwurf.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir gehen einen anderen Weg. Wir erkennen diese Musterbauordnung als verbindlichen Rahmen an. Sie ist modulartig aufgebaut, Module A, B, C, D. Man soll sich in jedem Land das herausuchen, was für das Land am besten passt. Das ist auch eine Wettbewerbsfrage, wie schnell wir sein können.

Selbstverständlich schauen wir auch auf die Länder, in denen Dinge erfolgreich praktiziert wurden, ebenso auf solche Dinge, die in anderen Ländern nicht funktioniert haben.

Man kann einen Punkt ansprechen, der vorhin genannt wurde, nämlich dass Baden-Württemberg etwas anders regelt: Dort kann der Bauherr frei wählen, ob er eine Baugenehmigung möchte oder nicht.

(Gerold Reichenbach (SPD): Freies Wahlrecht!)

Dieses so genannte Wahlverfahren haben wir in Hessen nicht übernommen, weil es

(Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

– einen kurzen Moment zuhören – dem Prinzip der Genehmigungsfreistellung nach unserer Meinung widerspricht.

(Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Wenn in Baden-Württemberg mehr als die Hälfte aller Bauherren das Genehmigungsverfahren wählt – hören Sie gut zu, das stimmt ja –, dann hat das vor allem den Grund, dass Banken bei der Alternative, Dienststempel auf einem Antrag oder nicht, logischerweise vorsichtshalber – ich bin selbst Banker, ich weiß das – sagen, dann nehme ich lieber das Verfahren, das einen Dienststempel trägt.

(Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Wenn der Dienststempel – jetzt hör doch einmal zu, ich kann es doch erklären – aber zwingende Voraussetzung für eine Finanzierung wäre oder auch nur die Sicherheiten einer Bank erhöhen würde, dann würden in Bayern oder in Sachsen, wo das nicht der Fall ist, keine Häuser finanziert. Dort werden aber nach Auskunft der Banken alle Häuser ganz normal finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das Ganze hat sehr viel damit zu tun – jetzt bringe ich einmal den Begriff, über den wir uns gestern unterhalten haben –,

(Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

ob die so genannte Schlusspunkttheorie den Betroffenen im Schnitt mehr hilft als schadet, also ob am Schluss jemand vom Staat einen Stempel darauf macht, der besagt, nun ist alles geheilt. Mit dem amtlichen Siegel auf der Baugenehmigung werden nämlich alle Fehler im Antrag abschließend legalisiert.

(Lachen des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Das ist übrigens ein Grund dafür, warum heute viele Entwurfsvorlagen fehlerhaft sind. Bauherren haben die Architekten gedrängt, den Versuch zu unternehmen, Änderungen ohne Befreiungsgebühr genehmigt zu bekommen. Nachbarn dagegen, die auf Bebauungspläne vertraut ha-

ben, mussten dann gegen die Verwaltung klagen. Wo also ist der Vorteil?

Entscheidend für die Bausicherheit und den Nachbarnschutz bleiben die Qualität der Entwurfsverfasser und die Anforderungen an die Vorlagen. Deshalb glaube ich nicht, dass wir an einer Bauvorlagenverordnung vorbeikommen werden. Sie ist als Ermächtigung im Gesetzentwurf enthalten. Damit wird z. B. die Frage von Lageplänen und Bauabsteckungen geregelt.

(Gerold Reichenbach (SPD): Was heißt das dann?)

Aber wir werden doch nicht an der Qualität von Architekten oder Statikern als Ingenieuren zweifeln, zumal Statiker eine mindestens zweijährige Berufserfahrung benötigen, um alleine eine Statik erstellen zu dürfen. Auch diejenigen Handwerksmeister – der Vorsitzende der Handwerksfachverbände sitzt auf der Tribüne –, die die kleine Bauvorlagenberechtigung besitzen und nur sehr eingeschränkt Entwürfe erstellen dürfen – da dürfen wir uns doch nichts vormachen, die dürfen ja nur Ein- bis Zweifamilienhäuser und einfache Bauten bis 200 m² erstellen –, haben eine hohe Kompetenz. Die können wir ihnen doch nicht absprechen. Manchmal haben die Praktiker vor Ort mehr Erfahrung am Bau als so mancher andere Entwurfsverfasser, das ist doch die Realität.

Selbstverständlich muss die Frage geklärt werden, ob sich Handwerker auch ausreichend gegen Planungsfehler versichern können. Keine Frage, darüber muss geredet werden, hier muss Wettbewerbsgleichheit bestehen.

Ich habe auch Verständnis dafür, dass die SPD heute in den Krümeln sucht, um die Änderung der HBO ablehnen zu können. Darin schwingt auch ein wenig Ärger darüber mit, dass die CDU/FDP-Koalition in Hessen eine bürgerfreundliche Bauordnung auf den Weg bringt,

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): So ein Stuss!)

was Rot-Grün in den acht Jahren zuvor nicht geschafft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich abschließend sagen, im Ausschuss können wir noch viele Dinge besprechen. Hessen hat heute eine der rückschrittlichsten Bauordnungen in Deutschland, nach dieser Änderung die fortschrittlichste. Viele andere werden sie nachahmen. – Ich danke Ihnen, ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Weitzel hat das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat bestechend, wenn der Wirtschaftsminister hier vorträgt,

(Norbert Kartmann (CDU): Es ist immer bestechend, wenn er vorträgt!)

dass es ein einfacheres, schnelleres, kostengünstigeres und bürgerfreundliches Verfahrensrecht geben soll. Natürlich, das wünscht sich jeder. Wer wollte da widersprechen?

(Demonstrativer Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nur leider nicht!)

Das „schneller“ kann man natürlich auch auf die Frage, wann die Novelle hier vorgelegt worden ist, beziehen. Ich meine, gerade weil sich jetzt endlich die Verabschiedung der Musterbauordnung abzeichnet, ist diese Eile nicht mehr geboten. Man hätte noch warten können und wäre dann der Erste gewesen, der mit der Musterbauordnung eine ganz moderne Landesbauordnung vorlegt. Ich denke, es ist unnötig, an dieser Stelle übertrieben eilig zu sein. Es würde auch für alle Verfahrensbeteiligten mehr Rechtssicherheit geben, wenn man nicht gezwungen ist, danach gleich eine Anpassung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, wenn Ende dieses Jahres mit der Vorlage der Musterbauordnung gerechnet werden kann, dann kann man die Geduld haben und es im nächsten Frühjahr entsprechend behandeln. Es ist nicht notwendig, bloß weil es jetzt in dieser Legislaturperiode sein soll, einen unnötigen Druck und eine unnötige Verunsicherung an dieser Stelle zu erzeugen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere mich an die Zeit zurück, in der ich einmal gebaut habe. Das ist so der Maßstab, den wir bei den Ein- bis Zweifamilienhäusern im Kopf haben: all die schrecklichen Erfahrungen, die man mit Baubehörden, Handwerkern und Sachverständigen macht.

(Michael Denzin (FDP): Das war vor 15 Jahren noch einfach, als du gebaut hast! – Gerhard Bökel (SPD): Was, auch schon ein Haus gebaut?)

Ich kann aus meiner Erfahrung sagen, einerseits ist es natürlich ein Zustand, bei dem man Abhilfe schaffen muss – das ist völlig richtig –,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

dass man monatelang auf eine Baugenehmigung bei relativ einfachen Gebäuden warten muss. Das nützt der Bauindustrie nicht. Das nützt dem Bauherrn nichts, das ist einfach eine sinnlose Verzögerung. Aber darüber sind wir uns einig.

Die andere Frage ist, warum ich dann dafür haften muss, dass alles so korrekt läuft, wenn ich fachlich als Bauherr oder als Bauherrin überhaupt keinen Einblick habe. Das sehe ich nicht ein.

(Michael Denzin (FDP): Wie ist das, wenn Sie sich ein Auto kaufen?)

Man muss doch Regelungen finden können, die die maximale Sicherheit für die Bauherren bieten, sonst ist das keine bürgerfreundliche Regelung, sondern nur eine unnötig riskante. Ich denke, es gehört auch zur öffentlichen Aufgabe, diese Sicherheit herzustellen und dafür zu sorgen, dass genau diese Unsicherheiten nicht bestehen.

(Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Ich denke, über die Frage, wie sich die Banken gegen entsprechende Risiken absichern, wird man noch zu reden haben, wenn wir in der Fachanhörung sind. Ich würde jetzt nicht spekulieren, dass die alles finanzieren. Daran hätte ich meine großen Zweifel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage, wer bauvorlageberechtigt ist, ist natürlich spannend. Dazu haben wir viele Äußerungen erhalten, und das wird ein wesentlicher Punkt in der Abstimmung

mit den Interessenten sein. Darüber werden wir noch ausführlich reden. Tatsächlich ist es natürlich so, dass wir darauf achten müssen, dass die, die die maximale Kompetenz haben, auch zuständig sind. Darüber werden wir im Einzelfall sicher noch zu reden haben.

Wenn Herr Posch von Freiheit und Verantwortung spricht, dann sage ich: Freiheit ist gut, Verantwortung ist auch gut, aber ich sehe nicht, warum dieser Weg zwingend vorgeschrieben werden muss und nicht die Wahlmöglichkeit, in ein Baugenehmigungsverfahren zu gehen, gegeben wird. Ich denke, es muss jeder selbst entscheiden können, wie viel Verantwortung er überhaupt tragen kann und wie groß sein Freiheitsgrad an dieser Stelle sein soll. Vielleicht gibt es Leute, die lieber weniger Freiheit und auch weniger Verantwortung an der Stelle haben und gerne möchten, dass die öffentlich Zuständigen ihre schützende Hand über sie halten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir gut finden an der Novelle – ich glaube, wir brauchen nicht so sehr ins Detail zu gehen; Herr Reichenbach hat die meisten Punkte vorgetragen –, ist die Barrierefreiheit. Das ist tatsächlich ein Fortschritt, das freut uns. Wir sehen das nicht nur wegen Behinderungen so, sondern wegen der Überalterung der Gesellschaft ist dies wirklich ein Erfordernis, auf das man sehr achten muss. An dieser Stelle sind Sie sehr gut gewesen, das finden wir ausdrücklich lobenswert.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), zu Minister Dieter Posch gewandt: Das ist doch gut, Herr Minister! Freuen Sie sich doch einmal!)

– Er ist nicht gewöhnt, dass ich ihn lobe. Er ist irgendwie ganz irritiert, als hätte ich im Nachklapp noch eine Kritik bringen wollen. Nein, ich wollte ausdrücklich einmal et was loben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt auch selten Grund dafür!)

Herr Minister, Sie haben vorgetragen, dass den Belangen des Denkmalschutzes nach wie vor Rechnung getragen wird. In der materiellen Zuständigkeit mag das sein, aber in der vorgelegten HBO findet es sich so nicht. Mir wäre lieber, wenn man z. B. denkmalgeschützte Gebäude unter die Sonderbauten fassen könnte, damit man die Klarheit hätte, dass dort zwingend Verfahren laufen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Rechtssicherheit, die keinem wehtut und möglicherweise vielen nützt.

Es gibt auch noch weitere Punkte, die hier noch nicht vorgetragen worden sind, z. B. der Abstand zu Wäldern. Die Waldbesitzer sind besorgt, dass sie an einer Stelle in eine Haftung geraten, die sie weder zu vertreten haben noch womit sie etwas zu tun haben. Ich denke, das sind Punkte, in denen die HBO weitaus mehr Interessengruppen betrifft, als wir es uns überhaupt nur vorzustellen wagen, wenn wir solche Novellen diskutieren. Da wird man gucken müssen.

Zuletzt geht es um den Mobilfunk. Selbstverständlich bewegt uns das Thema auch. Wir finden die Beteiligungsmöglichkeit der Gemeinden gut. Aber die grundsätzliche Freistellung finden wir nicht gut. Uns wäre lieber, wenn

solche Anlagen grundsätzlich ein Genehmigungsverfahren durchlaufen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sage ich ganz ausdrücklich. Denn es kann nun einmal nicht sein, dass man eine bauliche Anlage unabhängig von ihrer Funktion zu bewerten hat. Das halten wir für nicht zielführend, weil eine bauliche Anlage immer eine Funktion hat, und diese Funktion hat immer in einer Weise Auswirkungen, ob das nun Sicherheitsaspekte sind, ob das verkehrliche Aspekte sind. Das muss man immer irgendwie einbeziehen dürfen. Ich denke, es ist auch gerade die Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die gebietet, mit solchen Dingen extrem sorgfältig umzugehen.

Kurz zusammengefasst: Wir haben sehr viel Diskussionsbedarf. Wir freuen uns auf eine spannende Anhörung. Wir werden sicherlich nicht nur einmal ausführlich darüber zu beraten haben. Ich denke, es wird ein spannendes Verfahren, und ich hoffe, dass wir uns durchsetzen können, insbesondere bei der zusätzlichen Ermöglichung eines Genehmigungsverfahrens für die, die es wünschen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Denzin.

Michael Denzin (FDP):

Liebe, verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Zurufe: Oh!)

Bevor ich als wahrscheinlich letzter Redner an diesem Tage zu dem eigentlichen Thema komme, das ich intensiv aufzuarbeiten vorhabe,

(Heiterkeit)

weil ich den Eindruck hatte, dass der eine oder andere Zusammenhang nicht so deutlich geworden ist und es hier noch Aufklärungsbedarf gibt, möchte ich zuerst noch einige Worte zu dem sagen, was Herr Kollege Reichenbach und was meine verehrte Kollegin Weitzel hierzu vorgetragen haben.

Lieber Herr Reichenbach, Sie haben die Verlagerung des Risikos auf den privaten Bauherren beklagt. Ich muss sagen: Setzen Sie doch einmal umgekehrt an. Wo gibt es eine Begründung, dass der Staat in einem Aufgabenbereich, der das Verhältnis zwischen privatem Auftraggeber und privatem Auftragnehmer, sei es der Architekt, der Hauslieferant oder wer auch immer, beinhaltet, das Risiko aus diesem Verhältnis abdeckt?

(Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Das war doch ein ungewöhnlicher und in unserer Wettbewerbsordnung außergewöhnlicher Zustand. Jetzt sind wir in der Tat in diesem Punkt an einem Paradigmenwechsel. Es ist richtig: Es gibt nicht mehr Freiheit und weniger Verantwortung, sondern es gibt immer nur gekoppelt mehr Freiheit und entsprechend mehr Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Dazu stehen wir auch. Hierzu haben wir unterschiedliche Meinungen, und die werden bei der Anhörung nicht zu überbrücken sein. Dessen bin ich sicher.

(Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

– Herr Reichenbach, Sie können sich aufregen, Sie können es aber auch lassen. Es wird nichts daran ändern, dass wir hier fundamental unterschiedlicher Auffassung sind. Das schlägt sich hier nieder.

Sie sagen, wir sollten abwarten, was in der Musterbauordnung kommt. Jetzt plötzlich soll sie so schnell kommen. Wissen Sie, 1975 habe ich in dem zuständigen Ministerium mitbekommen, dass es Ende der Siebzigerjahre eine Musterbauordnung geben soll.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

– Bleiben Sie ganz ruhig, nicht so aufgeregt. – Dann war es Anfang der Achtzigerjahre, dann sollte sie Mitte der Achtzigerjahre kommen. Dann bin ich dort ausgeschieden, und sie war immer noch nicht da. Jörg Jordan hat 1993 die letzte Novelle gemacht, da wurde auch noch auf die Musterbauordnung gewartet. Das ist der erste Punkt.

Jetzt haben wir die Vorlage einer weiteren Novelle der Hessischen Bauordnung, und zwar einer grundlegenden. Jetzt heißt es wieder, wir sollten auf die Musterbauordnung warten. Das ist der erste Punkt.

Den zweiten Punkt hat Herr Kollege Milde bereits angesprochen. Wenn Sie sich den derzeitigen Beratungsstand der Musterbauordnung ansehen, werden Sie feststellen, dass es verschiedene Module gibt, weil man auf unterschiedliche Gegebenheiten sicherlich unterschiedlich reagieren kann. Aber, Herr Kollege Reichenbach, keines dieser Module geht im Grundtenor, in der Zielrichtung hinter das zurück, was wir jetzt hier vorgelegt haben.

Das heißt, Sie vertreten eine Meinung, die sonst niemand teilt: weder Sozialdemokraten und GRÜNE in Nordrhein-Westfalen noch Sozialdemokraten und PDS in Sachsen-Anhalt, noch CDU und FDP in Baden-Württemberg, noch die CSU in Bayern. Sie wird von keinem mehr geteilt, weil sich die Welt weiterentwickelt hat und weil die Einsicht vorherrscht, dass man das Bauordnungsrecht aktualisieren, reformieren und in ein zivilrechtliches Verhältnis bringen muss – ohne staatlichen Segen –, bei einer gleichzeitigen Absicherung, die durch das materielle Baurecht gewährleistet ist und nur in der Abwicklung und in der Verantwortung anders funktioniert.

Dabei haben Sie gerade beklagt, dass wir noch zu viel materielles Baurecht hätten. Darin widersprechen Sie sich zum einen. Zum anderen hängen Sie wirklich den Entwicklungen in der heutigen Zeit hinterher. Es gibt keinen Bauminister eines Bundeslandes mehr, der noch auf diesem Stand ist. Alle anderen befinden sich auf dem derzeitigen Beratungsstand der Musterbauordnung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Stimmt ja gar nicht! Das ist eine Vereinfachung!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Reichenbach?

Michael Denzin (FDP):

Frau Kollegin, wir machen langsam Schluss.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Ich wollte nur die Hauptdiskrepanzen und Hauptwidersprüche aufzeigen. Ich habe einmal einen Wahlkampf mit diesem Thema geführt, Herr Klemm.

(Zuruf des Abg. Lothar Klemm (SPD))

– Nein, Sie waren es noch nicht; es war Ihr Vorgänger. – Warum? Bei uns im Kreis war über Jahre hinweg das Bauamt das Thema Nummer eins. Wir hatten einen Antragstau von bis zu 2.000 Anträgen. Die Genehmigungsdauer betrug im besten Fall acht Monate, zog sich aber meistens über ein Jahr hin.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das lag aber am Kreis!)

Das war nicht nur ein Skandal für jeden Bürger, sondern es war auch in sich ein Skandal. Ein Teil davon ist später abgearbeitet worden. Ich habe mir damals vorgestellt, wie es denn wäre, wenn wir bei den Bebauungsplänen einmal etwas intensiver auf Qualität achten – auch auf städtebauliche Qualität – und dann aus einem qualitativ anspruchsvollen Bebauungsplan das Bauwerk ableiten würden. Dann hätten wir keine weitere Prüfung mehr. Das war damals – Ende der Achtzigerjahre – eine Vision.

Jetzt befinden wir uns im Jahr 2002, und – ich hätte es nicht mehr geglaubt – wir befinden uns auf einem guten Weg. Wir sind ein ganzes Stück auf dem Weg dorthin vorangekommen, und das halte ich für richtig. Das eine oder andere muss noch handwerklich verändert werden; das sehe ich genauso.

Deswegen werden wir eine breite, sehr intensive Anhörung haben. Unsere Grundsätze werden unverrückbar sein, aber in Bezug auf Einzellösungen, soweit sie dazu beitragen, Reibungsverluste zu vermindern, die möglicherweise entstehen, sind wir gern bereit, Anregungen aufzunehmen. Ich bin relativ sicher – ich möchte mich jetzt nicht mehr mit den einzelnen Bausteinen dieses Entwurfs beschäftigen –, dass wir ein vernünftiges Gesamtwerk haben werden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs hat stattgefunden. Zur Vorbereitung der zweiten Lesung wird er an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. – Darüber besteht Einigkeit.

Ich rufe jetzt noch **Tagesordnungspunkt 43** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 15/3607 –

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Dann lasse ich über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist sie einstimmig so beschlossen.

Wir sind für heute am Ende der Tagesordnung. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh.

(Schluss: 18.25 Uhr)

